

Mitteilungen

INSTITUT
FÜR
EUROPÄISCHE KULTURGESCHICHTE
DER
UNIVERSITÄT AUGSBURG

Heft Nr. 20, November 2011

Herausgegeben vom
INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE KULTURGESCHICHTE
DER UNIVERSITÄT AUGSBURG

Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber (Geschäftsführender Direktor)
Prof. Dr. Eva-Maria Matthes (Direktorin)
Prof. Dr. Mathias Mayer (Direktor)
Prof. Dr. Silvia Serena Tschopp (Direktorin)
Prof. Dr. Gregor Weber (Direktor)

Redaktion: Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber (wolfgang.weber@iek.uni-augsburg.de)
Dr. Stefan Paulus (stefan.paulus@iek.uni-augsburg.de)
Elisabeth Böswald-Rid M.A. (elisabeth.boeswald-rid@iek.uni-augsburg.de)
Tobias Brenner M.A. (tobias.brenner@iek.uni-augsburg.de)

Anschrift der Redaktion:

Sekretariat
Susanne Empl
Eichleitnerstr. 30, 86159 Augsburg
Tel.: (0821) 598-5840, Fax: (0821) 598-5850
E-Mail: susanne.empl@iek.uni-augsburg.de

Satz: Tobias Brenner M.A.
E-Mail: publikationen@iek.uni-augsburg.de
Druck: MaroDruck, Augsburg (<http://www.marodruck.de/>)

Umschlagabbildung: Osman Hamdi Bey, Persischer Teppichhändler auf der Straße, 1888,
Staatliche Museen zu Berlin (Ausschnitt).

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als
den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung der
herausgebenden Institution.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Datenträger übernehmen die Heraus-
geber und die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt;
das Urheberrecht der veröffentlichten Manuskripte liegt beim Herausgeber.

Eine Haftung für die Richtigkeit der veröffentlichten Manuskripte kann trotz sorgfältiger
Prüfung durch die Redaktion nicht vom Herausgeber übernommen werden. Namentlich
gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 1437-2703

Die Mitteilungen können zu einem Preis von € 2,- über das Institut für Europäische
Kulturgeschichte bezogen werden:
<http://www.uni-augsburg.de/institute/iek/>

Mitteilungen

Heft Nr. 20, November 2011

Inhalt

- **EDITORIAL** 7

- **AUFSÄTZE**
 - 40 Jahre Universität Augsburg.
Impressionen von der feierlichen Übergabe der Jubiläumsschrift und der
Ausstellungseröffnung in der Universitätsbibliothek am 26. Oktober 2010 10
Rainer Feuerstack
 - Reformkonzept der Universität Augsburg:
Idee und Wirklichkeit – Rückblick nach 40 Jahren 13
 - Jan Bröker*
Von Säbeln und Gemälden – Zu Vorgang und Wahrnehmung des
diplomatischen Geschenktransfers im Rahmen der Gesandtschaftsreise
Achmed Resmi Efendis 1763/64 34
 - Tobias Brenner und Stefan Paulus*
„Bediene Dich selbst“. Der „Blaue Laden“ in Augsburg – Überlegungen zur
Amerikanisierung des westdeutschen Lebensmitteleinzelhandels nach 1945 84
 - Wolfgang E. J. Weber*
50 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen für Arbeitskräfte.
Voraussetzungen – Entwicklungen – Wirkungen 116

- **MISZELLEN**
 - Theo Stammen*
Jacob Grimm: Über den Werth der ungenauen Wissenschaften.
Ein Kommentar 129

■ **MELDUNGEN AUS DEM IEK**

In memoriam Inge Keil (†)	137
Mitgliederzugänge am IEK	138
60. Geburtstag Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber	138

■ **AKTUELLE FORSCHUNG**

Orient in Augsburg. Zur Entwicklung einer Forschungsperspektive	141
--	-----

Aktivitäten der ÜEF-Projektmitarbeiter 2010/11	141
---	-----

Neuerscheinungen aus dem IEK

David Petry: <i>Konfliktbewältigung als Medienereignis. Reichsstadt und Reichshofrat in der Frühen Neuzeit</i>	145
--	-----

Oswald Bauer: <i>Zeitungen vor der Zeitung. Die Fuggerzeitungen (1568–1605) und das frühmoderne Nachrichtensystem</i>	146
---	-----

Iris Fleßenkämper: <i>Considerations – Encouragements – Improvements. Die <i>Select Society</i> in Edinburgh 1754–1764. Soziale Zusammensetzung und kommunikative Praxis einer schottischen Gelehrten-gesellschaft zur Zeit der Aufklärung</i>	147
--	-----

Wolfgang E. J. Weber: <i>Die Lehre von der Herrschaft. Voraussetzungen, Erscheinungsformen und Wirkungen frühneuzeitlicher Politikdiskurse. Ausgewählte Aufsätze zu seinem 60. Geburtstag herausgegeben von Johannes Burkhardt und Stefan Paulus</i>	148
--	-----

Wolfgang E. J. Weber, Stefan Paulus, Werner Lengger (Hg.): <i>Stätte des Wissens. Die Universität Augsburg 1970–2010: Traditionen, Entwicklungen, Perspektiven</i>	149
--	-----

■ BUCHREZENSIONEN

- ☞ Raimund Schulz: Kleine Geschichte des antiken Griechenland
(Gregor Weber) 152
- ☞ Gisela Drossbach (Hg.): Von der Ordnung zur Norm:
Statuten in Mittelalter und Früher Neuzeit (Wolfgang E. J. Weber) 153
- ☞ Richard Faber, Brunhilde Wehinger (Hg.): Aufklärung
in Geschichte und Gegenwart (Wolfgang E. J. Weber) 155
- ☞ Erwin Gatz (Hg.): Wie Priester leben und arbeiten. Quellen zur
Lebenskultur und Arbeitswelt des deutschen Seelsorgeklerus seit dem Ende
des 18. Jahrhunderts (Wolfgang E. J. Weber) 156
- ☞ Christoph Cornelißen (Hg.): Geschichtswissenschaft im Geist der
Demokratie. Wolfgang J. Mommsen und seine Generation
(Wolfgang E. J. Weber) 157
- ☞ Maik Bozza, Ute Oelmann (Hg.): Clotilde Schlayer. Minusio.
Chronik aus den letzten Lebensjahren Stefan Georges (Kay Ehling) 161

■ RÜCKBLICK

Colloquium Augustanum

Sommersemester 2010 – Vortragsreihe zum 450. Todesjahr Melanchthons

- Prof. Dr. Harald Seubert (Bamberg): „Habe Mut Dich Deines Verstandes zu
bedienen!“ Melanchthon – Praeceptor Germaniae zwischen Humanismus
und Reformation 168
- Prof. Dr. Martin H. Jung (Osnabrück): „Ich habe von ihm das Evangelium
gelernt“ – Melanchthons Verhältnis zu Luther 169
- Prof. Dr. Gunther Wenz (München): Der Leisetreter. Philipp Melanchthon
und das Augsburgische Bekenntnis 169
- Prof. Dr. Horst F. Rupp (Würzburg): Auf dem Weg in die Moderne:
Philipp Melanchthon und seine Bildungsreform 171

Prof. Dr. Karin Reich (<i>Hamburg</i>): „Nicht wenn ich hundert Zungen hätte und hundert Mäuler, könnte ich aufzählen, zu wie vielen Dingen die Zahlen von Nutzen sind. Philipp Melanchthon und die exakten Wissenschaften	171
Wintersemester 2010/2011	
Prof. Dr. Michael Titzmann (<i>Passau</i>): Die Erfindung eines neuen Wertes: „Innovation“ in der Denk- und Mentalitätsgeschichte der Frühen Neuzeit	171
Dr. Bernd Klesmann (<i>Paris</i>): Von Mäusen und Ministern. Der letzte Herzog von Nivernais (1716–1798) als Diplomat und Dichter	172
Prof. Dr. Kaspar von Greyerz (<i>Basel</i>): Das schreibende Ich – Selbstzeugnisse und ihr kulturhistorischer Stellenwert in der Geschichte der Frühen Neuzeit	173
Prof. Dr. Andreas Gestrich (<i>London</i>): Ganz unten. Zur Geschichte des Nachtsylys in Glasgow im 19. Jahrhundert	173
Sommersemester 2011 – Vortragsreihe „Europa und der Orient“	
Einführung von Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber	174
Dr. Almut Höfert (<i>Basel</i>): Die „Türkengefahr“ im 15. und 16. Jahrhundert – ein Konflikt zwischen Europa und dem Islam?	178
Prof. Dr. Michael Ursinus (<i>Heidelberg</i>): Die muslimische Entdeckung Europas	178
Prof. Dr. Christoph Herzog (<i>Bamberg</i>): Der Niedergangsdiskurs in der islamischen Welt	179
Prof. Dr. Christoph K. Neumann (<i>München</i>): Die Modernität Istanbuls im 19. Jahrhundert	180
Prof. Dr. Albert Dietl (<i>Regensburg</i>): Der Orient als andere Antike. Exotismus, Antikennachahmung und die Renaissance polychromer Plastik im 19. Jahrhundert	180
Schlussbemerkungen von Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber	181
■ ANSCHRIFTEN DER AUTOREN	184

Editorial

Das vorliegende neue Heft unserer Zeitschrift musste einen längeren Weg hinter sich bringen, bevor es erscheinen konnte. In erster Linie war es vor allem die Erstellung einer ersten historischen Übersicht zur Trägeruniversität unseres Instituts, die alle Kräfte band und andere ähnlich wichtige Vorhaben und Verpflichtungen auf die Warteliste setzte.

Dieser kollektive Beitrag zur Geschichte der Universität Augsburg ist im Herbst 2010 pünktlich zur 40jährigen Wiederkehr der Gründung der bayerisch-schwäbischen Alma Mater erschienen (*Werner Lengger, Stefan Paulus, Wolfgang E. J. Weber (Hg.): Stätte des Wissens. Die Universität Augsburg 1970–2010. Traditionen, Entwicklungen, Perspektiven*, vgl. hierzu auch S. 149 dieses Heftes). Er enthält naturgemäß auch erste Ausführungen zur Installierung und bisherigen Entwicklung des Instituts für Europäische Kulturgeschichte, das nunmehr auf 20 Jahre seiner Existenz und Leistung zurückblicken kann. Auf einen separaten historischen Rückblick mussten wir leider verzichten; ich hoffe, auf einige wichtige Aspekte bei späterer Gelegenheit einmal eingehen zu können, zumal sich seit der Vorlage der Universitätsfestschrift bereits einige neue Befunde und Erkenntnisse ergeben haben.

Als Nachtrag und in bestimmten Hinsichten kritische Ergänzung zur Universitätsgeschichte aus der Sicht eines einst besonders engagierten damaligen Akteurs ist der Aufsatz von Rainer Feuerstack im vorliegenden Heft zu betrachten. Des Weiteren findet der geschätzte Leser Ausführungen zum in der jüngsten Vergangenheit und nahen Zukunft besonders interessant gewordenen Themenfeld des Verhältnisses Europas oder des ‚Okzidents‘ zum ‚Orient‘. Dieser Bereich soll demnächst auch in ein größeres Projekt am IEK umgesetzt werden; Vorarbeiten sind schon seit 2008/9 unternommen worden.

Das ambitionierteste Vorhaben stellt jedoch die Beantragung eines neuen Graduiertenkollegs bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft dar, das von besonders engagierten Institutsmitgliedern getragen wird. Schließlich, aber keineswegs zuletzt hat das weitere derzeit laufende Drittmittelprojekt, das Verbundvorhaben „Übersetzungsleistungen frühneuzeitlicher Friedensverträge“, gemeinsam bearbeitet mit dem Institut für Europäische Geschichte (Mainz) und der Württembergischen Staatsgalerie Stuttgart, finanziert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, seit dem vergangenen Jahr ein neues Stadium erreicht. Mittels ihm positioniert sich das IEK kulturhistorisch nochmals vertieft in der Augsburger Friedensforschung und der Pflege Augsburgs als europäische Friedensmetropole, die ohne historische Fundierung, die gleichzeitig den eigentlichen Regionalbezug herstellt, nicht auskommen können.

Im Hinblick auf eine entscheidende äußere Verbesserung erwarten wir sehnlich das Jahresende: nämlich hinsichtlich der Gebäudesanierung und -renovierung während des laufenden Betriebs, die sich nicht zuletzt für unsere Workshop- und Kolloquiumsaktivitäten als oft höchst misslich erwiesen haben. Was sich abzeichnet, ist freilich definitiv eine wesentliche Steigerung der Qualität des Gebäudes im Inneren wie nach außen. Dafür sind wir dankbar, und gerne werden wir unseren Teil dazu beitragen, aus der äußeren Besserung inhaltlichen Fortschritt zu machen.

Ich bin sicher, dass uns bei diesem Vorhaben auch zustattenkommen wird, dass mit Frau Prof. Dr. Sabine Doering-Manteuffel ein Institutsmittglied das hohe Amt der Universitätspräsidentin übernommen hat. Zu ihrer Wahl gratuliert das Institut der Kollegin auch an dieser Stelle nachdrücklich und wünscht ihr für ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Beste!

Aus einem herbstlich-sonnigen Arbeitszimmer grüßt Sie herzlich

Ihr

Wolfgang E. J. Weber

AUFSÄTZE

**40 Jahre Universität Augsburg.
Impressionen von der feierlichen Übergabe der
Jubiläumsschrift und der Ausstellungseröffnung in der
Universitätsbibliothek am 26. Oktober 2010**



Grußworte: Staatsminister a. D. Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hans Mater und Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber...



... blickten im Sonntag & Partner-Hörsaal (HS 1001) der Juristischen Fakultät auf 40 Jahre Universität Augsburg zurück



Entgegennahme der Jubiläumsschrift durch den Ständigen Vertreter des Präsidenten, Prof. Dr. Alois Loidl (Mitte), und Augsburgs Alt-OB Dr. Peter Menacher (rechts) für die Gesellschaft der Freunde der Universität Augsburg e. V.



Die Herausgeber (v.l.n.r.): Dr. Stefan Paulus, Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber (beide IEK) und Dr. Werner Lengger (Universitätsarchiv)



Fotoausstellung ,40 Jahre Universität Augsburg'...



... in der Galerie der Zentralbibliothek

(alle Fotos mit freundlicher Genehmigung der Universität Augsburg – Fotostelle; Reportage 1674;
Fotograf: Klaus Satzinger-Viel)

Reformkonzept der Universität Augsburg: Freiheit von Lehre und Forschung zwischen Selbstverwaltung und Staatsverwaltung – Rückblick nach 40 Jahren

Rainer Feuerstack

Vorbemerkung der Redaktion

In den ersten Jahren der zum 1. Januar 1970 gegründeten und bis zur Mitte des Gründungsjahres mit ersten Lehrstühlen, sonstigen universitären Einrichtungen und Verfahren ausgestalteten Universität Augsburg kam es zu erheblichen, teilweise sehr lange nachwirkenden Auseinandersetzungen um die endgültige innere Gestaltung und programmatische Ausrichtung der neuen akademischen Institution. Die Rekonstruktion dieser Konflikte war und ist schwierig. Die entsprechenden Teile der bisher ersten und einzigen Darstellung der Geschichte der Universität (*Werner Lengger, Stefan Paulus, Wolfgang E. J. Weber (Hg.): Stätte des Wissens. Die Universität Augsburg 1970–2010. Traditionen, Entwicklungen, Perspektiven*, vgl. hierzu auch S. 149 dieses Heftes) war deshalb maßgeblich auch auf Zeugnisse damals Beteiligter und/oder mehr oder weniger Betroffener angewiesen. Zu denjenigen, die sich in diesem Rahmen als besonders hilfreich erwiesen und denen die Herausgeber und einschlägigen Autoren des Bandes daher zu besonderem Dank verpflichtet sind, gehört auch der Verfasser des nachstehenden Beitrags. Dieser Aufsatz ist somit als Nachtrag und Ergänzung zur genannten Darstellung aufzufassen. Wir drucken ihn auch deshalb gerne ab, um diese Beteiligten- und Zeugenstimme für die künftige Erforschung der Augsburger Universitätsgeschichte zu sichern und durch die Veröffentlichung möglicherweise eine einschlägige Diskussion von Grundsatzfragen anzustoßen.

1. Eckpunkte der Universitätsreform

Die Anregung an den Verfasser, nach rund 40 Jahren erstmals einen Blick zurück auf die Gründung und den Aufbau der Universität Augsburg in den 1970er Jahren zu werfen, ist gedanklich und emotional eine Herausforderung.¹

Der vorliegende Bericht folgt der individuellen Sicht eines wissenschaftlichen Mitarbeiters der Fachgruppe Makroökonomie im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fachbereich der neu gegründeten Universität. Er gehörte ihr von „der ersten Stunde“ über rund zehn Jahre an. Nachdem der einleitend genannte Sam-

¹ Der vorliegende Beitrag wurde auf Anregung von Professor Dr. Wolfgang E. J. Weber, Institut für Europäische Kulturgeschichte, anlässlich des 40-jährigen Gründungsjubiläums der Universität Augsburg zum Stand Anfang September 2010 erstellt.

melband zum 40-jährigen Gründungsjubiläum der Universität bereits zahlreiche und detaillierte Beiträge enthält; beschränkt sich der vorliegende Bericht auf wenige Eckpunkte zum Reformkonzept der Universität, die auch gegenwärtig wert erscheinen, erinnert und verteidigt zu werden:

- Realitätsbezogene problemorientierte Erfassung und Analyse der sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Wirklichkeit als Studien- und Forschungsziel.
- Freiheit von Studium, Lehre und Forschung und der akademischen Selbstverwaltung.
- Partizipation der verantwortlichen und betroffenen Mitglieder der Universität.

Die Darstellung erfolgt in Loyalität gegenüber allen Mitstreitern diesseits und jenseits der damaligen Kontroversen und Argumentationslinien.

2. Der Auftrag zur Universitätsreform

Die akademischen Reformbewegungen der 70er Jahre waren von dem Willen zu einer Modernisierung der Aufgaben und Strukturen der deutschen Universitäten geprägt. Beides stand in einem inneren Zusammenhang. Die Gründung und weitere Entwicklung der Universität Augsburg zur Umsetzung eines von der Bayerischen Staatsregierung verfolgten Reformkonzepts stellte eine sachlich anspruchsvolle sowie hochschulpolitisch und -rechtlich heikle Herausforderung dar. Dies deshalb, weil in nahezu allen damit verbundenen Fragen Neuland zu betreten war. Durch Tradition und Gewohnheitsrecht bestimmte Vorstellungen waren zu überwinden, kontroverse Reformkonzepte zu konsolidieren und nicht zuletzt praktikable Verfahren zu entwickeln und aus den zu gewinnenden Erfahrungen Konsequenzen zu ziehen.

Organisatorischer und rechtlicher Kern der Reformbemühungen war, das Verhältnis von staatlichen Eingriffsrechten und akademischen Selbstverwaltungsrechten in eine den neuen Anforderungen adäquate Balance zu bringen. Inhaltliches Anliegen war, eine Studienreform in Angriff zu nehmen, die den berufspraktischen Anforderungen genügte, ohne den allgemeinen Bildungsauftrag einer Universität zu dominieren. Unbeschadet kontroverser Fragen war zu bedenken, dass eine Überfrachtung des Studiums dessen effizienter Absolvierung entgegenstand. Das bedeutete, auf verschiedenen Ebenen bestehende Zielkonflikte zum Ausgleich zu bringen.



Rainer Feuerstack in seinem Büro im damaligen Rektoratsgebäude in der Memminger Straße (Quelle: Privat)

2.1 Freiheit von Studium, Lehre und Forschung und akademische Selbstverwaltung

Die Freiheit der Wissenschaft einschließlich der Lernfreiheit ist als ein individuelles Grundrecht garantiert. Ihre Verwirklichung setzt innerhalb einer Universität eine ihr adäquate Organisationsstruktur voraus. Diese liegt aber weitgehend in der Verantwortung des Staates. Das Selbstverwaltungsrecht der Hochschulen soll durch eine institutionelle Garantie die Ausübung der Wissenschaftsfreiheit gewährleisten. Sie ist freilich weder rechtlich noch tatsächlich schrankenlos möglich. Der Staat setzt dem durch den Gesetzgeber und die Regierung gewisse Grenzen. Der Kern einer die Wissenschaftsfreiheit zu gewährenden akademischen Selbstverwaltung ist für den Staat jedoch unantastbar. Die Grenzen einer zulässigen staatlichen Ingerenz in akademische Belange sind nicht leicht zu bestimmen.²

Dies gilt insbesondere bei der Gründung und Errichtung einer neuen Universität, deren Initiative zunächst dem Staat obliegt und sich über mehrere Schritte vollzieht, in deren Abfolge sich der Staat zunehmend auf seine eigenen genuinen

² Vgl. Bundeskonferenz der Hochschulrektorenkonferenz (BAK), Universität Augsburg: Zwischen Selbstverwaltung und Staatsverwaltung. Hochschulneugründungen in Bayern. (Schwarzbücher der BAK, 3), Bonn 1971.

Aufgaben beschränken muss. Dass die Bestimmung dieser Grenzen mit hochschulpolitischen und verfassungsrechtlichen Zweifeln und Kontroversen verbunden ist, war auch im Falle der Universität Augsburg zu erwarten.

Über konzeptionelle und rechtliche Fragen der Universitätsgründung in Augsburg hinaus, standen jedoch, zumindest für den als ersten gegründeten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fachbereich, inhaltliche Fragen im Vordergrund. Diese hatten für den in der gleichen Zeit gegründeten, aus der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Dillingen hervorgegangenen, Katholisch-Theologischen Fachbereich ein anderes Gewicht, zumal konkordatsrechtliche Bindungen zu beachten waren.

2.2 Integration der Sozialwissenschaften

Die klassische Nationalökonomie war vor allem in Deutschland weniger eine Kunstlehre der Staatsführung als eine Krisenwissenschaft. Höhepunkt der wirtschaftspolitischen Herausforderungen waren nach Überwindung der Gründerkrise Ende des 19. Jahrhunderts in den 1920er Jahren die Kriegslasten des Ersten Weltkrieges, die Kartellierung der Wirtschaft sowie die eskalierende Inflation und Arbeitslosigkeit. Die Volkswirtschaftslehre war insoweit ein integrierender Teil der Gesellschafts- und Sozialwissenschaften. Demgegenüber ging von der angelsächsischen Wirtschaftswissenschaft eine Formalisierung und Mathematisierung ökonomischer Kalküle unter dem Paradigma rationaler individueller menschlicher Entscheidungen aus. Diese dominierte in der Nachkriegszeit die deutsche Lehre und Forschung, während die sogenannte deutsche historische und empirische Schule – zu dessen Pionieren der akademische Lehrer des Verfassers an der Universität Münster, Walther G. Hoffmann³, zählte – zunehmend in Vergessenheit geriet.

Zu Unrecht: Die auf den ersten Wirtschaftsaufschwung in der zweiten Nachkriegszeit folgenden wirtschaftspolitischen Probleme, die insbesondere aus dem Zusammenhang von Preisstabilität und Vollbeschäftigung, d. h. im Konfliktfall zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit, sowie von konjunktureller Entwicklung und Wirtschaftswachstum resultierten, indizierten wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf. Dazu reichten die verfügbaren mathematischen Modelle und ökonomischen Analysen allein nicht aus. Vor allem fehlte es an einer gehaltvollen und realitätsbezogenen Theorie zum individuellen und kollektiven ökonomischen Verhalten.

³ Walther G. Hoffmann, Studien und Typen der Industrialisierung. Ein Beitrag zur quantitativen Analyse historischer Wirtschaftsprozesse. (Probleme der Weltwirtschaft, 54), Jena 1931.

Die Integration der Volkswirtschaftslehre in ein kohärentes System der Sozialwissenschaften war daher, zugunsten ihrer eigenen Fundierung, ein grundlegendes Element des Augsburger Studien-, Lehr- und Forschungsmodells.

2.3 Partizipation

Wesentlicher Gegenstand der strukturellen Reformbewegungen der 70er Jahre war die Überwindung der „Ordinarien-Universität“ durch Stärkung der Partizipation der am Studien-, Lehr- und Forschungsbetrieb unmittelbar Beteiligten. Plakative Forderung war die Herstellung der sog. „Drittelparität“ in den akademischen Kollegialorganen.

Diese Forderung war als Gegenmodell zu den herkömmlichen Universitätsstrukturen gegen den Widerstand Vieler noch zu erkämpfen. Die Ausgestaltung der Partizipation der universitären Gruppen stand dabei mit der Umsetzung des Augsburger Reformmodells in einem engen inneren Zusammenhang: Die reformierten Studieninhalte, die Organisation der Fachbereiche und die Methoden der Wissensvermittlung waren weitgehend noch zu erarbeiten. Hierzu war neben den Hochschullehrern ein breiter akademischer Mittelbau wissenschaftlicher Mitarbeiter und Assistenten vorgesehen. Ihr weitgehend selbstständiger Einsatz in der Lehre und Forschung setzte bereits aus Gründen der Koordinierung ihre Partizipation in den zuständigen Gremien voraus. Für die Studierenden als „Objekte“ der inhaltlichen und organisatorischen Reform des Lehrbetriebs galt Entsprechendes. Schließlich umfasst der Begriff der Wissenschaftsfreiheit in Studium, Lehre und Forschung auch den Begriff der „Lernfreiheit“ als „freien Zugang zu den Quellen des Wissens“.⁴

Mehr aus praktischen, denn aus ideologischen Gründen, bot sich in der Entwicklungsphase der Universität an, die akademischen Kollegialorgane paritätisch mit Vertretern der Hochschullehrer, des Akademischen Mittelbaus und der Studierenden zuzüglich von Vertretern der sogenannten „nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter“ zu besetzen. Dies hat sich sowohl in fachlicher Hinsicht als auch in Bezug auf die Integration der verschiedenen universitären Gruppen als sehr förderlich erwiesen. Die Praktizierung dieses an anderen Hochschulen heiß umkämpften Konzepts entsprach allerdings nicht dem der bayerischen Hochschulpolitik. Es war dem diplomatischen Geschick des Gründungspräsidenten Professor Louis Perridon zu verdanken, dass das paritätische Konzept zumindest als faktische Erprobungsphase bis zum Verordnungserlass der ersten Satzung der Universität im Jahre 1972 am Leben erhalten wurde, ehe diese 1974 durch das Inkrafttreten der bayerischen Hochschulgesetzgebung zugunsten einer Mehrheit der Hochschullehrer abgelöst wurde.

⁴ Bayerischer Verfassungsgerichtshof vom 23.12.1971, VerfGH 24,10 S. 221.



Rainer Feuerstack am Rednerpult im Rahmen einer Kundgebung zum Hochschulrahmengesetz auf dem Augsburger Rathausplatz (Quelle: Privat)

Die Duldung der Drittelparität in der Aufbauphase war jedoch nicht nur infolge der Abwesenheit zwingender gesetzlicher Vorschriften zulässig, sondern auch ein Gebot der Klugheit: nämlich die inhaltliche Arbeit nicht durch Interessenkonflikte über organisatorische Fragen zu belasten. Dies setzte eine loyale Zusammenarbeit, den Respekt vor wohlbegründeten abweichenden Standpunkten und das Ergebnis auch kontroverser Diskurse voraus. Anders wäre eine erfolgreiche fachliche und organisatorische Entwicklung der Universität nicht möglich gewesen. Dem kam strukturell die anfänglich geringe Größe der Universität entgegen. Die erfolgreiche Entwicklung der Universität Augsburg ist aber auch das persönliche Verdienst der bei aller Unterschiedlichkeit unmittelbar Beteiligten. Unter den wissenschaftlichen Mitarbeitern und Assistenten außerhalb der Fachgruppe Makroökonomie bleiben aus den ersten Jahren – ohne andere zurücksetzen zu wollen – Lutz von Rosenstil und Walter Molt (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlicher Fachbereich), Joachim Vollmuth (Juristischer Fachbereich), Norbert Glatzel (Katholisch-Theologischer Fachbereich) und später Herbert Immenkötter (Philosophischen Fachbereiche) in bester Erinnerung. Unter den Hochschullehrern ist in diesem Zusammenhang an erster Stelle Professor Günter Bamberg aus dem Wirtschafts-

und Sozialwissenschaftlichen Fachbereich und Professor Hermann Lais aus dem Katholisch-Theologischen Fachbereich sowie unter den Studierenden Max Weinkamm und Gert Brosowski⁵ zu nennen. Ihnen allen und vor allem Professor Louis Perridon als erstem Universitätspräsidenten hat die Universität Augsburg die für die Lösung der Paritätenfrage gefundene „irenische Stilformel“ viel zu verdanken.

3. Verwirklichung des Augsburger Reformmodells

3.1 Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlicher Fachbereich

Dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fachbereich gehörten mit der Gründung der Universität fünf Fachbereiche mit ihren entsprechenden Lehrstühlen an: Makroökonomie, Mikroökonomie, Mathematik/Statistik, Psychologie und Soziologie. Dieser Fächerkanon repräsentierte die wesentlichen zu integrierenden Richtungen für das Studien-, Lehr- und Forschungskonzept einer reformierten „problemorientierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaft“.

Gemeinsame fachliche Grundlagen einer integrativen Betrachtungsweise waren zunächst noch zu erarbeiten. Dies war realistischerweise nicht kurzfristig möglich und setzte verlässliche organisatorische Strukturen und fachliche Kooperationsmöglichkeiten voraus. Der auf die Gründung der Universität nahezu unmittelbar folgende Beginn des Lehrbetriebs ließ hierfür wenig Zeit. Die Folge war, dass zunächst jede Fachgruppe von ihren eigenen Vorstellungen ausging und der Integrationsprozess der weiteren Entwicklung anvertraut wurde. Immerhin ist mit der Entwicklung des Konzepts und späteren Veröffentlichung einer „Problemorientierten Einführung der Volkswirtschaftslehre“ für diesen Bereich ein nachhaltiges Ergebnis erzielt worden.⁶ Es ist das Verdienst der für die Fachgruppe Makroökonomie als erste berufenen, engagierten Lehrstuhlinhaber, Professor Bernhard Gahlen und Reinhard Blum, die von Beginn an zahlreichen Mitarbeiter der Fachgruppe zielstrebig für dieses Lehr- und Forschungsziel zu vereinen.

Als eine gewisse Schwierigkeit erwies sich der rasche Fortschritt in den einzelnen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Den Stand des Wissens zu verfolgen, zu erarbeiten und zugleich zu einem konsistenten objektorientierten Lehr- und Forschungsprogramm zu integrieren, erwies sich als schwer lösbare Aufgabe. Hinzu kam der verständliche Egoizismus insbesondere der jüngeren Hochschullehrer, sich zunächst in ihrem eigenen Fachgebiet zu profilieren und nicht in persönlich nicht eindeutig zuzuordnenden Beiträgen eines gemeinsamen Projekts aufzugehen. Für die Entwicklung des Studienprogramms des Fachbereichs konkretisierte sich dies in der streitbaren Frage nach der ‚Federführung‘. Stellte sich

⁵ Später geänderter Familienname in ‚Stephan‘.

⁶ Vgl. Fachgruppe Makroökonomie an der Universität Augsburg (Hrsg.), a.a.O.

aus makroökonomischer Sicht beispielsweise die Mathematik und Statistik als „Hilfswissenschaft“ dar, verteidigten die mathematisch-statistischen Lehrstühle aus ihrer Sicht zu Recht den Anspruch, den Studierenden, zumal in Hinblick auf spätere Spezialisierungsmöglichkeiten, eine solide Grundausbildung zu geben, die sich nicht nur in einer Rezeptur von Rechenregeln und -beispielen erschöpfte.

Diese Problematik wurde zumindest in der Anfangsphase nicht befriedigend gelöst, nicht zuletzt leider auch zu Lasten der Studierenden im gemeinsamen Grundstudium. Sie waren einem heterogenen Lehrangebot ausgesetzt, das von den Lehrenden in erster Linie nur für ihren eigenen Bereich hinreichend überblickt wurde.



Sitzung des zentralen Übergangsausschusses (späterer Senat) der Universität Augsburg, Vorsitzender: Präsident Prof. Dr. Franz Knöpfle (stehend). Links von ihm der Reihe nach: Dr. Andreas Reich, stellv. Kanzler; Edmund Rossmann, Vertreter der Mitarbeiter der Universität; Dr. Rudolph Frankenberger, Leiter der Universitätsbibliothek; Dr. Rainer Feuerstack, Vertreter der wiss. Assistenten. Rechts von ihm: Prof. Louis Perridon; Dr. Joachim Vollmuth, Vertreter der wiss. Assistenten; Prof. Karl Forster; N. N. (Quelle: Privat)

3.2 Kleingruppenkonzept

Wer selbst an überfüllten Lehrveranstaltungen teilgenommen hat, die im wörtlichen Sinne als ‚Vorlesungen‘ präsentiert wurden, stellt sich die Frage nach Alternativen. Sicher gab es Ausnahmen. Unvergessen aus der eigenen Studienzeit des Verfassers an der Universität Münster bleiben die soziologischen Vorlesungen von Professor Helmuth W. F. Schelsky, dem es frei sprechend gelang, jeden ein-

zelen Zuhörer in den Bann zu schlagen. Diese rhetorisch-didaktische Begabung konnte nicht jedem Hochschullehrer gegeben sein.

Als Alternative und hochschuldidaktisches Reformelement der neu gegründeten Universität bot es sich an, Lehrveranstaltungen grundsätzlich im Seminarstil anzubieten. Eine Teilnehmerzahl von maximal 25 Studierenden ermöglichte einen Dialog zwischen Lehrenden und Lernenden; die Bildung von Untergruppen zur Bearbeitung bestimmter Aufgaben förderte das gegenseitige Kennenlernen der Studierenden und deren individuelle Förderung. Dies erschien nicht nur aus didaktischen Gründen empfehlenswert, sondern auch inhaltlich notwendig.

Die interdisziplinäre Ausrichtung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fachbereichs und die problemorientierte Vermittlung der Lehrinhalte war für alle Beteiligten Neuland. Es gab keinen etablierten kanonisierten Lehrstoff. Die neuen inhaltlichen Ansätze konnten nur durch Zusammenarbeit der Lehrenden und Lernenden gemeinsam erarbeitet und vermittelt werden. Es ging wesentlich darum, die Überzeugungskraft der Darstellung und Argumentation zu erlernen, die Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft der Studierenden zu erfahren, den vorgegebenen Stoff in der vorgesehenen Zeit zu bewältigen und nicht zuletzt die Evaluierungsmöglichkeit des Studienerfolgs realistisch einzuschätzen.

Unzweifelhaft blieb aber, dass das Kleingruppenkonzept durch die Unmittelbarkeit und Intensität des Vermittlungsprozesses an alle Beteiligte erhöhte Anforderungen stellte, ohne auf gesicherte Erfahrungen zurückgreifen zu können.

Die anfänglichen Erfahrungen waren jedoch ermutigend. Wenn später eine Tendenz zu Verschulung, Niveauperlust, Leistungsdruck und Desorientierung beklagt wurde, bliebe zu fragen, ob dies dem reformierten Studienkonzept immanent oder Folge einer vermeidbaren Degeneration war. Dies festzustellen, hätte allerdings eines längeren Atems der Universitäts- und der Kultusverwaltung bedurft.⁷

3.3 Skriptenwesen

Die für den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fachbereich charakteristische Verwendung von eigens erstellten Skripten hing eng mit den integrativen, problemorientierten und aktuellen Lehrinhalten und deren Vermittlung im Rahmen des Kleingruppenkonzepts zusammen. Da es hierzu wenig oder keine geeigneten Veröffentlichungen, insbesondere in Gestalt deutschsprachiger Lehrbücher, gab, wurden die Lehrmaterialien in Gestalt von Skripten von den Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern selbst erstellt.

Dies war aufwändig und in der vor Aufnahme des Lehrbetriebs knappen Zeit nicht leicht zu bewältigen. Immerhin wurde damit inhaltlich und didaktisch Neu-

⁷ Feuerstack, Rainer, Anspruch und Realität des Kleingruppenkonzepts für den Akademischen Mittelbau. In: Unipress Augsburg, Bd. 2 (1974), S. 9.

land betreten, über das auch öffentlich berichtet wurde.⁸ Allein die makroökonomischen Themen umfassten ein breites Spektrum.^{9, 10} Der beispielhaft gegebene Überblick eigener Arbeiten des Verfassers gilt entsprechend für viele Kollegen, insbesondere auch der Fachgruppe Makroökonomie.

Vielfach bildeten die Skripten die Grundlage für eigenständige Publikationen. Den größten Erfolg erreichte eine problemorientierte Einführung in die Volkswirtschaftslehre, die mit insgesamt über 20 jeweils neu überarbeiteten Auflagen bis heute von aktueller Bedeutung ist.¹¹

Inzwischen dürfe sich die Verfügbarkeit der erforderlichen Literatur entscheidend verbessert haben und die Erstellung von Skripten nur noch bei besonderen, vor allem aktuellen wirtschaftspolitischen Themen und Lösungskonzepten erforderlich sein.

3.4 Eigene Arbeiten

In den ersten Jahren nach Aufnahme des Lehrbetriebs war die Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter ein „full time job“. Studieninhalte und -organisation mussten konzipiert und diskutiert, Skripten erstellt, das eigen Fachwissen verbreitert und vertieft und nicht zuletzt der akademische Unterricht vorbereitet und

⁸ Feuerstack, Rainer, Müller-Mehrkatz, Peter, Das wirtschaftswissenschaftliche Studium am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fachbereich der Universität Augsburg. In: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (Wist), Zeitschrift für Ausbildung und Hochschulkontakt, Jg. 1972, H. 7, S. 313 ff.

⁹ Lehrstuhl Professor Dr. Bernhard Gahlen am Institut für Volkswirtschaftslehre an der Universität Augsburg (Hrsg), Problemorientierte Einführung in die Makroökonomie. Abschn. Wirtschaftliche Konzentration (Skriptum zu den Lehrveranstaltungen des 1. Trimesters, 1970 (91 S.); Ders. (Hrsg), Konflikte zwischen gesamtwirtschaftlichen Zielen. Der Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Stabilität des Preisniveaus. Theoretische Analyse und wirtschaftspolitische Relevanz der Phillipskurve. (Skriptum zu den Lehrveranstaltungen des 6. Trimesters), 1972 (36 S.).

¹⁰ Lehrstuhl Professor Dr. Reinhard Blum am Institut für Volkswirtschaftslehre an der Universität Augsburg (Hrsg), Makroökonomische Ansätze der Wirtschaftspolitik I und II. Geld- und Währungspolitik (Skriptum zu den Lehrveranstaltungen des 1. und 2. Trimesters, 1975 (121 S.), 1976 (95 S.); Ders. (Hrsg), Klassisches und Keynesches System. Kurzfristige Makroökonomische Theorie. (Skriptum zu den Lehrveranstaltungen des 3. Trimesters), 1975 (46 S.); Feuerstack, Rainer, Messung der wirtschaftlichen Konzentration. Lehrmaterial: Programm-Bibliothek in FORTRAN IV. 1978 (120 S.).

¹¹ Fachgruppe Makroökonomie an der Universität Augsburg (Hrsg.), Volkswirtschaftslehre. Eine Problemorientierte Einführung. Unter Mitarb. v. Deininger W., Feuerstack R., Gahlen, B. u.a. Bearb. v. Gahlen B., Hades, H.-D., Rahmeyer, F. u.a. (Augsburger Volkswirtschaftliche Studententexte, Bd. 1), München, 3. Aufl, 1971, 300 S., zuletzt erschienen unter: Krol, Gerd-Jan, Schmid, Alfons, Volkswirtschaftslehre. Eine problemorientierte Einführung. (UTB, Bd. 737), 21. Auflage, Mohr Siebeck, 2002, 550 S., (ISBN 978-3-82-52-0737-4).

durchgeführt werden. Zusätzliche Zeit verlangte auch das Engagement in der akademischen Selbstverwaltung und zusätzlich der Personalvertretung, deren inhaltliche Vorbereitung, die Abstimmung innerhalb der Gruppe des akademischen Mittelbaus, die nicht immer konfliktfreien Auseinandersetzung mit der Gruppe der Hochschullehrer und nicht zuletzt mit dem Bayer. Kultusministerium für Unterricht und Kultus.

Immerhin gelang es dem Verfasser in dieser Zeit, auch eigene Veröffentlichungen in Angriff zu nehmen und abzuschließen.¹² Ihr Gegenstand war vor allem der u.a. auch im akademischen Unterricht behandelte Themenkomplex „Unternehmenskonzentration“ unter besonderer Berücksichtigung theoretischer und konzeptioneller Fragen sowie geeigneter Verfahren und Techniken der empirischen Konzentrationsmessung.¹³ Mathematisch-methodische Grundlage war die grundlegende Monographie von Walter Piesch sowie die axiomatisch fundierten Arbeiten von Max-Detlev Jöhnk.¹⁴ Die seinerzeit gewonnenen theoretischen und anwendungsbezogenen Erkenntnisse haben in den folgenden Jahren durch die Fortschritte in der

¹² Feuerstack, Rainer, Macht und ökonomisches Gesetz. Stellungnahme der Bundesassistentenkonferenz zur Tagung des Vereins für Socialpolitik in Bonn 1972. In: Wirtschaftswoche, Jg. 26, Nr. 39 (29.9.1972), S.44 f.; Feuerstack, Rainer, Konzentration und Konjunktur. Die wirtschaftliche Überlegenheit von Großunternehmen in konjunkturellen Krisensituationen und die Verschärfung der Instabilität des marktwirtschaftlichen Systems durch den wirtschaftlichen Konzentrationsprozess. Unveröffentlichtes Manuskript, Augsburg 1972, 196 S.; Feuerstack, Rainer, Diskussionsbeitrag. In: Verein für Socialpolitik, Macht und ökonomisches Gesetz, Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik (Schriften, Bd. 74, 2), S. 1124 ff., S. 1431 f., Berlin 1973; Feuerstack, Rainer, Der gesamtwirtschaftliche Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte und Stabilität des Preisniveaus. Zur wirtschaftspolitischen Relevanz von Phillipskurven. In: WSI-Mitteilungen, Bd. 26 (1973), S. 279–283; Feuerstack, Rainer, Werbung im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld. In: Werbung in marktorientierten Industrieunternehmen, Hamburg, Verlag „Die Welt“, 1973, S. 33–43; Feuerstack, Rainer, Gahlen, Bernhard u.a., Wirtschaftspolitische Ziele und gesellschaftliche Gruppen in der marktwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. In: Politik und Zeitgeschichte, Bd. 28 (1973), S. 3–22; Feuerstack, Rainer, Müller-Meerkat, Peter, Direkte und indirekte Zusammenhänge zwischen Konjunkturverlauf und Konzentrationsprozess. Eine Bestandsaufnahme. In: Wachstumszyklen und Einkommensverteilung, (Schriften für angewandte Wirtschaftsforschung, Bd. 31), Tübingen 1974, S. 203–237.

¹³ Feuerstack, Rainer, Unternehmenskonzentration, Theoretische Grundbegriffe und empirische Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland 1960–1970, (Luchterhand economics, 3) Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied 1975.

¹⁴ Piesch, Walter, Statistische Konzentrationsmaße. Formale Eigenschaften und verteilungstheoretische Zusammenhänge, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1975; Jöhnk, Max-Detlev, Eine axiomatisch begründete Methode der Konzentrationsmessung (Institut für angewandte Statistik der Freien Universität Berlin, unveröffentlichtes Manuskript), Berlin 1970.

Informationstheorie und Datentechnik sowie der verbesserten Datenlage anlässlich der zunehmenden multinationalen Verflechtungen und deren Einfluss auf den Konzentrationsgrad auch wirtschaftspolitische Relevanz gewonnen.¹⁵

Der Appell des Bayerischen Kultusministeriums in einem Schreiben vom 4.9.1970, dem hochschulpolitischen Engagement durch „die selbstherrliche Konstituierung eines Selbstverwaltungsgremiums ... zum Schaden einer fruchtbaren Wissenschaftsbeflissenheit“ abzuschwören, erwies sich als nicht notwendig.

4. Akademische Selbstverwaltung im Dienst der Wissenschaftsfreiheit

4.1 Hochschulpolitik ohne hochschulgesetzlichen Rahmen

Die im Errichtungsgesetz¹⁶ seit 1970 für die Struktur der Universität Augsburg vorgesehenen gesetzlichen Regelungen traten erst 1974 mit dem ersten Bayerischen Hochschulgesetz¹⁷ in Kraft. Die zwischenzeitlichen vier Jahre boten einen hochschulgesetzlichen und -politischen Freiraum. Dieser wurde nicht nur von der Bayerischen Staatsregierung zur Durchsetzung eigener Vorstellungen genutzt, sondern bot auch der Universität und ihren Mitgliedern die Möglichkeit zur Entwicklung und Erprobung der von ihr entwickelten Reformkonzepte des Studien-, Lehr- und Forschungsbetriebs sowie der akademischen Selbstverwaltung. Auf der anderen Seite trug die hochschulrechtliche Unsicherheit nicht dazu bei, die konzeptionellen Divergenzen zwischen Staat und Hochschule – wie auch unter deren Gruppen und Fachbereichen – zu befrieden. Eine rechtliche Klärung war geboten.

Vordringliches Ziel war es, das Selbstverwaltungsrecht der Hochschule als institutionellen Schutz der Wissenschaftsfreiheit gegenüber der staatlichen Eingriffsverwaltung abzugrenzen. Hierbei war nicht zu übersehen, dass der Gründungs- und Errichtungsprozess einer Hochschule nur eine schrittweise Entwicklung ihrer Selbstverwaltungsorgane erlaubt, während der der Staat für die Hochschule handeln muss. Zudem setzte die Doppelrechtsnatur einer Hochschule als staatliche Anstalt und sich selbstverwaltende Körperschaft eine enge Abstimmung bei der Erfüllung der eigenen und der gemeinsamen Aufgaben voraus. Die Frage ist jedoch, zu welchem Zeitpunkt des Errichtungsprozesses einer Hochschu-

¹⁵ Vgl. die spätere Mitarbeit des Verfassers an der zweijährlichen Konzentrationsberichterstattung der Monopolkommission gem. § 44 Abs. 1, § 47 Abs. 1 GWB. In: Monopolkommission, Hauptgutachten 1986/1987 ff., Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1988 ff.

¹⁶ Gesetz über die Errichtung der Universität Augsburg vom 18.12.1969 (GVBl. S.398), Inkrafttreten am 1.1.1970.

¹⁷ Bayerisches Hochschulgesetz vom 21.12.1973 (GVBl. S. 679, ber. 1974, S. 45), Inkrafttreten am 1.1.1974.

le der staatlichen Ingerenz in deren akademische Angelegenheiten Grenzen gesetzt sind, zumal deren langfristige und ggf. irreversible Implikationen von großem Gewicht sein können. Dies abzuwägen und zu entscheiden, ist für die Beteiligten von unmittelbarem hochschulpolitischem Interesse, sollte aber letztlich eine Frage des geltenden Rechts ein.

Von dem Gründungspräsidenten war aufgrund seiner hochschulpolitisch und vertragsrechtlich prekären Stellung als „Diener zweier Herren“ – dem bayer. Kultusministerium einerseits und der Universität Augsburg andererseits – keine eigenständige juristische Initiative zu erwarten. Für die erst seit kurzer Zeit berufenen Hochschullehrer, die sich gegen eine Einschränkung des akademischen Selbstverwaltungsrechts wegen seines Bezugs zur Wissenschaftsfreiheit hätten wenden können, galt Entsprechendes. Von den ersten Studierenden war eine rechtliche Verteidigung ihre „Lernfreiheit“ noch weniger zu verlangen.

Als Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter in dem anstelle eines Senats der Universität amtierenden ‚zentralen Übergangsgremium‘ hat der Verfasser damals die Initiative ergriffen. Besondere Unterstützung gewährten die Parteien SPD¹⁸ und FDP¹⁹ und deren Mitglieder im Bayerischen Landtag. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gewährte Rechtsschutz.²⁰

Der verwaltungsgerichtliche Weg erwies sich als verschlossen, da das Selbstverwaltungsrecht die Universität als Ganzes betrifft und nicht an deren Stelle von einem einzelnen Mitglied wahrgenommen werden kann, das zudem ein eigenes rechtliches bzw. berechtigtes Interesse an einer Feststellungsklage nur schwer nachweisen kann. Die bayerische Verfassung eröffnete jedoch jedem Bürger – unabhängig von seiner persönlichen Betroffenheit – die Möglichkeit, auf dem Wege einer Popularklage die Verletzung der bayer. Verfassung zu rügen. Eine solche Klage wurde vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit zu drei Sachverhalten vorgelegt:

- Kultusministerielle Entschließungen zur Organisationsstruktur der Universität vom 10. und vom 13.11.1970.
- Vom Ministerium erlassene vorläufige Prüfungsordnung für Diplom-Ökonomen vom 29.1.1971.
- Art. 2 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zur Errichtung der Universität Augsburg i.d.F. vom 2.6.1971 (GVBl. S. 197). Danach oblag die Organisation der Selbstverwaltung der Universität im Rahmen der Verfassung dem Bayerischen Gesetzgeber und nicht an dessen Stelle allein der Staatsregierung.

¹⁸ Dr. Jürgen Böddrich, Friedrich Karl Fröhlich, Volkmar Gabert, Dr. Peter Glotz, Dr. Rudolph Schöfberger, Dr. Axel Wernitz u.a.

¹⁹ Dr. Hildegard Hamm-Brücher, Ursula Redepenning u.a.

²⁰ Mit der Vertretung war der Augsburger Rechtsanwalt Hans Lafontaine beauftragt, unterstützt durch Professor Dr. Hans-Ullrich Gallwas, Ludwig-Maximilians-Universität München.



Rainer Feuerstack (rechts) und Robert Hartmann, Vorsitzender und Stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der Universität Augsburg, vor den Gebäuden der Universität an der Memminger Straße (Quelle: Privat)

4.2 Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs 1971

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof erachtete in seiner Entscheidung vom 23. Dezember 1971²¹ die Klage als zulässig, aber nicht begründet. Die hierzu ausführlich dargelegten Entscheidungsgründe des Gerichtshofs enthielten jedoch verschiedene beachtliche hochschulpolitische Überraschungen und hochschulrechtliche Anstöße:

Die maßgeblichen Entschliefungen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus von 1970 betrafen die Errichtung, Zusammensetzung und die Aufgaben eines „Übergangsausschusses“ der Universität sowie entsprechender Fachbereichsräte für die Bereiche Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und die Katholische Theologie.²² Die Bayerische Staatsregierung ging von dem Charakter der Entschliefungen als Rechtssätze aus.

Dagegen stellte das Verfassungsgericht fest:

Die beiden Entschliefungen über die Bildung vorläufiger Organe [...] waren nicht etwa ‚interne ministerielle Organisationsmaßnahmen im rechtsfreien Raum‘, sondern enthielten zumindest teilweise organisationsrechtliche Akte mit Außenwirkung. (S. 213)

[...] Voraussetzung ist jedoch, dass diese in irgendeiner Form verkündet worden sind. [...] Fehlt hingegen jede amtliche Bekanntmachung [...] so ist die Vorschrift nicht existent. (S. 214)

Die Schreiben der Kultusbehörde stellten danach keine existierenden „Rechtssätze“ dar, die es bedurften, vor dem Verfassungsgericht angegriffen zu werden.

Zu der vom Kultusministerium erlassenen vorläufigen Prüfungsordnung für Diplomökonomen²³ und deren Aushang am Schwarzen Brett

[...] kann [...] das Erfordernis der Bekanntmachung noch als erfüllt angesehen werden. [...] Aus Gründen der Rechtsklarheit wäre es allerdings vorzuziehen gewesen, wenn das Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Prüfungsordnung auch in seinem Amtsblatt veröffentlicht hätte. (S. 215)

Zur Ermächtigung des Kultusministeriums im Errichtungsgesetz (alte Fassung) bis zur Bestellung der ersten Organe für die Hochschule zu handeln, wurde festgestellt, dass diese

²¹ Bayer. Verfassungsgerichtshof, Entscheidung vom 23.12.1971 (Az. Vf.28-VII-71/VerfGH 24,10) zur Verfassungsmäßigkeit von Art. 2 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zur Errichtung der Universität Augsburg vom 18.12.1969 (GVBl. S. 398) und des Art. 2 Abs. 2 und 3 dieses Gesetzes vom i.d.F. vom 2.6.1971 (GVBl. S. 197).

²² KME vom 10.11.1970 (Nr. I/10-5/149 357) und 13.11.1970. (Nr. I/10-5/158 189).

²³ KME vom 29.1.1971 (Nr. I/2 – 6/12 780), Aushang am 2.2.1971.

[...] nicht die Befugnis einschloß, vorläufige generelle Regelungen zur Bildung von Selbstverwaltungsorganen für die Universität Augsburg zu erlassen [...] Vielmehr erstreckte sich diese Ermächtigung auf die [...] mit der Gründung der Universität notwendigerweise verbundenen Maßnahmen und Anordnungen der äußeren Wissenschaftsverwaltung [...]. (S. 219).

In diesem Rahmen könne eine Verletzung des Verfassungsauftrags zur Gewährung der akademischen Selbstverwaltung nur dann festgestellt werden,

[...] wenn die Untätigkeit des Gesetzgebers oder der Exekutive hinsichtlich der Schaffung eigener Hochschulorgane [...] nicht mehr erträglich erschiene [...]. (S. 220)

Es erscheint [...] wenig befriedigend, dass mehr als ein Jahr nach Aufnahme des Lehr- und Forschungsbetriebs an der Universität Augsburg noch immer Aufgaben der Wissenschaftspflege, die an sich kraft des Selbstverwaltungsrechts den Universitätsorganen obliegen sollten, von der staatlichen Unterrichtsverwaltung wahrgenommen werden [...]. (S. 220 f.)

Es lässt sich jedoch nicht feststellen, dass das Staatsministerium für Unterricht und Kultus aus sachfremden Erwägungen der Hochschule die ihr zukommenden autonomen Befugnisse verweigert hätte. (S. 221)

Erst mit der Eingliederung des Juristischen Fachbereichs im Wintersemester 1971/1972

[...] hat die Universitätsgründung einen gewissen Abschluß erfahren. (S. 221)

Zur Frage, ob der Gesetzgeber mit der Ermächtigungsnorm des Errichtungsgesetzes gegen das Rechtsstaatsprinzip (Art. 3 BV)²⁴ verstoßen und der Exekutive ermöglicht habe, anstelle des Gesetzgebers zu handeln, erkennt das Gericht:

Auch das Ausmaß der vom Ordnungsgeber zu treffenden Regelung erscheint noch hinreichend begrenzt. (S. 225)

Da es sich nur um Übergangsregelungen handeln kann, erlischt die Ermächtigung mit dem Vollzug des noch zu erlassenden bayerischen Hochschulgesetzes.

Im Ergebnis hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof in seiner Entscheidung zur Universität Augsburg allgemeine Grundsätze formuliert, die bei der Gründung einer Hochschule im grundrechtlichen Spannungsfeld von Staatsverwaltung und Selbstverwaltung zu beachten sind. Dies erscheint besonders heikel, soweit der Staat zugleich ‚für‘ die Hochschule handelt.

²⁴ In Verbindung mit Art. 5, Art. 55 Nr. 2, Art. 70 Abs. 1, 3 und Art. 77 Abs. 1 BV.

Zusammenfassend hat das Verfassungsgericht für die Übungszeit der Errichtungsphase der Universität Augsburg entschieden:

- Die in Schreiben mitgeteilten organisatorischen Entscheidungen des Kultusministeriums besaßen entgegen der Auffassung der Staatsregierung **keinen Rechtssatzcharakter**.
- Das Kultusministerium war zu Rechtssetzungsakten **nicht ermächtigt**.
- Die gebotene Veröffentlichung von Prüfungsordnungen war zwar **noch** erfüllt, die Form eines bloßen Aushangs aber **nicht vorzuziehen**.
- Die vom Kultusministerium bis zu einer endgültigen gesetzlichen Regelung war mit der Verfassungsnormen **nicht schlechterdings** unvereinbar.
- Die gesetzliche Ermächtigungsnorm war inhaltlich und zeitlich **noch hinreichend** begrenzt.

Damit hat das Verfassungsgericht rechtsstaatliche, verfassungs- und grundrechtliche Grenzen aufgezeigt, die von der Bayerischen Staatsregierung bzw. vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus in der Errichtungsphase der Universität Augsburg zu beachten waren. Darauf, dass diese Grenzen nicht fern lagen, mag hindeuten, dass der Gerichtshof die Kosten des Verfahrens geteilt hat.

Allerdings war zum Zeitpunkt der Entscheidung des Verfassungsgerichts eine hochschulgesetzliche Regelung noch nicht absehbar.

4.3 Verfassungsrechtliche Konsequenzen für die Universität

In der strittigen Frage der organisatorischen Struktur der Universität hatte das Kultusministerium nun selbst dem Gebot zur ‚Einfädelerung in die Legalität‘ zu gehorchen, das der damals neue Staatsminister für Unterricht und Kultus, Professor Dr. Hans Maier, von der Universität Augsburg anlässlich seines Besuchs am 22.1.1971 gefordert hatte:

- Die erste Satzung der Universität Augsburg wurde Anfang Februar 1972 als Regierungsverordnung erlassen und veröffentlicht.²⁵ Ihre zukünftige Änderung war mit einer qualifizierten, allerdings hoch angesetzten Mehrheit der satzungsgebenden Versammlung möglich.
- Der staatliche Berufungsausschuss war nach Protesten aus der Universität bereits im Vorfeld der verfassungsgerichtlichen Entscheidung um inzwischen berufene Hochschullehrer erweitert worden.

Welche Konsequenzen die Entscheidung des Verfassungsgerichts innerhalb der Staatsregierung im Einzelnen zeitigte, ist der Kenntnis Außenstehender entzogen. Allerdings ist anzuerkennen, dass Kultusminister Professor Hans Maier sich auch öffentlichen kontroversen, konfliktgeladenen Diskussionen nicht entzogen hat.

²⁵ Verordnung zur vorläufigen Regelung der Verfassung der Universität Augsburg vom 2.2.1972 (GVBl. 9), Inkrafttreten am 18.2.1972.

Durch seine ebenso engagierte wie moderate Art hat er zwar nicht immer überzeugt, aber zur Befriedung des universitären Klimas mit beigetragen.

4.4 Hochschulverfassungsrecht in Bayern

Die Erwartung des Verfassungsgerichtshofs im Jahre 1971, das Spannungsverhältnis zwischen staatlichem Eingriffsrecht der Regierung und akademischem Selbstverwaltungsrecht der Hochschulen sei im Rahmen einer verfassungskonformen Hochschulgesetzgebung aufzulösen, hat sich jedoch mittel- und langfristig nicht allseitig überzeugend erfüllt.

Die Juristische Fakultät der Universität Augsburg hat sich in jüngster Zeit ebenfalls einer Popularklage²⁶ der Bayerischen Juristischen Fakultäten zum Bayerischen Verfassungsgerichtshof angeschlossen, die sich – wenn auch erfolglos – gegen Bestimmungen des Bayerischen Hochschulgesetzes²⁷ sowie des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes²⁸ gewandt haben. Angegriffen wurde der staatliche bzw. hochschulexterne Einfluss insbesondere auf die Besetzung der Leitung, die Grundordnung, das Studienangebot, die Berufsvorschläge und den Haushalt der Hochschule mit der befürchteten Folge einer Einschränkung der akademischen Selbstverwaltung und der durch sie institutionell grundrechtlich garantierten Wissenschaftsfreiheit.

Die ablehnende Entscheidung des Gerichtshofs vom 7. Mai 2008 entbehrt – von einem vertretbaren hochschulpolitischen Standpunkt der Bayerischen Staatsregierung aus gesehen – nicht einer gewissen auch verfassungsrechtlichen Überzeugungskraft. Allerdings birgt die engere Verschränkung staatlicher und akademischer Aufgaben und die stärkere Betonung hochschulübergreifender Aufgaben nicht nur Chancen, sondern auch Risiken. So bietet z.B. unter prozeduralen Gesichtspunkten die paritätische Besetzung des Hochschulrats mit hochschulinternen und -externen Mitgliedern nicht nur die Chance eines fachlich, rechtlich und konzeptionell ausgewogenen Kompromisses, sondern auch das Risiko von ‚Deals‘, deren Elemente sachlich nicht überzeugend sein müssen. Immerhin ist im Gesetz eine Befristung und Experimentierklausel vorgesehen.

Auch die hochschulrechtliche Position der Studierenden erscheint aus ihrer Sicht noch nicht befriedigend. Eine von der Studierendenvertretung der Universi-

²⁶ Bayer. Verfassungsgerichtshof, Entscheidung vom 7.5.2008, (Az.: Vf. 19-VII-06) zur Verfassungsmäßigkeit von Art. 26 Abs. 1 Satz 1 und Art. 21 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG i.d.F. v. 20.12.2007 (GVBl. S. 958) sowie Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Nr. 11 BayHSchG i.V.m. Art. 18 Abs. 5 Sätze 1 bis 3 BayHSchPG i.d.F. v. 9.4.2008 (GVBl. S. 94).

²⁷ BayHSchG vom 23.5.2006 (GVBl. S. 245, BayRS 2010-1-1-WFK i.d.F. v. 20.12.2007, GVBl. S. 958).

²⁸ BayHSchPG vom 23.5.2006 (GVBl. S. 230, BayRS 2030-1-2-WFK i.d.F. v. 9.4.2008, GVBl. S. 94).

tät Augsburg und anderen Universitäten bayernweit unterstützte Popularklage gegen die Ausgestaltung kreditfinanzierter Studiengebühren hatte 2009 ebenfalls keinen Erfolg.²⁹

5. Arbeitnehmerrechte und Personalvertretung

Nach dem 1973 verabschiedeten Hochschulrahmengesetz (HRG) sowie dem 1973 folgenden ersten Bayerischen Hochschulgesetz (BayHSchG) und dem Bayerischen Hochschullehrergesetz (BayHSchLG) hatten die Rechtsverhältnisse auch an der Universität Augsburg eine erste allgemeine gesetzliche Grundlage erhalten. Während der vorangegangenen Auseinandersetzung um die hochschulrechtliche Partizipation der Hochschulgruppen in der Gründungs- und Errichtungsphase war der Aufbau einer wirksamen Personalvertretung zurückgetreten. Für diese bestand – im Unterschied zum Hochschulrecht – jedoch ein durch Gesetzgebung, Rechtsprechung und Praxis gesicherter rechtlicher Rahmen.

Örtliche Personalvertretungen waren für den Bereich der zentralen Universitätsverwaltung unter dem Vorsitz von Edmund Roßmann sowie der Bibliothek unter Siegfried Hofstetter bereits früh gebildet worden. Es fehlte jedoch ein Gesamtpersonalrat unter Einbezug der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Assistenten, der seine Mitwirkungsrechte auch unmittelbar gegenüber der Universitätsleitung rechtlich zur Geltung bringen konnte.

Die Bildung eines Gesamtpersonalrats für die Universität Augsburg erfolgte Anfang der 70er Jahre. Dieser Entwicklung auf personalvertretungsrechtlicher Ebene kam insoweit entgegen, dass 1973 Professor Dr. Franz Knöpfle als Nachfolger von Professor Dr. Louis Perridon zum Präsidenten der Universität Augsburg – wenn auch nach einem rechtlich nicht ganz unstrittigen Verfahren – gewählt wurde. Unbeschadet dessen galt Professor Knöpfle als ausgewiesener Experte des öffentlichen Rechts und besaß besondere Erfahrungen in der Bayerischen Staatsverwaltung. Dadurch fand der auch streitbar herbeizuführende Interessenausgleich zwischen Hochschulleitung und Personalvertretung auf einer adäquaten rechtlichen Ebene statt, für die – anders als auf dem Felde hochschulpolitischer Kontroversen – ein weitgehend gesichertes rechtliches Fundament vorausgesetzt werden durfte. Dass dem in der Praxis nicht immer Geltung verschafft werden konnte, war jedoch keine Besonderheit der Augsburger Universitätsverwaltung.

²⁹ Bayer. Verfassungsgerichtshof, Entscheidung vom 28.5.2009 (Az. Vf. 4-VII-07) zur Verfassungsmäßigkeit von Art. 71 Abs. 1, 4, 5 und 7 BayHSchG vom 23.5.2006 (GVBl. 245) i.d.F. v. 14.4.2009 (GVBl. S. 86) und der Verordnung über Darlehen zur Studienbeitragsfinanzierung (StuBeiDaV) vom 18.9.2006 i.d.F. v. 27.10.2007 (GVBl. S. 732); vgl. Stellungnahme der Studierendenvertretung Universität Augsburg vom 18.1.2007, http://www.asta.uni-augsburg.de/de/asta/pressemitteilungen/07-01-18_popularklage_studiengebuehren.pdf.

im Ergebnis heilsam und fruchtbar. Die Kultusbehörde musste erfahren, dass die Struktur einer Universität nicht etatistisch am grünen Tisch geplant und mit Leben erfüllt werden kann. Die Universität musste sich als staatliche Einrichtung akzeptieren, deren Selbstverwaltungsrecht, wenn auch weit zu fassende, institutionelle Grenzen gesetzt sind.

Die verbindende Idee war, den Aufbau der Universität im Sinne des sie konstituierenden Reformkonzepts erfolgreich in Angriff zu nehmen. Spiritus Rector im wörtlichen Sinne war jedoch der Gründungspräsident Louis Perridon. Möge sein Vorbild in der Geschichte der Universität Augsburg und im Lebenslauf der damals Beteiligten nachhaltige Spuren hinterlassen haben.



Dr. Rainer Feuerstack 2011 (Quelle: Privat)

Von Säbeln und Gemälden – Zu Vorgang und Wahrnehmung des diplomatischen Geschenktransfers im Rahmen der Gesandtschaftsreise Achmed Resmi Efendis 1763/64*

Jan Bröker

Einleitung

Der Austausch von Geschenken ist seit jeher ein wesentlicher Bestandteil der diplomatischen Praxis. Denn die Überreichung von Präsenten konstituiert eine Basis des Vertrauens, welche die unabdingbare Voraussetzung für Verhandlungen jedweder Art bildet. Dabei handelt es sich um mehr als nur den Austausch materieller Güter. Im Gegensatz zur Korruption findet die Überreichung diplomatischer Präsente in der Frühen Neuzeit ‚öffentlich‘, das heißt im höfischen Kontext, statt und ist somit in ein komplexes Zeichensystem eingebunden.¹

Spätestens mit der grundlegenden anthropologischen Studie von Marcel Mauss² ist die Praxis des Schenkens in den Fokus der wissenschaftlichen Betrachtung geraten und in der Folge insbesondere im Bereich der Ethnologie und Soziologie thematisiert worden.³ Die historischen Wissenschaften wenden sich, abgesehen von einzelnen Arbeiten wie der Studie Heinz Duchhardts⁴ zum diplomatischen Abschiedsgeschenk, erst in jüngerer Zeit dem diplomatischen Geschenkwesen zu.⁵ Dabei gerät die interkulturelle Perspektive verstärkt in den Blick.⁶

* Bei vorliegendem Beitrag handelt es sich um die verkürzte und überarbeitete Version einer B.A.-Arbeit im Fach Europäische Kulturgeschichte, die im Januar 2009 an der Universität Augsburg eingereicht wurde. Die Arbeit wurde von Herrn Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber betreut.

¹ Vgl. Jeanette Falcke: Studien zum diplomatischen Geschenkwesen am brandenburgisch-preußischen Hof im 17. und 18. Jahrhundert, Berlin 2006, S. 14f. Zum höfischen Zeremoniell vgl. exemplarisch den Sammelband: Jörg Jochen Berns und Thomas Rahn (Hg.): Zeremoniell als höfische Ästhetik in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, Tübingen 1995. Selbstverständlich ist auch die Korruption zu historisieren und zu differenzieren, was den vorliegenden Rahmen jedoch sprengen würde.

² Vgl. Marcel Mauss: Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften, Frankfurt/M. 21984.

³ Zur Übersicht über die (bis 1993) erfolgte Theoriebildung vgl. Friedrich Rost: Theorien des Schenkens. Zur kultur- und humanwissenschaftlichen Bearbeitung eines anthropologischen Phänomens, Berlin 1993.

⁴ Vgl. Heinz Duchhardt: Das diplomatische Abschiedsgeschenk, in: Archiv für Kulturgeschichte 57 (1975), S. 345–362.

⁵ Vgl. insbesondere Falcke [wie Anm. 2]. Diese legt erstmals eine umfassende Studie zum brandenburgisch-preußischen Geschenkwesen vor und liefert damit eine wichtige Grundlage für die vorliegende Arbeit. Sie verortet ihre Abhandlung „im Schnittbereich

Diese Arbeiten können als ein Beitrag zu einer „Kulturgeschichte der Diplomatie“⁷ gesehen werden, welche die Handlungs-, Wahrnehmungs- und Deutungsmuster in diplomatischen Prozessen als kulturell bedingt auffasst. Der diplomatische Gabentausch bietet sich – nicht zuletzt wegen der relativ guten Überlieferung⁸ – an, um unterschiedliche Wahrnehmungen und Zuschreibungen im Rahmen diplomatischer Kontakte zu rekonstruieren.⁹

Ein in dieser Hinsicht noch nicht umfassend erforschter Gabentausch ist derjenige zwischen dem preußischen Königshof und dem osmanischen Sultanshof 1762 und 1763/64. Während für den (inner)europäischen Geschenkverkehr überwiegend ein „Vorrat von gemeinsamen Zeichen, Gestaltungs- und Deutungsregeln“¹⁰ angenommen werden kann, mangelt es gerade im osmanisch-europäischen Geschenktransfer daran. Und anders als bei dem Gabenaustausch zwischen den Habsburgern und Osmanen, der auf eine lange Tradition zurückgeht, handelt es

historischer, soziologischer und kunsthistorischer Betrachtungsweisen“ (ebd., S. 15). Vgl. auch den vorzüglichen Forschungsüberblick ebd., S. 19–26.

⁶ Vgl. Christian Windler: Tribut und Gabe. Mediterrane Diplomatie als interkulturelle Kommunikation, in: *Saeculum* 51 (2000), H. 1, S. 24–56; Clemens P. Sidorko: Der Elefant Peters des Großen. Gesandtschaftsgeschenke als Instrument diplomatischer Kommunikation, in: Nada Boškovska; Peter Collmer u.a. (Hg.): *Wege der Kommunikation in der Geschichte Osteuropas*, Köln u.a. 2002, S. 31–55; Natasha Eaton: *Between Mimesis and Alterity: Art, Gift and Diplomacy in Colonial India, 1770–1800*, in: *Comparative Studies in Society and History*, 46 (2004), H. 4, S. 816–844; Maija Jansson: *Measured Reciprocity. English ambassadorial gift exchange in the 17th and 18th centuries*, in: *Journal of Early Modern History* 9 (2005), H. 3, S. 348–370; vgl. insbesondere mit Blick auf das osmanisch-europäische Verhältnis die Arbeiten von Hedda Reindl-Kiel: *East is East and West is West, and Sometimes the Twain Did Meet. Diplomatic Gift Exchange in the Ottoman Empire*, in: Colin Imber, Keiko Kiyotaki und Rhoads Murphey: *Frontiers of Ottoman Studies: State, Province, and the West*, Bd. 2, London 2005, S. 113–123; Dies.: *Der Duft der Macht. Osmanen, islamische Tradition, muslimische Mächte und der Westen im Spiegel diplomatischer Geschenke*, in: *Wiener Zeitschrift für die Kunde des Morgenlandes* 95 (2005), S. 195–259 [im Folgenden „Reindl-Kiel 2005a“]; sowie Peter Burschel: *Der Sultan und das Hündchen. Zur politischen Ökonomie des Schenkens in interkultureller Perspektive*, in: *Historische Anthropologie* 15 (2007), S. 408–421.

⁷ Susanne Schattenberg: *Die Sprache der Diplomatie oder das Wunder von Portsmouth. Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Außenpolitik*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 56 (2008), H. 1, S. 3–27. Hier: S. 7.

⁸ Vgl. dazu Falcke [wie Anm. 2], S. 19f.

⁹ Auf die Aktualität des Themas verweist nicht zuletzt die vom 26.–29. März 2009 in Irsee abgehaltene Konferenz: *Materielle Grundlagen der Diplomatie, die in zahlreichen Beiträgen Funktion und Wirkung diplomatischer Gaben behandelt hat*. [Ein Tagungsbericht findet sich in der AHF-Information Nr. 1 (2010) unter <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2010/001-10.pdf>; 19. Mai 2010.]

¹⁰ Falcke [wie Anm. 2], S. 16.

sich hier sogar um eine Art ‚Erstkontakt‘.¹¹ Dies ist insofern von Bedeutung, als preußischerseits noch keine eigenen Erfahrungen bezüglich der Auswahl, Gestaltung und Übergabe der Präsente an Osmanen bestehen. Daher können die unterschiedlichen Auffassungen, Einschätzungen und Wahrnehmungen, die im Zuge des Geschenktransfers zu Tage treten, als aussagekräftig für das Verhältnis der zwei ‚Gabenordnungen‘¹² gesehen werden.

Für den gewählten Zeitraum steht ein relativ breiter Quellenkorpus zur Verfügung. Die wesentliche Basis für die Untersuchung bildet die Schilderung der Gesandtschaft durch Achmed Resmi Efendi, die in der Übersetzung Joseph Hammers von 1809¹³, sowie in der Übersetzung Willy Bey-Bollands von 1903¹⁴ vorliegt. Eine weitere wichtige Quelle ist die dreimal wöchentlich erschienene ‚Berlinisch privilegierte Zeitung von Staats- und Gelehrten Sachen‘¹⁵, die im entsprechenden Zeitraum zahlreiche Artikel über die Gesandtschaft veröffentlicht hat und daher Aufschluss über deren Wahrnehmung bieten kann. Auch die (gedruckte) preußische Korrespondenz in Form der ‚Œuvres de Frédéric le Grand‘¹⁶ und der ‚politischen Correspondenz Friedrichs des Großen‘¹⁷ liefert wichtiges Material über die Gesandtschaftsreise und den damit verbundenen Gabentausch. Allerdings ist gerade mit Blick auf die ‚politische Correspondenz‘ festzustellen, dass Passa-

¹¹ Die Frage, ob es sich bei Achmeds Gesandtschaft um die erste osmanische Gesandtschaft handelt, ist nicht abschließend geklärt. Vgl. dazu den Abschnitt über die osmanisch-preußischen diplomatischen Beziehungen.

¹² Burschel [wie Anm. 7], S. 420.

¹³ Vgl. [Achmed Resmi Efendi]: Des türkischen Gesandten Resmi Ahmet Efendi gesandtschaftliche Berichte von Berlin im Jahre 1763, übersetzt von Joseph Hammer, Berlin 1809. [Im Folgenden ‚Achmed 1809‘. Der Bericht liegt inzwischen in digitalisierter Form vor und kann unter folgender Adresse abgerufen werden: <http://www.digitale-sammlungen.de/~db/0002/bsb00026698/images/>; 19. Mai 2010].

¹⁴ Vgl. [Achmed Resmi Efendi]: Eine Türkische Botschaft an Friedrich den Grossen, aus dem Türkischen ins Deutsche übertragen von Willi Bey-Bolland, Konstantinopel 1903. [Im Folgenden ‚Achmed 1903‘.] Die Übersetzungen weisen mitunter starke Abweichungen auf, weshalb je nach Kontext zitiert wird.

¹⁵ Im Folgenden ‚BPZ‘. Es wurden hierfür die Bestände der Sächsischen Landesbibliothek, Staats-, und Universitätsbibliothek, sowie die der Zeitungsabteilung ‚Westhafenspeicher‘ der Staatsbibliothek zu Berlin gesichtet. Ferner findet sich eine umfassende Auswahl an Artikeln und Dokumenten, die Gesandtschaftsreise betreffend, in: L. Schneider: Das Palais Sr. K. H. Des Prinzen Albrecht von Preußen, Berlin 1870, S. 14–42. [Der Vergleich ergibt jedoch, dass diese Materialsammlung in der Diktion mitunter vom Original abweicht, weshalb auf deren Verwendung weitestgehend verzichtet wurde.]

¹⁶ Vgl. Werke Friedrichs des Großen. Œuvres de Frédéric le Grand, hrsg. von Johann D. E. Preuss. Bd. 1–30, Berlin 1846–1856. [Digitale-Ausgabe der Universität Trier: <http://friedrich.uni-trier.de/oeuvres/>; 11.09.2009] [Im Folgenden ‚Œuvres‘.]

¹⁷ Vgl. Die politische Correspondenz Friedrichs des Großen, 46 Bde. und ein Ergänzungsband, hrsg. von Johann Gustav Droysen u.a., Berlin und Leipzig 1879–1939. [Im Folgenden ‚PC‘.]

gen, welche Geschenke betreffen, häufig nur verkürzt wiedergegeben werden. Darüber hinaus zählen noch einige Dokumente aus dem Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz zu den Quellen, die allerdings nur (indirekt) durch die Arbeit Jeanette Falckes überliefert vorliegen.¹⁸ Des Weiteren liefern das Tagebuch des Grafen Lehndorff¹⁹, sowie die Aufzeichnungen des Direktors der Königlich Preussischen Porzellanmanufaktur, J. G. Grieninger,²⁰ Aufschluss über Ablauf und Wahrnehmung der Gesandtschaft. Schließlich finden sich noch in der älteren Forschungsliteratur verstreute Quellenfragmente.²¹

Erste Arbeiten zur preußisch-osmanischen Geschichte stammen aus der borusischen Geschichtsschreibung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts.²² Die einzige umfassende Darstellung jüngerer Datums in deutscher Sprache stellt die politikgeschichtliche Arbeit Karl Pröhls dar²³. In Bezug auf die Gesandtschaftsreise Achmed Resmi Efendis sind – neben der Arbeit von Volz²⁴ – insbesondere die

¹⁸ Diese werden nach den Angaben bei Jeanette Falcke [wie Anm. 2] als „GStA PK“ zitiert. Auf eigene Recherchen im Staatsarchiv musste aufgrund der limitierten Bearbeitungszeit verzichtet werden.

¹⁹ Vgl. Schmidt-Lötzen, Karl Eduard: Dreißig Jahre am Hofe Friedrichs des Großen. Aus den Tagebüchern des Reichsgrafen Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorff, Kammerherrn der Königin Elisabeth Christine von Preußen, Gotha 1907.

²⁰ Vgl. [J. G. Grieninger]: Vom Ursprung und Fortgang der Königlichen achten Porzellan-Manufaktur zu Berlin, durch derselben Direktor, abgedruckt in: Hohenzollern-Jahrbuch 2 (1906), S. 186–206.

²¹ Vgl. Hammer, Joseph von: Geschichte des osmanischen Reiches. Großentheils aus bisher unbenutzten Handschriften und Archiven. Achter Band. Vom Belgrader Frieden bis zum Frieden von Kainardsche, 1739–1774, Pest 1832; sowie insbes. Gustav Bertold Volz: Eine türkische Gesandtschaft am Hofe Friedrichs des Großen im Winter 1763/64, in: Hohenzollern-Jahrbuch 11 (1907), S. 17–54.

²² Vgl. W. Nottebohm: Die Preußisch-Türkische Defensivallianz (1763–65). Ein Beitrag zu Friedrichs des Grossen orientalischer Politik, in: Festschrift zu der zweiten Säcularfeier des Friedrichs-Werderschen Gymnasiums zu Berlin, veröffentlicht von dem Lehrer-Collegium des Friedrichs-Werderschen Gymnasiums, Berlin 1881, S. 123–157; Rudolf Porsch: Die Beziehungen Friedrichs des Grossen zur Türkei bis zum Beginn und während des siebenjährigen Krieges, Marburg 1897; C. A. Bratter: Die preußisch-türkische Bündnispolitik Friedrich des Großen, Weimar 1915. Einen besonders wichtigen Beitrag stellt Helmuth Scheel: Preussens Diplomatie in der Türkei. 1721–1774, Berlin und Leipzig 1931, dar, da dieser osmanische Dokumente in einer deutschen Übersetzung liefert.

²³ Vgl. Karl Pröhl: Die Bedeutung preußischer Politik in den Phasen der orientalischen Frage. Ein Beitrag zur Entwicklung deutsch-türkischer Beziehungen von 1606–1871, Frankfurt/M. u. a. 1986.

²⁴ [Wie Anm. 17.] Vgl. auch den Beitrag zu einer Ausstellung über die Gesandtschaftsreise: Volkmar Enderlein (Bearb.): Die erste türkische Gesandtschaft in Berlin. Sonderausstellung der Islamischen Museums. 2. Juli–17. August 1987, Berlin 1987. Hier sind auch zahlreiche Abbildungen, die im Rahmen der Gesandtschaft entstanden sind, abgedruckt.

grundlegende Biographie Achmed Resmi Efendis von Virginia Aksan²⁵, sowie zwei Arbeiten jüngerer Datums hervorzuheben, die sich dem Thema aus einer kulturhistorischen Perspektive nähern. Dabei handelt es sich einerseits um den Vortrag Abdullah Güllüoğlu²⁶, der die Fremdwahrnehmung Achmed Efendis untersucht und andererseits um den Beitrag Stephan Theiligs²⁷, der vor allem die mediale Rezeption der Gesandtschaft in den Blick nimmt.

Die vorliegende Studie möchte insbesondere an diese neueren Forschungsbeiträge anschließen und dabei den diplomatischen Gabentausch in das Zentrum der Betrachtung stellen. Hier kann allerdings keine objektbezogene, kunsthistorische Analyse geboten werden, die – mangels überlieferter Objekte – vermutlich auch wenig ertragreich wäre, als vielmehr eine Rekonstruktion des in dem Geschenktransfer zum Ausdruck kommenden Selbstverständnisses und der Wahrnehmungsmuster der jeweiligen Akteure.

²⁵ Vgl. Virginia H. Aksan: *An Ottoman statesman in war and peace. Ahmed Resmi Efendi, 1700–1783*, Leiden u.a. 1995.

²⁶ Vgl. Abdullah Güllüoğlu: *Die Wahrnehmung des Anderen in den Berichten des osmanischen Gesandten Ahmed Resmi Efendi (1700–1783) – Vortrag auf dem 30. Deutschen Orientalistentag in Freiburg in Breisgau vom 24.–28. September 2007*, organisiert von Reiner Brunner, Jens Peter Laut und Maurus Reinkowski. [Zum Zeitpunkt der Bearbeitung unveröffentlichtes Manuskript, die Seitenangaben beziehen sich auf das Manuskript.] Ich danke dem Autor an dieser Stelle für die freundliche Übersendung des Manuskripts. Inzwischen als Beitrag erschienen in Bekim Agai und Zita Ágota Pataki (Hg.): *Orientalische Reisende in Europa – Europäische Reisende im Nahen Osten: Bilder vom Selbst und Imaginationen des Anderen*, Berlin 2010, S. 57–86.

²⁷ Vgl. Stephan Theilig: *Die erste osmanische Gesandtschaft in Berlin 1763/64: Interkulturalität und Medienereignis*, in: Joachim Eibach (Hg.): *Europäische Wahrnehmungen. 1650–1850. Interkulturelle Kommunikation und Medienereignisse*, Hannover 2008, S. 131–160.

Aspekte der Osmanen-Wahrnehmung im 18. Jahrhundert²⁸

Die Wahrnehmung der Osmanen erfährt in Europa im Laufe der Jahrhunderte zahlreiche Wandlungen.²⁹ In Abhängigkeit verschiedener Faktoren, etwa der militärischen Lage, politischen und kulturellen Gegebenheiten und der wirtschaftlichen Beziehungen kommt es immer wieder zu Akzentverschiebungen in der Perzeption des Osmanischen Reiches und seiner Bevölkerung. Eine solche Veränderung vollzieht sich in größerem Umfang zu Beginn des 18. Jahrhunderts, gleichzeitig werden aber wesentliche Traditionslinien fortgesetzt.

Spätestens mit der Eroberung Konstantinopels im Jahre 1453 lenkt sich die Aufmerksamkeit der europäischen Mächte auf das Osmanische Reich.³⁰ Dabei sind es zunächst die militärische Überlegenheit sowie die Fremdheit von Religion, Sitten und Bräuchen, welche die Wahrnehmung der Osmanen strukturieren.³¹

²⁸ Auf die in der Forschung häufig anzutreffende Bezeichnung ‚Türkenbild‘ soll in diesem Rahmen verzichtet werden, weil der Begriff eine kohärente Wahrnehmung impliziert, die – wie dieser Teil der Arbeit (zumindest für das 18. Jahrhundert) zeigen kann – nicht zwingend gegeben ist und weil eine Reduzierung der osmanischen Bevölkerung auf die Türken nicht gerechtfertigt erscheint. Dass es sich bei ‚Türken‘ um die zeitgenössische Bezeichnung handelt, rechtfertigt die Verwendung des Begriffs (zumal dieser in der Regel ohne Anführungszeichen erscheint) nicht. Anstelle des Begriffs ‚Türken‘ soll daher ‚Osmanen‘ verwendet werden. Auf die zahlreichen Werke zu Fremdwahrnehmung kann im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden. Vgl. hierzu (mit weiterführenden Literaturhinweisen) Joachim Eibach: *Annäherung – Abgrenzung – Exotisierung. Typen der Wahrnehmung ‚des Anderen‘ in Europa am Beispiel der Türken, Chinas und der Schweiz (16. bis frühes 19. Jahrhundert)*, in: Ders. (Hg.): *Europäische Wahrnehmungen. 1650–1850. Interkulturelle Kommunikation*, Hannover 2008, S. 13–73.

²⁹ Für einen Überblick über Genese und Verlauf der Wahrnehmung vor und nach dem 18. Jahrhundert vgl. etwa Nedret Kuran-Burçoğlu: *Die Wandlungen des Türkenbildes in Europa. Vom 11. Jahrhundert bis zur heutigen Zeit. Eine kritische Perspektive*, Zürich 2005; sowie den von Mustafa Soykut herausgegebenen Sammelband [wie Anm. 35]. Für den Zeitraum bis 1600 ist insbesondere das Werk von Almut Höfert: *Den Feind beschreiben. „Türkengefahr“ und europäisches Wissen über das osmanische Reich 1450–1600*, Frankfurt/M. und Basingstoke 2003 heranzuziehen. Wie Frank Matthias Kammel deutlich macht, kann nicht von einer (homogenen) europäischen Wahrnehmung der Osmanen gesprochen werden, da sich diese je nach geographischer Lage und (wirtschafts-)politischen Verbindungen zum Osmanischen Reich sehr heterogen gestaltet (vgl. Frank Matthias Kammel: *Gefährliche Heiden und gezähmte Exoten: Bemerkungen zum europäischen Türkenbild im 17. und frühen 18. Jahrhundert*, in: Ronald G. Asch u.a. (Hg.): *Frieden und Krieg in der Frühen Neuzeit. Die europäische Staatenordnung und die außereuropäische Welt*, München 2001, S. 503–525. Hier: S. 503.) Im Rahmen dieser Arbeit soll in erster Linie die Wahrnehmung der Osmanen im deutschsprachigen Raum im Vordergrund stehen.

³⁰ Vgl. Höfert, S. 56–62.

³¹ Vgl. Eibach [wie Anm. 35], S. 25f. Sowie Margret Spohn: *Alles getürkt. 500 Jahre (Vor)Urteile der Deutschen über die Türken*, Oldenburg 1993, S. 19.

Diese basiert in der Regel allerdings nicht auf eigenen Erfahrungen, sondern auf der Bearbeitung, Ergänzung und Verbreitung der wenigen Augenzeugenberichte, die Gesandte, Reisende, Händler und Soldaten liefern.³² Zahlreiche Flugblätter, Flugschriften und auch Kalender thematisieren darüber hinaus kriegerische Auseinandersetzungen und angebliche Greuelthaten, berichten aber zugleich auch über Sitten und Gebräuche der Osmanen.³³ Es ist somit vor allem die mediale Inszenierung und auch Instrumentalisierung der so genannten Türkengefahr³⁴, welche die Wahrnehmung der Osmanen auf lange Zeit prägt, während hingegen der direkte (durchaus auch friedliche) Kontakt etwa durch Handel oder mit den so genannten Beutetürken von eher geringer Auswirkung auf das Bild der Osmanen ist.³⁵ ‚Türkenpredigt‘, ‚Türkenlieder‘, ‚Türkenglocke‘ und ‚Türkensteuer‘ beeinflussen die Wahrnehmung der Osmanen und suggerieren eine konstante Gefährdung der eigenen Lebenswelt durch das Osmanische Reich³⁶, welche sich – über den militärischen Bereich hinausgehend – auch in der „Bedrohung des Glaubens und der sozialen Ordnung“ zu manifestieren scheint.³⁷ Diese Suggestion einer umfassenden und allgegenwärtigen Bedrohung wird – mit jeweils unterschiedlich gelagerter Intention – sowohl von katholischer als auch von protestantischer Seite (vor allem durch Martin Luther) propagandistisch genutzt.³⁸ Dabei entfalten Luthers Schriften,

³² Vgl. Eibach, S. 26.

³³ Vgl. Eibach, S. 26. Angefangen etwa mit dem ‚Türkenkalender‘ von 1455 (vgl. Ludwig Rohner: *Kalendergeschichte und Kalender*, Wiesbaden 1978, S. 23.) entfaltet sich vor allem im 16. Jahrhundert die so genannte Türkenpublizistik, vgl. dazu Carl Göllner: *Turcica. Die europäischen Türkendrucke des 16. Jahrhunderts*, 3 Bände, Bukarest und Berlin 1961–68.

³⁴ Vgl. ausführlich dazu Höfert, S. 51–87. Zur politischen Instrumentalisierung der Osmanen im 17. und 18. Jahrhundert vgl. Martin Wrede: *Das Reich und seine Feinde. Politische Feindbilder in der reichspatriotischen Publizistik zwischen Westfälischem Frieden und Siebenjährigen Krieg*, Mainz 2004.

³⁵ Vgl. Kammel, S. 505f. Zu dem bisher wenig erforschten Thema der ‚Beutetürken‘ sind für den deutschsprachigen Raum insbesondere die Arbeiten von Hartmut Heller zu nennen. Vgl. exemplarisch Ders.: *Beutetürken. Deportation und Assimilation im Zuge der Türkenkriege des 16. und 17. Jahrhunderts*, in: Gerhard Höpp (Hg.): *Fremde Erfahrungen. Asiaten und Afrikaner, in Deutschland, Österreich und der Schweiz bis 1945*, Berlin 1996, S. 159–167.

³⁶ Vgl. Kammel, S. 507. Sowie Spohn, S. 23ff. Zu den so genannten Türkenliedern vgl. grundlegend Şenol Özyurt: *Die Türkenlieder und das Türkenbild in der deutschen Volksüberlieferung vom 16. bis zum 20. Jahrhundert*, München 1972.

³⁷ Kammel, S. 508.

³⁸ Vgl. Eibach, S. 27f. Sowie Spohn, S. 21. Zur christlichen Perzeption der Osmanen und vor allem des Islam vgl. exemplarisch Thomas Kaufmann: *„Türkenbüchlein“. Zur christlichen Wahrnehmung „türkischer Religion“ in Spätmittelalter und Reformation*, Göttingen 2008. Zu Martin Luther vgl. exemplarisch Johannes Ehmann: *Luther, Türken und Islam. Eine Untersuchung zum Türken- und Islambild Martin Luthers (1515–1546)*, Gütersloh 2008.

in denen die Osmanen (wie auch der Papst) unter anderem als Manifestationen des Antichrist gedeutet werden, eine besonders weitreichende und lang anhaltende Wirkung.³⁹ Im Rahmen der eschatologischen Weltdeutung werden die Osmanen zur „gerechten Strafe Gottes für die Sünden der Christenheit“ und damit verbindet sich zugleich die „Aufforderung zu Umkehr und Buße“.⁴⁰

Die wesentlichen Merkmale, mit denen die Osmanen in der Publizistik charakterisiert werden, reichen von „Heimtücke [...], über Geiz, Verschlagenheit, Kriegstreiberei, Kindermord bis hin zu Despotie, verschwenderischem Reichtum und Polygamie.“⁴¹ Neben der überwiegend negativen Wahrnehmung stehen aber auch durchaus andere Elemente. So erscheint der Sultan mitunter nicht als Despot, sondern wird als vorbildlicher Herrscher charakterisiert.⁴² Ebenso manifestieren sich etwa ein „Staunen über machtvollen Prunk“ und „außerordentliche[n] Reichtum“, sowie über die „Exotik des Haremswesens“ und die Sinnlichkeit der Osmanen im Allgemeinen.⁴³ Im Rahmen der Topoi von Exotik und Erotik wird das Osmanische Reich schließlich zu einem „erotischen Fabelland“.⁴⁴ Die Osmanen sind somit immer auch Spiegel für die eigenen moralischen, religiösen, gesellschaftlichen und politischen Bedürfnisse.⁴⁵

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts vollzieht sich dann eine grundlegende Änderung in der Wahrnehmung der Osmanen. Eine wesentliche Voraussetzung für diese Entwicklung stellt zunächst einmal der militärische Sieg über die ehemals als übermächtig (und mitunter als unbesiegbar) charakterisierten Osmanen dar.⁴⁶ Ebenso dürfte aber auch die vermehrte Zahl von Gesandtschaften an europäische Höfe die Wahrnehmung der Osmanen beeinflussen.⁴⁷ Die Veränderungen speisen sich in erster Linie aus zwei Quellen: der Aufklärungsbewegung und der aus Frankreich stammenden Turcophilie.⁴⁸ Auch für das 18. Jahrhundert kann nicht von einem kohärenten Bild ausgegangen werden. Es ist vielmehr von einer Viel-

³⁹ Vgl. Eibach, S. 27.

⁴⁰ Eibach, S. 28.

⁴¹ Theilig [wie Anm. 26], S. 134.

⁴² Vgl. Eibach, S. 32. Sowie ausführlich dazu Maximilian Grothaus: Vorbildlicher Monarch, Tyrann oder Despot? Europäische Vorstellungen vom Osmanischen Reich zwischen Renaissance und Aufklärung, in: Frühneuzeit-Info 6 (1995), S. 181–203.

⁴³ Kammel, S. 508.

⁴⁴ Kammel, S. 509. Zur literarischen Verarbeitung in dieser Hinsicht vgl. Cornelia Kleinlogel: Exotik – Erotik. Zur Geschichte des Türkenbildes in der deutschen Literatur der frühen Neuzeit (1453–1800), Frankfurt/M. u. a. 1989.

⁴⁵ Vgl. Theilig, S. 137.

⁴⁶ Vgl. Kammel, S. 517; Kleinlogel, S. 301; Spohn, S. 41.

⁴⁷ Vgl. Anette Loesch: Zum Einfluß der Türkenmode auf das Meißner Porzellan, in: Im Lichte des Halbmonds. Das Abendland und der türkische Orient. Ausstell.-Kat. Staatliche Kunstsammlungen Dresden. Albertinum, 20. August bis 12. November 1995. Dresden 1995, S. 272–274. Hier: S. 272.

⁴⁸ Vgl. Kuran-Burçoğlu [wie Anm. 35], S. 37.

zahl von Faktoren auszugehen, welche die jeweilige Wahrnehmung der Osmanen bestimmen. So können etwa geographische Nähe zum Osmanischen Reich, sozialer Status, Sozialisation und Bildung, eigene Erfahrungen, aber auch vorherrschende Diskurse die Perzeption beeinflussen.⁴⁹ Es lässt sich ferner nach den Medien, in denen die Osmanen thematisiert werden, und ihren jeweiligen Adressaten differenzieren.

Während es bereits im 17. Jahrhundert „zur Aufnahme des türkischen Themas“⁵⁰ in die (französischen) Dramen kommt, ist es insbesondere die Veröffentlichung der Geschichtensammlung *Mille et une nuit* durch den Franzosen Antoine Galland im Jahre 1704, die für einen neuen Impuls zur literarischen Auseinandersetzung mit dem Orient sorgt.⁵¹ Die Geschichten stehen dabei sowohl für „Willkürherrschaft und Grausamkeit“ als auch Exotik und Sinnlichkeit.⁵² Dabei ist gerade die „Liebesthematik im türkischen Motivkreis das zentrale Thema“.⁵³ So findet sich denn auch in Johann Heinrich Zedlers Universallexikon über die „Gemüthsbeschaffenheit der Türkischen Nation“, „daß sie zur Geilheit sehr geneigt, wozu ihnen ihre Religion und ihr Gesetz, krafft deren sie nicht nur 4 Eheweiber zu gleicher Zeit, sondern auch so viel Concubinen, als sie wollen, halten dürffen, gute Gelegenheit giebt“.⁵⁴

Den vermeintlichen orientalischen Despotismus thematisieren unter anderem die *Lettres persanes* Montesquieus, die 1721 anonym veröffentlicht werden, ebenso wie Johann Gottfried Herders Reisebericht von 1769.⁵⁵ Dabei handelt es sich um ein zentrales Thema im politischen Diskurs des 18. Jahrhunderts.⁵⁶ Auch in Zedlers Universallexikon wirkt das Motiv der willkürlichen Herrschaft fort,

⁴⁹ Vgl. Kammel, S. 504.

⁵⁰ Susanne Greilich: Orientbilder in französisch- und deutschsprachigen Volksalmanache des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts, in: Jahrbuch der Rückert-Gesellschaft 15 (2003), S. 59–78. Hier: S. 60. Der Autorin sei an dieser Stelle für den freundlichen Literaturhinweis gedankt.

⁵¹ Vgl. ebd. Die erste deutschsprachige Veröffentlichung von Tausendundeine Nacht erfolgt – auf Grundlage der französischen Übersetzung – im Jahre 1711. (Vgl. Karl Ulrich Syndram: Der erfundene Orient in der europäischen Literatur vom 18. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Europa und der Orient. 800–1900, hg. von Gereon Sievernich und Hendrik Budde im Auftrage der Berliner Festspiele. Katalog zur Ausstellung: Europa und der Orient. 800–1900. 28. Mai–27. August, München 1989, S. 324–341. Hier: S. 325.)

⁵² Greilich, S. 61f.

⁵³ Kleinlogel, S. 374.

⁵⁴ Artikel „Türcken“, in: [Zedler, Johann Heinrich (Hg.)]: Grosses vollständiges Universal-Lexicon Aller Wissenschaften und Künste, welche bishero durch menschlichen Verstand und Witz erfunden und verbessert worden [...]. Fünf und Vierzigster Band, Trap-Tz, Leipzig und Halle 1745, Sp. 1629–1700. Hier: Sp. 1689.

⁵⁵ Vgl. Greilich, S. 61; Kuran-Burçoğlu, S. 44.

⁵⁶ Vgl. Eibach, S. 34f.

indem es über den Sultan heißt: „Seine Befehle gehen über die Gesetze, deren sehr wenig sind. Diese haben alle den Fortgang der Waffen und die Erweiterung des Staates zum Endzweck.“⁵⁷

Vor allem Reiseberichte⁵⁸ bewirken – trotz der oftmals anzutreffenden Reproduktion gängiger Stereotypen – eine Veränderung der Perspektive.⁵⁹ Insbesondere die Briefe der Lady Mary Wortley Montagu, die 1763 posthum veröffentlicht werden und im gleichen Jahr auch erstmals in deutscher Übersetzung erscheinen, sind hier zu nennen.⁶⁰ Diese liefern unter anderem einen exklusiven Einblick in die – für die männlichen Reisenden nicht zugängliche – Welt des Harem und beschreiben etwa das Leben der osmanischen Frauen fernab der herkömmlichen Topoi und mit Blick auf die europäischen Verhältnisse als relativ frei.⁶¹ Dabei bemüht sich die Autorin ausdrücklich um die Korrektur falscher Vorstellungen.⁶² Als besonders stark von der Aufklärungsbewegung beeinflusst kann Gotthold Ephraim Lessings *Nathan der Weise* von 1779 gelten, in dem die „Gleichheit der christlichen, jüdischen und islamischen Religionen“⁶³ dargestellt wird. Ebenfalls auf die Aufklärung – wenn auch unter Berücksichtigung einer völlig anderen Adressatengruppe – lässt sich die Darstellung der Osmanen in Kalendern und Almanachen zurückführen.⁶⁴ Die Osmanen werden hier weniger als wollüstig oder despotisch sondern vielmehr als Vorbild für die Leser der Kalender präsentiert.⁶⁵ Lobenswert erscheinen den Verfassern der Kalender dabei am Osmanen bzw. Orientalen „Treue und Tugendhaftigkeit, seine Toleranz und Gottesfürchtigkeit, seine Weisheit und sein Gerechtigkeitssinn“.⁶⁶ Diese Darstellungen fungieren als Exempel, welche die Leser zu einer Änderung ihres eigenen Verhaltens motivieren sollen.⁶⁷ In ähnlicher Absicht heißt es auch in Zedlers Universallexikon:

„Ihren Gottesdienst verrichten sie mit großer Andacht, daß sie hierunter manchen Christen beschämen, sie sind auch sehr eyfrig vor ihre Religion. Gegen ihren Kayser und ihre Obren bezeugen sie grosse Ehrerbietung und Gehorsam.

⁵⁷ Zedler, Sp. 1670.

⁵⁸ Vgl. hierzu Helga Fischer: Das Osmanische Reich in Reisebeschreibungen und Berichten des 18. Jahrhunderts, in: Gernot Heiss und Grete Klingenstein (Hg.): Das Osmanische Reich und Europa. 1683 bis 1789: Konflikt, Entspannung und Austausch, München 1983, S. 113–142.

⁵⁹ Vgl. Kleinlogel, S. 302.

⁶⁰ Vgl. Kuran-Burçoğlu, S. 41; Spohn, S. 86ff.

⁶¹ Vgl. Spohn, S. 88–91.

⁶² Vgl. Spohn, S. 88.

⁶³ Kuran-Burçoğlu, S. 37.

⁶⁴ Vgl. Greilich, S. 68.

⁶⁵ Vgl. Greilich, S. 76.

⁶⁶ Greilich, S. 77.

⁶⁷ Vgl. Greilich, S. 74.

Sie leben auch untereinander gar verträglich, und man wird bey ihnen nicht hören, daß einer den andern zum Duell herausfordere, wie bey denen meisten Europäischen Nationen diese üble Gewohnheit eingerissen ist. Vielmehr verlachen sie dieses mit Recht, als eine Thorheit an denen Christen.“⁶⁸

Wenngleich die Religiosität der Osmanen gelobt wird, erscheint ihre Religion selbst in einem anderen Licht, was in erster Linie durch die für einen langen Zeitraum wirksame „wertende Koranübersetzung“⁶⁹ Ludovici Maraccis bedingt ist, die 1703 ins Deutsche übertragen wurde. So heißt es auch in Zedlers Universallexikon von 1745 noch: „die Religion der Türcken [...] ist aus der Heydnischen, Jüdischen, Griechischen und Christlichen Religion zusammen gemischt, und in einem Lehr Buche, welches sie den Alcoran nennen, und darinnen fast so viele Albertäten und Greuel als Blätter befindlich, zusammen vorgetragen.“⁷⁰ Im Laufe des 18. Jahrhunderts lässt sich jedoch zunehmend eine „philosophische Rehabilitation des Islam durch eine literarische Neuerfahrung seiner Länder“ ausmachen.⁷¹

Einen wesentlichen Kristallisationspunkt für die veränderte Wahrnehmung der Osmanen bildet das höfische Umfeld. Wenngleich sie schon im 16. und 17. Jahrhundert etwa im Rahmen von Ritterspielen auftreten, erfahren die so genannten Turquerien im 18. Jahrhundert ihren Höhepunkt.⁷² Die Osmanen erscheinen in diesem Zusammenhang nicht mehr als barbarisches Kriegsvolk, sondern werden im Rahmen des höfischen Zeremoniells gleichermaßen domestiziert. Frank Matthias Kammel macht darauf aufmerksam, dass dabei der militärisch besiegte Osmane die „Voraussetzung für den galanten Türken der Turquerie“⁷³ bildet. Diese präsentiert sich in Form von Kunstwerken, Kostümspielen, Theater-, Oper- und Musikaufführungen, aber ebenso in der „Stilisierung des alltäglichen Lebens am Hof“⁷⁴ nach osmanischem Vorbild sowie der entsprechenden Gestaltung der

⁶⁸ Zedler, Sp. 1690.

⁶⁹ Kleinlogel, S. 301.

⁷⁰ Zedler, Sp. 1649.

⁷¹ Kleinlogel, S. 306.

⁷² Vgl. Claudia Schnitzer: Zwischen Kampf und Spiel. Orientrezeption im höfischen Fest, in: Im Lichte des Halbmonds. Das Abendland und der türkische Orient. Ausstell.-Kat. Staatliche Kunstsammlungen Dresden. Albertinum, 20. August bis 12. November 1995. Dresden 1995, S. 227–234. Hier: S. 227. Maria Elisabeth Pape definiert Turquerie als „Domäne derer, die nie den Orient sahen und ihm, der Zeit entsprechend, ein dekoratives, kein ethnographisches Interesse entgegenbrachten.“ (Dies.: Turquerie im 18. Jahrhundert und der „Recueil Ferriol“, in: Europa und der Orient. 800–1900, hg. von Gereon Sievernich und Hendrik Budde im Auftrage der Berliner Festspiele. Katalog zur Ausstellung: Europa und der Orient. 800–1900. 28. Mai–27. August, München 1989, S. 305–319. Hier: S. 307.)

⁷³ Kammel, S. 523.

⁷⁴ Schnitzer, S. 227.

Inneneinrichtung und Architektur.⁷⁵ Der Sultan und andere hohe Adlige des Osmanischen Reiches gehören zu beliebten Figuren in den Verkleidungsdivertissements, da sie für einen hohen Rang und eine kostbare Ausstattung stehen.⁷⁶ Nicht zuletzt die „auf ihn projizierten (Wunsch-)Vorstellungen“⁷⁷ machen den Osmanen zu einem begehrten Motiv.⁷⁸ Zusätzlich zu bekannten Aspekten der Wahrnehmung der Osmanen tritt insbesondere im höfischen Kontext also „die des verweichlichten und dann auch erotischen Orientalen“.⁷⁹

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts kommt es auch zu einer großen Zahl von Uraufführungen so genannter Türkenoper.⁸⁰ Diese liefern insgesamt ein ambivalentes Bild der Osmanen, das aber zwischen dem positiv konnotierten Herrscher und der negativ dargestellten Bevölkerung klar unterscheidet.⁸¹ Für den musikalischen Bereich im Ganzen lässt sich von einer Veränderung der Wahrnehmung und Rezeption der Osmanen und ihrer Musik sprechen.⁸² Gilt etwa im 17. Jahrhundert die orientalische Musik überwiegend als „Lumpen Music“⁸³, kommt es bereits nach der zweiten Belagerung Wiens 1683 zu einer Rezeption der Janitscharenmusik, um diese zum Vorbild für die eigene Marschmusik zu machen.⁸⁴ Dass es sich hierbei aber – wie auch in den Opern – weniger um eine Rezeption der *orientalischen* als vielmehr um *orientalisierende* Musik handelt, die das Fremde den eigenen ästhetischen Maßstäben unterordnet, lässt sich sowohl an der motivischen Gestaltung als auch der Instrumentierung ablesen.⁸⁵

⁷⁵ Vgl. ebd.

⁷⁶ Vgl. ebd.

⁷⁷ Schnitzer, S. 228.

⁷⁸ Als besonders aussagekräftiges Beispiel für Turquerien kann die Hochzeit Augusts des Starken gelten. Vgl. dazu Elisabeth Mikosch: Ein Serail für die Hochzeit des Prinzen. Turquerien bei den Hochzeitsfeierlichkeiten in Dresden im Jahre 1719, in: Im Lichte des Halbmonds. Das Abendland und der türkische Orient. Ausstell.-Kat. Staatliche Kunstsammlungen Dresden. Albertinum, 20. August bis 12. November 1995. Dresden 1995, S. 235–243.

⁷⁹ Kammel, S. 524.

⁸⁰ Vgl. Kuran-Burçoğlu, S. 37; Spohn, S. 51ff. Eine Liste von ‚Türkenopern‘ findet sich bei Spohn, S. 148–151.

⁸¹ Vgl. Spohn, S. 61.

⁸² Vgl. Gunther Joppig: Alla Turca. Orientalismen in der Europäischen Kunstmusik vom 17. bis zum 19. Jahrhundert, in: Europa und der Orient. 800–1900, hg. von Gereon Sievernich und Hendrik Budde im Auftrage der Berliner Festspiele. Katalog zur Ausstellung: Europa und der Orient. 800–1900. 28. Mai–27. August, München 1989, S. 295–304. Hier: S. 295.

⁸³ Spohn, S. 49.

⁸⁴ Vgl. Spohn, S. 49ff.

⁸⁵ Vgl. Joppig, S. 299, sowie Spohn, S. 51, 62.

Insbesondere im Bereich der bildenden Künste lassen sich zahlreiche Beispiele für Turquerien finden.⁸⁶ Eine zentrale Rolle spielt dabei die 1709 in Frankreich veröffentlichte, 100 Stiche umfassende Sammlung *Recueil Ferriol*, die zum Vorbild zahlreicher Werke in der Malerei wird.⁸⁷ Besonderer Beliebtheit erfreuen sich Szenen des (vermeintlich) alltäglichen Lebens, vor allem Badehaus- und Harems-szenen, sowie Porträts von Europäern in orientalischen Kleidern.⁸⁸ Mitunter sind diese zwar – wie etwa im Fall des in Istanbul angefertigten Porträts der Lady Mary Wortley Montagu – originale Kleider, in den meisten Fällen gehen sie jedoch auf die Vorlagen des *Recueil Ferriol* zurück.⁸⁹ Auch die Porzellanmanufakturen verwenden die Stiche als Vorlagen.⁹⁰ Die Turquerien in der Porzellanfertigung manifestieren sich einerseits in Figurenserien, und andererseits im Porzellan-landekor, bei dem auch frei erfundene orientalische Muster Verwendung finden können.⁹¹

Die gewandelte Perzeption ist schließlich auch in politischer Hinsicht zu erkennen. Während frühere, vor allem religiös geprägte Wahrnehmungen der Osmanen als ‚Erbfeind‘ oder ‚Strafe Gottes‘ ein Bündnis mit ihnen undenkbar machen, entwickelt sich in dieser Hinsicht eine zunehmend säkularisierte Perspektive, wie auch in Zedlers Universallexikon zu sehen ist:

„Wir können schließlich noch die Frage untersuchen: Ob wohl Christen mit denen Türcken wider die Christen mit gutem Gewissen ein Bündniß schließen könnten? Welches man allerdings mit Ja behaupten kan, da zumahl dem Vertheidiger der Beweis aus Göttlichen und menschlichen Gesetzen nicht schwer fallen dürfte. [...] Man spricht zwar: Der Türcke sey Anti – Christus Orientalis? Allein das ist vors erste noch nicht ausgemacht, und gesetzt auch, er wäre es: so könnte doch dieses foedera civilia nicht hindern, wenn nur solche nicht zum Schaden der christlichen Kirche gereicheten.“⁹²

Anhand der aufgeführten Aspekte lässt sich somit insgesamt eine veränderte, wenn auch weiterhin ambivalente Wahrnehmung der Osmanen im 18. Jahrhundert

⁸⁶ Vgl. Pape 1989, S. 307. Sowie ausführlich dazu die Dissertation der Autorin: Die Turquerie in der bildenden Kunst des 18. Jahrhunderts, Köln 1987.

⁸⁷ Vgl. Pape 1989, S. 307f. Vgl. auch das umfangreiches Kostümbuch eines unbekanntes Künstlers aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts: Türkische Gewänder und osmanische Gesellschaft im achtzehnten Jahrhundert. Faksimile des Codex „Les portraits des differens habillemens qui sont en usage à Constantinople et dans tout la Turquie“. Aus dem Besitz des Deutschen Archäologischen Institutes Istanbul, herausgegeben und eingeleitet von Klaus Tuchelt, Graz 1966.

⁸⁸ Vgl. Pape 1989, S. 310ff.

⁸⁹ Vgl. Pape 1989, S. 314.

⁹⁰ Vgl. Pape 1989, S. 318.

⁹¹ Vgl. Pape 1989, S. 318f.

⁹² Zedler, Sp. 1698f.

ausmachen, die in vielfacher Hinsicht differenziert werden muss. Neben der Tradierung von Stereotypen kommt es zur Herausbildung neuer Aspekte in der Perzeption der Osmanen, so dass ein „In- und Nebeneinander verschiedener Wahrnehmungen“ herrscht.⁹³ Die Zuschreibungen erfolgen dabei in der Regel nicht aufgrund von (unmittelbaren) Beobachtungen sondern – wie insbesondere die Turquerien zeigen – nach Maßgabe der Phantasie und sind mitunter Vehikel für Kritik an gesellschaftlichen und politische Zuständen oder werden zur Projektionsfläche eigener Bedürfnisse.

Diplomatische Rahmenbedingungen

In der Forschung ist die These weit verbreitet, dass das Osmanische Reich erst ab dem Ende des 18. Jahrhunderts in das europäische Staatensystem eintritt. Almut Höfert verweist jedoch darauf, dass in dieser Frage in der Regel „vom Standpunkt des 19. und 20. Jahrhunderts aus, als die Siechengeschichte [...] bereits geschrieben war“, geurteilt wird.⁹⁴ Um nicht einer eurozentrischen Perspektive zu erliegen, ist es daher hilfreich, „verschiedene regionale internationale Systeme [anzunehmen], von denen das europäische nur eines unter mehreren gewesen“ ist.⁹⁵ Diese Sichtweise ermöglicht es auch, die – häufig als ablehnend oder reserviert bezeichnete – osmanische Haltung zur Diplomatie differenzierter zu betrachten. Als Begründung für die ablehnende Einstellung gegenüber der Diplomatie wird meist auf den islamischen Charakter des Osmanischen Reiches verwiesen.⁹⁶ Allerdings setzt diese These voraus, dass es sich beim Osmanischen Reich nicht nur um einen orthodox-islamischen Staat handelt, sondern dass dessen Außenpolitik ausschließlich von gläubigen Muslimen bestimmt wird, was in der Praxis keineswegs der Fall war.⁹⁷ Vielmehr handelt es sich um ein imperiales System, in dem eine Vielzahl von Einflüssen wirksam werden.⁹⁸ So spielt neben dem Islam auch das Gewohnheitsrecht, die (jeweilige) lokale Tradition sowie die Rechtsfortbildung durch den Herrscher eine wesentliche Rolle in der Entwicklung der Beziehung zwischen dem Osmanischen Reich und nicht-muslimischen Staaten.⁹⁹ Der Umgang mit den religiösen Rahmenbedingungen gestaltet sich daher eher pragmatisch und so werden bereits vor der Eroberung Konstantinopels bestehende (by-

⁹³ Eibach, S. 34.

⁹⁴ Höfert [Vgl. Anm. 35], S. 90.

⁹⁵ Ebd., S. 91.

⁹⁶ Vgl. A. Nurj Yurdusev: *The Ottoman Attitude toward Diplomacy*, in: Ders. (Hg.): *Ottoman Diplomacy. Conventional or Unconventional?*, Basingstoke 2004, S. 5–35, hier: S. 6.

⁹⁷ Vgl. Yurdusev, S. 9.

⁹⁸ Vgl. Yurdusev, S. 17.

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 15.

zantinische) Abkommen gewürdigt, wie die Gewährung von Handelsprivilegien an die Venezianer im Jahre 1454 beweist.¹⁰⁰ Dabei handelt es sich zunächst um die Fortführung der byzantinisch-venezianischen Wirtschaftsbeziehungen, die aber zugleich in das osmanische Recht überführt werden.¹⁰¹

Schriftlich fixiert wird das Verhältnis in den so genannten Kapitulationen (ital. *capitulazioni* von *capitolo*: Artikel, Paragraph; nicht zu verwechseln mit der Kapitulation im heutigen Sinn) bzw. *'ahdnâme* (von arab.-osman. *'ahd*: Schwur, Versprechen, Pakt und pers.-osman. *nâme*: Brief bzw. Eidesurkunde).¹⁰² Diese regeln, neben der Gewährung von Handelsprivilegien, auch Fragen der Jurisdiktion und eröffnen die Möglichkeit zur Einrichtung eines Konsulats.¹⁰³ Dabei ist besonders bemerkenswert, dass die Beziehung zwischen den Staaten je nach Standpunkt unterschiedlich bewertet wird. Während die Schriftstücke aus europäischer Sicht eher bilateralen Charakter tragen, werden die *'ahdnâme* aus osmanischer Perspektive überwiegend als Dokumente unilateraler Natur angesehen, an deren Einhaltung der Sultan allein durch sein Versprechen (*'ahd*) vor Gott gebunden sei.¹⁰⁴ Wenngleich die Kapitulationen im Rahmen der islamischen Theorie nur von begrenzter Dauer sein können und das Versprechen von jedem neuen Sultan bestätigt werden muss, erhalten sie in der Praxis gleichsam permanenten Charakter.¹⁰⁵ Auf die venezianische *'ahdnâme* folgt 1569 die Gewährung einer französischen Kapitulation, im Jahre 1580 die Ausstellung einer englischen und 1612 einer niederländischen Kapitulation.¹⁰⁶ Im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts werden immer mehr Nationen *'ahdnâme* ausgestellt.¹⁰⁷

Der erste ständige Vertreter eines anderen Staates in Istanbul ist der *Bailo*, der seit dem Erlass der *'ahdnâme* 1454 offiziell die Interessen Venedigs in Istanbul vertritt.¹⁰⁸ Den zunächst vor allem wirtschaftlich geprägten Beziehungen entspre-

¹⁰⁰ Vgl. ebd., sowie Ari, S. 39 und Höfert, S. 95.

¹⁰¹ Vgl. Yurdusev, S. 17.

¹⁰² Vgl. Dariusz Kołodziejczyk: *Ottoman-Polish Diplomatic Relations. 15th–18th Century. An annotated Edition of 'Ahdnames and Other Documents*, Leiden u.a. 1999, S. 3.

¹⁰³ Vgl. ebd., S. 615. Boogert erwähnt mit Blick auf die Bestimmungen zur Jurisdiktion, dass auf Seiten der Europäer häufig eine fehlgeleitete Wahrnehmung vorherrschte, welche die *'ahdnâme* als umfassendes Rechtssystem begriffen und damit ihren Kompromisscharakter übersehen habe. (Vgl. ebd., S. 623ff.)

¹⁰⁴ Vgl. Boogert, S. 614, sowie Kołodziejczyk, S. 3f. Kołodziejczyk verweist auch darauf, dass gerade die *'ahdnâme* mit angrenzenden Länder nicht streng unilateraler Prägung seien.

¹⁰⁵ Vgl. Boogert, S. 614, sowie Ari, S. 41.

¹⁰⁶ Vgl. Ari, S. 38.

¹⁰⁷ Vgl. Boogert, S. 614.

¹⁰⁸ Vgl. Ari, S. 39, sowie Höfert, S. 95. Das Amt des venezianischen Bailo entwickelte sich aus dem seit 1205 bestehenden *podestà veneziano e despota a Constantinopoli*, dessen Aufgabe es war die venezianischen Interessen in Konstantinopel zu vertreten und wurde 1261 in Bailo umbenannt (Vgl. Höfert, S. 125f.).

chend werden auch die Gesandten anderer Staaten in erster Linie als Vertreter der jeweiligen Handelsgesellschaften (und nicht der jeweiligen Staaten) betrachtet.¹⁰⁹ Zu den primären Aufgaben der Botschafter gehört daher neben der Repräsentation ihrer Nation auch die Vertretung der Unternehmen, die im Levante-Handel tätig sind, die bereits erwähnte Jurisdiktion, sowie die Gewinnung von Informationen.¹¹⁰ Die Finanzierung dieser Gesandtschaften wird vor allem durch osmanische Mittel geleistet, da der Sultan die Reisekosten und den Unterhalt der ausländischen Gesandten sowie ihres Hauptstabes trägt.¹¹¹ Diese Praxis beginnt zunächst als „Gunstbezeugung“, wird dann zur „Bekundung osmanischer Superiorität“ und entwickelt sich schließlich zu einem „bleibenden Brauch“ der bis 1793 Bestand hat.¹¹²

Die Entstehung der ständigen Diplomatie wird in der Regel auf die italienischen Kleinstaaten des 15. Jahrhunderts zurückgeführt.¹¹³ Häufig wird jedoch nicht berücksichtigt, dass sich diese Entwicklung nicht isoliert, sondern vor allem auch in der Auseinandersetzung mit dem Osmanischen Reich vollzieht, da beispielsweise Venedig im 15. Jahrhundert enger mit diesem als mit den europäischen Staaten verbunden ist.¹¹⁴ Und während sich das ständige Gesandtschaftswesen in Europa erst nach dem Westfälischen Frieden 1648 in Gänze entfaltet, sind bereits seit 1535 Frankreich, seit 1583 England und seit 1612 die Niederlande durch einen ständigen Botschafter in Istanbul vertreten, so dass die diplomatischen Beziehungen zum Osmanischen Reich auch in dieser Hinsicht als normbildend gelten können.¹¹⁵ Dies gilt neben der Etablierung ständiger Gesandtschaften insbesondere auch für die Prinzipien der Exterritorialität und der Reziprozität.¹¹⁶ Wenngleich häufig die schlechte Behandlung der Botschafter angeprangert wird, ist festzuhalten, dass jene nur in Kriegszeiten als Geiseln genommen werden und

¹⁰⁹ Vgl. Ari, S. 41.

¹¹⁰ Vgl. Boogert, S. 617, sowie Höfert, S. 123f.

¹¹¹ Vgl. Gümeç Karamuk: Ahmed Azmi Efendis Gesandtschaftsbericht als Zeugnis des osmanischen Machtverfalls und der beginnenden Reformära unter Selim III., Bern und Frankfurt/M. 1975, S. 118. Diese Mittel werden im Osmanischen als ‚Tayn‘ (d.h. tägliche Aufwendungen für Nahrung und Unterhalt) bezeichnet, was der ‚Defrayierung‘ entspricht.

¹¹² Vgl. Karamuk, S. 118.

¹¹³ Vgl. Höfert, S. 123. Als Standardwerk dazu vgl.: Garrett Mattingly: Renaissance Diplomacy, New York 1955.

¹¹⁴ Vgl. Yurdusev, S. 25.

¹¹⁵ Vgl. ebd., S. 26; Ari, S. 39; sowie Höfert, S. 143. Vgl. ausführlich dazu Daniel Goffman: Negotiating with the Renaissance state: the Ottoman Empire and the new diplomacy, in: Virginia Aksan und ders. (Hg.): The early modern Ottomans. Remapping the Empire, Cambridge 2007, S. 61–74.

¹¹⁶ Vgl. Goffman, S. 62. Goffman verweist darauf, dass gerade die unterschiedlichen Vorstellungen von Staatlichkeit die Gewährung der Exterritorialität (inklusive der Freiheit der Religionsausübung) ermöglicht hätten. (Vgl. ebd., S. 66.)

dass ihnen die Kommunikation mit der Heimatnation auch unter diesen Umständen in den meisten Fällen möglich ist.¹¹⁷ Darüber hinaus herrscht auch in Europa lange Zeit ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber Diplomaten und sie werden regelmäßig der Spionage verdächtigt.¹¹⁸

Zwar nimmt das Osmanische Reich bereits früh Botschafter anderer Staaten auf, es entschließt sich jedoch erst relativ spät selbst ständige Gesandtschaften einzurichten. Bis zur ersten ständigen Gesandtschaft an den englischen Hof im Jahre 1793 lässt sich daher von einer Phase der ‚ad-hoc Diplomatie‘ sprechen.¹¹⁹ Dass es erst Ende des 18. Jahrhunderts zur Übernahme des Prinzips der ständigen diplomatischen Vertretung kommt, kann nicht allein auf die islamische Prägung des Osmanischen Reiches zurückgeführt werden.¹²⁰ Vielmehr sind neben der Religion eine Vielzahl von Faktoren wirksam, welche die Einrichtung ständiger Gesandtschaften aus osmanischer Perspektive überflüssig erscheinen lassen. Was die Repräsentationsfunktion angeht, so lässt sich diese auch ad-hoc wahrnehmen, indem nur zu bestimmten Gelegenheiten Botschafter entsandt werden.¹²¹ Obwohl keine ständige Präsenz in anderen Staaten etabliert wird, muss der Sultan aber dennoch nicht auf Informationen aus diesen Ländern verzichten. So kann er sich eines umfassenden Informationsnetzwerkes bedienen, das durch (überwiegend griechisch-orthodoxe) Händler, Sondergesandte und die Herrscher der Vasallenstaaten (Walachei, Moldawien) kontinuierlich Informationen zur politischen und militärischen Lage in Europa übermittelt.¹²² Auch die Struktur der wechselseitigen Handelsbeziehungen setzt für das Osmanische Reich keine ständige Präsenz in europäischen Ländern voraus.¹²³

Schließlich spielt auch die Wahrnehmung des europäisch-osmanischen Verhältnisses eine entscheidende Rolle. Da das Osmanische Reich zum ersten Mal mit dem Frieden von Karlowitz 1699 ein multilaterales Dokument (anstelle eines unilateralen Versprechens des Sultans) als Grundlage für einen Friedensschluss anerkennt und bis weit ins 18. Jahrhundert die europäischen Souveräne als nicht gleichberechtigt ansieht – diese gelten vielmehr als mit dem Großwesir gleichrangig –, kann das Ausbleiben ständiger Gesandtschaften daher aus osmanischer Perspektive als Zeichen der Stärke gewertet werden.¹²⁴ Dabei entstammt dieses

¹¹⁷ Vgl. Yurdusev, S. 28; sowie G. R. Berridge: *Diplomatic Integration with Europe before Selim III*, in: A. Nuri Yurdusev (Hg.): *Ottoman Diplomacy. Conventional or Unconventional?*, Basingstoke 2004, S. 114–130, hier: S. 118ff.

¹¹⁸ Vgl. Yurdusev, S. 28.

¹¹⁹ Vgl. Ari, S. 36.

¹²⁰ Vgl. ebd., S. 37; Yurdusev, S. 27.

¹²¹ Vgl. Berridge, S. 115.

¹²² Vgl. ebd.; Ari, S. 45.

¹²³ Vgl. Ari, S. 48.

¹²⁴ Vgl. ebd., S. 44, Yurdusev, S. 21, 27.

Überlegenheitsgefühl teilweise dem Islam, ebenso ist aber der imperiale Charakter des Osmanischen Reiches bedeutend, so dass es erst verhältnismäßig spät zur Entwicklung einer Perspektive der Interdependenz kommt, welche die Voraussetzung für die moderne europäische Diplomatie bildet.¹²⁵

Anstelle der ständigen Gesandtschaften bedient sich das Osmanische Reich daher der ad-hoc Diplomatie. Die Botschafter können zu verschiedenen Zwecken entsandt werden. Die Anlässe lassen sich in „Botengänge“¹²⁶, „zeremonielle Anlässe“¹²⁷ und „politische Anlässe“¹²⁸ kategorisieren. Als Beispiele sind etwa die Verkündung der Thronbesteigung eines Sultans, die Überbringung von Briefen oder Nachrichten, Friedensverhandlungen und Grenzziehungen, Etablierung und Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen, aber ebenso die Beiwohnung von Krönungszeremonien europäischer Souveräne und sonstige als wichtig erachtete Ereignisse an fremden Höfen zu nennen.¹²⁹ Zusätzlich kommt es (insbesondere in den 1720er Jahren) zur Entsendung von Diplomaten, um mehr über die europäischen Staaten (und ihre Kultur) zu erfahren.¹³⁰ Der Rang der Gesandten wird der Mission entsprechend bestimmt. Dabei gilt das Prinzip der Reziprozität, so dass den Diplomaten etwa bei der Erwidern von Besuchen der gleiche Rang wie dem ausländischen Gesandten gegeben wird.¹³¹ Je nach Anlass werden den Diplomaten auch entsprechende Titel verliehen. Anders als in Europa entwickelt sich erst spät ein Korps professioneller Diplomaten, weshalb die Gesandten in der Regel aus der höheren Verwaltung ausgewählt werden und häufig aus Adelsgeschlechtern stammen.¹³² Es werden aber insbesondere ab dem 18. Jahrhundert auch teilweise Nicht-Muslime entsandt.¹³³ Die diplomatischen Missionen können bis zu hunderte von Individuen umfassen und sind lange im Voraus geplant.¹³⁴

Die Kosten für Reise und Unterhalt der Gesandtschaften werden – auch im Sinne des Reziprozität – von den ausländischen Souveränen getragen, aufgrund der begrenzten Dauer der osmanischen Gesandtschaften im Vergleich zu den ständigen Vertretungen in Istanbul dürfte jedoch ein erhebliches Missverhältnis bestanden haben.¹³⁵ Um den Sultan angemessen repräsentieren zu können, werden den Gesandten und ihrem Gefolge für die Dauer der Mission Kosten für eine speziell für diese Zwecke eingerichteten Schatzkammer zur Verfügung

¹²⁵ Vgl. Yurdusev, S. 27.

¹²⁶ Karamuk, S. 109.

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ Ebd., S. 110.

¹²⁹ Vgl. Ari, S. 48; Yurdusev, S. 28.

¹³⁰ Vgl. Berridge, S. 116.

¹³¹ Vgl. Karamuk, S. 111.

¹³² Vgl. Ari, S. 48.

¹³³ Vgl. ebd.

¹³⁴ Vgl. ebd., S. 49.

¹³⁵ Vgl. Karamuk, S. 118.

gestellt, deren Ausleihe auch schriftlich festgehalten wird.¹³⁶ Vor seiner Abreise erhält der Gesandte beim Sultan persönlich eine Audienz, in der dieser Instruktionen gibt, nach seiner Rückkehr verfasst der Diplomat in der Regel einen Gesandtschaftsbericht (osman. *sefâretnâme*).¹³⁷ Als ebenso wichtig für das Auftreten der Gesandten wird schließlich die Überreichung von Geschenken erachtet, auf deren umfangreiche Bereitstellung zu allen Zeiten geachtet wird.¹³⁸

Der Austausch diplomatischer Gaben vollzieht sich im Kontext (inter-)höfischer Regeln und ist mit bestimmten Vorstellungen verbunden, deren Unterschiedlichkeit gerade im osmanisch-europäischen Verhältnis sichtbar wird. Im diplomatischen Kontext ist in der Regel der Bezug zu Verhandlungen gegeben, wobei die Renumeration, das heißt die Erwidierung empfangener Geschenke, einer der häufigsten Anlässe sein dürfte.¹³⁹ Ein Herrscher übersendet mit seinem Diplomaten Gaben an einen anderen Herrscher, sowie weitere Personen aus dessen Umkreis.¹⁴⁰ Was die Auswahl und Art der Geschenke betrifft, so können diese je nach Anlass, Status des Entsenders und Empfängers, dem Verhältnis zwischen ihnen und schließlich nach zur Verfügung stehenden Mitteln und Zeit in „Menge, Qualität und Wert“¹⁴¹ deutlich variieren.¹⁴² Die jeweiligen ästhetischen Maßstäbe und Wertvorstellungen sind von besonderer Bedeutung, ebenso wie pragmatische Erwägungen und bereits erhaltene Gaben.¹⁴³ Mitunter können Geschenke aber auch als bewusste „Reklame für bestimmte Produkte“¹⁴⁴ aufgefasst werden. Die osmanischen Präsente an die europäischen Höfe stehen in der Tradition des Geschenkkanons der „vorosmanischen islamischen Welt“¹⁴⁵, welcher „Preziosen (einschließlich kostbarer Waffen), Textilien (einschließlich Prunkzelte), Sklaven, Reittiere, Räucherwerk, Duftstoffe, Salben, exotische Tiere“¹⁴⁶ umfasst. Insbesondere Textilien kommt – nicht nur wegen des einfachen Transports – ein hoher Stellenwert im osmanischen Geschenkkanon zu.¹⁴⁷ Es werden aber auch direkt europäische Bedürfnisse bedient, bedenkt man etwa das – durch die Turquerien begründete – große Interesse an osmanischen Zelten oder die „Duftbegeist-

¹³⁶ Vgl. Karamuk, S. 116.

¹³⁷ Vgl. Ari, S. 50ff. Zu Formen, Inhalten und Rezipienten von osmanischen Gesandtschaftsberichten vgl. Karamuk, S. 121–137; sowie Gullüoğlu [wie Anm. 25], S. 2–4.

¹³⁸ Vgl. ebd.

¹³⁹ Vgl. Falcke, S. 68.

¹⁴⁰ Vgl. ebd., S. 69ff.

¹⁴¹ Sidorko [wie Anm. 6], S. 32.

¹⁴² Vgl. Falcke, S. 71f.

¹⁴³ Vgl. Reindl-Kiel 2005a, S. 203; Falcke, S. 72.

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Reindl-Kiel 2005a, S. 206.

¹⁴⁶ Ebd.

¹⁴⁷ Vgl. Reindl-Kiel 2005a, S. 209.

rung¹⁴⁸ an den europäischen Höfen.¹⁴⁹ Wenngleich der genaue Ablauf der Überreichung variieren kann, ist diese in das Zeremoniell eingebunden und erfordert in der Regel die Präsentation in der (höfischen) Öffentlichkeit, weshalb sie häufig im Rahmen von Audienzen erfolgt.¹⁵⁰ Diplomatische Gaben können eine Vielzahl von Funktionen erfüllen, dienen aber in erster Linie dazu, „eine günstige Stimmung für die Sache des Auftraggebers zu erzeugen“¹⁵¹ und Status zum Ausdruck zu bringen, indem sie als „Zeichen von Macht und Reichtum“¹⁵² wirken. Insbesondere im Osmanischen Reich fungieren Geschenke daher als „materieller Ausdruck der Ehre“¹⁵³ und können so „hierarchische Strukturen erkennbar machen“¹⁵⁴. Dabei kommen durch die Gaben allerdings weniger die realen Verhältnisse als vielmehr das Selbstverständnis des Schenkenden zum Ausdruck, weshalb sie „die gegebenen Machtverhältnisse auch in Frage stellen“¹⁵⁵ können.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen der Geschenkpraxis im Osmanischen Reich und in Europa besteht in der Aufnahme und dem Umgang mit den Präsenten.¹⁵⁶ Da Gaben im europäischen Kontext Ausdruck „persönlicher Verpflichtung und innerer Bindung“¹⁵⁷ sind, wird ihre „Rezeption [...] mit höchster Aufmerksamkeit beobachtet.“¹⁵⁸ Anders verhält es sich hingegen im Osmanischen Reich. Die „Ehrerweisung qua Geschenk“¹⁵⁹ erfolgt hier ausschließlich bis zum Vollzug der Übergabe. Sobald ein Präsent einmal übergeben ist, entbehrt es jeder persönlichen oder emotionalen Konnotation und der symbolische Wert wandelt sich in einen realen Tauschwert um.¹⁶⁰ Mit Blick auf den osmanisch-europäischen Geschenkverkehr ist also insgesamt von zwei unterschiedlichen „Gabenordnungen“¹⁶¹ zu sprechen, die immer wieder Anlass für Missverständnisse bieten.¹⁶²

¹⁴⁸ Reindl-Kiel 2005a, S. 256.

¹⁴⁹ Ebd., S. 256.

¹⁵⁰ Vgl. Reindl-Kiel 2005a, S. 200f.; sowie Falcke, S. 88, 205.

¹⁵¹ Sidorko, S. 38.

¹⁵² Vgl. Falcke, S. 59.

¹⁵³ Reindl-Kiel 2005a, S. 198.

¹⁵⁴ Ebd., S. 199.

¹⁵⁵ Falcke, S. 61.

¹⁵⁶ Vgl. Falcke, S. 226.

¹⁵⁷ Burschel, S. 420.

¹⁵⁸ Falcke, S. 226.

¹⁵⁹ Burschel, S. 420.

¹⁶⁰ Vgl. Reindl-Kiel 2005a, S. 232.

¹⁶¹ Burschel, S. 420.

¹⁶² Vgl. Reindl-Kiel 2005a, S. 225.

Die osmanisch-preußischen diplomatischen Beziehungen bis 1763

Die Berührungspunkte zwischen dem Osmanischen Reich und Preußen lassen sich weit zurückverfolgen.¹⁶³ Der erste Kontakt diplomatischer Art ist vermutlich auf das Jahr 1701 zu datieren, in dem der Sultan einen Boten zur Überbringung seiner Glückwünsche zur Krönung Friedrichs I. entsandt hat.¹⁶⁴ Wenngleich es sich dabei ‚nur‘ um einen Botengang gehandelt haben dürfte, sollte die Bedeutung dieser Mission nicht unterschätzt werden, da sie die Anerkennung der Standeserhöhung der Hohenzollern bedeutet. Es wird ebenfalls 1701 die Aufnahme von Handelsbeziehungen, insbesondere durch den preußischen Gesandten in Wien, erörtert, allerdings ohne dass es zu einer tatsächlichen Umsetzung dieses Vorhabens kommt.¹⁶⁵ Auf Vermittlung Franz II. Rákóczi's ergeht dann noch vor den Friedensverhandlungen von Passarowitz 1718 ein Schreiben des Großwesirs an Polen, Russland und auch Preußen.¹⁶⁶ Drei Jahre später reist dann der Stallmeister des preußischen Königs Friedrich Wilhelms I., Johannes Jurgowski, nach Istanbul, um Pferde zu kaufen.¹⁶⁷ Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Besuch Jurgowskis, außer der offiziellen Mission des Pferdekaufs, inoffiziell dazu dienen sollte, diplomatische Beziehungen aufzunehmen bzw. die Möglichkeiten für die Aufnahme derselben zu erkunden.¹⁶⁸ Dafür sprechen neben wirtschaftlichen Gründen, dem Antwortschreiben des Sultans und der Einschaltung des britischen Gesandten in Istanbul, welcher im Namen des preußischen Königs für die freund-

¹⁶³ Vgl. dazu Pröhl, S. 27–57. Sowie Klaus Schwarz: Vom Krieg zum Frieden. Berlin, das Kurfürstentum Brandenburg, das Reich und die Türken, in: Europa und der Orient. 800–1900, hg. von Gereon Sievernich und Hendrik Budde im Auftrage der Berliner Festspiele. Katalog zur Ausstellung: Europa und der Orient. 800–1900. 28. Mai–27. August, München 1989, S. 245–278.

¹⁶⁴ Vgl. Gültekin Emre: 300 Jahre Türken an der Spree. Ein vergessenes Kapitel Berliner Kulturgeschichte, Berlin 1983, S.12. Hier wird dieser als „Meklubsi-Asmi-Said-Effendi“ bezeichnet, der mit „einem Gefolge von 15 Personen“ nach Berlin gekommen sei (ebd., S.12). Vgl. auch Sabine Adatepe: Einführung. Die deutsch-osmanischen Beziehungen, in: Ingeborg Böer u.a. (Hg.): Türken in Berlin. 1871–1945. Eine Metropole in den Erinnerungen osmanischer und türkischer Zeitzeugen, Berlin 2002, S. 1–20. Hier: S. 1. Die Autorin führt den Gesandten mit dem Namen „Mektupçu Azmi Said Efendi“ auf (ebd.). In beiden Fällen liegen jedoch bezüglich dieser Mission keine Quellenachweise vor. Auch scheint in den preußischen Akten kein Beleg für diesen Kontakt vorzuliegen. (Vgl. Theilig, S. 132.)

¹⁶⁵ Vgl. Theilig, S. 139.

¹⁶⁶ Vgl. Bratter, S. 8. Die von Bratter geäußerten Zweifel über das Zustandekommen des Kontakts sind widerlegt. (Vgl. dazu Schwarz, S. 275f.)

¹⁶⁷ Vgl. Bratter, S. 8; Pröhl, S. 63; Schwarz, S. 275.

¹⁶⁸ Vgl. Bratter, S. 8f.; Pröhl, S. 64.

liche Behandlung des Stallmeisters dankt, auch die Übersendung von Waffen und Ambra als Dank an den Sultan.¹⁶⁹

Während des Russisch-Österreichischen Türkenkrieges bittet der Großwesir dann den preußischen König 1737 in einem Schreiben, den Habsburgern außer dem preußischen Hilfskorps keine weiteren Truppen für den Kampf gegen das Osmanische Reich zur Verfügung zu stellen; die Hohe Pforte erhält jedoch auf ihr Schreiben keine Antwort.¹⁷⁰ Im Jahre 1739 erfolgt von Seiten der Preußen eine Wiederbelebung der diplomatischen Verbindungen. Der Leutnant Johann Sattler wird zum Khan der Krim entsandt, um die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Istanbul zu veranlassen und sich außerdem nach Rekruten für das Königsregiment (die so genannten ‚Langen Kerls‘) umzusehen.¹⁷¹ Im gleichen Jahr wird auch Graf Joseph Seewald „in geheimer Mission“¹⁷² nach Polen entsandt, um die politischen Beziehungen zur Pforte zu intensivieren.¹⁷³ Kurz nach dem Tode Friedrich Wilhelms I. im Jahre 1740 kehrt Sattler mit zwei Rekruten zurück und wird offiziell von seiner Mission entbunden.¹⁷⁴ Auch nach dem Tode Friedrich Wilhelms I. und der Thronbesteigung Friedrichs II. werden – trotz aller Dementi – die von Seewald aufgenommenen Verbindungen fortgesetzt.¹⁷⁵ Der Fürst der Walachei empfiehlt in einem Schreiben vom 15. September 1741, die Verhandlungen nach Istanbul zu verlegen.¹⁷⁶ Da Friedrich II. jedoch weniger an einem Bündnis als vielmehr an „gemeinsamen militärischen Aktionen gegen Habsburg“ interessiert ist, scheint nach der Abtretung Schlesiens am 28. Juli 1742 vorerst keine weitere Notwendigkeit für einen formellen Vertrag mit dem Sultan zu bestehen.¹⁷⁷ Es ist insbesondere das Bemühen des zum Islam konvertierten ‚Pascha-Grafen‘ Bonneval, die Pforte zu einem Bündnis mit Preußen zu bewegen, das sich vor allem gegen Österreich richten soll.¹⁷⁸ Aber auch Friedrich II. bezieht das Osmanische Reich „bis zu einem gewissen Grad in sein politisches Kalkül“¹⁷⁹ mit

¹⁶⁹ Vgl. Bratter, S. 9; Scheel, S. 6f.; Pröhl, S. 64ff.

¹⁷⁰ Vgl. Pröhl, S. 67.

¹⁷¹ Vgl. Bratter, S. 9; Scheel, S. 7f.; Pröhl, S. 67.

¹⁷² Pröhl, S. 68.

¹⁷³ Vgl. Pröhl, S. 68; sowie Hammer, S. 45.

¹⁷⁴ Vgl. Pröhl, S. 68.

¹⁷⁵ Vgl. Pröhl, S. 68ff. Auch wenn Bratter (vgl. Bratter, S. 13) und Volz dies noch bezweifeln und als „Lügenberichte“ bezeichnen (Volz, S. 18), lässt sich die Mission Seewalds anhand von Akten aus dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien belegen. Vgl. dazu auch Heinrich Benedikt: Der Pascha-Graf. Alexander von Bonneval. 1675–1747, Graz 1959, S. 171ff.

¹⁷⁶ Vgl. Pröhl, S. 71.

¹⁷⁷ Vgl. Pröhl, S. 73f.

¹⁷⁸ Vgl. Bratter, S. 19. Zu Bonnevals Biographie vgl. Benedikt. Zu seinen Bemühungen um eine preußisch-osmanische Allianz vgl. ebd., S. 170–183, sowie Pröhl, S. 58–69.

¹⁷⁹ Pröhl, S. 81.

ein. Doch die Entsendung eines Gesandten sowie das Angebot eines Handelsvertrages im Jahr 1748 lehnt er zunächst ab.¹⁸⁰

Vor dem Hintergrund eines sich abzeichnenden Krieges wird dann aber der französische Gesandte in Istanbul, Desalleur, 1749 bevollmächtigt, im Namen des preußischen Königs Verhandlungen über ein gemeinsames Verteidigungsbündnis zu führen; das Gesuch wird nun jedoch seitens der Hohen Pforte abgelehnt.¹⁸¹ Während die diplomatischen Beziehungen mit Istanbul vorerst nicht fortgeführt werden, trifft im Jahre 1750 ein Gesandter des Großkhans der Krim-Tataren in Berlin ein und erhält eine Audienz beim König, in der er Preußen im Falle eines Krieges Hilfe gegen Russland anbietet.¹⁸² Zwei Jahre später wendet sich Friedrich II. an den französischen Hof, damit dieser das Osmanische Reich zum Angriff auf Österreich bewegen solle, allerdings erfolglos.¹⁸³ Im Jahre 1754 rät dann der französische Außenminister Friedrich II., einen Geschäftsträger nach Istanbul zu entsenden, ändert dann jedoch seine Ansichten und versucht den König wieder davon abzubringen.¹⁸⁴ Da einerseits die französische Gesandtschaft nach dem Tod Desalleurs 1754 nicht sofort wieder besetzt wird und andererseits der Tod Mahmuds I. Unruhen erwarten lässt, die von den anderen Staaten genutzt werden könnten, entschließt sich Friedrich II. schließlich doch zur Entsendung eines eigenen Vertreters an die Hohe Pforte.¹⁸⁵

Der Schlesier Gottfried Fabian Haude, der bereits in Istanbul war, wird – um nicht erkannt zu werden – unter dem Namen Karl Adolf von Regin als Geheimer Kommerzienrat entsandt und soll offiziell wirtschaftliche Beziehungen anbahnen.¹⁸⁶ Neben der Etablierung von Handelsbeziehungen hat Regin aber vor allem auch die Möglichkeiten für den Abschluss einer Defensivallianz mit der Hohen Pforte zu sondieren.¹⁸⁷ Ohne offizielles Zeremoniell verlässt Regin im Januar 1755 Berlin und meldet sich nach seiner Ankunft in Istanbul beim schwedischen Gesandten, mit dessen Unterstützung er schon nach relativer kurzer Zeit dem Großwesir sein Beglaubigungsschreiben überreichen kann.¹⁸⁸ Das preußische Gesuch wird jedoch vorerst abgelehnt, so dass Regin noch im selben Jahr nach Berlin zurückkehrt.¹⁸⁹ Im Jahre 1756 entsendet Friedrich II. auf Anraten des schwedischen Gesandten einen weiteren Vertreter, seinen Flügeladjutanten Mar-

¹⁸⁰ Vgl. Volz, S. 18; Bratter, S. 26; Pröhl, S. 81.

¹⁸¹ Vgl. Bratter, S. 30; Pröhl, S. 81.

¹⁸² Vgl. Volz, S. 19f.; Bratter, S. 32.

¹⁸³ Vgl. Volz, S. 20; Bratter, S. 36f.

¹⁸⁴ Vgl. Volz, S. 20; Pröhl, S. 87.

¹⁸⁵ Vgl. Volz, S. 20; Pröhl, S. 87.

¹⁸⁶ Vgl. Volz, S. 21f.; Bratter, S. 42f.; Pröhl, S. 87.

¹⁸⁷ Vgl. Volz, S. 21; Bratter, S. 44; Pröhl, S. 88.

¹⁸⁸ Vgl. Volz, S. 21; Bratter, S. 48; Pröhl, S. 88f.

¹⁸⁹ Vgl. Volz, S. 21; Bratter, S. 52; Pröhl, S. 90.

quis de Varenne, der über Marseille nach Smyrna reisen soll, um dort das weitere Vorgehen abzustimmen.¹⁹⁰ Allerdings hat sich die politische Situation verändert und der englische Gesandte, an den sich Varenne nun halten soll, hält die Lage für Verhandlungen ungünstig, weshalb Varenne unverrichteter Dinge wieder aus Smyrna abreist.¹⁹¹ Friedrich II. entschließt sich auch aufgrund der veränderten politischen Situation am Vorabend des Siebenjährigen Krieges Rexin erneut nach Istanbul zu entsenden und versieht ihn mit weitgehenden Vollmachten, detaillierteren Anweisungen und einem erheblichen Kreditrahmen.¹⁹² Die Verhandlungen über einen Handelsvertrag sowie eine Defensivallianz laufen wegen Unruhen und des Thronwechsels in Istanbul erst langsam an.¹⁹³ Rexin vermittelt in seinen Schreiben an den König den Eindruck, dass die Verhandlungen sehr günstig verlaufen, und berichtet über die – vor allem durch die militärischen Erfolge hervorgerufene – große Bewunderung für Friedrich II., dessen Name in Istanbul gefeiert werde.¹⁹⁴ Am 2. April 1759 erhält Rexin dann eine Geheimaudienz beim Großwesir, in der dieser den Beitritt zumindest aber die Zustimmung Englands zu einem preußisch-osmanischen Bündnis zur Voraussetzung für dessen Abschluss macht.¹⁹⁵ Die ablehnende Haltung Englands, weitere Forderungen des Großwesirs und die zögerliche Haltung Rexins verlangsamen die Fortführung der Verhandlungen über eine Defensivallianz.¹⁹⁶ Im November 1760 schlägt der Großwesir den Abschluss eines Freundschaftsvertrages anstelle der Defensivallianz vor.¹⁹⁷ Als Vorstufe für ein Bündnis und auch aufgrund der bisherigen Ausgaben für die Mission stimmt Friedrich II. diesem Anliegen zu.¹⁹⁸

Am 2. April 1761 wird – nach der Überreichung weiterer Bestechungsgelder – die osmanisch-preußische Kapitulation unterzeichnet und Rexin in öffentlicher Audienz empfangen.¹⁹⁹ Die Kapitulation umfasst acht Artikel und wird in allen weiteren Handelsabkommen zwischen Preußen und dem Osmanischen Reich bestätigt, sie bleibt damit bis zur Aufhebung aller Kapitulationen im Jahr 1914 wirksam.²⁰⁰ Die Regelungen betreffen in erster Linie den Handel und Fragen der

¹⁹⁰ Vgl. Volz, S. 21; Bratter, S. 55f.; Pröhl, S. 90.

¹⁹¹ Vgl. Volz, S. 22; Bratter, S. 56ff.; Pröhl, S. 90f.

¹⁹² Vgl. Volz, S. 22; Bratter, S. 61; Pröhl, S. 93.

¹⁹³ Vgl. Volz, S. 23; Bratter, S. 63; Pröhl, S. 93.

¹⁹⁴ Vgl. Volz, S. 23f.; Bratter, S. 75ff.; Pröhl, S. 94.

¹⁹⁵ Vgl. Volz, S. 24; Bratter, S. 79; Pröhl, S. 96.

¹⁹⁶ Vgl. Volz, S. 24; Bratter, S. 80ff.; Pröhl, S. 94.

¹⁹⁷ Vgl. Volz, S. 24; Bratter, S. 90.

¹⁹⁸ Vgl. Volz, S. 24; Bratter, S. 90.

¹⁹⁹ Vgl. Volz, S. 24; Bratter, S. 90; Pröhl, S. 96.

²⁰⁰ Vgl. Scheel [wie Anm. 21], S. 19f.; sowie Pröhl, S. 96. Eine deutsche Übersetzung des Textes findet sich bei Scheel, S. 42–47.

Jurisdiktion, erwähnen aber auch die Möglichkeit, weitergehende Vereinbarungen zu treffen.²⁰¹

Im Dezember 1761 wird dann der holländische Kaufmann Delon nach Istanbul entsandt, um einerseits die Geschenke für den Abschluss der Kapitulation²⁰² zu liefern und andererseits Rexin, der inzwischen zum außerordentlichen Gesandten befördert wurde, zu beraten bzw. dem König über seine Tätigkeiten und die tatsächlichen Aussichten für ein Bündnis zu berichten.²⁰³ Da die Verhandlungen in Istanbul vorerst keine Allianz zum Ergebnis haben, entsendet Friedrich II. noch 1761 einen weiteren Holländer, Boskamp, mit einem hohen Geldbetrag zum Großkhan der Krim, um diesen zum Angriff auf Russland zu bewegen.²⁰⁴ Darauf folgt der Besuch von tatarischen Gesandten, die Friedrich wiederholt die Zustimmung des Großkhans versichern, und preußische Offiziere werden nach Baktischisaraï geschickt, um das militärische Vorgehen abzustimmen.²⁰⁵

Nach dem Frieden von St. Petersburg, den Peter III. bald nach seiner Thronbesteigung mit Preußen schließt, ändert sich die Grundlage für ein gemeinsames osmanisch-preußisches Bündnis, das sich im Wesentlichen (auch) gegen Russland gerichtet hätte.²⁰⁶ Da sich im Osmanischen Reich aber eine stark anti-habsburgische Stimmung entwickelt, scheint der Abschluss der Defensivallianz noch möglich, weshalb Rexin aufgefordert wird unverzüglich das Bündnis zu schließen.²⁰⁷ Die Nachricht des Sturzes Peters III. durch seine Frau Katharina II. verändert erneut die Voraussetzungen für ein Bündnis und das Zögern Rexins gibt schließlich dem österreichischen Gesandten die Möglichkeit, das Gerücht zu lancieren, dass die Habsburger bereit seien, das Banat abzutreten, wenn die Pforte sich passiv verhalte, woraufhin die Verhandlungen mit Preußen abgebrochen werden.²⁰⁸ Am 14. Oktober 1762 erfolgt dann die offizielle Ablehnung des preußischen Allianzgesuchs.²⁰⁹ Ebenfalls im Oktober werden Boskamp und die preußischen Offiziere vom Hof des Großkhans entlassen, was einerseits durch das veränderte Verhältnis Preußens zu Russland, das einen tatarischen Angriff überflüssig macht, und andererseits durch „persönliche Unstimmigkeiten“ zwischen Boskamp und dem Großkhan begründet ist.²¹⁰ Friedrich II. verfolgt fortan eine zurückhaltende Außenpolitik, die ein Bündnis mit dem Osmanischen Reich nicht

²⁰¹ Vgl. Scheel, S. 42–47.

²⁰² Vgl. Kapitel 3.2.

²⁰³ Vgl. Volz, S. 26; Bratter, S. 95; Pröhl, S. 98.

²⁰⁴ Vgl. Volz, S. 26; Bratter, S. 96.

²⁰⁵ Vgl. Volz, S. 26; Bratter, S. 96f.

²⁰⁶ Vgl. Volz, S. 27f.; Bratter, S. 99; Pröhl, S. 104f.

²⁰⁷ Vgl. Volz, S. 28.

²⁰⁸ Vgl. Volz, S. 28; Bratter, S. 99ff.; Pröhl, S. 99f.

²⁰⁹ Vgl. Volz, S. 28; Bratter, S. 103.

²¹⁰ Bratter, S. 106. Vgl. auch Volz, S. 28.

mehr erforderlich macht, weshalb die Allianzbemühungen auch nicht fortgesetzt werden.²¹¹

Die Verhandlungen zwischen der Hohen Pforte und den Habsburgern lassen jedoch bald erkennen, dass das Angebot, das Banat abzutreten, nur zum Schein gemacht wurde, weshalb sich der Sultan erneut für ein osmanisch-preußisches Bündnis interessiert und eine Gesandtschaft nach Berlin entsenden möchte, um die preußische Haltung zu seinem Vorhaben zu ergründen.²¹² Der preußische König ist bereit einen Gesandten zu empfangen, sofern dieser über die nötigen Vollmachten verfügt um ein Bündnis abzuschließen.²¹³ Rexin leitet diese Forderungen weiter, erhält jedoch keine Antwort, woraufhin der König schließlich seinen Gesandten bittet, die geplante Mission abzulehnen.²¹⁴ Da diese nach dem Tod des Großwesirs Raghîb Pascha jedoch zum persönlichen Interesse des Sultans Mustafa III. geworden ist, wird die Aufnahme der Gesandtschaft – um einen Affront zu vermeiden – nicht abgesagt.²¹⁵

Die Gesandtschaftsreise Achmed Resmi Efendis und ihre Wahrnehmung

Als seinen diplomatischen Vertreter an den preußischen Hof entsendet Mustafa III. den Vorsteher der Anatolischen Rechnungskammer, Achmed Resmi Efendi.²¹⁶ Der gegen Ende des 17. Jahrhunderts in Rethymno (osman. Resmo) auf Kreta geborene Achmed zeichnete sich neben seiner umfassenden Ausbildung und bisherigen Laufbahn in der osmanischen Verwaltung nicht zuletzt durch seine Tätigkeit als Gesandter 1758 in Wien aus.²¹⁷ Für die Mission nach Berlin bekommt er den Titel eines *Nishancı* (d.h. Staatssekretär für den Namenszug des

²¹¹ Vgl. Pröhl, S. 105.

²¹² Vgl. Volz, S. 30; Bratter, S. 107; Pröhl, S. 106.

²¹³ Vgl. Bratter, S. 109; Pröhl, S. 107.

²¹⁴ Vgl. Bratter, S. 109; Pröhl, S. 107.

²¹⁵ Vgl. Bratter, S. 109f.; Pröhl, S. 107.

²¹⁶ Vgl. Hammer [wie Anm. 20], S. 272. Zur Biographie Achmed Resmi Efendis vgl. Aksan [wie Anm. 24].

²¹⁷ Vgl. Aksan, S. 1–33, sowie über die Gesandtschaft nach Wien, S. 46–61. Vgl. auch Theilig, S. 143f. Der Bericht liegt gemeinsam mit dem Bericht über die Gesandtschaft nach Berlin in der Übersetzung durch Joseph Hammer vor (Achmed 1809 [wie Anm. 12], S. 13–42.). Anders als Theiligs Ausführungen zu entnehmen ist (vgl. ebd., S. 144), war Achmed jedoch erst März 1758 an den Wiener Hof gelangt. (Vgl. dazu Aksan, S. 46ff.)

Sultans) verliehen und wird im Rang eines *Orta elçi* als außerordentlicher Gesandter des Sultans an den preußischen Königshof entsandt.²¹⁸

Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört es, das Schreiben und die Geschenke des Sultans an den preußischen König zu überreichen und die (zu erwartenden) Bündnisvorschläge der preußischen Seite zu Protokoll zu nehmen.²¹⁹ Ebenso hat er auf seiner Durchreise Polen des Schutzes des Osmanischen Reiches zu versichern und im Falle des Ablebens des polnischen Königs Preußen deutlich zu machen, dass die Pforte eine Einmischung seitens Russlands oder Österreichs in der Thronfolgefrage nicht wünscht.²²⁰ Des Weiteren ist er aufgefordert, keine Streitigkeiten wegen des Zeremoniells zu verursachen und unter seinem Gefolge „Zucht und Ordnung zu erhalten“.²²¹ Nach seiner Rückkehr soll er schließlich „standhaften Bericht über seine Gesandtschaft mittelst geschichtlichen Tagebuches erstatten.“²²²

So wie in Istanbul umfangreiche Vorbereitungen für die Entsendung der Gesandtschaft getroffen werden²²³, bereitet man sich auch in Berlin frühzeitig und gründlich auf ihren Empfang vor. Der Staatsminister Finckenstein wird von Friedrich II. beauftragt, das entsprechende Zeremoniell für den Empfang eines osmanischen Gesandten zu recherchieren und Baron Pöllnitz wird zum verantwortlichen Oberzeremonienmeister für die Gesandtschaft ernannt.²²⁴ Auch was die Einrichtung der Unterkünfte in Weißensee und Berlin angeht, werden umfangreiche Vorkehrungen getroffen. So sollen „alle Meubles, Tapisserien und Tableaux, als welche die Türken nicht gern um sich haben mögen“²²⁵, aus dem Quartier in Weißensee abtransportiert und die für Achmed vorgesehenen Räumlichkeiten „mit einer Estrade und einem Beschlag von rotem Tuch“²²⁶ ausgestattet werden. Für das Vernezobresche Palais²²⁷ ergeht schon am 16. September 1763 eine Kabinettsorder, in der es heißt:

²¹⁸ Vgl. Hammer, S. 272. Da Rexin den Rang eines außerordentlichen Gesandten (*envoyé extraordinaire*) trägt, wird – nach dem Prinzip der Reziprozität – Achmed Resmi Efendi mit einem gleichwertigen Rang versehen.

²¹⁹ Vgl. Hammer, S. 273.

²²⁰ Vgl. ebd.

²²¹ Hammer, ebd.

²²² Hammer, ebd.

²²³ Vgl. Aksan, S. 70.

²²⁴ Vgl. Theilig, S. 146. Vgl. dazu auch: PC XXIII, Nr. 14622, Friedrich II. an Finckenstein, 3. Juli 1763, S. 44f. Hier: S. 45. Beim angewendeten Zeremoniell, handelt es sich um jenes, das 1755 zum Empfang Halil Efendis zur Verwendung kam (vgl. Volz, S. 37). Nicht – wie Theilig behauptet – das von Achmeds erster Gesandtschaftsreise 1758. (Vgl. ebd., S. 146.)

²²⁵ Finckenstein an Nützler, vom 19. September 1763, zit. n. Volz, S. 35.

²²⁶ Ebd.

²²⁷ Die Unterkunft Achmeds in Berlin. Hierbei handelt es sich um das von Baron Vernezobre erbaute und später in Prinz Albrecht Palais umbenannte Gebäude in der Wilhelm-

„In der Kammer, welche dem türkischen Minister zu seiner eigenen Behausung angewiesen werden wird, muß an denen Wänden herum eine Bande von etwa sechs Fuß hoch von rotem Scharlach oder aber auch von Seidenzeuge von der gleichen Couleur geschlagen, in dieser Kammer aber auch eine Estrade, so groß als etwa der vierte Teil der Kammer ist, gemachet und gleichfalls mit rotem Tuche beschlagen werden, auf welche Estrade er dann seinen Sopha oder seine Kissen legen lässet und darauf sitzt und Tobak rauchet.“²²⁸

Die detaillierten Anweisung deuten an, wie konkret die Vorstellungen über die Osmanen und ihre Lebensweise sind. Dabei sind die Vorgaben bezüglich der Gestaltung offensichtlich stark durch die Turquerien beeinflusst.²²⁹

Schon vor der eigentlichen Entsendung der Gesandtschaft²³⁰ wird diese in der „Berlinisch privilegierten Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen“²³¹ angekündigt, was bereits auf das enorme mediale Interesse verweist, das ihr entgegen gebracht wird. Mitte Juli 1763²³² bricht der Gesandte dann mit einem Gefolge von ca. 70²³³ Personen von Istanbul auf. Darunter befindet sich auch sein Schwager

straße 102, das auf Befehl des Königs „auf eine Zeit von etwa 4, höchstens 5 Monathen zu miethen und eine billige Miethe davor zu bezahlen“ sei (Friedrich II. an Zegelin, vom 02. August 1763, zit. n. Schneider [wie Anm. 14], S. 14.)

²²⁸ PC XXIII, Anmerkung, S. 126.

²²⁹ Vgl. Theilig, S. 146f.

²³⁰ Vgl. BPZ, Nr. 91 vom 30. Juli 1763, Nr. 98 vom 16. August 1763. Da die Nachrichten auf den 15. Juni bzw. 1. Juli datiert sind, vergehen zwischen Bericht und Veröffentlichung ca. 6 Wochen.

²³¹ Zur Verbreitung und Leserschaft der BPZ (sowie weiterführender Literatur) vgl. Theilig, S. 150f. Es wird während des gesamten Aufenthalts der Gesandtschaft und deutlich darüber hinaus in der BPZ berichtet. (Vgl. Theilig, S. 151.)

²³² Für das genaue Abreisedatum liegen unterschiedliche Angaben vor. Während in Achmeds Bericht der Anfang des Monats Muharrem 1177 (vgl. ebd., S. 48) genannt wird (laut Scheel, S. 16 ist das der Zeitraum 12.–21. Juli 1763), gibt Bratter (vgl. ebd., S. 114) den 14. Juli an. In der BPZ Nr. 110 vom 13. September 1763 ist der 20. Juli als Abreisedatum zu finden. Scheels Argument, dass die Abreise nicht am 20. erfolgt sein könne, weil zwischen Abreise und Datierung („Constantinopel, vom 1. August“) der Nachricht nur elf Tage liegen, und die Übermittlung von Nachrichten im besten Fall mindestens 16 Tage benötigt hätte (vgl. Scheel, S. 16), ist hinfällig, da zwischen Datierung und Veröffentlichung (13. September) ca. 6 Wochen liegen, was im Übrigen auch der bisherigen Zeitspanne zwischen Nachrichtenübermittlung und Veröffentlichung entspricht (vgl. Anm. 239). Virginia Aksan bezeichnet unter Bezugnahme auf eine Quellen aus Istanbul den 24. Juli 1763 als das Abreisedatum (vgl. Aksan, S. 70).

²³³ Vgl. Aksan, S. 70. Auch was den Umfang der Gesandtschaft betrifft, liegen keine eindeutigen Angaben vor. Achmed schreibt, dass ihn „mehr als 60 Personen“ auf dem Weg zur Audienz mit dem König begleitet haben (vgl. ebd., S. 83). Während Volz (vgl. ebd., S. 30) von 70 Leuten ausgeht, geben Pröhl 90 (vgl. ebd., S. 114) und Theilig 80 Personen (vgl. ebd., S. 147) an, können jedoch keine Nachweise erbringen. Aksans Einschätzung von ca. 70 Personen ist zuzustimmen (vgl. ebd., S. 70).

Achmed Azmi Efendi, der 1791 selbst als Gesandter des Osmanischen Reiches nach Berlin zurückkehren wird.²³⁴ Die Reise führt nach Polen über die osmanisch-polnische Grenzstadt Chotin, in welcher die Gesandtschaft von einem Dr. Hevelius (Johann Helvecke) aufgesucht wird,²³⁵ der diese bis zum offiziellen Empfang mit militärischen Ehren durch den Flügeladjutanten Major von Pirch, der von Friedrich II. zum Reisekommissar bestellt wurde, an der schlesischen Grenze am 12. Oktober²³⁶ begleitet. Bereits vor der Ankunft in Schlesien scheint Dr. Hevelcke – offenbar durch den Gesandten unter Druck gesetzt – diesem Versprechungen über die Erstattung der Reisekosten bis zur preußischen Grenze gemacht zu haben.²³⁷ Mit dem Reisekommissar wurde dann begonnen, über die Höhe des ‚Tayn‘ zu verhandeln.²³⁸ Dieser berichtet in einem Schreiben an den Staatsminister Finckenstein über die Forderungen Achmeds: „wenn man ihm wenig gäbe, so bliebe er lange; gäbe man ihm viel, so ginge er bald wieder weg.“²³⁹ Darin manifestiert sich die Wahrnehmung der Osmanen als geizig; ein Topos, der während des gesamten Aufenthalts der Gesandtschaft Achmed Resmi Efendis wirksam ist.

Vom 19. bis zum 24. Oktober hält sich die Gesandtschaft in Breslau auf, bevor sie schließlich nach der Weiterreise über Frankfurt/Oder am 2. November Weißensee, die letzte Station vor dem Einzug nach Berlin, erreicht.²⁴⁰ Für die Aufenthalte in Breslau und Weißensee sind Berichte überliefert, welche sich mit der Gesandtschaft auseinandersetzen. Diese sind, da es sich dabei – im Gegensatz zum Eindruck Rexins²⁴¹ – um die Begegnung mit dem Fremden im eigenen Land

²³⁴ Vgl. Aksan, S. 70f. Mitunter wird dieser in den Quellen (und der älteren Forschung) fälschlicherweise als sein Neffe bezeichnet. (Vgl. dazu Aksan, S. 71.) Zur Gesandtschaft Achmed Azmi Efendis vgl. ausführlich Karamuk [wie Anm. 131].

²³⁵ Vgl. Volz, S. 34, sowie Achmed, S. 54f. Friedrich II. stand der Forderung nach einer Eskortierung der Gesandtschaft auf polnischem Gebiet sowie dem besonderen Zeremoniell ablehnend gegenüber (vgl. PC XXIII, Nr. 14622 [wie Anm. 222] S. 44. Vgl. dazu auch Volz, S. 34). Die Entsendung Hevelckes nach Chotin ist daher als Kompromiss zu deuten, der dazu diente den osmanischen Gesandten nicht zu brüskieren, gleichzeitig aber den Forderungen nach offiziellem preußischen Geleit durch Polen nicht nachkommen zu müssen.

²³⁶ Vgl. BPZ, Nr. 125 vom 18. Oktober 1763.

²³⁷ Vgl. Volz, S. 34. Der König lehnt diese Forderungen zunächst ab und befiehlt Pirch sogar Dr. Hevelcke „zu desavouieren“. (Ebd.)

²³⁸ Vgl. Volz, ebd.

²³⁹ Pirch an Finckenstein vom 1. November 1763, zit. n. Volz, S. 34.

²⁴⁰ Vgl. BPZ, Nr. 131 vom 1. November 1763.

²⁴¹ Regin schreibt Achmed werde für „einen sehr bescheidenen und vernünftigen Mann“ gehalten und sei ferner „ein Favorit des Sultans“ (Bericht Rexins vom 7. Juni 1763, zit. n. Volz, S. 33f. Hier: S. 33.) Über die Osmanen im Allgemeinen schreibt er: „Sie sind [...] von Natur aus sehr hardis und die, so noch niemals in der Christenheit gewesen, curieux, alles genau zu betrachten. Ihre freie Art kommet uns also wunderlich vor, sie meinen es aber nicht übel.“ (Ebd., S. 34.)

handelt, besonders aufschlussreich und können mit Blick auf die Adressaten im unmittelbaren Umfeld des Königs als prägend angenommen werden.

In dem Schreiben des Ministers von Schlabrendorff aus Breslau an den Staatsminister Finckenstein, bei dem es sich um die „erste ausführlichere Schilderung des Eindrucks“²⁴² von der Gesandtschaft handelt, heißt es:

„Vorgestern Abend schickte er mir seine türckische Janitscharenmusik, welche abscheulich ist und wovon mir noch die Ohren wehe thun [...] Er scheint sonst ein ganz billiger Mann zu sein; das Gefolge aber bestehet größtenteils aus Lumpenvolk, welches alle Augenblick etwas neues verlangt und gar nicht zu befriedigen ist. Ihr Geiz geht so weit, daß da der Gesandte sich von jedermann sehen läßt und folglich die Zimmer jederzeit voller Volks sind, ein jeder beim Herausgehen ein Trinkgeld geben muß, welches öfters mit Ungestüm gefordert wird.“²⁴³

Dieser erste Bericht über die Gesandtschaft zeugt von einer ambivalenten Haltung gegenüber der Gesandtschaft. Die (fremdartige) Musik der Janitscharenkapelle weiß Schlabrendorff offenbar nicht zu schätzen, da sie ihm „abscheulich“²⁴⁴ erscheint. Was die Einschätzung der Gesandtschaft betrifft, wird zwischen dem Gesandten selbst und seinem Gefolge klar differenziert. Ersterer scheint „ein ganz billiger Mann zu sein“²⁴⁵ und damit den Anforderungen Schlabrendorffs zu entsprechen oder diese sogar zu übertreffen, während seine Begleiter als „Lumpenvolk“²⁴⁶ und geizig charakterisiert werden. Ferner sei der etwa 70-jährige „noch ein großer Liebhaber von Frauenzimmern“²⁴⁷, was auf das Bild des polygamen Osmanen rekurriert.²⁴⁸ In diesem Bericht werden somit bekannte Topoi reproduziert. Besonders interessant ist dabei die – vermutlich auch ständisch geprägte – sozial differenzierende Wahrnehmung, welche stark an die Rollenbilder des ‚guten Sultans‘ und des ‚gemeinen Türken‘ erinnert, die auch in den zeitgenössischen ‚Türkenopern‘ Verwendung finden. Der Bericht Nützers an Finckenstein²⁴⁹, weist eine ähnliche Wahrnehmung auf. Auch ihm erscheint Achmed als „ein würdiger Greis, welcher voller Freundlichkeit und welchen niemals böse gesehen.“²⁵⁰ Die Essgewohnheiten kann Nützer „wegen der vielen Zwiebeln und Knoblauch und der

²⁴² Volz, S. 34.

²⁴³ Schlabrendorff an Finckenstein vom 22. Oktober 1763, zit. n. Volz, S. 34.

²⁴⁴ Ebd.

²⁴⁵ Ebd.

²⁴⁶ Ebd.

²⁴⁷ Ebd., S. 35.

²⁴⁸ Vgl. Theilig, S. 144.

²⁴⁹ Vgl. Nützer an Finckenstein vom 13. November 1763, zit. n. Volz, S. 35f.

²⁵⁰ Ebd., S. 35.

unreinlichen Zubereitung“²⁵¹ allerdings nicht gutheißen. Anders verhält es sich hingegen mit dem Urteil über die Religionsausübung Achmeds, „welch[e] denn wegen der großen Devotion vor Gott nicht anders als gerühmt werden konnte.“²⁵²

Doch die Wahrnehmung der Osmanen ist nicht nur durch die bekannten Stereotypen vorgeprägt, wie aus einem Schreiben des Prinzen Heinrich an Friedrich II. zu ersehen ist:

„J’ai une haute opinion de cette nation [Osmanen, J.B.] depuis que j’ai lu les lettres de milady Montague, laquelle était ambassadrice à la Porte. Si tout ce qu’elle décrit est vrai, il faut que la magnificence orientale surpasse infiniment l’idée qu’on s’en forme vulgairement.“²⁵³

Der öffentliche Einzug der Gesandtschaft in Berlin findet am 9. November 1763 statt.²⁵⁴ Die Gesandtschaft stößt auf ein erhebliches Interesse und wird gleichsam zu einem „Medienereignis“.²⁵⁵ Friedrich II., der den Gesandten in Anlehnung an Molières *Le bourgeois gentilhomme* als „mamamouchi“²⁵⁶ bezeichnet, äußert sich in einem Brief an den Prinzen Heinrich abwertend über das Aufsehen, das die Gesandtschaft erregt:

²⁵¹ Ebd., S. 36.

²⁵² Ebd.

²⁵³ Œuvres, Bd. XXVI, Prinz Heinrich an Friedrich II. vom 10. November 1763, S. 336. Friedrich II. nimmt in einem Schreiben an den Prinzen Heinrich Bezug auf die Vorstellungen vom Osmanischen Reich: „J’ai vu tous les Turcs de Berlin, et je vous jure que leurs personnes ne répondent point au grand nom que s’est fait leur empire.“ (Œuvres, Bd. XXVI, Friedrich II. an den Prinzen Heinrich vom 21. November 1763, S. 338f. Hier: S. 338.)

²⁵⁴ Vgl. BPZ, Nr. 134 vom 8. November 1763 (Ankündigung), sowie den Bericht ebd., Nr. 135 vom 10. November 1763. Zur Bedeutung der (ersten) Begegnung im allgemeinen vgl. Susan Baller, Michael Pesek, Ruth Schilling und Ines Stolpe: Einleitung, in: (Dies.): Die Ankunft des Anderen. Repräsentationen sozialer und politischer Ordnungen in Empfangszeremonien, Frankfurt/ M. 2008, S. 11–32. Insbesondere S. 13ff.

²⁵⁵ Theilig, S. 147. Die Gesandtschaft wird in Form von zahlreichen Flugblättern, Stichen und Radierungen und auch einem Kostümbuch (ein Einzelexemplar) medial verarbeitet. Vgl. dazu Theilig, S. 147–158. Eine Auswahl von Abbildungen Achmeds findet sich bei Enderlein, 1987 [wie Anm. XX]. Zum Kostümbuch, das auf die Darstellungen des „Recueil Ferriol“ rekurriert vgl. Volkmar Enderlein: Das Berliner Kostümbuch von 1763, in: Im Lichte des Halbmonds. Das Abendland und der türkische Orient. Ausstell.-Kat. Staatliche Kunstsammlungen Dresden. Albertinum, 20. August bis 12. November 1995. Dresden 1995, S. 275–278. Dabei findet die Gesandtschaft auch weit über Berlin hinaus Interesse: ein Bericht mitsamt Abbildung des Einzugs wird im Berner Hinkenden Boten von 1765 abgedruckt. (Vgl. Greilich, S. 65.)

²⁵⁶ Œuvres, Bd. XXVI, Friedrich II. an den Prinzen Heinrich vom 14. November 1763, S. 337f. Hier: S. 337. (Vgl. Theilig, S. 149.)

„Le bel air de Berlin est à présent de manger des dattes; les petits-maîtres vont arborer incessamment le turban, et ceux qui seront assez riches établiront des harems. Il faut avoir vu le Turc pour être à la mode, chacun en fait un conte à dormir debout; mais cela passera, et dans deux mois ils en seront si rassasiés, qu'ils attendront le moment de son départ avec impatience.“²⁵⁷

Der Prinz Heinrich beklagt wiederum, dass es sich bei der Aufmerksamkeit, die der Gesandtschaft zukommt, nicht um ein tatsächliches Interesse an den Osmanen und ihrer Kultur, sondern vielmehr um einen auf Unterhaltung abzielenden, exotisierenden Umgang mit ihnen handelt.²⁵⁸ Auch auf Achmed scheint das Interesse an der Gesandtschaft einen ambivalenten Eindruck gemacht zu haben.²⁵⁹

„Die Preußen, die Zeitlebens keinen Moslem gesehen, und von solcher Pracht und solchem Pomp eines Gesandten auch nie dem Namen nach gehört hatten, ein Seltsamkeit liebendes Volk, [...] gafften unaufhörlich jede unsrer Handlungen und Bewegungen an, so daß sie uns auf eine unaussprechliche Art bedrängten. Am Tage unsres Einzugs selbst, waren [...] alle Fenster der drey bis fünf Stock hohen Häuser mit Zuschauern über und über besetzt, und das Gedränge, um das Schauspiel unsers Einzugs zu sehen, war über alle Beschreibung; so wie das frohe Gesicht, und die Ehren mit denen sie uns bewillkommen, und uns ihre Freundlichkeit und Leutseligkeit an den Tag legten, alle Mäßen übersteigt.“²⁶⁰

Die offizielle Begrüßung durch Staatsminister Finckenstein und die Überreichung des Kreditivs wird am 16. November vollzogen.²⁶¹ Am 21. November findet dann die Audienz beim König mit Überreichung der Geschenke des Sultans im Rittersaal des Stadtschlosses statt.²⁶²

²⁵⁷ Ebd., S. 337f. Über die sich großer Beliebtheit erfreuenden Turquerien schreibt er des Weiteren: „La ville de Berlin a perdu le peu de bon sens qu'elle avait, depuis l'arrivée des Turcs; les femmes veulent à toute force être turquisées, et jouent au passe-dix avec le neveu de l'effendi; les petits garçons vont mettre des turbans, et les coutumes de Constantinople vont donner le ton à Berlin.“ (Œuvres, Bd. XXVI, Friedrich II. an den Prinzen Heinrich vom 21. November 1763, S. 338f. Hier: S. 339.)

²⁵⁸ So schreibt er: „La plupart des personnes qui vont voir l'ambassadeur ne s'instruisent pas des mœurs, de la langue, ni des usages des Turcs; ils reviennent chez eux, et n'apportent d'autres lumières que celles que peut donner le spectacle d'un homme assis en longue robe et les jambes croisées, d'un turban et de tapis de Perse.“ (Œuvres, Bd. XXVI, Prinz Heinrich an Friedrich II. vom 27. November 1763, S. 339f. Hier: S. 340.)

²⁵⁹ Vgl. Güllüoğlu, S. 10f.

²⁶⁰ Achmed 1809, S. 70.

²⁶¹ Vgl. BPZ, Nr. 137 vom 15. November 1763 (Ankündigung), sowie Bericht ebd., Nr. 138 vom 17. November 1763.

²⁶² BPZ, Nr. 139 vom 19. November 1763 (Ankündigung), sowie ausführlicher Bericht ebd., Nr. 140 vom 22. November 1763. Aufgrund religiös bedingter Einwände Achmeds fand

Für den Gesandten wird ein umfangreiches Rahmenprogramm veranstaltet.²⁶³ Dieses umfasst etwa den Besuch zahlreicher Manufakturen sowie die Besichtigung von Manövern und Truppenübungen. In erster Linie kann man darin den Versuch sehen, wirtschaftliche, technologische und militärische Stärke zu demonstrieren, um so die Bündnisfähigkeit und den Nutzen einer Allianz unter Beweis zu stellen.²⁶⁴ Darüber hinaus finden sich aber auch Programmpunkte, die weniger unter strategischen Gesichtspunkten aufgefasst werden können, sondern dem Kennenlernen der preußischen Verhältnisse sowie schließlich der Unterhaltung und Zerstreuung dienen. Dabei geht die Gestaltung des Programms über das übliche Maß hinaus, was einerseits auf einen positiven Eindruck des Gesandten abzielt und andererseits als „politisches Druckmittel“ gegenüber den anderen Diplomaten in Berlin eingesetzt wird.²⁶⁵ Insbesondere der Ausflug des Gesandten nach Potsdam wird in dieser Absicht von Friedrich II. inszeniert.²⁶⁶ Achmed trifft eine Vielzahl von Würdenträgern, besucht mehrmals die Realschule, bekommt Theaterstücke und Opern vorgeführt, nimmt an einem Maskenball und an mehreren Jagden teil. In seinem Bericht geht er etwa auf die unterschiedliche Bauart der Häuser²⁶⁷, die ihm besonders interessant erscheinenden Wasserstraßen, auf denen

die Audienz statt an einem Freitag oder Sonntag am Montag statt. (Vgl. dazu Volz, S. 38.) Während Baron Pöllnitz von Anfang an den Rittersaal für die Audienz bevorzugte, hielt Friedrich II., auch weil es sich bei Achmed um einen Gesandten zweiten Ranges handelte, seine „chambres ordinaires“ für ausreichend, willigte jedoch schließlich ein die Audienz im Rittersaal zu gewähren. (Vgl. Volz, S. 38; hierzu auch PC XXIII, Anmerkungen, S. 186.) Für die Geschenkübergabe vgl. ausführlich Kapitel 3.3 dieser Arbeit.

²⁶³ Vgl. dazu die Chronologische Übersicht (Anhang I.).

²⁶⁴ Vgl. Theilig, S. 153.

²⁶⁵ Pröhl, S. 108. Die These der Instrumentalisierung der Gesandtschaft wird insbesondere von H. M. Scott vertreten. Vgl. ders.: Frederick II, the Ottoman Empire and the Origins of the Russo-Prussian Alliance of April 1764, in: *European Studies Review* 7 (1977), S. 153–75. Friedrichs Interesse an und den Erfolg der Inszenierung der Gesandtschaft kann Scott – insbesondere auch an den Reaktionen der anderen Diplomaten in Berlin – schlüssig beweisen. Dass die Verhandlungen aber überwiegend instrumentellen Charakter gehabt haben sollen (vgl. ebd., S. 164ff.), scheint wenig überzeugend. Schließlich schreibt Friedrich II. im Dezember 1763 an den Prinzen Heinrich: „[...] je crois être à présent assuré que cette alliance, à laquelle j’ai travaillé depuis dix années, va se conclure. C’est une des meilleures pièces que je puis laisser en héritage à mon neveu, et qui [...] pourra servir à faire respecter de nos ennemis et de nos envieux les traités qu’ils viennent de conclure avec nous.“ (Euvres, Bd. XXVI, Friedrich an Prinz Heinrich vom 4. Dezember 1763, S. 340f.)

²⁶⁶ Vgl. hierzu PC XXIII, Nr. 14836, Friedrich II. an Finckenstein, 22. November 1763, S. 191: „Cependant, pour donner à penser à certaines gens sur ce voyage [nach Potsdam, J. B.], je voudrais qu’il [Achmed, J. B.] eût un air comme s’il y avait du mystère caché.“

²⁶⁷ Vgl. Achmed 1809, S. 74.

– „ohne Furcht vor Korsaren und Piraten“²⁶⁸ – Güter transportiert werden können, sowie auf die zahlreichen höfischen Divertissements ein.²⁶⁹

Dabei lässt sich eine „zunehmend säkularisierte Auseinandersetzung“²⁷⁰ miteinander erkennen, die etwa auch Kirchenbesuche umfasst.²⁷¹ Auch weist Achmeds Bericht nur an einer Stelle die Bezeichnung Ungläubige auf.²⁷² Am 31. Dezember 1763 wird auf Anordnung des Königs für den Gesandten eine außerordentliche Sitzung der Akademie der Wissenschaften einberufen²⁷³, über die in der BPZ ausführlich berichtet wird, während sie in Achmeds Bericht interessanterweise keine Erwähnung findet.²⁷⁴

Am 20. April²⁷⁵ erhält der Gesandte die Abschiedsaudienz beim König und einen Tag später findet dann die Verabschiedung durch Staatsminister Finckenstein statt.²⁷⁶ Am 2. Mai schließlich verlässt die Gesandtschaft Berlin.²⁷⁷ Nach seiner Ankunft in Istanbul am 14. Juli 1764 fertigt Achmed Resmi Efendi den geforder-

²⁶⁸ Achmed 1809, S. 62.

²⁶⁹ Vgl. Achmed 1809, S. 87ff. Über die den Osmanen unbekannt Oper schreibt Achmed: „Tänzerinnen und Pantomimen stellen Liebeshändel vor, wo alles auf die Lösung und Erleichterung derselben hinausläuft. Mittlerweile wird Musik gemacht, und drey oder vier Stunden verfließen im fröhlichsten Genusse.“ (Achmed 1809, S. 88.) In diesem Zusammenhang ist auch eine Episode (von eher anekdotischem Charakter) interessant, welche in Friedrich Daniel Schubarts Ideen zu einer Ästhetik der Tonkunst wiedergegeben wird und auf die zeitgenössischen Turquerien verweist: „Als man dem türkischen Gesandten in Berlin, Achmet Effendi, zu Ehren ein türkisches Konzert aufführte, schüttelte er unwillig den Kopf und sagte: ‚Ist nicht türkisch!‘ – Seitdem aber hat der König von Preußen wirkliche Türken in seine Dienste genommen und die wahre türkische Musik bei einigen seiner Regimenter eingeführt.“ (Zit. n. Joppig [wie Anm.89], S. 296.)

²⁷⁰ Theilig, S. 153.

²⁷¹ Vgl. BPZ, Nr. 15 vom 4. Februar 1764. In religiöser Hinsicht betont Achmed vor allem die Gemeinsamkeiten mit den protestantischen Preußen: „Die Einwohner, Lutheraner von Religion, setzen sich über viele Religionsstreitigkeiten hinaus, haben auch keine Bilder in den Kirchen, rühmen sich des Glaubens an einen einzigen Gott und sind abgesagte Feinde der Katholiken.“ (Achmed 1809, S. 76.)

²⁷² Vgl. Achmed 1809, S. 63f. Vgl. Güllüoğlu, S. 12.

²⁷³ Vgl. Volz, S. 42.

²⁷⁴ Vgl. BPZ, Nr. 16 vom 07. Februar, 1764. Vgl. Güllüoğlu, S. 15. Dieser führt die Auslassung darauf zurück, dass Achmed wahrscheinlich des anzunehmenden Interesses – nämlich der Demonstration wissenschaftlicher und technologischer Überlegenheit – gewahr geworden sei und deshalb auf eine Erwähnung in seinem Bericht verzichtet habe und nicht durch mangelndes Interesse begründet sei. (Vgl. ebd.) Dies ist insofern schlüssig, zumal von preußischer Seite sein „lebhaftes Interesse“ an Technik und Wissenschaft hervorgehoben wird. (Schmidt-Lötzen, S. 468.)

²⁷⁵ Vgl. BPZ, Nr. 48 vom 21. April 1764. Aksan gibt den 22. April als Tag der Abschiedsaudienz an, kann dies jedoch nicht belegen. (Vgl. ebd., S. 90.)

²⁷⁶ Vgl. BPZ, Nr. 49 vom 24. April 1764.

²⁷⁷ Vgl. BPZ, Nr. 53 vom 3. Mai 1764.

ten Gesandtschaftsbericht an²⁷⁸, der auch eine umfassende Schilderung und Einschätzung des Königs beinhaltet.²⁷⁹

Sowohl in seinem Bericht als auch in den Zeugnissen von preußischer Seite lässt sich somit insgesamt weniger eine religiös-fundamentalistische Perzeption als vielmehr eine „alltagskulturelle Differenzwahrnehmung“²⁸⁰ ausmachen. Dies kommt schließlich auch in einer Bemerkung im Tagebuch des Grafen Lehndorff zum Ausdruck: „Endlich befriedige ich meine Neugierde und besuche den Türken. Ich wohne seinem Mahl, seinem Gebet bei und sehe die Form seiner Empfänge. Alles ist hier [in der Residenz des Gesandten, J.B.] so verschieden von unseren Sitten und Gebräuchen und erscheint uns so traurig, daß wir den Eindruck bekommen, als müßten sich diese Leute recht unglücklich fühlen. Vielleicht haben sie aber dieselbe Anschauung von uns.“²⁸¹

Geschenke an die Hohe Pforte (1762)

Bereits zu seiner ersten Entsendung im Jahre 1755 erhält der preußische Gesandte Rexin in seiner Instruktion den Auftrag, „ob und was für corruptiones und geschenke zur etablierung und fortsetzung dergleichen Negotiation unter gewerigen Succes zu machen, bey was vor Personen selbige anzuwenden, worinn solche eygentlich bestehen müßten, wie hoch sich des falls die kosten belaufen möchten, undt welcher gestalt auch durch wen selbige am besten zu überbringen“²⁸² seien. Neben der grundlegenden Unterscheidung von Bestechungen und Gaben²⁸³, wird in der Instruktion insbesondere die politische Funktion von Geschenken betont, nämlich Vertragsverhandlungen zu ermöglichen bzw. erfolgreich abschließen zu können. Dabei wird auch deutlich, dass Friedrich II. sich der unterschiedlichen Geschenkpraxis bewusst ist, und deshalb Rexin anweist, die genauen Bedingungen und Anforderungen des Schenkens mitzuteilen, da angemessene Geschenke eine unentbehrliche Grundlage für den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen bilden. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür sind die Identifizierung des Empfängerkreises, die Auswahl der Geschenke und schließlich auch

²⁷⁸ Vgl. Aksan, S. 91.

²⁷⁹ Vgl. Achmed 1809, S. 94–101. Vgl. dazu auch Güllüoğlu, S. 19f. Ausführlich behandelt Virginia Aksan diesen Abschnitt des Reiseberichts: Dies.: An ottoman portrait of Frederick the Great, in: *Oriente Moderno* 18 (1999), H. 1, S. 203–215.

²⁸⁰ Theilig, S. 153.

²⁸¹ Schmidt-Lötzen, S. 465f.

²⁸² Instruktion von Friedrich II. für seinen nach Konstantinopel bestimmten Gesandten von Haude im Jahre 1755, GStA PK, I. HA Geheimer Rat, Rep. 96 Kabinettsregistratur, Fach 70 Lit. A 1, Bl. 20 r. [Zit. n. Falcke, S. 14.]

²⁸³ Vgl. Falcke, S. 14.

das erforderliche Zeremoniell und Personal. Da die Verhandlungen vorerst keinen Erfolg zeitigen, wird die Frage der Geschenke jedoch zunächst zurückgestellt.

Im Jahre 1760 trifft man dann erste Überlegungen zur Auswahl der Geschenke für den Fall des erfolgreichen Abschluss eines Defensivbündnisses.²⁸⁴ Dabei scheinen die mit dem Porträt des Königs verzierten Tabatières²⁸⁵ nicht angemessen, da der König argumentiert, „que les Turcs, en consequence des principes des leur religion obhorrent toutes figures, tableaux, statues & peintures.“²⁸⁶ Stattdessen wird erwogen, Spiegel und verzierte Waffen zu schenken.²⁸⁷ Während seines zweiten Aufenthalts in Istanbul nutzt Rexin die ihm zahlreich zur Verfügung stehenden Geldmittel in erster Linie für Korruption, was – mangels Verhandlungserfolgen – vom König missbilligt wird, weil er die Geldmittel „einzeln verläppert und an alle Leute gegeben hab[e], die vielleicht nicht das Vermögen, vielleicht auch nicht den Willen gehabt, was rechtes in der Sache zu thun, sondern Euch [Rexin, J.B.] nur amusiren [hinhalten, J.B.] wollten [...]“²⁸⁸. Als sich jedoch dann der erste wesentliche Verhandlungserfolg – nämlich der Abschluss der Kapitulation am 2. April 1761 – einstellt, rückt die Frage der Geschenke erneut in das Blickfeld:

„Die Bestellung und Besorgung derer Präsente vor den Sultan, Grossvezier und übrige Bediente von der Pforte, so zu dem jetzigen Tractat concurrirt, habe Ich gleichfalls gedachtem Grafen von Finckenstein zu besorgen aufgetragen; Ihr werdet aber selbst ermessen, dass in diesen Umständen es nicht möglich sein wird, solche durch Polen, noch weniger durch Teutschland an Euch durchzubringen, und dass mithin kein Weg dazu übrig bleibet als der zur See mit englischen oder holländischen Schiffen. Indess werden solche gewiss erfolgen, nur müsset Ihr den Verzug nöthigen Falls mit gedachten gegründeten Ursachen entschuldigen. Vor den Dolmetscher der Pforte und den Panajador will alsdenn auch convenablement gesorget werden. Was den Barcker [Benjamin Barker, englischer Bankier in Istanbul, J.B.] und den Secretär des englischen Gesandten anlanget, da kann Ich wegen dieses Tractats nicht an ganz Konstantinopel Präsente geben.“²⁸⁹

²⁸⁴ Vgl. Volz, S. 24.

²⁸⁵ Vgl. Falcke, S. 207. Hierbei handelt es sich um eine der häufigsten diplomatischen Gaben unter Friedrich II.

²⁸⁶ Friedrich II. an Finckenstein vom 20. April 1760, GstA PK, I. HA Geheimer Rat, Rep. 11 Auswärtige Beziehungen, Tit. 272–276 Türkei, Nr. 275 d, Fasz 17, Bl. 52 r. Zit. n. Falcke, S. 260.

²⁸⁷ Vgl. ebd.

²⁸⁸ PC XX, Nr. 12631, Friedrich II. an Rexin, 12. Jan. 1761, S. 186ff. Hier: S. 187.

²⁸⁹ PC XX, Nr. 12894, Friedrich II. an Rexin, 20. Mai 1761, S. 399–404. Hier: S. 402.

Das Schreiben macht deutlich, dass die Vergabe von Präsenten an den Sultan und den Großwesir, ebenso an beteiligte Beamte und schließlich sogar an niedere Bedienstete wie den Dolmetscher erfolgen sollen, während der König von Geschenken an weitere an den Verhandlungen Beteiligte wie den Bankier Barker und den Sekretär des englischen Gesandten absieht. Der Minister Finckenstein wird beauftragt, die Auswahl für Geschenke im Wert von 200 000 Talern zu treffen.²⁹⁰

Aus einem Schreiben des Kabinettssekretärs Eichel an den Staatsminister Finckenstein geht hervor, das Rexin wertvollere Gaben fordert, als jene die 1756 vom dänischen König zum Abschluss der osmanisch-dänischen Kapitulation überreicht worden seien, während – laut Eichel – der König „urtheilet, dass es genug sei, vor kupfern Geld kupferne Seelmessen zu halten.“²⁹¹ Der Geheimrat Köppen soll Finckenstein die 200 000 Taler auszahlen, welcher gehalten ist die Präsente von Künstlern aus Berlin fertigen zu lassen, „afin que ces bons gens-là y gagnent au moins leur vie là, pendant ce temps fâcheux et les troubles auxquels ils ont été exposés.“²⁹² Dieser führt seinen Auftrag aus, klagt allerdings bald darauf über die Indiskretion der Künstler, da offenbar ausländische Korrespondenten von den Aufträgen erfahren haben.²⁹³

Zu den beauftragten Künstlern gehören unter anderem die Goldschmiede Baudesson, Jordan und Lieberkühn.²⁹⁴ Ersterer soll ein vergoldetes Kaffeeservice anfertigen, während Letzterer die Rahmen für die (oben erwähnten) Spiegel herstellen soll.²⁹⁵ Ebenfalls sollen ein Phaeton (eine Prunkkutsche) mit Geschirr, ein verzierter Säbel, verschiedene Stoffe, Leuchter und auch Waschbecken angefertigt werden.²⁹⁶ Der Kriegsrat Müller, welcher mit der Bereitstellung der Geschenke betraut ist²⁹⁷, wird von Staatsminister Finckenstein über die Gestaltung des Säbels instruiert: „Da man nicht gewiß ist, ob und welche bilder die Türcken nicht gerne sehen, so wird am besten seyn, auf die Säbel Klingen keine anderen Zierathen als einiges Blumenwerck zu stechen und mit Gold einzulegen.“²⁹⁸ Die anfänglichen Bedenken über die Gabe bildlicher Darstellungen verschwinden unverzüglich, nachdem Rexin mitteilt, „daß sowohl der Sultan als der Großvezier ein gar großes

²⁹⁰ Vgl. PC XX, Nr. 12928, Friedrich II. an Finckenstein, 1. Juni 1761, S. 433.

²⁹¹ PC XX, Nr. 12929, Eichel an Finckenstein, 1. Juni 1761, S. 433f. Hier: S. 434.

²⁹² PC XX, Anmerkung, S. 514.

²⁹³ Vgl. PC XX, Anmerkung, S. 565.

²⁹⁴ Vgl. Volz, S. 25.

²⁹⁵ Vgl. ebd.

²⁹⁶ Vgl. Falcke, S. 290. Eine genaue Aufstellung mitsamt Kosten findet sich in GstA PK, I. HA Geheimer Rat, Rep. 11 Auswärtige Beziehungen, Tit. 272–275 Türkei, Nr. 275 d, Fasz. 9, Bl. 94r. (Vgl. ebd.)

²⁹⁷ Vgl. Falcke, S. 260.

²⁹⁸ Finckenstein an Müller, 20. Juni 1761, GstA PK, I. HA Geheimer Rat, Rep. 11 Auswärtige Beziehungen, Tit. 272–276 Türkei, Nr. 275 d, Fasz. 11, Bl. 8 r. Zit. n. Falcke, S. 260.

Verlangen trügen, jeder ein Porträt von des Königs Majestät zu haben“.²⁹⁹ Die Frage nach einer angemessenen Vorlage und dem ausführenden Künstler für das Porträt wird ausgiebig diskutiert.³⁰⁰ Schließlich wird der Porträtmaler Emanuel Dubuisson beauftragt, ein Bild des Königs, welches sich in Schönhausen befand, zu kopieren und den König nicht mit Hut – wie inzwischen üblich – sondern „unbedeckten Hauptes und mit dem Königsmantel“³⁰¹ zu malen.³⁰²

Der erwähnte Kriegsrat Müller bringt schließlich Staatsminister Finckenstein Bedenken seitens des holländischen Gesandten über die Gabe des Säbels vor, da dieser „aus der Ursach, nicht angenehm seyn [könne, J.B.], weil die Türcken sich für die größte Macht in der Welt ansahen, mithin dergleichen Merckmahl von der obersten Gewalt, von keiner anderen Macht annehmen dürften.“³⁰³ Doch da bereits der französische König dem Sultan einen Säbel (sowie einen Wagen) zum Geschenk gemacht hat, wird daran festgehalten.³⁰⁴ Auf Rexins Hinweis wird schließlich der Phaeton nicht nach Istanbul gesendet, da dieser „dort nicht angenehm sei, noch zu gebrauchen wäre, und wenn auch schon ein Sopha zum Liegen darin gemacht werden wollte, unsere Leute doch nicht verstehen würden, wie es eigentlich gemachet werden müsste“³⁰⁵. Und anstelle der vollständigen Spiegel werden – aufgrund der Bruchgefahr – die Rahmen auseinander genommen und sollen in Istanbul wieder zusammengesetzt und mit Gläsern versehen werden.³⁰⁶

Anhand der Auswahl und Zusammenstellung der Geschenke wird deutlich, wie sehr diese von der Wahrnehmung des Beschenkten und der ihm zugeschriebenen ästhetischen Maßstäbe und Wertvorstellungen geprägt ist. Diese Zuschreibungen geraten im Prozess der Präsentauswahl immer wieder an ihre Grenzen und bedürfen der Überprüfung. Die Wahrnehmung erfolgt jedoch auch mittelbar, durch die Informationen Rexins, der die Wünsche der Hohen Pforte weiterleitet. Dabei stellen gerade die Geschenkwünsche die vorherrschenden Muster der Wahrnehmung in Frage. Als Resultat überlagert ein Gefühl der Unsicherheit die bisher gültigen Vorstellungen über die Osmanen, was sich wiederum auf die Gestaltung der Präsente auswirkt.

²⁹⁹ Eichel an Finckenstein, 22. April 1760, zit. n. Volz, S. 25.

³⁰⁰ Vgl. Volz, S. 25f.

³⁰¹ Volz, S. 26.

³⁰² Vgl. Volz, S. 26.

³⁰³ Müller an Finckenstein, vom 27. Oktober 1761, GStA PK, I. HA Geheimer Rat, Rep. 11 Auswärtige Beziehungen, Tit. 272–276 Türkei, Nr. 275 d, Fasz. 9, Nr. 37. Zit. n. Falcke, S. 287.

³⁰⁴ Vgl. Falcke, S. 287.

³⁰⁵ PC XXI, Nr. 13300, Eichel an Finckenstein, 19. November 1761, S. 84–87. Hier: S. 86.

³⁰⁶ Vgl. ebd.

Im Oktober 1761 schreibt Friedrich II. an Rexin, dass die Geschenke „fertig und parat“³⁰⁷ seien, erwähnt aber zugleich Transportschwierigkeiten, die aufgrund der anhaltenden Kriegssituation bestehen.³⁰⁸ Es wird eruiert, ob die Präsente „ohne alle Eclat und unter dem Namen von Kaufmannswaaren“³⁰⁹ nach Istanbul gelangen könnten.³¹⁰ Dieser Vorschlag findet schließlich die Zustimmung des Königs, der an Rexin schreibt, dass die Präsente „wohl emballiret und zur Apparance mit Tüchern oder Zeugen bepacket, als Kaufmannsgüter unter einiger Bedeckung von verkleideten Feldjägers“ und in Begleitung des Holländers Delon geschickt werden sollen.³¹¹ Da der sichere Transport der Güter gefährdet ist, erscheint es als besonders wichtig, dass der Transport „mit allem Secret“ erfolgen kann.³¹²

Rexin, der erst relativ spät die Änderungswünsche für Auswahl und Gestaltung der Geschenke mitteilt, wird vom König erneut über seine Aufgabe vor Ort und die Schwierigkeiten des Transports aufgeklärt:

„Hier und im Lande habe Ich niemand, der Mir zu sagen weiss, was der Pforte und deren Ministern angenehm sein könne oder nicht. Bei Einsendung von denen dänischen Präsenten habt Ihr gleich damals selber geschrieben, dass solche der Pforte nicht sonderlich anständig gewesen. [...] nunmehr auf die letzte Stunde, da die Präsente abgehen sollen, setzen Mich Eure öftere Veränderungen in grössten Embarass. Zudem wisset Ihr, dass, wenn Ich die Präsenten zu Schiffe über Engelland schicken soll, dazu eine Zeit von wenigstens 8 Monat gehört. Lasse Ich solche aber zu Lande durch Polen gehen, so können zuvorderst die zerbrechliche Sachen, als grosse Spiegels, Uhren und dergleichen nicht mittransportiret werden; demnächst aber ist dieser Weg jetzo wegen der Streifereien derer Russen und wegen der Räubereien anderen Gensdels sehr misslich und gefährlich, und die Sachen risquieren unterwegs gar enleviret und geraubt zu werden. Wenn aber auch selbige glücklich

³⁰⁷ PX XXI, Nr. 13228, Friedrich II. an Rexin, 15. Oktober 1761, S. 28–30. Hier: S. 29.

³⁰⁸ Vgl. ebd.

³⁰⁹ PC XXI, Nr. 13250, Eichel an Finckenstein, 23. Oktober 1761, S. 43–46. Hier: S. 44.

³¹⁰ Vgl. ebd.

³¹¹ PC XXI, Nr. 13255, Friedrich II. an Rexin, 26. Oktober 1761, S. 48–50. Hier: S. 48.

³¹² PC XXI, Nr. 13292, Eichel an Finckenstein, 13. November 1761, S. 77f. Hier: S. 78. Zu den geplanten Sicherungsmaßnahmen gehört auch, dass die Geschenke in Polen durch den polnischen Adel eskortiert werden und der Großwesir die Gaben, sobald sie ins Gebiet der Moldau gelangen, als für ihn persönlich bestimmte Handelsgüter deklarieren soll. Vgl. dazu PC XXI, Nr. 13257, Eichel an Finckenstein, 27. Oktober 1761, S. 50–52; Nr. 13268, Friedrich II. an Finckenstein, 1. November 1761, S. 60; Nr. 13282, Friedrich II. an Finckenstein, 9. November 1761, S. 69; Nr. 13290, Friedrich II. an Finckenstein, 12. November 1761, S. 75f.

durchgehen, so können sie dennoch unter einer Zeit von wenigstens 2 à 3 Monaten nicht dort zur Stelle sein.³¹³

Friedrich II. empfiehlt schließlich, dass Regin „entweder die Ankunft derer Präsenten abwartet und alsdann solche dorten revidirét, um, was davon anstössig sein kann, zurückzusetzen und statt dessen andere anständigere, so Ihr dort kaufen könnet, zu substituiren“³¹⁴ oder sogar – falls man in Istanbul auf die baldige Überreichung der Geschenke drängt – diese dort selbst besorgen soll.³¹⁵ Nach langem Zögern werden von Regin und Delon, der den Geschenken voraus gereist war und bereits im Januar 1762 in Istanbul eintrifft, vor Ort Präsenten durch das Bankhaus Benjamin Barker erworben³¹⁶, die dann am 9. März in feierlicher Audienz überreicht werden.³¹⁷ Dabei handelt es sich um einen diamantbesetzten Reiherbusch, einen Prunkdolch mit einer im Griff eingearbeiteten Uhr, ein Paar verzierter Pistolen, ein vergoldetes Teeservice, eine Uhr in Form einer Schildkröte und schließlich mit Edelsteinen besetzten Dosen und Schmuckkisten, sowie einige Stoffe.³¹⁸ Die ursprünglich vorgesehenen Geschenke treffen verspätet ein und sollen zunächst – in Erwartung des baldigen Abschlusses einer Defensivallianz – vorrätig gehalten werden.³¹⁹ Da die Verhandlungen jedoch keine Fortschritte machen und ein Vertragsschluss nicht absehbar ist, wird Regin beauftragt die Gegenstände zum Teil zurückzusenden und zum Teil vor Ort zu verkaufen bzw. damit zu drohen.³²⁰

³¹³ PC XXI, Nr. 13316, Friedrich II. an Regin, 1. Dez. 1761, S. 96–99. Hier: S. 97.

³¹⁴ Ebd.

³¹⁵ Vgl. ebd. Friedrich II. fordert Regin wiederholt auf Geschenke in Istanbul zu erwerben, um den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen nicht zu verzögern. Vgl. dazu PC XXI, Nr. 13336, Friedrich II. an Regin, 13. Dezember 1761, S. 115–120; Nr. 13365, Friedrich II. an Regin, 27. Dezember 1761, S. 144–151; Nr. 13397, Friedrich II. an Regin, 12. Januar 1762, S. 176–177; Nr. 13449, Friedrich II. an Regin, 2. Febr. 1762, S. 218–220.

³¹⁶ Vgl. Porsch [wie Anm. 21], S. 68f.

³¹⁷ Vgl. ebd., S. 70. Eine genaue Beschreibung über den Ablauf der Audienz scheint nicht überliefert zu sein.

³¹⁸ Vgl. Hammer, S. 272. Für eine Liste der Gegenstände (mit genauer Beschreibung) auf italienisch vgl. ebd., S. 526f.

³¹⁹ Vgl. PC XXI, Nr. 13767, Friedrich II. an Regin, 9. Juni 1762, S. 514–516. Hier empfiehlt Friedrich II. zum Schein den Verkauf der Geschenke zu erwägen: „ob es etwa bei dem Grossvezier und andern Impression machen und sie etwas vor mein Interesse ranimiren dürfte, wenn Ihr Miene machtet, als ob Ihr die bei Euch noch vorhandene Präsenter vor die Pforte verkaufen oder emballiren lassen wolltet, um [sie] wieder zurück- oder wegzusenden, desgleichen wenn Ihr so zu sagen Euch veranstalten wolltet, um vielleicht gar von dorten wegzugehen.“ (Ebd.)

³²⁰ Vgl. hierzu das Schreiben Friedrichs II. an Regin (PC XXII, Nr. 14086, Friedrich II. an Regin, 8. Sept. 1762, S. 201f.): „dass Ihr auch sogleich wegen der bei Euch vorhandenen Präsenter veranstalten sollet, dass, was davon leicht zu transportirende Sachen, als der Säbel, Aigrette, Services und dergleichen, seind, wohl und gut eingepacket und Mir

Während die am 9. März überreichten Gaben sich – nicht zuletzt aufgrund ihrer Provenienz – nahezu ohne Weiteres in den üblichen Geschenkkanon an das Osmanische Reich einreihen lassen, weichen die ursprünglich für die Überreichung gedachten Präsente durchaus von diesem ab. Im Prozess der Auswahl und Bereitstellung der Geschenke kommt es dabei durch die osmanischen Wünsche immer wieder zu Konflikten und zur Herausforderung der überlieferten Wahrnehmungsmuster. Insbesondere die Forderung nach Bildern des Königs steht der Vorstellung von religiösen Osmanen entgegen. Andererseits bringt die Formulierung konkreter Wünsche, das Selbstverständnis der Hohen Pforte in einer Geste der Überlegenheit zum Ausdruck. Dass trotz der sehr aufwändigen und adressatenspezifischen Anfertigung der Präsente, letztlich aber beiderseits auf eine verspätete Überreichung (und Annahme) derselben zugunsten eines schnellen Vollzugs der Vertragsverhandlungen verzichtet wird, zeigt, dass die Geschenke in diesem Zusammenhang – sowohl von preußischer als auch von osmanischer Seite – in erster Linie als Mittel zum politischen Zweck betrachtet werden.

Die Geschenke im Rahmen der Gesandtschaft (1763/64)

Im Laufe der Gesandtschaftsreise Achmed Resmi Efendis nach Berlin 1763/64 kommt es mehrfach zur Überreichung von Präsenten. Den Rahmen für den Aufenthalt in Berlin und zugleich für den diplomatischen Gabentausch bilden dabei die Antritts- und Abschiedsaudienz. Darüber hinaus gibt es jedoch zahlreiche Anlässe, zu denen die verschiedenen Akteure Präsente überreichen und auch erhalten. Abgesehen vom Gabentausch im Rahmen der Begrüßung und Verabschiedung des Gesandten soll noch die Überreichung von Porzellan im März 1764 analysiert werden.

In seinem Gesandtschaftsbericht nennt Achmed Resmi Efendi als Grund für seine Entsendung, dass der Sultan entschieden habe, die preußischen „Gaben mit verdoppelten Geschenken zu erwidern“³²¹. Die Geschenke des Sultans sind also in erster Linie als Renumeration der im Namen Friedrichs II. überreichten Gaben vom 9. März 1762 aufzufassen. Dass die Gaben des Sultans dabei die preußischen Präsente um das Zweifache übertreffen sollen, verweist auf den – die Hierarchie

wiederum auf Breslau oder Berlin zu Meiner anderweiten Disposition zurückgeschicket werden; da Ihr denn solches durch ein- oder andern Eurer zuverlässigsten Couriers oder Leute begleiten lassen und solchen wegen aller zu nehmenden Präcautionen wohl instruiren müsset. Was aber die grossen Sachen sind, welche nicht anders als mit vieler Beschwerlichkeit und Hasard transportirt werden können, als die Spiegel und deren Rähme, da sollet Ihr solche alsdann, wie dorten ohnedem sehr rare, um die allertheuersten Preise verkaufen und Mir das davor eingehende Geld durch Splitgerber remittiren lassen [...].“

³²¹ Achmed 1809, S. 47.

zum Ausdruck bringenden – Zeichencharakter der Geschenke. Es lässt sich hieran zugleich auch ein unterschiedliches System der Deutung ablesen. Denn während sich die Renumeration im europäischen Kontext in der Regel am Wert der erhaltenen Gaben orientiert, wird dieser hier bewusst überschritten, um gerade die Überlegenheit und Großzügigkeit des Sultans zum Ausdruck zu bringen.

Die insgesamt 46 Nummern umfassende Liste der Geschenke führt unter anderem einen Reiherbusch, drei Pferde, umfangreiches Pferde- und Reitzubehör, Duftstoffe, sowie ein Zelt mit Einrichtung.³²² Die Gaben des Sultans sollen am Tag der Audienz bei König Friedrich II. am 21. November 1763 übergeben werden. Achmeds Gesandtschaftsbericht informiert ausführlich über die Vorkehrungen, welche für die Überreichung der Präsente getroffen werden:

„Hierauf wurde das sich unter den kaiserlichen Geschenken befindliche elegante Zelt in unserer Wohnung aufgestellt und hergerichtet. Einen Tag vor unserem Empfange wurde dasselbe von unserem Zeltaufschlager in das königliche Schloss geschafft, an einem passenden Orte aufgestellt und die Einrichtung vervollständigt. Am folgenden Tage wurden die verschiedenen kleineren Geschenke in Tücher gehüllt, und diese mit Etiketten, welche mit Bildern und Inschriften versehen waren, geschmückt. Durch einige meiner treuen Untergebenen und den Dolmetschern wurden diese Geschenke in Wagen nach dem königlichen Schloss gebracht. Nachdem die Anzahl der Geschenke mit der ins Deutsche übersetzten Liste verglichen worden, wurden dieselben auf persischen Teppichen in der Ecke eines der Säle aufgestellt und den königlichen Beamten übergeben. Die [...] drei arabischen Pferde wurden geputzt und geschmückt, alsdann den unwürdigen Händen der aus dem kaiserlichen Ställen mitgesandten Knechten übergeben.“³²³

Achmeds Bericht zeigt, dass die Modalitäten bezüglich der Präsentation der Geschenke (überwiegend) dem osmanischen Protokoll entsprechen. Die Einholung des Gesandten erfolgt hingegen nach preußischem Brauch.³²⁴ Am Tag der Audienz wird dieser vom Oberzeremonienmeister in einer Kutsche zum Schloss geleitet.³²⁵ Wenngleich der Großteil der Geschenke sich bereits im Palast befindet,

³²² Vgl. Bratter, S. 128ff.

³²³ Achmed 1903, S. 24f. Die Übersetzung von Hammer weist an dieser Stelle offensichtliche Ungenauigkeiten auf. (Vgl. Achmed, S. 82f.) Dies ergibt sich auch aus dem Vergleich mit der Übersetzung/Paraphrasierung des osmanischen Originals durch Aksan. (Vgl. Aksan, S. 85.)

³²⁴ Vgl. dazu auch die Angaben zum Gesandten-Zeremoniell am preußischen Hof bei Johann Christian Lünig: *Theatrum Ceremoniale Historico-Politicum* [...], Leipzig 1719, S. 490f.

³²⁵ Vgl. ausführlich dazu BPZ, Nr. 140 vom 22. November 1763. Hier findet sich auch eine Auflistung der Personen, die den Gesandten begleiten.

laufen die „drey prächtig ausgezierte[n] Türkische Pferde“³²⁶ im Zug des Gesandten und werden somit – in diesem Fall der europäischen Tradition entsprechend – auch der breiteren Öffentlichkeit präsentiert.

Die eigentliche Empfangszeremonie wird dann nach Maßgabe des Protokolls von 1755 (aus Wien) vollzogen.³²⁷ Nach der Einführung durch den Oberzeremonienmeister und der Begrüßung überreicht Achmed dem König sein Kreditiv und – als einziges Geschenk im Rahmen der Audienz – den verzierten Reiherbusch.³²⁸ Der König betrachtet diesen „mit einem Seitenblick“³²⁹ und legt ihn auf einen neben ihm befindlichen Tisch.³³⁰ Abschließend verabschiedet sich der Gesandte und wird zurück zu seiner Unterkunft geleitet. Friedrich II. hingegen begutachtete – laut Achmeds Bericht – die Pferde³³¹:

„Nun ließ der König die gesandten Pferde durch die Stallknechte in den Hof des Schlosses führen, während er sie vom Fenster aus betrachtete; nachdem er angeordnet hatte, sie mehrere Male herumzuführen, wurden sie seinen Knechten übergeben. Durch die Schönheit und Pracht der Pferde, ferner durch die mit Gold und Diamanten verzierten Sattelzeuge entzückt, ließ er, obgleich er nicht die Gewohnheit hat, Geschenke zu geben, jedem unserer Stallknechte eine Uhr und einige Goldstücke geben.“³³²

Achmeds detaillierter und ausschmückender Bericht über die Vorkehrungen und Überreichung der Präsente ist mehr als eine bloße Rekapitulation der Ereignisse. Zunächst dokumentiert er damit, dass er seine Aufgabe – nämlich die Überreichung des Kreditivs und der Geschenke – erfüllt hat. Darüber hinaus handelt es sich zugleich um die schriftliche Versicherung gegenüber dem Sultan, dass die Geschenke den osmanischen Anforderungen entsprechend öffentlich präsentiert, ordentlich übergeben und insbesondere auch gebührend angenommen wurden, und dass somit Status, Macht und Reichtum des Sultans angemessen zur Geltung gebracht wurden. Dass Friedrich II. die Stallknechte belohnt, wird auf das in ihm durch die Gaben hervorgerufene Entzücken zurückgeführt, wodurch Achmed noch einmal die Wirkung der Präsente betont.

³²⁶ Ebd.

³²⁷ Vgl. Achmed 1903, S. 26.

³²⁸ Vgl. ebd.

³²⁹ Achmed 1809, S. 85. Aksan übersetzt: „He [Frederick] measured [the value of] the crest out of the corner of his eyes [...]“ (Ebd., S. 86.)

³³⁰ Vgl. Aksan, S. 86.

³³¹ Offensichtlich hat Achmed diese Informationen aus der Erzählung der Stallknechte. (Vgl. Aksan, S. 86.)

³³² Achmed 1903, S. 27. Aksan übersetzt an dieser Stelle: “He then ordered these same servants to remove the saddles and turn the horses over to his own men, all the time ‘lost in joy at the sparkle of the jewelled saddles and gilded trappings’”. (Aksan, S. 86.)

Nach der Audienz bekommt der Gesandte ein Geschenk³³³ überreicht und es wird ihm zu Ehren ein Bankett im vernezobreschen Palais veranstaltet, das allerdings auf Veranlassung des Königs nur auf Porzellan serviert wird, „pour que rien n'en soit volé ou égaré“.³³⁴ Unter den 24 Gästen, die vom König zur Teilnahme bestimmt wurden, befindet sich auch der Graf Lehndorff, der seine Eindrücke in seinem Tagebuch schildert.³³⁵ Die erste schriftliche Reaktion des Königs auf die Geschenke fällt – Achmeds Schilderung diametral entgegen gesetzt – überwiegend negativ aus, wie aus einem Brief an seinen Bruder, den Prinzen Heinrich, hervorgeht: „Si vous aviez vu tous les beaux présents qu'ils ont faits, vous ne les enviriez pas: douze aunes de mousselin, douze aunes de drap d'or, douze aunes d'étoffe de soie, et ainsi du reste.“³³⁶ Das Missfallen Friedrichs II. bezieht sich dabei wohl in erster Linie auf die erhaltenen Textilien, die offensichtlich nicht den Erwartungen des Königs entsprechen. Eine Woche nach der Antrittsaudienz übergibt Achmed diesem in Potsdam „im Namen des Großsultans, ein schönes türkisches Pferd, nebst drey schönen Janitscharen-Flinten, zum Geschenk.“³³⁷ Friedrich II. schreibt seinem Bruder, dass dieser „un beau cheval turc“³³⁸ erhalten wird. Das legt den Schluss nahe, dass (zumindest) die ihm zum Geschenk gemachten Pferde – im Unterschied zu den Textilien – durchaus auf sein Wohlwollen gestoßen sein dürften, und dass daher die Geschenke nicht insgesamt missbilligt wur-

³³³ Aus Achmeds Bericht geht nichts über dieses Präsent hervor. In der Mitteilung des Kabinettssekretärs Eichel an den Staatsminister Finckenstein vom 3. Dezember 1763 heißt es: „So wie mir der Interprete Frangopulo [der von Regin entsandte Dolmetscher, J.B.] heute gesaget, so ist der türkische Gesandte von seinem hiesigen Séjour und von dem gracieusen Accueil, welches er von des Königs Majestät gemachet worden, desgleichen von dem Präsente, so er von Deroselben erhalten, ganz ausnehmend concent.“ (PC XXIII, Anmerkung, S. 205.)

³³⁴ PC XXIII, Anmerkungen, S. 186.

³³⁵ Vgl. Schmidt-Lötzen, S. 467. Hier heißt es: „Der König hat 24 Personen, darunter auch mich, zu Teilnehmern daran bestimmt, und der Zufall fügt es, daß ich meinen Platz neben Achmet erhalte, so daß ich genau sehe, wie er ißt. Die von unseren Köchen bereiteten Gericht läßt er unberührt und genießt nur die nach heimischer Art hergestellten. Man reicht ihm immer eine Schüssel nach der anderen, und er langt fleißig mit den Fingern zu und bedient uns ebenso. Ich bin so neugierig, von allem zu kosten; es ist abscheulich, alles mit Honig und Öl zubereitet. Unser Dessert gefällt ihm sehr, und er läßt mehrere Porzellanschüsseln wegtragen. Als wir uns von der Tafel erheben, plündert sein Gefolge das ganze Dessert, was auf uns recht erheiternd wirkt. Darauf läßt der Gesandte den Kaffee servieren und spielt den liebenswürdigen Wirt.“ (Ebd.)

³³⁶ Œuvres, Bd. XXVI, Friedrich II. an den Prinzen Heinrich vom 21. November 1763, S. 338f. Hier: S. 338.

³³⁷ BPZ, Nr. 144 vom 1. Dezember 1763.

³³⁸ Œuvres, Bd. XXVI, Friedrich II. an den Prinzen Heinrich vom 4. Dezember 1763, S. 339f. Hier: S. 340. Am 16. Dezember läßt Achmed dann im Namen des Sultans „dem Prinzen Heinrich, ein schönes türkisches Pferd zum Präsent“ überbringen. (BPZ, Nr. 151 vom 17. Dezember 1763.)

den. Aber wie der König selbst schreibt, „ce n'est pas des présents je leur demande; une bonne alliance vaud mieux“.³³⁹

Mit dieser funktionalen Betrachtungsweise misst der König den Geschenken in erster Linie zeremoniellen Charakter bei. So ist es – den (europäischen) interhöfischen Standards zum Trotz – auch nicht verwunderlich, dass der König am 1. Februar 1764 dem Geheimrat Köppen den Befehl erteilt, die „auf dem Schlosse zu Berlin annoch befindliche türkische Präsenten an Sattelschabracken, Reitzeuge, auch Seiden-, wollene und kameelhaaren Étoffes [...] durch dazu geschickte, aber auch verschwiegene Leute“³⁴⁰ schätzen zu lassen und ohne großes Aufsehen über das Bankhaus Ephraim & Söhne „theils in Holland, theils im Reiche und anderen entferneten auswärtigen Landen für Se. Königl. Majestät Rechnung vor die höchste Preise, so immer davor zu erhalten sein werden, [...] verkaufen“³⁴¹ zu lassen. Einige Stoffe finden als „Gardinen und Stuhlbezüge“³⁴² Verwendung. Vergleicht man diese Angaben mit der Liste der Geschenke, so bleiben offensichtlich nur wenige Gaben im Besitz des Königs.³⁴³ Dazu zählen in erster Linie der Reiherbusch, die Pferde, die Duftstoffe, das Zelt sowie einige Stoffe.

Ein besonderes Interesse des Gesandten gilt dem Porzellan, weshalb Achmed während seines Aufenthalts wiederholt die königliche Porzellanmanufaktur besucht.³⁴⁴ Er bestellt auch einige Teile Porzellan, was den König veranlasst „dem herrn Gesandten, nicht nur seine eigene Bestellungen, sondern auch überdies noch sehr schöne Porcellaine zum Geschenk überbringen zu lassen.“³⁴⁵ Diese werden vom Direktor der Königlich Preussischen Porzellanmanufaktur³⁴⁶, J. G. Grieninger, überbracht, der den Moment der Überreichung der Präsente in seiner Chronik der Manufaktur festhält.³⁴⁷ Über Achmed Resmi Efendi schreibt er, dass dieser „ein großer Porzellan-Liebhaber“³⁴⁸ sei. Die ästhetischen Maßstäbe stießen allerdings auf Unverständnis, denn: „Je dicker und schwerer die Porzellane, je schöner

³³⁹ Œuvres, Bd. XXVI, Friedrich II. an den Prinzen Heinrich vom 21. November 1763, S. 338f. Hier: S. 338.

³⁴⁰ PC XXIII, Anmerkung, S. 269.

³⁴¹ Ebd.

³⁴² Enderlein 1987 [wie Anm. 23], S. 7.

³⁴³ Vgl. Bratter, S. 128ff.

³⁴⁴ In seinem Bericht informiert Achmed über die Verwendung des Porzellans: „Die Bevölkerung hat eine grosse Zuneigung zu Porzellan, und einige reiche Leute haben sich aus Porzellan Zimmer herrichten lassen, in denen sie sich wie in Gärten ergehen und unterhalten.“ Achmed 1903, S. 23.

³⁴⁵ BPZ, Nr. 33 vom 17. März 1764.

³⁴⁶ Zur Geschichte derselben vgl. Georg Lenz: Berliner Porzellan. Die Manufaktur Friedrichs des Großen 1763–1786. [Neudr. d. Ausg. Berlin 1913], Berlin 1991.

³⁴⁷ Vgl. [J. G. Grieninger]: Vom Ursprung und Fortgang der Königlichen echten Porzellan-Manufaktur zu Berlin, durch denselben Direktor, abgedruckt in: Hohenzollern-Jahrbuch 2 (1906), S. 186–206.

³⁴⁸ Ebd., S. 194.

und vollkommener waren sie nach seinem Geschmack. Da ich dem Könige etliche von desselben bestellten Porzellanen zeigte, lachte er über ihre Schwere“.³⁴⁹ Über den Moment der Geschenkübergabe schreibt Grieninger:

„Er betrachtete ein Stück nach dem andern aufs genaueste, küßte viele derselben und ließ mich durch den Hofdolmetscher Francopulo versichern, daß er niemals ein so großes Vergnügen und Freude gehabt hätte, als über dieses königliche Geschenk. Da alles ausgepackt und um ihn herum aufgestellt war, stand er auf und neigte sich tief, setzte sich wieder und ich mußte neben ihm sitzen, eine Tasse Kafé austrinken und aus einer von seinem Pagen mir vorgehaltenen alten Schachtel etliche Stückchen schmutziges Zucker-Gebackenes zu mir nehmen.“³⁵⁰

Zum Abschied beschenkt Achmed den Direktor „mit zwei persischen mit Silber durchwirkten Frauen-Halstüchern, einer großen Seifenkugel, mit etlichen Packeten türkischen Tabaksblättern, und einem Gläschen voll starkriechenden Fluidi, dessen Bestimmung mir Niemand zu sagen wußte.“³⁵¹ Die Beschreibung des Direktors bringt die Verwunderung über die osmanischen Präsente zum Ausdruck. Denn während das höfische Umfeld Parfüms und andere Duftstoffe zu schätzen weiß, stößt dieses Geschenk bei Grieninger auf Unverständnis.

Dass Friedrich II. dem Gesandten Porzellan zum Geschenk macht, ist nicht nur als Geste königlicher Großzügigkeit zu werten, sondern scheint vor allem auch durch wirtschaftspolitische Interessen motiviert. Achmed schreibt in seinem Bericht über die Situation der Manufaktur: „Um zu verhindern, dass das Geld aus dem Land gehe, liess der König die Einfuhr von Porzellan aus Sachsen verbieten und engagierte sächsische Meister der Porzellanherstellung [...]“³⁵² Wegen der direkten Konkurrenz mit der Meißener Porzellanmanufaktur sind neue Absatzmärkte für die preußischen Waren von Vorteil. Die Überreichung des Porzellans ist somit in erster Linie auch als Reklame für das preußische Porzellan aufzufassen. Diese zeigt auch – zumindest auf Achmed – Wirkung, wenn er schreibt, dass die preußischen Waren „in Geschmack und Güte bald den in sächsischen Fabriken fabrizierten ähnlich sein werden.“³⁵³

Vor der Abreise des Gesandten wird die Frage der Abschiedsgeschenke diskutiert. Als Abschiedsgeschenk werden erwägt: „porcellain, eine große Sing-Uhr, silberne Caffée-Service, eine brillantene Uhr oder einen brillantenen ring, gewehr, porcellainen Schreibzeug, feinen tuch, [...] Zeuge von rother oder grüner Far-

³⁴⁹ Ebd.

³⁵⁰ Ebd.

³⁵¹ Ebd.

³⁵² Achmed 1903, S. 23.

³⁵³ Achmed 1903, S. 23f.

be.³⁵⁴ In der Abschiedsaudienz beim Staatsminister Finckenstein werden dem Gesandten und seinem Gefolge dann die ausgewählten Abschiedsgeschenke überreicht.³⁵⁵ Lehndorff gibt diese in seinem Tagebuch wieder: „Es sind dies vier Stücke reichen Stoffes, eine mit Brillanten besetzte Uhr aus Jaspis, vier schöne silberne Armleuchter, zwei große Terrinen, vier Salatschüsseln und ein Necessaire, alle von demselben Metall. Die zwölf Vornehmsten seines Gefolges erhalten auch Silbergeschirr als Geschenk, alle übrigen bares Geld.“³⁵⁶ Darüber hinaus wünscht Achmed Efendi jedoch noch eine goldene Kette mit dem Porträt des Königs zu erhalten.³⁵⁷ Friedrich II. lehnt dies ab und befiehlt dem Staatsminister Finckenstein:

„[...] vous détournerez cette demande par lui faire entendre qu'il n'y avait pas une pareille médaille avec prête à la main. Vous observerez, avec cela, que vous ne lui fassiez faire cette insinuation qu'à peu près la veille de son départ de Berlin, puisque, autrement, il ne faut pas douter qu'il ne revienne encore à la charge.“³⁵⁸

Friedrichs II. genaue Anweisungen sollen den Staatsminister (und auch die königlichen Finanzen) vor weiteren Forderungen bewahren. Dass dem Gesandten eine weitere Gabe verweigert wird, dürfte auch im Zusammenhang mit den hohen Unterhaltskosten und seinen Forderungen nach Auszahlung des Tayns für einen weiteren Monat stehen.³⁵⁹ Die Frage der Abschiedsgeschenke ist aber auch in einen Aushandlungsprozess eingebunden, bei dem es um mehr als materielle Werte geht. Die Beweggründe für Achmeds Forderungen nämlich dürften eher auf die osmanische Auffassung von Ehrerweisung zurückgehen. So erwähnt dieser

³⁵⁴ Überlegungen anlässlich der Abreise des türkischen Gesandten Achmet Effendi 1764 aus Berlin, GStA PK, I. HA Geheimer Rat, Rep. 96 Zivilkabinett (ältere Periode) – Cabinetsregistratur, Fach 71, Lit. Q, Bl. 12 r. Zit. n. Falcke, S. 207.

³⁵⁵ Vgl. BPZ, Nr. 49 vom 24. April 1764. Hier heißt es: „Auch wurden zugleich dem Herrn Gesandten, seinen vornehmsten Officiers und sämtlichen Gefolge, die kostbarsten Geschenke.“ (Ebd.)

³⁵⁶ Schmidt-Lötzen, S. 469.

³⁵⁷ Vgl. PC XXIII, Nr. 15031, Friedrich II. an Finckenstein, 22. April 1764, S. 344f. Hier: S. 344

³⁵⁸ Ebd.

³⁵⁹ Vgl. Hierzu Friedrichs Bemerkung: „Cela ne finit jamais avec ce bougre de mamamouchi; il a résolu de me dépouiller, mais il n'aura rien.“ (PC XXIII, Nr. 15031, Friedrich II. an Finckenstein, 22. April 1764, S. 344f. Hier: S. 345.) Die Charakterisierung Achmeds als geizig oder sogar habgierig verdeckt den Blick auf den tatsächlichen Bedarf, den eine Gesandtschaft mit einem Gefolge von ca. 70 Personen verursacht. Einen Eindruck von der Menge benötigter Lebensmittel liefert eine Liste bei Aksan. (Vgl. ebd., S. 71.)

schließlich auch in seinem Bericht, dass er „einige unbedeutende Geschenke“³⁶⁰ erhalten habe. Dies könnte einerseits auf eine allgemeine Haltung der Bescheidenheit zurückführen zu sein, die sich im ganzen Bericht wiederfindet.³⁶¹ Andererseits ist aber – gerade vor dem Hintergrund der osmanischen Schenkpraxis – davon auszugehen, dass Achmed überzeugt ist, nicht das Maß an Ehrbezeugungen erhalten zu haben, das ihm seiner Meinung nach zukäme.

Schließlich werden dem Gesandten noch Geschenke für den Sultan überreicht. Dabei handelt es sich um „vier mit Steinen ausgelegte Flinten [...], deren Wert man auf 20 000 Taler schätzt.“³⁶² Auch was die Überreichung dieser Gaben angeht, ergeht eine ausdrückliche Anweisung Friedrichs II. an Staatsminister Finckenstein: „que vous les remettiez toutes à l'envoyé turc, en lui déclarant expressément que c'étaient des présents destinés au Sultan son souverain, et au sujets desquels je le chargeais de les offrir de ma part et en mon nom au Sultan, dès son retour à Constantinople.“³⁶³ Der Kabinettssekretär Eichel berichtet dem Staatsminister Finckenstein schließlich von Rexins Vorschlag, „dem Sultan durch den Achmet Effendi einige von denen gebräuchlichsten Sorten von Gewehr, Canons und Mortiers, auch [von] Pontons die Dessins, auch wo möglich von letzteren kleine Modells zu communiciren geruhen möchten“.³⁶⁴ Diese Gaben werden auf dem Seeweg nach Istanbul gebracht.³⁶⁵ Dabei handelt es sich um militärische Güter, die mit Blick auf die Verhandlungen zur Defensivallianz als Demonstration militärischer Potenz gesehen werden können. Insbesondere die Zeichnungen der (im Osmanischen Reich unbekannt) Ponton-Brücken sind in dieser Hinsicht als Ausdruck technologischen Fortschritts zu sehen. In dieser Gabe ist implizit die Vorstellung der eigenen Überlegenheit auszumachen, wie sie Friedrich II. in einem Brief an den Prinzen Heinrich deutlich zum Ausdruck bringt:

A vous dire le vrai, nos peuples européens ont un grand avantage sur ces Asiatiques et sur tous les habitants des autres parties de ce globe. Nous sommes

³⁶⁰ Achmed 1809, S. 91. Aksan übersetzt entsprechend „trifling gifts“ (Aksan, S. 90.), während es in der Übersetzung von Willi Bey-Bolland „kleinere Geschenke“ heißt. (Achmed 1903, S. 32.)

³⁶¹ Vgl. Güllüoğlu, S. 6f. Dieser macht darauf aufmerksam, dass der Autor durch die Verwendung des Passivs und des Personalpronomens ‚wir‘ in den Hintergrund tritt.

³⁶² Schmidt-Lötzen, S. 469. In der BPZ, Nr. 53 vom 3. Mai 1764 heißt es (genauer): „[...] zwey kostbare reich mit Steinen besetzte und mit massiv Gold ausgelegte Flinten, wie auch zwey Paar auf eben diese Art verfertigte Pistohlen“.

³⁶³ PC XXIII, Nr. 15031, Friedrich II. an Finckenstein, 22. April 1764, S. 344f. Hier: S. 344.

³⁶⁴ PC XXIII, Eichel an Finckenstein vom 15. April 1764, Anmerkung, S.339f. Hier findet sich auch die handschriftliche Bemerkung des Königs: „Nota bene! Die Kanonen, so der türkische Gesandte mitnehmen soll, seind sie schon bestellet in Breslau oder nicht? Das muss nicht vergessen werden!“ (Ebd.)

³⁶⁵ Vgl. Aksan, S. 98.

plus industrieux, plus raffinés qu'eux: et quoique nous ne connaissions pas les premiers principes des choses, nous en savons cependant cent fois plus que tous ces gens pris ensemble.³⁶⁶

Resümee

Die Gesandtschaftsreise Achmed Resmi Efendis gibt trotz ihrer historisch geringen politischen Bedeutung interessanten Aufschluss über die hier in den Blick genommene (Geschenk-)Politik. Durch die detaillierte Rekonstruktion des Kontextes der Gesandtschaft ergeben sich neue Perspektiven auf die bisher kaum erforschten Geschenkstransfers, die wiederum Rückschlüsse auf die dahinter stehenden Wahrnehmungs- und Deutungsmuster zulassen. Die Gesandtschaft stößt dabei vor allem wegen der Fremdheit von Sitten und Gebräuchen auf das tagesaktuelle Interesse der Berliner, das sich in einer Welle von Turquerien manifestiert. Die Wahrnehmung und Einschätzung der Gesandtschaft erfolgt mittels einer überwiegend säkularen Perspektive, die vor allem die unterschiedlichen Lebens-, Ess- und Trinkgewohnheiten thematisiert. Dabei werden bekannte Stereotypen reproduziert, wenngleich diese – wie das Beispiel des Prinzen Heinrich – mitunter eine kritische Überprüfung erfahren können. Die vorliegenden Ergebnisse machen aber ebenso deutlich, dass Achmed nicht nur als Angehöriger eines fremden Volkes und Repräsentant eines anderen Souveräns in Erscheinung tritt, sondern vielmehr auch als Vertreter einer anderen ‚Gabenordnung‘ gesehen werden kann.

Es zeigte sich, dass gerade Letzteres an dem – die allgemeine Wahrnehmung der Gesandtschaft vorweggreifenden bzw. widerspiegelnden – Gabentausch gewissermaßen dinglich festgemacht werden kann. Dies gilt zunächst für die preußischen Vorbereitungen bezüglich der Geschenke an den Sultan, in deren Verlauf immer wieder Zweifel und Unsicherheiten über die Gestaltung der Präsente und damit zugleich auch über das vorgefasste Bild der Osmanen zu Tage treten. Über den (Um-)Weg der materiellen Gaben wird somit die Wahrnehmung der Osmanen beeinflusst.

Indem – im einmütigen Interesse am Fortgang der Verhandlungen – aber dann auf die Überreichung der speziell angefertigten Präsente verzichtet wird, zeigt sich die Grenze der Wirksamkeit der ‚Gabenordnungen‘, die hier dem Primat der Politik unterliegt. Zugleich offenbart sich eine gemeinsame funktional geprägte Sicht auf die diplomatischen Gaben.

Wie Präsente instrumentalisiert werden können, ist etwa an Friedrichs Anweisung an Rexin zu erkennen, dem befohlen wird, mit dem Entzug der (noch) nicht

³⁶⁶ Œuvres, Bd. XXVI, Friedrich II. an Prinz Heinrich, vom 4. Dezember 1763, S. 340f. Hier: S. 341.

überreichten Präsente zu drohen, um so die Verhandlungsbereitschaft der Osmanen zu erhöhen. Auch die Porzellanpräsente an Achmed Resmi Efendi können als Instrumentalisierung gesehen werden. Das scheinbar selbstlose, nicht auf Erwidrung bedachte Präsent ist in erster Linie Reklame für die königliche Porzellanmanufaktur. Dass die ‚Gabenordnungen‘ zu Missverständnissen und Konflikten führen können, belegt der Streit um das Abschiedsgeschenk für Achmed. Hier treffen sichtbar divergierende Vorstellungen aufeinander, die aber auf preußischer Seite nicht (allein) durch die europäische Geschenkpraxis motiviert erscheinen, sondern auch im Lichte der finanziellen Gesamtbilanz der Gesandtschaftsreise zu sehen sind, die – insbesondere im Verhältnis zur politischen Bilanz – keine weiteren Präsente zu rechtfertigen vermag. Schließlich erlauben sowohl die Forderungen nach bestimmten Geschenken seitens des Sultans als auch die Gabe von (militärischen) Technologien durch den preußischen König Einblicke in das Selbstverständnis des Schenkenden und des Beschenkten und lassen sich diese jeweils als Gesten der Überlegenheit deuten. Die vorliegende Studie konnte also zeigen, dass gerade durch eine mikrohistorische Vorgehensweise die – auf den ersten Blick nur materiellen – Präsente im diplomatischen Kontext für kulturhistorische Studien fruchtbar gemacht werden können, und Aufschluss über das (wahrgenommene) politische Verhältnis und die zugrunde liegenden Wahrnehmungsmuster liefern. In diesem Zusammenhang scheint eine Untersuchung der möglichen Flexibilität und wechselseitigen Beeinflussung der unterschiedlichen ‚Gabenordnungen‘ im weiteren osmanisch-preußischen Verhältnis eine sinnvolle Fortsetzung der Arbeit zu bieten.

„Bediene Dich selbst“. Der ‚Blaue Laden‘ in Augsburg – Überlegungen zur Amerikanisierung des westdeutschen Lebensmitteleinzelhandels nach 1945

Tobias Brenner und Stefan Paulus

Die Vielfalt US-amerikanischer Kultureinflüsse auf die Entwicklung Westdeutschlands nach 1945 ist im historischen Rückblick evident. Im Folgenden soll ein bemerkenswerter und bislang weitgehend unbekannter Aspekt der Augsburger Wirtschafts- und Kulturgeschichte nach 1945 erstmals vorgestellt werden, der ohne amerikanische Einflüsse bzw. die Orientierung an amerikanischen Vorbildern kaum vorstellbar gewesen wäre: die Anfänge des modernen Selbstbedienungssystems im Lebensmitteleinzelhandel und seine besonderen Voraussetzungen sowie Erscheinungsformen in Augsburg.

Tatsächlich ist in unserer modernen Konsumgesellschaft der Einkauf in Selbstbedienungsgeschäften zu einem festen Bestandteil des täglichen Lebens geworden. Der Transfer und die Umsetzung dieser originär US-amerikanischen Innovation erfolgten im Wesentlichen nach 1945 und veränderten die westdeutsche Konsum- und Alltagskultur nachhaltig. Dieser Prozess ist von besonderer kulturgeschichtlicher Relevanz. Die folgenden Ausführungen verstehen sich somit als erster, zu weiteren vertieften Forschungen anregender Beitrag.

Hilfreiche Auskünfte erteilte in diesem Zusammenhang der langjährige Firmenchef der ehemaligen Handelskette BMA (Bernhard Müller K. G. Augsburg), Egon Müller (88), im Rahmen eines Interviews, das im Anschluss an diesen Beitrag abgedruckt ist.

Einleitung

Als Illustration des Abschnitts ‚Wirtschaftsaufschwung‘ findet sich in der 2002 erschienenen ‚Kleinen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland‘ des Potsdamer Historikers Manfred Görtemaker unter anderem eine historische Fotografie, die eine Ladenszene zeigt. Die Bildunterschrift lautet:

„Am 4. Juni 1949 öffnet in Augsburg der erste Selbstbedienungsladen in Deutschland seine Türen. Bernhard Müller, ein Lebensmittelgroßhändler, hat die Idee aus den USA importiert. Die von den Kunden selbst aus den Regalen entnommenen Waren werden zunächst noch in Holzkistchen gesammelt.“¹

¹ Manfred Görtemaker: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. München 2002, S. 103.



„Bediene Dich selbst“: Blick in den Verkaufsraum des ‚Blauen Ladens‘ in Augsburg, Juni 1949 (Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-2005-0807-506 / o. Ang.)

Eine weitere Fotografie aus offenbar derselben Serie, die sich in der digitalen Bilddatenbank des Bundesarchivs befindet, ist zudem mit folgendem Untertitel versehen:

„Bediene dich selbst... Die in zahlreichen europäischen Ländern, besonders aber in den USA weit verbreiteten Einzelhandelsgeschäfte mit Selbstbedienung wurden durch Errichtung eines ‚Blauen Ladens‘ zum ersten Mal durch die Großhandelsfirma Müller in Augsburg auch in Deutschland versuchsweise eingeführt. Diese schnelle und billige Verkaufsmethode soll auch den deutschen Einzelhandel gegenüber evtl. neu entstehenden ausländischen Geschäften konkurrenzfähig halten. Werden die Langfinger widerstehen können?“²

Tatsächlich steht die Entwicklung vom traditionellen Kolonialwarengeschäft bzw. ‚Tante-Emma-Laden‘ hin zum modernen Selbstbedienungsladen sinnbildlich für den rasanten wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit. Speziell für den Zeitraum zwischen 1950 und 1965 kann für ganz Westeuropa von einer ‚Revolution im Handel‘ gesprochen werden. ‚Der Lebensmittelhandel‘, wie es Michael Wildt in seiner kulturhistorischen Untersuchung zu den Anfängen der Konsumgesellschaft formuliert hat, „spielte dabei die Rolle des Vorreiters und stand im Rufe, die am besten rationalisierte Sparte der westdeutschen Absatzwirtschaft zu sein“.³ Der Münsteraner Wirtschaftshistoriker Karl Ditt bezeichnet den Selbstbedienungssektor sogar als den zentralen „Schrittmacher der kommerziellen Revolution der 1960er Jahre“⁴.

Neben diese primär wirtschaftlichen Bedeutung tritt eine nicht minder relevante soziale bzw. gesellschaftspolitische Dimension, denn das ursprünglich US-amerikanische Geschäftsmodell der Selbstbedienung (SB) steht auch für materiellen Wohlstand, individuelle (Entscheidungs-)Freiheit und damit im weitesten Sinne auch für die Demokratisierung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft.

Im Fokus der vorliegenden Ausführungen steht die ‚Amerikanisierung‘ des westdeutschen Lebensmittelhandels nach 1945 – also, frei nach der Definition von Philipp Gassert, die Übernahme spezifischer Geschäftsstrukturen bzw. Verkaufs-

² Bundesarchiv, Bild 183-2005-0807-506.

³ Michael Wildt: Am Beginn der ‚Konsumgesellschaft‘. Mangelersahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren. Hamburg 1994, S. 180 (beide Zitate).

⁴ Karl Ditt: Rationalisierung im Einzelhandel: Die Einführung und Entwicklung der Selbstbedienung in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2000, in: Michael Prinz (Hg.): Der lange Weg in den Überfluß. Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne. Paderborn 2003, S. 315–356, hier S. 325.

modelle aus den USA und deren anschließende Integration in den deutschen Kontext.⁵

Wie bereits einleitend erwähnt, spricht einiges dafür, dass der Stadt Augsburg in diesem Kontext eine Pionierfunktion zufällt, da hier 1949 das Lebensmittelhandelsunternehmen BMA (Bernhard Müller Augsburg) den ersten ‚amerikanisierten‘, d. h. sich an amerikanischen Standards orientierenden Lebensmittelladen auf Selbstbedienungsbasis in der Bundesrepublik Deutschland eröffnete.

Das SB-System – eine Innovation aus den USA

Für den heutigen Konsumenten insbesondere der westlichen Hemisphäre stellt der Einkauf in (Lebensmittel-)Selbstbedienungsgeschäften bzw. Supermärkten eine Selbstverständlichkeit dar. Die Ursprünge des SB-Systems liegen in den USA des beginnenden 20. Jahrhunderts, wo im Jahre 1916 in Memphis/Tennessee das zum Patent angemeldete Selbstbedienungssystem erstmals in die Praxis umgesetzt wurde. Im Unterschied zu den traditionellen Geschäftstypen war nun nicht mehr der Kaufmann *die* Hauptperson im Geschäftsablauf, sondern der Kunde, der die offen präsentierten und frei zugänglichen Produkte im Laden selbständig aussuchen konnte. Als Motor für diese Veränderung der Einkaufskultur fungierte zunächst das Interesse des Ladenbetreibers an einer Rationalisierung der Geschäftsabläufe. Konkret ging es um eine Beschleunigung des Verkaufsvorgangs und damit einhergehend um eine deutliche Steigerung der ‚Verkaufskontakte‘. Damit entstand eine klassische Win-win-Situation: die Rationalisierung der Ein- bzw. Verkaufsabläufe ermöglichte einerseits z. T. deutliche Preissenkungen bei den angebotenen Produkten, die sich ihrerseits wiederum umsatzsteigernd auf das Verkaufsgeschäft auswirkten.⁶

Gleichwohl waren für die Etablierung des SB-Systems in den USA mindestens drei Hauptfaktoren unbedingte Voraussetzung: Erstens bedurfte es einer industriellen Lebensmittelproduktion, denn nur über normierte, massenhaft produzierte und entsprechend verpackte Produkte war ein rationeller SB-Verkauf möglich (dies erklärt auch den hohen Anteil von Markenartikeln im Sortiment von SB-Läden). Zweitens konnte der Aufbau und Betrieb eines SB-Ladensystems nur über geeignete Einzelhandelsbetriebe, also Warenhäuser bzw. Filialgeschäfte, mit zentralen Steuerungsmöglichkeiten sowie den entsprechenden logistischen und finanziellen Ressourcen abgewickelt werden. Schließlich war die dritte Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung und langfristige Etablierung der SB-

⁵ Vgl. Philipp Gassert: Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung. Neue Literatur zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Europa, in: Archiv für Sozialgeschichte 39 (1999), S. 531–561.

⁶ Vgl. Ditt, Rationalisierung im Einzelhandel (wie Anm. 4), S. 318.

Innovation eine positive Gesamtwirtschaftsentwicklung. Eine solche führte in den USA seit den 1920er Jahren zu einer im Vergleich zu Europa deutlich höheren Kaufkraft der Konsumenten und damit auch zu einem größeren Warenangebot, beides wiederum Grundvoraussetzungen für Masseneinkauf und -konsum. Denn nur über einen signifikant gesteigerten Umsatz konnten sich die hohen Investitionskosten eines SB-Ladens – für die Umstellung auf Selbstbedienung mussten unter anderem neue Regal- und Warenpräsentationssysteme aufgebaut sowie Registrierkassen installiert werden – rasch amortisieren.⁷

Der Durchbruch für die SB-Läden bzw. deren Weiterentwicklungen als Supermärkte bzw. Discounter mit größerer Verkaufsfläche und erweitertem Warenangebot bei gleichzeitig niedrigeren Preisen erfolgte im Nordamerika der 1930er und 40er Jahre. So waren in den USA 1939: 13 %, 1947: 87 % und 1960 bereits 95 % der Geschäfte im Lebensmittelhandel auf Selbstbedienung umgestellt.⁸ Demgegenüber genügte im Europa der Zwischenkriegszeit das Einkommen weiter Bevölkerungskreise allein für den täglichen Einkauf vergleichsweise geringer Lebensmittelmengen. Auch fehlten noch die genannten strukturellen Voraussetzungen in der Lebensmittelbranche für die Etablierung des neuen Verkaufssystems.⁹

In Deutschland lassen sich erste Modernisierungsansätze im Einzelhandel während der Weimarer Republik feststellen. Vergleichbar heutigen ‚Ein-Euro-Shops‘ verkauften sogenannte ‚Einheitspreisgeschäfte‘ nach US-Vorbild alle angebotenen Artikel zu gestaffelten Fixpreisen. Allerdings führten derartige Geschäfte, z. B. die Firma Woolworth, vorwiegend ein Non-Food-Sortiment, waren also faktisch keine Lebensmittel-Selbstbedienungsläden. Schließlich verbot bzw. behinderte während des Dritten Reichs das „Gesetz zum Schutze des Einzelhandels“ vom Mai 1933 ganz massiv den Aufbau bzw. das Fortbestehen großbetrieblicher Konkurrenz (also Warenhäuser, Konsumgenossenschaften, Filialunternehmen) und bewahrte damit im sozialprotektionistischen Sinne den deutschen Einzelhändler vor einem allzu schnellen Strukturwandel.¹⁰ Tatsächlich bestand – bis weit in die 1950er Jahre hinein – auch eine große Skepsis und Zurückhaltung auf Seiten des Einzelhandels gegenüber dieser innovativen Verkaufsform. Diese hatte neben finanziellen vor allem berufsethische Gründe, denn das System ‚Selbstbedienung‘ drohte den Kaufmann aus seiner traditionell starken Rolle als zentrale Person des Ladens zu verdrängen und ihn zur bloßen Randfigur an der Kasse, am Ende des Einkaufsvorganges, zu degradieren. Das Selbstverständnis vieler Einzelhändler als Mitglieder des ‚alten Mittelstandes‘ wurde zudem durch einen stark viertel- und milieuspezifischen Kundenkreis gestützt, der erst nach 1945 durch die kriegsbe-

⁷ Vgl. Ditt, Rationalisierung im Einzelhandel (wie Anm. 4), S. 318.

⁸ Vgl. Ders.

⁹ Vgl. Ditt, Rationalisierung im Einzelhandel (wie Anm. 4), S. 318f.

¹⁰ Vgl. Ders., S. 321.

dingten Migrationsströme und sich neu formierende Milieus allmählich aufgebrochen wurde.¹¹

Bereits im Jahre 1926 hatte die Hamburger Konsumgenossenschaft ‚Produktion‘ einen Musterladen für SB-Betrieb eröffnet, ohne dass dieses innovative Konzept weitergeführt worden wäre.¹² Im Jahre 1938 gelang es einem Osnabrücker Einzelhändler, der das SB-System auf einer USA-Reise kennengelernt und studiert hatte, einen 250 Quadratmeter großen Selbstbedienungs-Lebensmittelladen zu eröffnen. Allerdings konnte sich die neue Verkaufsstrategie bis zur kriegsbedingten Zerstörung des Osnabrücker Ladens im Jahre 1942 hierzulande nicht etablieren.¹³

Flächendeckende Umsetzung des Systems in Europa nach 1945

Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sollte sich das SB-System nach US-Vorbild in Westeuropa und Deutschland sukzessive durchsetzen. So entstanden Ende der 40er Jahre erste SB-Läden in Großbritannien, Schweden und der Schweiz.¹⁴ Auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik bot die Währungsreform vom Juni 1948 die Perspektive auf eine stabilere und damit die Konsumgüterproduktion in Gang setzende Wirtschaftsentwicklung. Auch wenn die Einführung der D-Mark am 20. Juni 1948 und das Anlaufen des als ‚Marshall-Plan‘ bekannt gewordenen US-amerikanischen Wiederaufbauprogramms (*ERP, European Recovery Program*) keineswegs unmittelbar in das so genannte ‚Wirtschaftswunder‘ mündeten, ja ganz im Gegenteil der Wirtschaftsaufschwung erst in den frühen 1950er Jahren nachhaltig an Zugkraft gewann, markierten beide Maßnahmen für innovationsbereite Unternehmer ein wichtiges Aufbruchsignal.¹⁵ Die Einführung der ersten SB-Läden erfolgte in der im Mai 1949 gegründeten Bundesrepublik allerdings erst ein Jahr nach der Währungsreform: Im Juni 1949 eröffnete der eingangs erwähnte Augsburger BMA-Laden, auf den Ende August 1949¹⁶ ein von

¹¹ Vgl. Ditt, Rationalisierung im Einzelhandel (wie Anm. 4), S. 320, 329.

¹² Vgl. 50 Jahre Selbstbedienung. Dynamik im Handel. Sonderausgabe. Zeitschrift des ISB – Institut für Selbstbedienung. Köln 1988, S. 10f. Nähere Angaben zu Ausstattung und Lebensdauer des Ladens konnten leider nicht eruiert werden. Auch ist gängigen Darstellungen nicht zu entnehmen, nach welchem Vorbild dieser Laden entwickelt wurde.

¹³ Vgl. Wildt, Am Beginn der ‚Konsumgesellschaft‘ (wie Anm. 3), S. 176.

¹⁴ Vgl. Ditt, Rationalisierung im Einzelhandel (wie Anm. 4), S. 319.

¹⁵ Vgl. Gerd Hardach: Der Marshallplan, in: Detlef Junker (Hg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges. Ein Handbuch. Band I: 1945–1968. Stuttgart/München 2001, S. 468–479, hier S. 479.

¹⁶ Der 30. August 1949 kann als gesichertes Eröffnungsdatum gelten, vgl. Arne Andersen: Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute. Frankfurt/Main 1999, S. 56; Ditt, Rationalisierung im Einzelhandel (wie Anm. 4), S. 322; Vgl. auch den Artikel ‚Als es Tante Emma an den Laden ging‘, in: Hamburger

der Hamburger Konsumgenossenschaft ‚Produktion‘ betriebener Selbstbedienungs-laden folgte. Dort wurden auf knapp 300 Quadratmetern Ladenfläche rund 600 Konsumartikel, vorwiegend Lebensmittel, angeboten.

Selbstbedienung im Spannungsfeld zwischen Tradition und Innovation

Obwohl sich die ersten SB-Läden durchaus eines regen Zuspruchs erfreuten, blieb die Eröffnung weiterer nach diesem System gestalteter Geschäfte in der Bundesrepublik vorerst die Ausnahme: im Jahre 1950 existierten lediglich 20 SB-Läden auf dem Gebiet der BRD. Hauptgründe für die immer noch eher skeptische Haltung der Unternehmen dürften die immensen Investitionskosten für eine Umstellung vom althergebrachten Laden-Lager-System auf den SB-Betrieb gewesen sein: Neben einer kundengemäßen Neugestaltung der ursprünglich verkäuferorientierten Ladeneinrichtung wurde auch die Anschaffung moderner Registrierkassen notwendig. Anfang der 1950er Jahren erschienen derartige Investitionen angesichts der noch vergleichsweise geringen Kaufkraft sowie des Fehlens einer entsprechenden Verpackungsindustrie für SB-Waren kaum gerechtfertigt. Die Vorteile des herkömmlichen Bedienungsgeschäftes lagen für die ‚Traditionalisten‘ zudem in seiner Bedeutung als sozialer Treffpunkt. Außerdem erhielt man dort fachmännische, persönliche Beratung durch den Kaufmann sowie die individuell gewünschte Warenmenge. Deutlich war zum damaligen Zeitpunkt noch der Argwohn gegenüber vorverpackter Ware ausgeprägt, da sich diese dem prüfenden Blick durch den Kunden entzog und somit sein Misstrauen weckte. Darüber hinaus mangelte es den meisten Haushalten noch an der entsprechenden technischen Ausstattung, um einen über den tagtäglichen Bedarf hinausgehenden Einkauf zu lagern; 1955 verfügten erst 7 % der deutschen Haushalte über einen Kühlschrank!¹⁷

Gleichwohl lässt sich bis Mitte der 1950er Jahre ein Mentalitätswandel in der SB-Frage feststellen, der ein quantitatives Anwachsen des Ladenetzes auf etwa 326 Geschäfte mit sich brachte (Stand 1955).¹⁸ Auf zahlreichen USA-Reisen deutscher Einzelhandelsexperten und Handelsvereinigungen – umgekehrt hatten amerikanische Handelsvertreter seit 1953 das SB-System auf Rundreisen in Deutschland mit Präsentationen, Vorträgen und Schulungen massiv beworben – waren die Vorteile des SB-Systems erkannt worden, mit der Konsequenz, dass entsprechende Gutachten dessen weiträumige Einführung empfahlen. Auch wenn bis weit in die 1950er Jahre zahlreiche Einzelhändler durchaus noch der Ansicht waren, dass „dieser amerikanische Verkaufsstil bei uns niemals ankommen

Abendblatt vom 23. August 1989; Wildt, Am Beginn der „Konsumgesellschaft“ (wie Anm. 3), S. 182, nennt hingegen den 5. September 1949 als Eröffnungsdatum.

¹⁷ Vgl. Andersen, Der Traum vom guten Leben (wie Anm. 16), S. 91, 97.

¹⁸ Vgl. Ditt, Rationalisierung im Einzelhandel (wie Anm. 4), S. 325.

wird¹⁹, ließ sich doch die Etablierung der Selbstbedienung im Lebensmittelhandel nicht mehr aufhalten. Vor allem bei jüngeren Konsumenten aus städtischen Milieus bestand immer häufiger der Wunsch, durch einen raschen und zugleich günstigen Einkauf im SB-Laden mehr Raum für Freizeit und Familie zu erhalten. Mit Blick auf das Warenangebot wurde das stark erweiterte, praktisch verpackte und zugleich ansprechend präsentierte Sortiment positiv wahrgenommen. Ferner lobten die Kunden von SB-Läden die angenehme Art des Einkaufs ohne Bevormundung durch den Verkäufer oder an der Verkaufstheke drängelnde Kunden, die weitgehende Selbstbestimmtheit und Ruhe bei der Warenauswahl, die Möglichkeit des Preisvergleichs sowie außerdem die Atmosphäre angemessener Diskretion ohne Kaufzwang.²⁰ Selbstbedienung bedeutete also in erster Linie eine Individualisierung und zugleich Demokratisierung des Einkaufs: der Ladentresen als soziale Barriere war weggefallen, es bestand gleiche Zugänglichkeit zu den Waren für alle Kunden, ungeachtet ihres sozialen Hintergrundes oder ihres persönlichen Verhältnisses zum Kaufmann.

Der Durchbruch des SB-Systems seit Ende der 1950er Jahre

Die genannten ökonomischen Vorteile für Händler und Konsumenten rückte das SB-System zunehmend auch in den Fokus der Einzelhandelsverbände, die 1957 – also acht Jahre nach Eröffnung der ersten SB-Läden in Augsburg und Hamburg – das Kölner „Institut für Selbstbedienung (ISB)“ zur besseren Koordination der Einführung und Etablierung des neuen Systems gründeten. Das Thema Selbstbedienung hatte damit einen institutionellen Rahmen erhalten. Großangelegte SB-Schauen auf diversen Fachausstellungen trugen fortan das Ihrige zum ‚take off‘ des SB-Systems auf westdeutschem Boden bei. Tatsächlich lässt sich seit 1958 ein massiver Ausbau des SB-Systems – auch außerhalb der städtischen Zentren – beobachten. Zwischen 1955 und 1960 vervielfachte sich die Anzahl der SB-Läden von 326 auf über 17.000.²¹ Ebenfalls 1960 verfügten bereits 52 % aller deutschen Haushalte über einen Kühlschrank – beides deutliche Indikatoren für die nun auch die Bundesrepublik voll erfassende Konsumrevolution.²²

Die weitere dynamische Entwicklung des SB-Systems liest sich wie eine bruchlose Erfolgsgeschichte. Über die seit 1959 gleichfalls nach US-Vorbild eingeführten Supermärkte, also vergrößerten SB-Läden mit erweitertem Warenangebot und noch mehr Kundenkomfort, verlief die Entwicklung zum Verbrauchermarkt bzw. Discounter und schließlich, gegen Anfang der 1970er Jahre, zum SB-Warenhaus. Die mit dieser Entwicklung einhergehende massive Vergrößerung

¹⁹ Zit. nach Ditt, Rationalisierung im Einzelhandel (wie Anm. 4), S. 320.

²⁰ Vgl. Wildt, Am Beginn der „Konsumgesellschaft“ (wie Anm. 3), S. 188.

²¹ Vgl. Ditt, Rationalisierung im Einzelhandel (wie Anm. 4), S. 325f.

²² Vgl. Andersen, Der Traum vom guten Leben (wie Anm. 16), S. 91.

der Verkaufsflächen bedingte mittel- bis langfristig allerdings den Rückzug des Lebensmittelhandels aus den Stadtzentren bzw. Wohngebieten, da nur in den weniger dicht bebauten Vororten bzw. allein ‚auf der grünen Wiese‘ genügend Entwicklungsfläche vorhanden war. Das Resultat war ein massives Ausdünnen des Versorgungsnetzes in den eigentlichen Wohngebieten und damit die Notwendigkeit für den Konsumenten, für den Einkauf ein Verkehrsmittel, d. h. vor allem das Auto, einzusetzen.²³ Damit war die deutsche Entwicklung im Wesentlichen der US-amerikanischen gefolgt, wenn auch mit einer zeitlichen Verzögerung von gut drei Jahrzehnten. Bis heute ist diese Tendenz zur weiteren Rationalisierung und Marktkonzentration trotz manch gegenläufiger Entwicklungen ungebrochen. Gerade in Deutschland findet dieser negative Effekt regelmäßig Beachtung in der öffentlichen Diskussion.²⁴

Zur Augsburger Entwicklung am Beispiel von BMA

Strukturelle Voraussetzungen

Analog zur deutschen Entwicklung finden sich Vorläufer des späteren Selbstbedienungssystems auch in Augsburg bereits in der Zwischenkriegszeit, ja teilweise sogar noch früher.²⁵ Doch erst nach dem Zweiten Weltkrieg herrschten in Augsburg nahezu einmalige Rahmenbedingungen, die der Etablierung des neuen SB-Systems enormen Vorschub leisten sollten: Erstens führte die Stationierung von US-Streitkräften zum Aufbau eigener Versorgungszentren im Stadtgebiet (Stichwort PX- bzw. Commissary-Läden), die nach dem damals gängigen amerikanischen Selbstbedienungssystem organisiert waren. Zweitens bedeutete die Ansiedlung der deutschen Hauptzentrale des amerikanischen Unternehmens NRK/NCR (National Registrier-Kassen bzw. National Cash Register) in Augsburg im Jahre 1947 eine Vor-Ort-Präsenz amerikanischen Know-hows in der Produktion und im

²³ Zur allgemeinen Entwicklung vgl. Ditt, Rationalisierung im Einzelhandel (wie Anm. 4), S. 333–335. Zur aktuellen Debatte am Augsburger Beispiel vgl. den Artikel ‚Stadt will Supermärkte an die Kandare nehmen‘, in: Augsburger Allgemeine vom 8. Februar 2010.

²⁴ Zur Problematik des teils ruinösen Verdrängungswettbewerbs und Preiskampfes im deutschen Lebensmittelmarkt vgl. den Artikel ‚Sie können nur billig‘, in: DIE ZEIT vom 11. Februar 2010.

²⁵ Bereits seit 1905 existierte ein SB-Automatengeschäft in der Maximilianstraße, in dem nahezu rund um die Uhr Genussmittel und Erfrischungen zum Einheitspreis von 10 Pf. erworben werden konnten. Dieser Laden, der so genannte Kaiser-Automat, schloss in Folge der Wirtschaftskrise um 1920. Vgl. dazu Augsburger Allgemeine vom 6. März 1964, in: Stadtarchiv Augsburg, Zeitgeschichtliche Sammlung/Schriftdokumentation, Dok 338.

Absatz moderner Kassensysteme.²⁶ Die Geschäftsstrategie der Firma NCR war es, in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen neue, sprich amerikanische Geschäftsmodelle zu etablieren, um durch diese ‚Kompetenzbündelung‘ den Absatz eigener Produkte und den anderer amerikanischer Firmen auf dem wachsenden deutschen Markt sicherzustellen.²⁷ Umgekehrt bestand auf deutscher Seite durchaus die Bereitschaft innovativer mittelständischer Unternehmen, mit NCR zusammenzuarbeiten. Beispielsweise belieferte die Ende der 1940er Jahre noch weitgehend unbekannte Drahtkorbfirma Wanzl aus dem nahe Augsburg gelegenen Leipheim die Schauräume von NCR mit Ladenmobiliar, was der Firma schließlich den Weg zum heute international agierenden Ladenausstatter ebnete.²⁸



BMA-Firmenzentrale und -Werksgelände an der Augsburger Morellstraße (Stahldruck aus: Franz Xaver Bayerl (Hg.): Goldenes Augsburg. Ein Buch über die Fuggerstadt. Augsburg 1952, S. 264)

²⁶ Vgl. hierzu die NCR/NRK-Festschrift zum 75-jährigen Firmenjubiläum: National Registrierkassen (Hg.): Kleine Ursachen – große Wirkungen. Augsburg 1965. Die Firma NRK/NCR verfolgte seit ihrer Neuansiedlung in Augsburg im Jahre 1947 zielstrebig die Erschließung neuer Absatzmärkte für ihre Registrierkassen und entwickelte sich zu einem Motor des SB-Wesens in Westdeutschland. Zu ihren Aktivitäten im Bereich Kundenumfragen vgl. Ditt, Rationalisierung im Einzelhandel (wie Anm. 4), S. 320, Anm. 17. Als Lieferant für Ladenausstattungen hatte NCR bereits 1949 die Firma Wanzl aus Leipheim gewonnen, vgl. hierzu die Erinnerungen des Firmenchefs Rudolf Wanzl in: 50 Jahre Selbstbedienung (wie Anm. 12), S. 38.

²⁷ Vgl. die entsprechenden Aussagen Egon Müllers in dem diesem Beitrag angefügten Interview; Artikel ‚Das blaue Wunder im „blauen Laden“‘, in: Augsburgener Allgemeine vom 2. Juni 1999.

²⁸ Vgl. dazu die Webpräsenz des Unternehmens: <http://wanzl.de/000/De/Home/Unternehmen/Geschichte.html>; zuletzt abgerufen am 11.10.2011; 50 Jahre Selbstbedienung (wie Anm. 12), S. 38.

Selbstbedienung als Versuch

In Erwartung eines erweiterten Absatzmarktes für Registrierkassen und Ladensysteme nahm NCR auch Kontakt zu dem Augsburger Lebensmittelbetrieb ‚Bernh. Müller K. G. Augsburg‘ (BMA) auf und legte damit den Grundstein für eine jahrzehntelange Zusammenarbeit. Aus Sicht von NCR verfügte BMA über optimale Voraussetzungen für eine Kooperation: Als alteingesessener ‚regional player‘ im Lebensmitteleinzel- und -großhandel betrieb das im Jahre 1896 gegründete Unternehmen bei Kriegsende ein bereits seit 1933 aufgebautes Franchise-System mit ca. 2.000 angeschlossenen Einzelhändlern sowie firmeneigenen Verarbeitungs- und Verpackungsanlagen. Damit besaß BMA – ähnlich wie das Großkombinat der Hamburger Konsumgenossenschaft – die für ein SB-System notwendige Kompetenz und Warenlogistik im regionalen Lebensmittelhandel.²⁹

Kurz nach der Währungsreform 1948 gingen NCR-Vertreter schließlich auf BMA zu und schlugen dem Augsburger Unternehmen die Umstellung seines Lebensmittelhandels auf das lukrative, weil letztlich umsatzsteigernde SB-System vor. Nach eingehender Besichtigung der firmeneigenen Schauräume richtete der damalige geschäftsführende Gesellschafter von BMA, Rudolf Müller, unter sachkundiger Anleitung des Kassenherstellers einen Probeladen zur Einführung des SB-Systems in Augsburg ein, der damit zugleich auch zu einem Referenzobjekt für die auf den SB-Betrieb hin optimierten NCR-Registrierkassen wurde.

Dieser in Anlehnung an das bekannte blaufarbige BMA-Markenlogo so genannte ‚Blaue Laden‘ – durchaus eine Form der Corporate Identity – wurde auf dem Firmengelände an der Morellstraße eingerichtet und vereinte als „Versuchslaboratorium für Einzelhandelstechnik“³⁰ – so die von der Unternehmensleitung gewählte Bezeichnung – die beiden damals konkurrierenden Einkaufssysteme: In der Mitte des Verkaufsbereiches, der entsprechend einschlägiger SB-Systematik in einer vorgeschriebenen Richtung passiert werden musste, waren Selbstbedienungsregale angeordnet, in denen sich Lebensmittel, Haushalts- und Kurzwaren sowie Obst und Gemüse befanden. An den Seitenwänden standen zudem Selbstbedienungstheken mit frei zugänglichen Artikeln, wie Gewürzen, Backwaren und Konserven; dahinter wurden in den so genannten Ratio-Regalen Genussmittel wie

²⁹ Zur frühen Firmengeschichte vgl. den Artikel ‚Der Lieferant des Schwäbischen Lebensmitteleinzelhändlers‘, in: Der Gau Schwaben. Ein Wirtschaftsgebiet von Weltgeltung. Sonderausgabe der Neuen Nationalzeitung Augsburg, August 1935, S. 38; Vgl. die entsprechenden Aussagen Egon Müllers in dem diesem Beitrag angefügten Interview; Bernh. Müller K.G. Augsburg (Hg.): BMA – Die Marke der guten Qualität. Augsburg 1956.

³⁰ Vgl. den Artikel ‚Der blaue Laden‘, in: Neuwieder Hefte. Illustrierte Monatsschrift für Werbung und Verkauf im Lebensmittel-Einzelhandel. 1 (April 1949). Nachdruck 1989 [ohne Seite] – Ganz offensichtlich erfolgte der Nachdruck mit fehlerhaftem Umschlag, denn die Eröffnung des ‚Blauen Ladens‘ erfolgte erst im Juni 1949.

Kaffee und Tee, Alkoholika und Rauchwaren angeboten, die zu diesem Zeitpunkt noch bewirtschaftet bzw. markenpflichtig waren und deswegen über das Bedienungspersonal ausgegeben wurden. In einem Séparée war die Bedienungstheke für Fleisch- und Wurstwaren sowie gekühlte Produkte installiert. Insgesamt umfasste das Sortiment des ‚Blauen Ladens‘ rund 2.000 Artikel – zum Vergleich: Im knapp drei Monate später eröffneten ersten Hamburger Geschäft der dortigen Konsumgenossenschaft wurden lediglich 600 Artikel angeboten. – Am Ende des ‚Rundganges‘ war die Registrierkasse (aus dem Hause NCR) positioniert. Dort wurde die vom Kunden ausgewählte und in eigens für den individuellen Einkauf angefertigten Holzkisten – Vorläufer der späteren Einkaufskörbe und -wagen – gesammelte Ware beim Verkaufspersonal bezahlt.



Blick in den Verkaufsraum des ‚Blauen Ladens‘, Juni 1949; rechts im Vordergrund die ‚Einkaufskisten‘ (aus: Manfred Görtemaker: *Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*. München 2002, S. 103)

Bezogen auf die Größe der Verkaufsfläche von etwa 300 Quadratmetern und die überwiegend im SB-System angebotene Ware lässt sich der Augsburger ‚Blaue Laden‘ der Firma BMA durchaus als ‚erster SB-Laden der Bundesrepu-

blik³¹ bezeichnen. Entsprechend selbstbewusst weist die Firma bereits in einer zeitgenössischen Publikation Augsburgischer Unternehmen aus dem Jahre 1952 auf ihre Innovation hin:

„Der fortschrittliche Charakter der Firma Bernh. Müller kommt darin zum Ausdruck, daß diese im Jahre 1949 als erstes Unternehmen Deutschlands einen Selbstbedienungversuchsladen eröffnet hat, um in der Praxis unter deutschen Verhältnissen das in den westlichen Ländern bereits eingeführte Selbstbedienungssystem zu studieren.“³²



Außenansicht des ‚Blauen Ladens‘, Juni 1949 (aus: *Neuwieder Hefte. Illustrierte Monatschrift für Werbung und Verkauf im Lebensmittel-Einzelhandel. 1* (April 1949). Nachdruck 1989 [o. S.])

Allerdings war der Laden – dies muss einschränkend hinzugefügt werden – als Versuchsobjekt noch nicht vollständig öffentlich zugänglich, das heißt, es konnte hier nur ein ausgewählter Kundenkreis Waren erwerben. Im Falle des ‚Blauen Ladens‘ wurden Einkaufsberechtigungen für BMA-Mitarbeiter sowie rund 3.000

³¹ Zu diesem Urteil kommt auch der Biograf Dieter Wunderlich in seiner Biografie über die Aldi-Gründer Karl und Theo Albrecht, vgl. http://www.dieterwunderlich.de/Karl_Theo_Albrecht.htm, zuletzt abgerufen am 14.11.2011.

³² Franz Xaver Bayerl (Hg.): *Goldenes Augsburg. Ein Buch über die Fuggerstadt, Augsburg 1952*, S. 264–266, hier S. 266.

externe Kunden ausgegeben, die quasi als ‚Gegenleistung‘ regelmäßig Bericht über ihre Einkaufsgewohnheiten und -erfahrungen abgeben sollten. Der BMA-Laden war somit auch eine Frühform des Feldversuchs zur Ermittlung von Verbrauchergewohnheiten.³³ Neben diesem verkaufstaktischen Grund war auch die Furcht des Unternehmens vor erhöhtem Diebstahl ein weiteres Motiv für die Zugangsbeschränkung, die sich jedoch in der Folgezeit als unbegründet erweisen sollte.³⁴ Dieser nur bedingt öffentliche Charakter des ‚Blauen Ladens‘ darf als Hauptgrund dafür betrachtet werden, dass dieser bis dato – abgesehen von Görtemakers ‚Kleiner Geschichte der Bundesrepublik‘ – in der einschlägigen wirtschaftsgeschichtlichen Forschungsliteratur bislang keine Erwähnung gefunden hat bzw. das nur wenige Wochen später eröffnete, allerdings frei zugängliche Hamburger Konsum-Geschäft gemeinhin als erster SB-Laden der Bundesrepublik firmiert.³⁵

Öffentliche Wahrnehmung des ‚Blauen Ladens‘

Die Eröffnung am 4. Juni 1949 sowie der weitere Betrieb des neuartigen Augsburger Ladens waren von regem öffentlichem Interesse begleitet. Zur Eröffnung erschienen zahlreiche Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht, der lokalen Behörden sowie der Presse. Ein wenige Tage später unter dem Titel „Der blaue Laden“ – Ein Probeladen als Versuchslaboratorium der Einzelhandelstechnik³⁶ in der Schwäbischen Landeszeitung erschienener Artikel äußerte sich weitgehend positiv zu diesem Experiment, da sich hiermit die Perspektive von Preissenkungen im Einzelhandel zum Wohle der Verbraucher eröffnete. Zum SB-System hieß es weiter:

„Das ist ein Prinzip, welches ähnlich in Amerika schon länger bekannt ist und sich dort ausgezeichnet bewährt hat. Wie es die deutschen Hausfrauen aufnehmen, das eben soll in dem Probeladen festgestellt werden.“³⁷

Nach Ansicht der damaligen BMA-Leitung sollte der Laden wegen der nur vier Jahre nach Kriegsende noch immer unsicheren wirtschaftlichen Lage durch „schärfste Rationalisierung“³⁸ mittel- und langfristig die Preise stabil halten und

³³ Wie Anm. 18.

³⁴ Vgl. die entsprechenden Aussagen Egon Müllers in dem diesem Beitrag angefügten Interview.

³⁵ Vgl. exemplarisch: Wildt, Am Beginn der „Konsumgesellschaft“ (wie Anm. 3), S. 182; Ditt, Rationalisierung im Einzelhandel (wie Anm. 4), S. 322.

³⁶ Artikel „Der blaue Laden“, in: Schwäbische Landeszeitung vom 6. Juni 1949.

³⁷ Ebd.

³⁸ Ebd.

sogar senken. Auf diesen kaufmännischen Aspekt machte auch die Einzelhandels-Fachpresse aufmerksam: „Die Inhaber erwarten, daß eine Umsatzleistung je Verkaufskraft erzielt wird, die bisherige statistische Ergebnisse weit übertrifft.“³⁹ Tatsächlich war es die Perspektive auf deutlich steigende Umsätze, die den kaufmännischen Anstoß zur Übernahme des neuen Systems gab.

Im September 1949 erschien in der Wochenzeitung DIE ZEIT ein differenzierter Bericht über die Hamburger Lebensmittelausstellung, auf der die Selbstbedienung als neues, wegweisendes Verkaufskonzept erstmals einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert wurde. Darin hieß es:

„Wir haben auf diesem Gebiet noch keine eigenen Erfahrungen. Den ersten praktischen Versuch in Deutschland unternahm vor einigen Wochen eine Firma in Augsburg. In diesen Tagen folgte in Hamburg ein Geschäft der Konsumgenossenschaft ‚Produktion‘. [...] Den Vorteilen des zwanglosen, unbeeinflussten und schnellen Einkaufs in einem Selbstbedienungsgeschäft, dem Vorzug der einwandfrei verpackten Ware (die eine beachtliche Förderung der Markenartikel bringen dürfte) und dem der Verbilligung durch größeren Umsatz stehen allerlei Nachteile gegenüber.“⁴⁰

Attraktiv auch für die Augsburger Kunden waren neben dem schlichten Reiz des Neuen die ungeahnte Warenfülle und selbstverständlich auch die relativ günstigen Preise. Umgekehrt ließ auch ohne den Einsatz besonderer Reklame die starke Frequentierung des Ladens – trotz der Zugangsbeschränkung – den Umsatz im Vergleich zu einem herkömmlichen Bedienungsgeschäft um das Dreifache ansteigen. Dies entsprach somit voll und ganz den Erwartungen des Unternehmens. In den ersten Wochen und Monaten war jedoch noch eine gewisse Überforderung der Kunden festzustellen, die zunächst buchstäblich in den Laden ‚eingeführt‘ werden mussten. In vielen Fällen verursachte die freie Auswahl gemeinsam mit der Warenfülle sogenannte ‚Impulskäufe‘, die dann mangels nötigen Kleingeldes an der Kasse nicht bezahlt werden konnten.⁴¹

³⁹ Vgl. den Artikel ‚Der blaue Laden‘ (wie Anm. 30) [o. S.]; Die Artikel in der SLZ und der Sonderausgabe der Neuwieder Hefte verwenden in etwa dieselben Zitate.

⁴⁰ Artikel ‚Mit oder ohne „Keedoozle“‘, in: DIE ZEIT vom 8. September 1949.

⁴¹ Vgl. die entsprechenden Aussagen Egon Müllers in dem diesem Beitrag angefügten Interview; Vgl. zu den anfänglich im gesamten Bundesgebiet häufig auftretenden Impulskäufen Ditt, Rationalisierung im Einzelhandel (wie Anm. 4), S. 326, 331. Die Augsburger Kunden entsprachen in ihrem anfänglichen, noch etwas ungeübten ‚SB-Verhalten‘ somit völlig den übrigen Bundesbürgern.

Weitere Entwicklung

Der Probetrieb des ‚Blauen Ladens‘ in der Morellstraße wurde bis gegen Ende 1950 in der beschriebenen Form fortgeführt, danach fungierte dieser nur noch als Werksverkauf für BMA-Mitarbeiter. In den frühen 1950er Jahren eröffnete BMA zahlreiche neue SB-Filialen mit vollständig öffentlichem Betrieb. Als erster ‚offizieller‘ SB-Laden entstand ein Geschäft im Gebäudekomplex des wiederaufgebauten Traditionsunternehmens Kröll & Nill in der Philippine-Welser-Straße, also in bester Augsburger Zentrumslage. Auf der damals enormen Verkaufsfläche von rund 400 Quadratmetern wurde in etwa das Sortiment des ‚Blauen Ladens‘ angeboten. Offenbar kam es in den ersten Tagen regelmäßig zu tumultartigen Szenen, da die neugierigen Kunden das erste öffentlich zugängliche SB-Geschäft in der Augsburger Innenstadt regelrecht ‚stürmten‘, mit dem Nebeneffekt, dass der Laden immer wieder wegen Warenmangels stundenweise geschlossen werden musste.⁴²

Die weitere Entwicklung der BMA-Geschäfte verlief analog zum allgemeinen dynamischen Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik.⁴³ Dem Ausbau des SB-Netzes auf bayernweit 100 Filialen in den 1950er Jahren und der damit einhergehenden Verdrängung kleinerer Bedienungsgeschäfte folgte seit den 1960er Jahren die Einführung größerer Super- und Verbrauchermärkte mit entsprechend erweitertem Sortiment. Doch avancierte BMA nicht nur im südbayerischen Raum zum Inbegriff für moderne Supermarktkultur. Sogar die New York Times bildete 1962 einen Weilheimer BMA-Supermarkt im Rahmen eines Europa-Reiseberichts mit dem Untertitel ab: ‚Bavarian Import – An American-style supermarket in old Weilheim‘. Dieser Artikel in einer der führenden amerikanischen Zeitungen belegt, dass das wenige Jahre zuvor aus den USA ‚importierte‘ Modell des Selbstbedienungsgeschäftes nun in seiner westeuropäischen bzw. deutschen Erscheinungsform auch in den Fokus der US-amerikanischen Wahrnehmung gerückt war und dabei – neben der Abbildung moderner ‚Skylines‘ europäischer Metropolen – als Nachweis eines zeitgemäßen, sich an den USA orientierenden Westeuropas fungierte.⁴⁴

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Entwicklung der Augsburger Firma BMA sowohl der damaligen bundesdeutschen wie westeuropäischen Entwicklung folgte, die von stetiger Rationalisierung und einer massiven Ausweitung des

⁴² Vgl. die entsprechenden Aussagen Egon Müllers in dem diesem Beitrag angefügten Interview.

⁴³ Vgl. Bernh. Müller K.G. (Hg.), BMA (wie Anm. 29), sowie Die BMA-Familie. Hauszeitschrift für unsere Kunden und Mitarbeiter (Erscheinungszeitraum 1.1956–10.1965).

⁴⁴ Vgl. Bilderserie ‚Old Europe’s New Skylines‘, in: The New York Times vom 29. Juli 1962.

Warenangebots bestimmt war. Auch in Augsburg und seinen Vororten entstanden im Laufe der 1970er Jahre riesige SB-Warenhäuser nach amerikanischem Vorbild ‚auf der grünen Wiese‘, ehe die zunehmende Marktkonzentration bzw. der starke Konkurrenzdruck der aufstrebenden Discounter seit Ende der 1980er Jahre den sukzessiven Rückzug des traditionsreichen Augsburger Unternehmens aus der Lebensmittelbranche zur Folge hatte. Damit trug die Firma nach eigenem Bekunden ‚rechtzeitig dem Strukturwandel im Lebensmittelhandel Rechnung‘, denn seit Beginn der 1990er Jahre konzentriert sich BMA auf den lokalen bzw. regionalen Immobilienbereich.⁴⁵



Das langjährige BMA-Firmenlogo (aus: Hans Pletz: Mein Augsburg. Augsburger Heimatkunde für die Jugend. 3. Aufl. Augsburg [1962], S. 128)

⁴⁵ Vgl. dazu die Webpräsenz des Unternehmens: <http://www.bernh-mueller-kg.de/> (Kapitel ‚BMA-Gruppe‘, ‚Unternehmensgeschichte‘), zuletzt abgerufen am 11.10.2011.

Interview mit dem BMA-Seniorchef, Egon Müller (88), in Anwesenheit seines Sohnes Bernhard Müller am 15. Februar 2010, 9–10 Uhr, in den Räumen der Verwaltung der Bernh. Müller Bürowelt, Morellstraße 33, 86159 Augsburg.

Interviewer: Tobias Brenner M.A. und Dr. Stefan Paulus (Institut für Europäische Kulturgeschichte der Universität Augsburg)

Tobias Brenner (TB): Sehr geehrter Herr Müller, zunächst vielen herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft zum Interview.

Lassen Sie uns zur ersten Frage kommen: wann und warum entstand die Idee, einen Selbstbedienungsladen einzurichten?

Egon Müller (EM): Mein Vater kam auf die Idee, so einen Laden einzurichten. Und zwar deshalb: Es gab ja in Augsburg die National Registrierkassen (haben die damals geheißen [Anm. TB: NRK bzw. engl.: NCR/National Cash Register]). Und die waren ja immer interessiert, ihre Kassen zu verkaufen. Und die waren ja die ersten, die Kassen aus Amerika rübergebracht haben, mit denen man so hat arbeiten können, wie das notwendig war in einem Selbstbedienungsladen. Und dann waren die Amerikaner hier in Augsburg stationiert und haben sich ja selbst versorgt, mit großen Kaufhäusern, aber auch mit Selbstbedienungs-Lebensmittelladen. Und dann haben die Herren von NCR damals gesagt: „Herr Müller, schauen Sie sich doch das mal an, sind Sie interessiert?“ Und da ist man ja als Deutscher gar nicht reingekommen, sondern nur über den Weg von damals National Registrierkassen. Und da hat mein Vater das gesehen und hat gesagt: „Also das probieren wir doch mal.“ Und da wir damit nicht zu sehr an die Öffentlichkeit wollten, haben wir hier auf unserem Terrain einen Laden gehabt für unser Personal, wo wir billige Ware angeboten haben und unser Personal günstiger einkaufen konnte. Und das war der ‚Blaue Laden‘. Und dann hat mein Vater gesagt: „Jetzt mache ich ihn da rein. Weil die Leute, die da reingehen, die werden uns nicht arg bestehlen, weil die froh sind, wenn sie so billig einkaufen können.“ Und so kam die Idee, dass man zuerst eigentlich keinen öffentlichen Laden gemacht hat, sondern einen internen Laden auf dem Betriebsgelände.

TB: Wie kam es zu dem Namen ‚Blauer Laden‘?

EM: Weil unsere Firmenfarbe ‚Blau‘ war. Von Bayern her. Unsere Lastwagen waren auch alle blau angestrichen. Und daher kam der Name ‚Blauer Laden‘. Und dann haben wir auch in dem Laden die Regale in Blau gehalten.

TB: Also eine Frühform von ‚Corporate Identity‘?

EM: Ja, aufgrund des Namens.

TB: Interessant, dass die NCR an Sie herangetreten ist. Die NCR hatte ja von Berlin ihren Europa-Hauptsitz hierher verlegt. Haben Sie in der Folgezeit mit der NCR zusammen gearbeitet?

EM: Immer. Ja, ganz stark. Ich selber bin 1960 eingeladen worden, nach Dayton, da war die Zentrale von denen, und da haben die mir alles gezeigt. Und dann hatten die auch die Entwicklung der neuen Kassen, dass Sie, was ja ganz wichtig war, verschiedene Artikel in dieselbe Kasse eingeben konnten. Sie konnten also Non-Food eigens eingeben, konnten Food eigens eingeben und dadurch war natürlich auch am Schluss zu übersehen, wie war der Unterschied, was verkauft worden ist: mehr Food – mehr Non-Food?

[Bernhard Müller (BM): Also waren gruppenmäßig... früher gab es ja die Extra-Tasten, wo die verschiedenen Warengruppen eingestellt waren].

TB: Das heißt also, die NCR hat die entsprechende innovative Technik angeboten?

EM: Ja, die hat eigentlich die Technik mitgebracht, die man brauchte, um einen Selbstbedienungsladen ordentlich führen zu können.

TB: Das heißt also, ohne diese Technik wäre es nicht gegangen?

EM: Wäre es nicht gegangen.

Stefan Paulus (SP): Sie sagten, der Laden war zunächst für Mitarbeiter. Wie lange war diese Erprobungsphase?

EM: Vielleicht ein gutes Jahr. Und dann haben wir festgestellt, dass wir eine größere Frequenz brauchen, und haben dann an bestimmte Leute Einkaufsberechtigungen ausgegeben und dann waren es ungefähr 3.000 Kunden, die dann kamen. Ganz öffentlich ist der Laden nie geworden. Sondern wir haben ja dann selber eigentlich den ersten Selbstbedienungsladen in Augsburg in der Philippine-Welser-Straße eröffnet und danach einen in Friedberg und dann noch einen in Bad Tölz; das waren die ersten drei.

TB: Also Sie hatten gleich von Anfang an ein über Augsburg hinaus gehendes Verbreitungsgebiet?

EM: Jaja. Wir haben es überall probiert. Wissen Sie, es war ja ganz verschieden, zum Beispiel in Friedberg ist es uns passiert – damals gab es ja den Wanzl noch nicht – und dann haben wir in eigener Schreinerei so Kisten gemacht. Und dann sind viele hergegangen und haben die Kisten auch gleich mit heim genommen. Das war in Friedberg. Und dann sind wir denen nachgerannt und haben ihnen die Kisten wieder abgenommen. – Die Leute haben das ja nicht so kapiert. Wobei ich

sagen muss: die Ehrlichkeit war relativ hoch. Denn wir hatten also damals ungefähr im Schnitt einen Inventurverlust in den normalen Bedienungsfilialen von doch immer noch 0,5–0,6 Prozent. Und im Selbstbedienungsladen ungefähr 1 Prozent.

TB: Sie sagten, der Probeladen lief bis ca. 1950.

EM: Wir haben den auch als Laden für unser Personal belassen. Aber dann haben nur noch unsere Leute von der Firma selber einkaufen lassen, nachdem wir in der Philippine-Welser-Straße einen großen Selbstbedienungsladen aufgemacht hatten.

TB: War dieser vorher ein Bedienungsladen oder ist der völlig neu eröffnet worden?

EM: Ja, ganz neu. Die Firma Kröll & Nill hat damals neu gebaut, die war ausgebombt, und dann hatten die Flächen übrig, die sie nicht gebraucht haben, dann wurden die uns angeboten. Der war damals in etwa 400 Quadratmeter, das war viel für einen Lebensmittelladen. Also da macht man sich keinen Begriff: da sind wir gestürmt worden. Da haben wir tagelang [stundenweise] immer wieder schließen müssen, so ging's da zu.

TB: Diese neue Einkaufsform ist also relativ gut angekommen?

EM: Ja. Das schon.

SP: Angesichts des noch nicht ganz nahen Wirtschaftswunders um 1949/50: was war der Reiz aus unternehmerischer Sicht, auf dieses SB-System umzusteigen? Man musste ja auch portionieren usw.

EM: Wir hatten schon vor dem Krieg eine Riesen-Abpackerei, weil wir selber Ware, die die Industrie noch nicht abgepackt hat, wie Reis, Erbsen, Linsen usw., abgepackt haben. Und das hat uns den großen Vorteil gegeben, das machen zu können, weil vorgepackte Ware ja wichtig war. Es ist ja sonst früher beim Einzelhändler ‚ausgepfundet‘ worden. Der hatte seine Schublade und hat da reingelangt und hat mit der Schaufel die lose Ware rausgeholt. Und da hatten wir natürlich dieses Prä, dass wir schon selber Riesen-Packanlagen hatten. Und das hat uns die Möglichkeit gegeben, dass wir ja mit der Selbstbedienung schnell auf dem Markt waren.

TB: Die normierte Verpackung war doch sicher die Hauptvoraussetzung für die Einführung des SB-Systems?

EM: Jaja, das war das Prä. Also wenn wir das nicht gehabt hätten, hätten wir hinten im Lager auspfunden müssen, das wäre viel zu teuer gekommen.

SP: Und aus der Sicht des Kunden, der im SB-Laden natürlich ganz anders einkauft, als er es bisher immer beim Lebensmittelhändler gemacht hat, haben Sie damals auch von der Resonanz der Kunden her gespürt, dass man genau diese ‚Individualisierung‘ des Einkaufs geschätzt hat, dass dieses System gut durchgeschlagen hat?

EM: Ja, vor allem die Übersichtlichkeit. Der Kunde konnte alles sehen und brauchte es nicht nehmen. Er hat auch gesehen, was in der Packung drin ist. Das hat man ja früher nicht gesehen, wenn der Verkäufer Mehl raus genommen hat, ob man nun gutes oder schlechtes Mehl bekommen hat. Und erst beim Backen dann gemerkt hat, dass es nichts Gescheites war. Also das ist schon sehr angenommen worden. Dazu noch folgendes Bonmot: Wir sind ja ein Familienbetrieb. Und da hatte ich unter anderem eine Cousine. Da war Gesellschaftsversammlung. Da haben wir alle von unserem Vorhaben berichtet, worauf die Cousine antwortete: „Um Gottes Willen, jetzt machen die einen Laden auf, wo die Leute stehlen können!“ – Ja, das war die Resonanz derer, die vom Geschäft nichts verstanden, aber das Geld davon bekommen haben.

TB: Das heißt, die anfängliche Furcht war eher, dass sich die Kunden wegen so viel Freiheit alles nehmen – vielleicht auch eingedenk der schlechten Zeit?

EM: Man dachte ehrlich, dass die Leute unehrlicher sind. Und sie waren es nicht. Aber nach kurzer Zeit kamen ja die Drahtkörbe. Und in diesen sah man dann die Ware. Und es passte jeder Kunde auf den anderen auf. Da hat jeder geschaut, ob der andere stiehlt oder sonst etwas macht, oder ob man etwas von dem anderen lernen kann. Und dadurch war in dem Laden eigentlich jeder beobachtet. Also ich muss sagen, das war im Verhältnis minimal.

SP: Und hinzu kommt sicherlich auch für den Kunden ein Stück Freiheitsgewinn: er konnte so lange wie nötig Preise vergleichen, musste sich nicht anstellen, konnte die gewünschte Ware mitnehmen und hatte dann auch immer mehr ein gewisses Einkaufserlebnis.

EM: Ja, genau! – Noch etwas fiel frappierend auf: Die Leute übernahmen sich beim Einkauf! Sie sahen die verschiedenen Waren, die sie einpackten. Aber an der Kasse genügte das Geld nicht. Und der Kunde musste die Ware eben zurücklassen an der Kasse.

TB: Also viele Impulseinkäufe?

EM: Ja, genau. Also das hat es schon gegeben.

TB: Sie sagten, dass Sie anfangs die NCR eingeladen hat. – Sie oder Ihren Vater?

EM: Meinen Vater. Ich war damals in Köln bei Kaufhof und habe volontiert. Ich war damals 25 Jahre alt, und es war eine schöne Zeit dort oben. Ich habe das alles

erst mitbekommen, als ich dann wieder nach Augsburg zurückkam, 1950. Und da hat mir mein Vater alles erzählt, auch unsere Mitarbeiter erzählten, wie das war und wie alle aufgepasst haben und was alles sonst noch angefallen ist.

TB: Und wie war Ihre Einschätzung? Hielten Sie das SB-System für eine gute Sache oder hatten Sie Bedenken dagegen?

EM: Nein. Denn es war so faszinierend, dass das Ganze überhaupt geklappt hat! Die Kunden hatten zugegebenermaßen anfänglich Schwierigkeiten, dass sie alles einpacken konnten. Aber es wurde einfach relativ gut angenommen.

TB: Aus kaufmännischer Sicht: was war der Vorteil des SB-Ladens, der auf der Hand lag?

EM: Der größte Erfolg war der höhere Umsatz. Es ist effektiv mehr verkauft worden. Weil die Kunden plötzlich an einem Regal vorbeigingen und sagten: „Ach, die Erbsen kann ich auch noch mitnehmen.“ Und man muss erfreulicherweise sagen, dass es die Industrie sehr schnell verstanden hat, vorzupacken. Und die ersten [Firmen], die kamen und auch mitgeholfen haben vorzupacken, kamen hauptsächlich aus der Süßwarenindustrie. Die hat z. B. dann Dreierpacks angeboten. Zum Beispiel von TRUMPF wurden Schokostangen im Dreierpack – statt früher einzeln – verkauft.

TB: Wenn die Ware nicht mehr vom Kaufmann angeboten wird, muss sie ja quasi selbst sprechen. Das setzt ja eine ansprechende Verpackung voraus.

EM: Ja, also die ersten Verpackungen waren meistens mit einem Cellophanlächlein versehen, dass man die Ware oder einen Teil der Ware gesehen hat. Und die andere Ware war teilweise schon mit einer durchsichtigen Verpackung ganz aus Cellophan versehen.

TB: Haben Sie einen Überblick, wie die Lage der Konkurrenten, zum Beispiel in Augsburg, war? Wie innovationsfreudig waren die, wurden diese auch von der NCR angesprochen?

EM: Erfreulicherweise trafen sich alle Kollegen in diesem ‚Blauen Laden‘. Die sind alle in dem Laden erschienen. Und eins vergesse ich nie: Da war der Herr Pröller von der Firma GUBI da und der sagte: „Ja, um Gottes Willen, Herr Müller, was fangen Sie da an? Da bekommen Sie doch keine Übersicht mehr über Ihr Lager, über Ihre Bestände usw.“ Und er hielt einen Vortrag, dass das System eigentlich nicht geht. Und dann war er der erste, der es nachgemacht hat.

TB: Das heißt, die Konkurrenz war skeptisch, hat aber doch dann gleich umgestellt.

EM: Ja, die haben's dann nachgemacht. Aber wesentlich langsamer als wir, viel später. Die warteten schon ab, ob das überhaupt funktioniert. Aber wissen Sie, Sie dürfen eins nicht vergessen: Der treibende Keil war die NCR. Die ist natürlich auf die Mitbewerber zu und hat das SB-System in den goldensten Farben geschildert: „Es ist ein Wahnsinn. Gehen Sie mal zu dem Bernhard Müller hin und schauen Sie sich die Umsätze an, wie die Leute da rein laufen, wie schnell das geht“ usw. Und die haben das eigentlich von Anfang an verfolgt.

SP: Wie kann man sich das vorstellen, NCR als eine amerikanische Firma, wurden Ihnen da zum Beispiel Konzepte an die Hand gegeben, wie man es [das SB-System] drüben macht?

EM: Jaja. Also wir wurden von NCR in die USA eingeladen, und die haben uns das alles gezeigt. Wobei man sagen muss, dass die Amerikaner schon viel weiter waren. Die hatten das ja noch aus der Friedenszeit. Und hatten dort Riesen-Selbstbedienungsläden zwischen 1.500 und 2.000 qm, nur Lebensmittel! Das wäre hier nicht gegangen.

SP: Und was waren für Sie jetzt gerade aus der Augsburger Perspektive die Elemente, die Sie gerade in der Frühphase besonders nachahmenswert empfunden haben? Also zum Beispiel Regalanordnung usw.

EM: Ja, mit eine der ersten – eigentlich ein Revolverfabrikant – war die Firma Mauser, die hat die ersten Stahlregale entworfen. Erst haben wir alles mit Holz gemacht, und wir hatten hier in der Nähe der Zentrale einen Schreiner, bei dem wir unsere Regale in Auftrag gegeben haben. Und die waren alle zu schwerfällig, zu klotzig usw. und da hat man die Ware zu schlecht gesehen. Und die Blechregale, die dann der Mauser brachte, die waren natürlich geeignet und auch leichter zusammenzubauen. Bisher mussten sie ja Riesen-Dinger, zwei, drei, vier Meter lange Regale transportieren, wenn Sie einen Laden eingerichtet haben. Die neuen Regale waren einzelne Teile, die wir hingefahren und aufgebaut haben, je nach Ladengröße variierend.

TB: Wurden von NCR auch systematisch Kurse, Schulungen etc. angeboten?

EM: Ja, Schulungen, Personalschulungen. Kassiererinnenschulungen usw. und dann auch um dem Filialleiter, dem Personalchef zu sagen: wo liegen die Hauptfehler des Diebstahls. Also, was zum Beispiel immer wieder passierte: Die Verkäuferin hatte beispielsweise irgendeinen Kunden, der mit ihr bekannt/verschwägert/verwandt war. Und die tippte beispielsweise für jede Ware 70 Pfennig ein. – Da mussten Sie immer Kontrolle machen – Da kaufte der Kunde beispielsweise Ware im Wert von etwa 30 Mark, sagen wir, für 7 Mark ein. Also solche Sachen musste man immer überprüfen. Das war schon sehr gefährlich.

SP: Kann man dann sagen, dass NCR mit Ihnen zusammen versucht hat, den deutschen Markt auszutesten und dann auch entsprechend zu erobern?

EM: Wissen Sie, die Gefahr des Diebstahls über die Kasse war erst weg, wie der Scanner erfunden wurde. Das war aber viel später.

[BM: Gut, das Diebstahlproblem ist ja ein ewiges Thema. Die Ideen werden immer besser, und das bleibt nie aus, das konnte man nie ganz eliminieren.]

SP: Welche Rolle spielte der hiesige PX-Laden?

EM: Gar keine. Da durften nur die Amerikaner rein. Wir sind mit der NCR mal rein gekommen, aber sonst? Also Konkurrenz war das keine. Also da waren die Amerikaner sehr streng mit ihren eigenen Leuten, dass nur ihre Leute einkaufen durften. Allenfalls, dass sie mal etwas für Freunde einkaufen durften. Aber da waren die schon sehr drauf bedacht. – Wir waren ja Besiegte. Denen schenkt man doch nichts.

TB: Also es war auch nicht so, dass beispielsweise ein Bekannter von Ihnen im PX war und sagte: Mensch, da gibt es Tiefkühltruhen mit Eiskrem oder ähnliches?

EM: Nein. Die deutsche Industrie war eigentlich sehr flexibel. Die sind schnell nachgekommen. Langsamer war eigentlich die Industrie in der Tiefkühltechnik. Das System war noch nicht ausgereift. Diese offenen Truhen usw. gab es ja nicht. Und da war eine der ersten die Firma SIMMAG, die es gar nicht mehr gibt. Die hat immer mit uns zusammengearbeitet.

SP: Wie war das Sortiment in der Frühphase? Zum Beispiel Wurstwaren?

EM: Nein, die haben wir bedient. Also das haben wir gemacht, da hatten wir eine Bedienungstheke, an der hatten wir Käse und Wurst. Fleisch haben wir vorgepackt. Wobei sich das dann eigentlich wieder verlagert hat, weil wir dann in den Läden Metzgereien mit Bedienung aufgemacht haben. Aber angefangen haben wir in den ersten Selbstbedienungsläden mit Fleisch in Selbstbedienung; Wurst und Käse nicht, wegen der zu unterschiedlichen Gewichte.

TB: Und Molkereiprodukte auch von Anfang an?

EM: Ja, die waren ja abgepackt.

TB: Also man hat sich nicht nur auf haltbare Sachen konzentriert, sondern gleich ein relativ umfangreiches Sortiment mit Frischprodukten, Obst und Gemüse angeboten.

EM: Ja, genau. Wobei man das Obst teilweise selber hat auspfunden lassen. Da hingen Tüten an der Waage, diese hat dann einen Zettel ausgeworfen. Das war schon etwas kompliziert, wenn man einen falschen Preis eingab, da musste man schon immer wieder kontrollieren. Aber das hat eigentlich relativ gut geklappt.

Aber auch erst in den späteren Jahren. Am Anfang hat man auch darauf geschaut, vorgepackte Ware zu verkaufen.

TB: Hatte die NCR eigentlich einen Vorführladen oder ähnliches?

EM: Nein.

[**BM:** Die hatten einen Ausstellungsraum, in der Bahnhofstraße.]

EM: Später vielleicht. Aber die haben Sie eher nach Amerika geflogen.

SP: Wenn Sie auf Einladung von NCR auf Reisen in den Vereinigten Staaten waren, was stand denn auf dem Programm, wenn man in Dayton war? Ist man wirklich zu Supermärkten und hat sich das angeschaut oder in der Firma die neuesten Rechensysteme oder ähnliches? Wie kann man sich denn so eine Reise in die USA vorstellen?

EM: Also, ich sage: amerikanisch. Eine Schau war das. Sie kamen sich vor wie im Operettenladen. Es gab nichts, was nicht veranstaltet wurde. Vom Kegelabend zur Modenschau, also Dinge, die damit eigentlich gar nichts zu tun hatten. Sie haben uns die Läden gezeigt, das schon, aber sie haben auch immer wieder Einladungen gegeben. Also ich war drei Wochen drüben, ich muss sagen, ich war froh, als ich wieder zuhause war. – Aber typisch amerikanisch. Was mir damals auffiel in Amerika, was in Deutschland jetzt erst stattfindet: Wenn zum Beispiel ein Supermarkt auf der grünen Wiese eröffnete, dann kam nicht irgendein anderer Laden mit einem Warensortiment, sondern es kam der nächste Supermarkt. Die haben sich gesagt: wo ein Supermarkt ist, kommen Leute. Also da muss ich hin. So wie es heute eigentlich der LIDL und der ALDI machen. Und das war damals schon auffallend drüben, dass diese großen Kaufhäuser immer in so einem Einkaufszentrum drin waren; zwei, drei, und die sind alle gelaufen.

SP: In Amerika war doch damals sicherlich die Mobilität auch schon deutlich mehr ausgeprägt? Viele Wege wurden sicherlich mit dem Auto zurückgelegt und man hat dadurch doch sicherlich ein anderes Einkaufen betrieben als hier mit den innerstädtischen Geschäften?

EM: Wesentlich mehr. Ja, genau. Aber es kam natürlich, was man damals, in den 50er Jahren schon gesehen hat: Es kamen leere, ganz leere Straßenzüge in den Städten. Die vollständig entleert waren, da war kein Laden. Und dann – typisch amerikanische Schlamperie – wurden leere, verlassene Geschäfte, ruinöse Häuser gar nicht beseitigt. Die sind zerfallen! Da habe ich Straßen erlebt, da war alles zerfallen. Und zwischendrin war noch der ein oder andere Laden. Also das sah aus ‚wie nach dem Krieg‘. Also die Verödung der Innenstädte war katastrophal.

SP: Wurde so etwas nach der Rückkunft in Augsburg auch diskutiert? Also nach dem Motto: „So etwas wollen wir bei uns nicht haben.“ Oder hat man damals noch gar nicht an so etwas gedacht? Heute ist es ja ein Thema.

EM: Das erste war, dass man bei uns gar nicht daran gedacht hat, auf die grüne Wiese zu gehen. Wenn ich das heute sehe: wir sind ja mit dem ersten Laden in die Innenstadt rein gegangen, auch in die Dörfer, wenn ich an Weilheim denke, an Tölz oder Friedberg: da hat man ja nach Möglichkeit eine Innenstadtlage gewählt. Erst später, relativ spät, in den 70er Jahren, hat man angefangen, auf die grüne Wiese zu gehen. Und auch erst dann, als das Selbstbedienungskaufhaus kam. Mit einem größeren Sortiment. Ich glaube, dass wir nie wegen 400 Quadratmetern mit einem Laden auf die grüne Wiese gegangen wären.

TB: ...zumal ja für die größeren Läden entsprechende Parkplätze bereitgestellt werden mussten. – Aber die Philippine-Welser-Straße war ja beste Zentrumslage am Anfang.

EM: Jaja, bloß bis die Leute mehr eingekauft haben und alle ein Auto hatten, wollten sie nicht mehr zu uns hingehen. Sie haben sich gesagt: „Jetzt haben wir ein Auto, jetzt müssen wir schon fahren!“ Und dann kam doch immer stärker das Zweitauto! Der Mann geht in die Arbeit und die Frau fährt mit dem Zweitauto zum Einkaufen.

SP: Es ist schon interessant, wenn man sich anschaut, was von Amerika übernommen wird, was man sozusagen lernt, und wie das dann im deutschen Kontext eine andere Entwicklung nimmt. Gerade in Amerika existiert zu diesem Zeitpunkt schon längst der Trend, aus den Städten raus zu gehen, weil man ganz anders mobil ist, und hier setzt sozusagen die Entwicklung ein mit einem bewussten in-die-Städte-Gehen. Und dann ist eine Zeitverzögerung festzustellen, bis sich die Mobilität und der Trend einstellen. Das ist eine faszinierende Sache.

TB: Herr Müller, haben Sie eine Erinnerung daran, wie der neue Laden, die ersten Versuche in Augsburg, öffentlich aufgenommen wurden? Hieß es da beispielsweise in der Presse: „Was sind das für amerikanische Methoden? Die brauchen wir hier nicht.“?

EM: Nein, nein. Ich habe da auch keine große Resonanz festgestellt. Das ist angenommen worden, das war dann so. Und wer weiter zu seinem Krämer wollte, ist zu seinem Krämer gegangen, und wer in den Selbstbedienungsladen wollte, ist zu uns. Aber es war der Reiz der Neuheit. Interessiert hat es die Leute schon. Und dieses nicht-mehr-anstehen-Müssen, das war für die Leute attraktiv, besonders als sie merkten, dass sie immer mehr Freizeit bekamen und mehr Geld hatten. Da wollten viele ganz schnell einkaufen, damit sie die Freizeit genießen konnten. Also das haben sie eigentlich schnell kapiert, die Deutschen.

SP: Kann man eigentlich sagen, dass diese Selbstbedienungsläden auch ein Stück Demokratisierung insofern waren, dass der Generaldirektor genauso wie die Hausfrau in dem Laden verkehrte?

EM: Ja, genau! Ja! Plötzlich hat man gesehen: Der Rechtsanwalt kauft ja da auch ein. Das war später noch viel frappierender, als man sich fragte, wer eigentlich zu ALDI zum Einkaufen geht: der ‚arme Mann‘. Und dann wurde plötzlich festgestellt, dass der Rechtsanwalt auch sparen muss, weil er mit seinem Geld nicht mehr auskommt. Und dann sagte man sich: das ist jetzt eine Institution, wo jeder kauft. Also nicht länger ein Arme-Leute-Laden.

TB: Die Konsumgenossenschaften waren ja auch eine Art Konkurrenzsystem. War das in Augsburg übermäßig spürbar?

EM: Der KONSUM hat sich überlebt. Das war einer der ersten, der aufgehört hat. Und man darf ja nicht verkennen, dass der KONSUM eigentlich ein Gewerkschaftsunternehmen war. Die mal sagen wollten: „Wir verkaufen an euch recht billig.“ Und haben ja auch Rabatte gegeben, aber nur an Genossen, also Mitglieder. Da gab es damals den netten Witz: Kommt einer in den KONSUM und sagt: „Ich möchte Eier.“ Fragt die Verkäuferin: „Mitglied?“ Das waren die Gags der damaligen Zeit. Man hat es ins Lächerliche gezogen. Und die Macht der Gewerkschaften ist ja heute eine ganz andere als damals. Ich weiß noch: in Augsburg hatte die Gewerkschaft eine Brauerei. Einmal war Streik. Und da gab es kein Bier für die streikenden Brauer bei Hasen oder Bürgerbräu oder sonstwo. Also musste man das Bier selber machen. Also haben sie in ihrer eigenen Brauerei, Gesellschaftsbrauerei hieß die in Augsburg, das Bier für ihre streikenden Genossen hergestellt. Die haben das frei bekommen. Solche Bonmots gab es.

SP: Zumal die Konsumgenossenschaften ja nach dem Ausschlussprinzip arbeiteten. Man musste Mitglied sein. Und da hatte natürlich das Selbstbedienungsmodell, wie Sie es vertrieben, den Vorteil, dass jeder rein konnte und man nicht mehr diesen Ausschluss hatte.

EM: Genau.

TB: Welche Strategie verfolgten Sie? Sie hatten ja nach dem Krieg im Filialsystem wieder die Bedienungsgeschäfte... haben Sie alte Läden auf SB umgestellt oder auch ganz neue SB-Läden eröffnet?

EM: Nein. Wir stellten manche Bedienungsgeschäfte mit einer gewissen Größenordnung auf SB um. Wir waren ja bis 1933, bis unser großer Führer kam, reiner Filialbetrieb. Und dann kam Hitler und sagte: „Der Einzelhandel muss wieder auf die Füße kommen.“ Und dann kam ein Verbot, Sie durften keine Filialen mehr eröffnen. Und dann waren wir eine der ersten, die sagten: „Wir geben das auf, sonst resignieren wir.“ Und dann haben wir den Filialleitern ein Darlehen gege-

ben, haben gesagt: „Übernehmen Sie den Laden“ und haben die selbständig gemacht. Damals hatten wir in Bayern 150 Filialen und mit denen haben wir das als erstes angegangen. Und wir hatten einen Riesen-Vorteil: Wir haben aus diesen 150 Läden heraus einen Namen gebildet. Und zwar haben wir an jedem Laden, gleich ob der Besitzer Mayer oder Huber hieß, „Bernhard Müller“ angeschrieben. Das haben die Leute im Nachhinein wieder geglaubt, dass BMA wieder Filialen hat. Dabei waren das aber freie Einzelhändler. Und dadurch hatten wir dann bei Kriegsende ungefähr etwas über 2.000 Einzelhändler. Mit diesem System hatten wir eigentlich viel Erfolg.

TB: Daran konnten Sie quasi nach dem Krieg anknüpfen.

EM: Jaja. Und dann hatten wir nach dem Krieg den Großhandel. Da lebte mein Vater noch. Als die Filialisten wie GAISSMAIER und GUBI kamen und wieder anfangen und sich entwickelten – es war ja viel zerstört; und wenn irgendwo etwas gebaut wurde, sagten die sich: „Da mache ich einen Laden rein.“ – und wir konnten das ja nicht, weil wir an die Einzelhändler gebunden waren. Da sagte ich zu meinem Vater: „Ich möchte eigentlich den Filialbetrieb wieder.“ Der war zwar dagegen, der wollte das nicht mehr; die Filialleiter haben uns auch dauernd beschummelt. Und dann ist mein Vater leider ziemlich früh, 1953, verstorben. Ich war damals 30 Jahre alt und musste den Laden führen. Und dann sagte ich mir: „Jetzt mache ich Läden auf.“ Dadurch hat sich das wieder entwickelt. Dann hatten wir eigentlich eigene Filialen, dann die Vertragskunden, die auch unter Bernhard Müller firmierten, und dann machten wir eine gemeinsame Werbung: die Filialen und der Großhandel waren in der Zeitung eine Werbung, unter „Bernhard Müller“. Und da haben die natürlich unheimlich mit partizipiert.

TB: Sie sagten, dass ab 1953 wieder neue Läden eröffnet wurden. Waren dann alle neu eröffneten Geschäfte gleich SB-Läden?

EM: Ja, alle SB. Und in den 70er Jahren, Anfang '70, waren es auch SB-Warenhäuser, also beispielsweise in Lechhausen, die dann unter MÜGRA liefen. Heute MARKTKAUF.

TB: Sie sagten, sie haben nur ab einer gewissen Größe auf SB umgestellt. Was war dann mit den kleineren Geschäften? Liefen die weiter als Bedienungsläden oder wurden die langfristig geschlossen?

EM: Die meisten sind eingeschlafen. Auch wegen der wachsenden Konkurrenz.

SP: Wie viele SB-Filialen existierten schätzungsweise Ende der 1950er Jahre?

EM: So um die 100. Bayernweit, aber nur noch große Geschäfte und in den Innenstädten. Wir sind auf die Dörfer nicht mehr raus. Was heißt Dörfer: wir hatten einen Laden in Weilheim, wir waren in Nördlingen selber, also in die größeren

Ortschaften sind wir selbst hingegangen und in den kleineren hatten wir unsere Vertragskunden.

SP: Und in diesen 50er Jahren, gab es da immer wieder bestimmte Dinge, die Sie aus Amerika übernommen haben? Also wenn es was Neues gab aus den Vereinigten Staaten?

EM: Also das einzige, was wir aus den Vereinigten Staaten übernommen haben, waren die Warenhäuser. Aber das war ja erst viel später, Anfang '72.

TB: Das lief ja wohl erst über vergrößerte SB-Läden zu den Supermärkten, dann hin zum Warenhaus?

EM: Ja, das Sortiment wurde vergrößert. Man ging dann mehr in den Non-Food-Bereich hinein. Und wissen Sie, jetzt kommt ja auch etwas Interessantes: das machten alle. Und dann kamen wieder Firmen, besonders im Textilbereich, dann Drogerien, die sich spezialisiert haben. Und jetzt dann, SCHLECKER usw., viel billiger waren als die SB-Warenhäuser. Also zum Beispiel KIK usw. Auch OBI. Und jetzt tritt eines ein – und denken Sie dran, was ich Ihnen heute sage – Die SB-Warenhäuser können Sie in einigen Jahren vergessen. Weil das alles spezialisiert ist. Sie finden dann eher im größeren Rahmen wieder die Lebensmittel, die Discounter im reinen Lebensmittelbereich; aber diese Mischung verschwindet. Weil sie so billig in allen Branchen gar nicht sein können. Wie der KIK oder der OBI oder der BAUHAUS oder der ROSSMANN.

TB: Also es spezialisiert sich wieder alles?

EM: Ja. Und dadurch wurde den Warenhäusern sehr zugesetzt.

SP: Es gibt ja noch Beispiele, wie den V-MARKT, wo es Baumarktartikel, Fahrräder usw. gibt.

EM: Ja, das hatten wir auch. Und einen Riesen-Erfolg gehabt. Aber heute vorbei. Spezialisiert und so rationalisiert, dass die dann mit ihren Spezialabteilungen viel rationeller arbeiten können als das je im Warenhaussystem ging.

SP: Eine interessante Entwicklung.

EM: Ja, aber das nächste, das kommt!

TB: Das heißt, Sie sehen für die klassischen Warenhäuser in den Zentren mittelfristig auch Schwierigkeiten?

EM: Ja. Das sieht man ja bei KARSTADT.

[BM: Der Trend geht ja wieder zum Tante-Emma-Laden, in Anführungszeichen, im Zentrum. Weil die Versorgung einfach nicht mehr stimmt, für die alten Leute.]

SP: Das sieht man ja auch im Augsburger innerstädtischen Bereich: man hat ja kaum noch einen Supermarkt mit Niveau, außer den KARSTADT unten, und dagegen eher den PLUS oder NETTO.

EM: Jaja. Schauen Sie. Zum Beispiel der WOOLWORTH. Ich weiß noch, als Kind, da war ich 8 Jahre alt, wie der erste WOOLWORTH 1929 oder '31 eröffnet hat, in Augsburg in der Karolinenstraße. Da kostete alles 50 Pfennig. Das teuerste war 1 Mark. Ja, da rannten die Leute rein. Wir Buben sind auch rein, waren in der Volksschule, und da lag auch alles offen herum. Am meisten haben wir Zigarettenzünder geklaut, mitgenommen zum Einstecken. Ja, das war bei den Buben so eine Manie. Und heute muss der zumachen. Weil auch dessen Sortiment ausgebrochen wurde.

SP: Was ich feststelle: Es gibt jetzt diese riesigen neuen Zentren, mit OBI, KAUF LAND bzw. HANDELSHOF, dann K&L RUPPERT, MEDIAMARKT; sozusagen Spezialläden, aber doch in einem Gebäudekomplex. Das scheint so der Trend zu sein.

EM: Das wollte ich gerade anschneiden. Wenn Sie sich mal vorstellen: Radiogeschäft, Fernsehgeschäft. Die haben die Discounter doch vollständig kaputtgemacht. Und die Warenhäuser. Wenn man einen Fernseher braucht, gibt es nur noch ganz wenige Läden, die verkaufen und auch reparieren. Der ist zwar etwas teurer, aber er bringt ihn, schließt ihn an, erklärt mir die Funktionen. Der Discounter sagt „Ich bin doch nicht blöd“, der gibt dir den Karton mit und dann kannst du damit machen, was du willst. Dann sucht man alles und merkt selber: das geht ja gar nicht.

SP: Es gibt ja kaum noch Fachpersonal. Wenn man bei MEDIAMARKT ist, da weiß ja keiner wirklich, was in dem Produkt noch drinsteckt. Etwas Allgemeinwissen wird gerade noch vermittelt. Ist wahrscheinlich auch Taktik.

EM: Wenn man die Entwicklung anschaut: der TENGELMANN unterhält ja noch eigene Nur-Lebensmittel-Geschäfte. Und da habe ich neulich einen Bericht gelesen, dass er von OBI lebt. Und er wäre froh, wenn er einen fände, der ihm seinen Filialbetrieb abkauft. Und kein Mensch nimmt ihn. Den PLUS hat noch jemand genommen. Da war er auch nicht groß genug! Jetzt passiert Ihnen eines: Sie gehen in den Markt hinein, der interessant ist. Der auch momentan etwas bringt. Und dann sind Sie plötzlich nicht groß genug. Das sehen sie ja am ALDI oder LIDL: die bestimmen heute die Preise! Mit der Milch: die machen die Bauern kaputt, und jetzt wollen sie bessere Milch, bayerische Milch und lauter solchen Unsinn. Und trotzdem sagen die Bauern: das ist eine Unverschämtheit, die bestimmen den Preis!

TB: TENGELMANN ist ja eigentlich der letzte, der in kleineren Läden in den Wohnvierteln verkauft.

EM: Jaja, genau! Aber mit Minuszahlen! Er könnte nicht überleben, wenn er nicht den KIK hätte und den OBI...

SP: ...das subventioniert sozusagen den Lebensmittel-Teil...

EM: Ja, genau.

SP: Das heißt, man kann eigentlich sagen, dass dieses Modell der regionalen Supermarktketten im Aussterben begriffen ist, weil alles völlig nationalisiert oder schon internationalisiert ist? Zum Beispiel LIDL in Griechenland...

EM: Ja, genau. Aber teilweise ziehen sich die Unternehmen auch wieder zurück. Die haben sich im Osten teilweise blaue Nasen geholt. In Polen oder so hat man schon fast wieder aufgehört.

TB: Aber da herrscht ja auch ein immer knallhärterer Verdrängungswettbewerb... vielleicht auf Dauer auch auf Kosten der Qualität der Lebensmittel?

EM: Freilich! Jetzt, als erstes auf Kosten der Mitarbeiter. Und da werden die was erleben. Sie werden sehen, dass dieses Gesetz kommt. Der Mindestlohn. Ich halte das ja auch für... also, wenn ich den SCHLECKER... also der gehört wirklich gebrandmarkt. Man kann nicht Läden schließen, das Personal entlassen, und gründet dann eine eigene Firma für Leiharbeiter und nehme dann die und sage: Du bekommst in der Stunde vier Euro. Wissen Sie: da kommen wir in eine Sozialisierung hinein, die gefährlich ist!

SP: Sicher! Man muss ja auch sehen, dass man die Mitarbeiter, die ja auch gerade stehen ‚an der Front‘ sozusagen, dass man auch Leute hat, die motiviert sind, die auch Spaß daran haben, sich zu identifizieren. Sie wissen es ja: Familienunternehmen, das sind ja alles Sachen, da muss man ja auch das Gefühl haben, dass die Leute sich wohl fühlen und wissen, für wen sie arbeiten. Das ist in den letzten 20 Jahren ja auch so ein Trend, der immer aggressiver sich durchsetzt, dass man darauf ja auch keinen Wert mehr legt. Also von der Unternehmensstruktur ist alles austauschbar. Macht's der nicht, macht's halt ein anderer. Und dann wundert man sich aber, wenn viel mehr Diebstahl im Laden vorkommt oder ähnliches. Das sind sozusagen die Schattenseiten der ganzen Geschichte.

EM: Wissen Sie, es ist doch traurig, wenn Sie heute, am Ende Ihres Lebens zurückschauen und sagen müssen: Ich habe vor 20 Jahren meinen Betrieb, den ich eigentlich geliebt habe, verkaufen *müssen*, weil die Industrie den Schneller-Entwicklern Preise gemacht hat, an die ich gar nicht ran gekommen bin. Also die Industrie hat eigentlich den Handel, der sie einmal groß gemacht hat... Sie, mein Vater und mein Onkel, die waren in den Dörfern draußen, im Allgäu, im Schwäbischen drunten, da haben wir das Zeug von den Firmen hingefahren, da hätte

kein Mensch MAGGI und KNORR gekannt, wenn die nicht rausgefahren wären! Dann sind die Firmen gekommen und machten dem ALDI eigene Packungen, um 10, 20 Prozent billiger als sie an uns verkauften. Das ist eine Entwicklung! Und dann muss ich sagen: Mir kamen vor 20 Jahren die Tränen, als ich verkaufen musste. Aber hätte ich vor 20 Jahren nicht verkauft, wäre ich heute ein ‚armer Hund‘!

SP: Ja, da ist ein Stück Philosophie verloren gegangen. Das ist alles eine reine Anonymität; der Kaufmann im besten Sinne des Wortes fehlt völlig.

EM: An allen Ecken und Enden! Bei der Fabrikation, beim Handel. Sie, solche Dinge, die der SCHLECKER macht mit seinem Personal, hätte es doch früher nicht gegeben! Der Hitler hätte uns was erzählt und nachher die Gewerkschaften!

SP: Und man merkt dann doch, dass in den Unternehmen – DM ist ja so ein Gegenmodell, wo es auch Mitarbeiterbestimmung gibt – es muss ja nicht schlecht sein! Die Leute sind motiviert. Er ist vielleicht nicht so expansiv im Markt wie SCHLECKER, der an jeder Ecke ist, aber man hat ja durchaus auch Umsatzraten, die sich rechnen. Eben mit einem anderen Firmenmodell. Also das gegenseitige Ausspielen, desto mehr man die Mitarbeiter auspresst und ihnen das Gefühl gibt, dass sie in einer völlig unsicheren Situation sind...

EM: ...das darf ich doch nicht machen. Die Leute haben an dem Laden doch kein Interesse. Wenn ich mir heute vorstelle, dass es SCHLECKER-Läden gibt, wo die Mitarbeiter mit der Pfeife rausgehen und zur eigenen Kundschaft sagen: „Geht nicht rein!“ Also das geht nicht!

TB: Man darf gespannt sein, in welche Richtung das noch läuft.

EM: Der Staat *muss* eingreifen. Da kann man sagen, was man will. Der Staat muss eingreifen. Es muss mehr auf dem Gebiet reglementiert werden. Und zwar im unteren Bereich. Ich habe mein ganzes Leben lang, 50 Jahre, meine Steuern brav in Deutschland gezahlt. Es gab Zeiten, da zahlte ich 58 Prozent: 50 Prozent Steuer, 8 Prozent Kirchensteuer – ich hätte mir einen eigenen Bischof leisten können! – Wenn Sie sich anschauen, wie sich das entwickelt hat. Und so geht das nicht! So geht das nicht! – Wissen Sie, wenn Sie das Geld ins Ausland bringen und so weiter... also, das ist für mich das Geschmackloseste! Alles benützen, alles benützen, aber nicht dafür zu zahlen. Der Arbeiter, der Angestellte, dem wird vom Betrieb gleich alles abgezogen, der kann nichts auf die Seite schaffen.

Und dann kommen die Herren, wie in Berlin, die melden sich gleich selber und der will seine Steuern nachzahlen, Sie, den hätte ich erst einmal eingesperrt!

SP und TB: Sehr geehrter Herr Müller, vielen Dank für das Gespräch!

50 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen für Arbeitskräfte. Voraussetzungen – Entwicklungen – Wirkungen

Wolfgang E. J. Weber

1. Einleitung

In wenigen Tagen jährt sich ein Ereignis zum 50. Mal, dessen Auswirkungen auf die heutige Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland allseits als besonders bedeutsam eingeschätzt werden.¹ Das Problem ist allerdings, dass diese Einschätzungen nicht unbedingt auf vertiefter historischer Sachkenntnis beruhen. Aufgabe dieses Beitrags ist es daher, einige dieser notwendigen historischen Kenntnisse zu vermitteln. Was ging dem deutsch-türkischen Anwerbeabkommen vom 31. Oktober 1961 voraus, was beinhaltete es, was entwickelte sich wann und warum aus ihm? Das sind die Fragen, mit denen wir uns also in gebotener Kürze befassen wollen.

2. Das Anwerbeabkommen von 1961 und dessen Erweiterung zum Sozialabkommen 1964

Die Bundesrepublik Deutschland war als westlicher deutscher Teilstaat bekanntlich 1949 gegründet worden. Vor allem dank US-amerikanischer Hilfe trat das junge politische Gebilde bereits ab Anfang der 1950er Jahre in eine Phase wirtschaftlichen Aufschwungs ein, die bald in wachsende Exportüberschüsse und Arbeitskräfteknappheit mündete. Viele benachbarte Länder, in die der Export ging, entwickelten demgegenüber ein Außenhandelsdefizit und konnten ihre Arbeitslosigkeit nicht überwinden. Die erste auswärtige Regierung, die deshalb auf die Idee kam, Arbeitskräfte in die Bundesrepublik zu entsenden und durch deren Geldüberweisungen ins Heimatland die eigene Bilanz zu verbessern, war die italienische. Ihr schlossen sich bald Spanien und Griechenland an. Bis 1960 waren so bereits drei Arbeitskräftenwerbeabkommen abgeschlossen. Zudem hatten weitere Staaten, darunter afrikanische und asiatische, gleiche Wünsche geäußert.

Mitte Dezember 1960 gesellte sich auch die seit Mai des Jahres amtierende türkische Militärregierung dazu. Ihr ging es nicht nur um den Devisenerwerb, sondern auch um die Modernisierung der Türkei, die mit Hilfe rückwandernder,

¹ Durchgesehener, durch Literaturhinweise ergänzter Text des im Rahmen der Festveranstaltungen „Merhaba Augsburg“ im Rathaus der Stadt Augsburg am 19. Oktober 2011 gehaltenen Vortrags. Der Abdruck in dieser Form erfolgt, um die gewünschte Zeitnähe zu ermöglichen.

mit besten beruflichen Erfahrungen ausgestatteten Arbeitsemigranten beschleunigt werden sollte. Dass ihrem Antrag entsprochen wurde, war indessen nicht einfach dem unstillbaren Hunger der westdeutschen Wirtschaft nach billigen Arbeitskräften oder der Gleichbehandlung der Türkei als NATO-Partner wie Griechenland geschuldet. Vielmehr stellte das Abkommen auch einen Ausgleich dafür dar, dass die Türkei 1959 der Stationierung von gegen die Sowjetunion gerichteten US-Raketen zugestimmt hatte, was sie zur besonderen Zielscheibe für eventuelle sowjetische Angriffe gemacht hatte. Von dieser Übernahme einer besonderen Verteidigungslast, die u.a. die Bundesrepublik für sich abgelehnt hatte, profitierte nun ebendiese Bundesrepublik.

Dennoch enthielt der Wortlaut des Abkommens, das rückwirkend zum 1. September in Kraft trat, drei Vorbehalte. Nur in ihm sowie in den späteren Abkommen mit Marokko 1963 und Tunesien 1965 wurde die Aufenthaltsdauer der Arbeitsmigranten prinzipiell beschränkt, also ausdrücklich das Rotationsprinzip eingeführt. Des Weiteren fehlte nur in diesen drei Abkommen die sonst eingefügte Passage, dass Anträge auf Familiennachzug zulässig seien und „wohlwollend“ geprüft würden. Schließlich waren im Gegensatz zu den Vereinbarungen mit Italien, Spanien und Griechenland keine Kindergeldzahlungen für noch im Herkunftsland lebende Kinder vorgesehen.

Diese Ungleichbehandlung wurde in den Jahren 1962 bis 1964 sukzessive abgeschafft, und zwar aus vier Gründen: erstens der rechtlich gebotenen Gleichbehandlung; zweitens um Auseinandersetzungen zwischen am gleichen Arbeitsplatz tätigen unterschiedlichen ausländischen Arbeitnehmern zu vermeiden; drittens weil unter den türkischen Arbeitnehmern der besonders nachgefragte Facharbeiter besonders häufig war, also nicht verprellt werden sollte, und viertens, weil mit dem Bau der Mauer im August 1961 der Zustrom ostdeutscher Konkurrenten versiege, die Arbeitsleistung der Türken also noch wichtiger wurde.

Noch entscheidender war indessen, dass ab Ende 1962 die deutschen Arbeitgeber an das Bundesarbeitsministerium herantraten, um ausdrücklich die Entfristung des Aufenthalts der als besonders leistungsfähig eingeschätzten türkischen Arbeitnehmer zu erwirken. Die Befristung auf zwei Jahre, deren Umsetzung nunmehr bevorstand, erschwere „die Einordnung der Ausländerkontingente in die Betriebe ebenso wie in die Bevölkerung“, und zwar insbesondere im Hinblick auf die Sprache und die Eingewöhnung „in die deutschen Verhältnisse“. Die Bundesanstalt für Arbeit, das Bundesarbeitsministerium und das Bundeswirtschaftsministerium unterstützten den Entfristungsversuch. Auch die türkische Regierung zeigte sich letztlich viel stärker an den Geldzahlungen ihrer Landsleute nach Hause interessiert als an deren Rückgewinnung für die eigene Modernisierung. Dagegen versuchte das Bundesinnenministerium aufgrund von Sicherheitsbedenken und dem Bestreben, die deutsche Kultur zu bewahren, vehement, alle Ansätze zu einer Umwandlung des rotierenden türkischen Arbeitsmigrantentums in eine Zuwande-

zung zu unterbinden. Das Abkommen über soziale Sicherheit, das am 30.4.1964 in Bonn unterzeichnet wurde und zum 30. September in Kraft trat, hob die Befristung auf zwei Jahre dennoch auf und erklärte darüber hinaus jetzt auch den Familiennachzug für grundsätzlich möglich. Grund dafür war, dass am 12. September 1963, also ein knappes Jahr zuvor, nicht zuletzt auf Drängen der USA, die die Türkei als NATO-Partner stärken wollten, in Ankara der erste Assoziierungsvertrag zwischen der EWG und der türkischen Republik unterzeichnet worden war. Dort war in allgemeiner Form die Freizügigkeit der Arbeitnehmer bei der Arbeitsplatzsuche in den beteiligten Ländern als Ziel angesprochen worden. Die erweiterten Bestimmungen des Sozialabkommens wurden zudem dadurch begünstigt, dass der italienische und spanische Anteil an den ausländischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik aus verschiedenen Gründen zurückging und neue Abkommen mit weiteren Staaten keine wirklichen Alternativen mit sich brachten. Wie sich der Zuzug und die Ansiedelung türkischer Arbeitnehmer und Familien ab jetzt gestaltete, war somit ab jetzt von den zuständigen deutschen Verwaltungen abhängig.

Halten wir also fest: das ursprünglich vereinbarte Rotationsprinzip wurde bereits nach wenigen Jahren aufgegeben. Es wurde deshalb aufgegeben, weil es einerseits übergeordneten, außenpolitischen Festlegungen widersprach, andererseits den Interessen der deutschen Wirtschaft entgegenstand, die Anlernkosten und Produktivitätsverluste vermeiden wollte. Dass derartige Produktivitätsverluste einzukalkulieren waren, beruhte jedoch auf der Produktivität eben der türkischen Arbeitnehmer, die sich nach Einschätzung der Wirtschaft darin von anderen Arbeitnehmergruppen unterschieden. Oder anders ausgedrückt: Letztlich haben sich die leistungsfreudigen türkischen Arbeitnehmer ihre Zuwanderung in die Bundesrepublik selbst verdient.

3. Soziokulturelle Verhältnisse der Anfangszeit

Diese Leistung, die wesentlich auf einem besonders hohen Anteil an Facharbeitern und Facharbeitsfähigen unter den türkischen Arbeitsmigranten beruhte, ist erstaunlich. Denn die äußeren Umstände und sozio-kulturellen Verhältnisse waren enorm schwierig.

Die Mehrheit der Immigranten stammte entgegen mancher deutscher Annahmen zwar aus der Westtürkei, also urban und industriell erfassten Regionen. Vorstellungen über die deutschen Lebensverhältnisse waren bereits vorhanden, und überwiegend herrschten durchaus positive Erwartungen vor. Dass die Vorgänge der Bewerbung für den Arbeitsaufenthalt in der Türkei, vor allem das Durchlaufen des türkischen Bewerbungsverfahrens und der Prüfung der Qualifikationen durch die sogenannte Deutsche Verbindungsstelle in Istanbul per se entwürdigend gewesen sei, wird man nicht behaupten können. Dies gilt auch für die obligatorische, sonst nur vom Militär bekannte Gesundheitsprüfung. Schwerer

als negative Erfahrungen zu gewichten sind dagegen gewiss die Korruption und Kriminalität, die das Auswahlverfahren zumindest bis weit in die 1970er Jahre beeinträchtigten und die Chancen der schwächeren Bewerber, die es gerade nötig gehabt hätten, minderten. Auch die hohe Ablehnungsquote – von 1961 bis November 1973 wurden von 2,6 Mio. Bewerbern nur rund 650.000, also 24%, akzeptiert – erscheint im Grundsatz durchaus nachvollziehbar. Die Ausreise per Bahn, zunächst über Griechenland, ab 1971 über Bulgarien, war dagegen unzweifelhaft äußerst beschwerlich. Der seit 1970 mögliche Flug wurde von der zuständigen Bundesanstalt für Arbeit, die von den Arbeitgebern eine Kostenausgleichspauschale erhielt, aus Kostengründen nur zögerlich eingesetzt. Erst ab 1971 wurden die Sitzabteilwagen allmählich durch Liegewagen abgelöst, so dass sich die Notwendigkeit ärztlicher Hilfe zur Behebung der unvermeidlichen Reiseerkrankungen – die innertürkische Reise mit eingerechnet, konnte man bis zu 6 Tage unterwegs sein – abschwächte. Auch die Situation in München, wo die sogenannte Weiterleitungsstelle lange einen ehemaligen Luftschutzbunker zur vorübergehenden Unterbringung aller über München einreisenden ausländischen Arbeiter unterhielt, verbesserte sich allmählich.

Ein erster Schock kam dann vor Ort, beim Bezug der vorhergesehenen Unterkünfte. Die anwerbenden deutschen Firmen waren verpflichtet, den angeworbenen Arbeitnehmern geeignete Wohnmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Dass sie diese Verpflichtung möglichst kostensparend umsetzen wollten, versteht sich. Ebenso unvermeidlich waren entsprechende Missstände. Die aufsichtshabende Behörde, die Bundesanstalt, machte von ihrem Kontrollrecht jedoch vielfach kaum Gebrauch. Bis zum 1. Oktober 1973 waren zudem unterschiedliche Mindestanforderungen für deutsche und nichtdeutsche Arbeitnehmer vorgegeben. Die patriarchalische Sozialfürsorge der Arbeitgeber sorgte nur teilweise für den nötigen Ausgleich. Hinzu kam das Bestreben der Arbeiter selbst, möglichst viel Geld zu sparen, also mit primitiven Verhältnissen zufrieden zu sein, um das Ersparte nach Hause senden zu können.

Das Ergebnis ist bekannt. Wohnheime, die vorzeigbar gewesen wären, waren selten. Stattdessen dominierten Wohnungsprovisorien in Abbruchhäusern, Kellern, Dachböden und Gartenlauben, ehemaligen Produktionsanlagen, Warenlagern und Verwaltungsgebäuden. Die Richtlinien von 1964 sahen z. B. als Regel 6-Personen-Zimmer, ein Waschbecken für je 5 Personen und eine Toilette für je 10 Personen vor. Dabei war nicht das enge Zusammenleben als solches, sondern das mit völlig fremden Personen das Problem. Manche Wohnanlagen waren zudem mit Stacheldraht eingezäunt, um „Diebstähle in den benachbarten Betrieben zu verhindern“, wie es hieß. Erst in den fortgeschrittenen 1970er Jahren, als längere Aufenthalte möglich und gewünscht waren, begann die Anmiete privater Wohnungen. Dass es sich bei ihnen zunächst ebenfalls um problematische Objekte

handelte, ist sowohl aus dem Profitinteresse skrupelloser Vermieter als auch wieder dem Kostenvermeidungsinteresse der Mieter zu erklären.

Die Situation am Arbeitsplatz wird im Rückblick vornehmlich positiv, manchmal sogar geradezu euphorisch geschildert. Offenbar sorgte das Gefühl, trotz aller Diskriminierung Mitträger eines eindrucksvollen technisch-ökonomischen Fortschritts zu sein, für eine insgesamt eher günstige Einschätzung. Was die Erinnerung offenbar verdrängt, ist die Anfangsphase, die regelmäßig durch Schmutzarbeit, Hilfsdienste, willkürliche Arbeitszeitüberdehnung u. ä. gekennzeichnet war. Manche Zeugnisse lassen erkennen, dass wesentliche Diskriminierungselemente überhaupt nicht erkannt wurden, von den Arbeitnehmerrechten, die gegen sie eingesetzt hätten werden können, ganz abgesehen. Noch wesentlicher waren der andauernde Lärm, die Hitze oder Kälte und die Geruchsatacken, die auf der Grundlage einer in ihrer Intensität und Dauer unbekannt, scharfen, von deutschen Arbeitskollegen manchmal diskriminierend-provokativ eingeforderten Arbeitsdisziplin während eines langen Arbeitstags auszuhalten waren. Derartige strikte Disziplin schrieben auch die Wohnheimsordnungen vor. Mancher deutsche, aber anschließend auch türkische Hausmeister scheint sich geradezu als Blockwart aufgeführt zu haben. Erst als die Betriebe Dolmetscher einsetzten, um Reibungsverluste am Arbeitsplatz und belastende Wohnungs- und Sozialumstände abzubauen, entspannte sich die Situation. Unberührt davon blieb die Erfordernis für die türkischen Männern, sich nach der anstrengenden Arbeit auch selbst um Kochen, Putzen und Waschen zu kümmern. Wie ungewöhnlich und belastend derartige Tätigkeiten auch von den deutsche Männer dieser Zeit empfunden wurden, vermitteln die zeitgenössischen Geschlechter- und Frauenbilder. In ihrer knappen Freizeit hielten sich die Migranten abseits. Neben der Sprache bildeten die eigenen Lebensauffassungen und die eingeschliffenen Lebensformen eine scheinbar unüberwindbare Barriere zur deutschen Mehrheitsgesellschaft. Versuche aus dieser Mehrheitsgesellschaft, sich der türkischen Minderheit zu nähern, blieben freilich ebenso selten. Ein wesentlicher Grund hierfür war, dass die sonst an dieser Stelle greifende kirchliche Fürsorgearbeit wegen des islamischen Glaubens der Neuankömmlinge ausfiel.

4. Der Weg zum Anwerbestopp 1973 und die Entwicklung bis 1990/91

1966 bis 1969 erlebte die bundesdeutsche Wirtschaft ihre erste tiefgreifende Rezession. Das Arbeitsplatzangebot schrumpfte dramatisch, die Arbeitslosenzahl und damit die Kosten der Arbeitslosigkeit stiegen in seit der Nachkriegszeit nicht mehr bekannte Höhen. Die Vorstellung, dass zur Lösung der Problematik zuerst die ausländischen Arbeitnehmer zu gehen hätten, die mittlerweile 12% der Erwerbstätigen ausmachten, die Türken unter ihnen wiederum rund 11%, verbreitete sich schnell. Diejenigen, die sie vertraten, sahen sich auch dadurch bestätigt, dass der

Anteil der Nichterwerbstätigen unter den Migranten erheblich zugenommen hatte. Ihnen wurde unterstellt, nur Kosten zu verursachen. Dabei machten der Kinderreichtum der türkischen Teilgruppe bzw. die daraus resultierenden Kindergeldzahlungen ein besonderes Argument aus. Zudem schien die Gestaltung des Mitlebens gerade der türkischen Gruppe besonders schwierige Fragen aufzuwerfen.

Die bis 1969 amtierenden Bundesregierungen gingen noch immer von einer im Wesentlichen freiwillig befristeten Aufenthaltsdauer der Migranten aus. Sie sahen sich daher weder zu einer nüchternen Bestandsaufnahme der Lage noch zu ernsthafter Migrationspolitik veranlasst, sondern förderten und erwarteten die Rückkehr der mittlerweile bis zu 10 Jahre in Deutschland lebenden Menschen. Erst die sozialliberale Koalition rang sich zu einer ernsthaften Diagnose durch und schloss die Ausländerproblematik in ihr Reformprogramm ein. Dieser neue Ansatz war umso notwendiger, als sich die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen im Zuge der staatlich geförderten Aufschwungpolitik zwischen 1969 und 1972 nicht weniger als verdoppelte und die 4 Millionen-Grenze überschritt.

Im Kern bestand die jetzt einsetzende, erste ernsthafte Ausländerpolitik freilich in einer Kombination von Zuzugsbeschränkung und Eingliederungsförderung. Zur Zuzugsbegrenzung zählte die sogenannte Kanalisierung, konkret das Verbot der Beschäftigung bzw. die Ausweisung der nur per Sichtvermerk, also außerhalb der Prozeduren der binationalen Arbeitsvermittlung, ins Land gekommenen Arbeitnehmer, die es ebenfalls in nicht geringer Zahl gab. Der nächste Schritt war die zahlenmäßige Beschränkung der kanalisierten Aufnahme.

Gegen das Interesse entscheidender Wirtschaftsbranchen war dieser restriktive Kurs im neuen Aufschwung ab Herbst 1972 jedoch nicht durchzuhalten. Dennoch profitierte die türkische Gruppe von der nunmehr wieder einsetzenden Lockerung am wenigsten. Denn schon seit 1966, dem Beginn der ersten Rezession, hatte sich massiver Druck aus den EWG-Ländern aufgebaut, die eigenen Arbeitsmigranten zu schonen, was automatisch die Konzentration des direkten und indirekten Drängens auf Rückkehr auf die Angehörigen der Nicht-EWG-Staaten und damit besonders die Türken bedeutete. Anders ausgedrückt: die fortschreitende West- und Europaintegrationspolitik der Bundesrepublik zeitigte auch Belastungen und Opfer, und zu ihnen zählten maßgeblich die türkischen Arbeitnehmer.

Die parallele, erstmals gezielte, vor allem auf die türkische Gruppe gerichtete Eingliederungsförderung erlahmte im Schatten dieses Mechanismus schnell wieder. Die Medienkampagnen, die zur Öffnung der deutschen Gesellschaft gegenüber den Ausländern und deren Akzeptanz und Integration aufriefen – und heute vielfach als reichlich naiv erscheinen –, verpufften weitgehend. Auch die von der Bundesregierung unterstützte entsprechende Gewerkschaftsarbeit lief nur zäh an. Beachtlichen Erfolgen in der Errichtung von Förderklassen und Bereitstellung von weiteren Hilfen an Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen, die es dennoch gab, standen Rückschläge mangels Interesse und aus Ressentiment auf beiden

Seiten gegenüber. Die westdeutsche Opposition prangerte nicht ohne Erfolg die Eingliederungspolitik der ihr auch wegen deren Ostpolitik besonders verhassten Bundesregierung als Bestandteil eines angeblichen Ausverkaufs Deutschlands an.

Zu einem förmlichen Anwerbestopp für Nicht-EWG-Arbeitnehmer zuerst temporär, dann unbefristet kam es jedoch erst, nachdem bestimmte außenpolitische bzw. außenpolitisch relevante Ereignisse eingetreten waren. Der palästinensische Terroranschlag während der Münchner Olympiade 1972 führte nicht nur zur bis dahin größten Ausweisungswelle von Arabern. Er verstärkte auch die Ressentiments gegenüber der türkischen Gruppe als ebenfalls muslimisch und vielfach israelkritisch. Der Oktoberkrieg 1973 und die Hysterie um das Exportembargo der arabischen Ölstaaten ließen existentielle Befürchtungen um die Konjunktur und die Beschäftigungslage aufkommen. Sie waren es, die direkt zum ersten, per Kabinettsbeschluß verfügten Anwerbestopp führten. Auf der Gegenseite verstärkten gerade der Terroranschlag und der Oktoberkrieg die diplomatischen Bemühungen des wichtigsten Sicherheitspartners der Bundesrepublik, nämlich der USA, der Türkei, die als nächstlicher NATO-Partner noch immer unverzichtbar erschien, in deren Interessen entgegenzukommen. Diese bestanden im vorliegenden Fall auf der Aufrechterhaltung und gegebenenfalls noch Steigerung der Zahlungen von Auslandstürken in die Türkei und die Chance weiterer Beschäftigung in EWG-Raum.

Bereits das Assoziierungsabkommen der EWG mit der Türkei von 1963 hatte wie bereits erwähnt in allgemeiner Form die Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit als Ziel angesprochen. Anvisiert als Jahr der Einführung der völligen Freizügigkeit war 1974. Wie die Bestimmungen dieses natürlich auch für die Bundesrepublik geltenden völkerrechtlichen Abkommens mit dem nationalen Anwerbestopp zu vereinbaren seien, musste u.a. durch den Europäischen Gerichtshof geklärt werden. Zweifelsfreiheit wurde dabei nicht erreicht. Generell kann man sagen, dass die angestrebte Freizügigkeit durch die diversen Ausländer-, Aufenthalts-, Sicherheits- und Sozialgesetze so verkompliziert und durchlöchert ist, daß sie für unabsehbare Zeit faktisch nicht realisiert werden kann. Was im Kern gilt, ist mithin der Anwerbestopp.

Dieser Anwerbestopp schloss den Zuzug von Familienangehörigen zu den bereits im Land Befindlichen, also vor allem von Ehepartnern und Kindern, nicht aus. Entsprechend machten die überwiegend männlichen, aber auch weibliche türkische Migranten, die bereits in Westdeutschland waren, von dieser Möglichkeit lebhaften Gebrauch. Dass sie dies so massenhaft taten, war, von anderen, noch anzusprechenden Aspekten abgesehen, auch ein Zeichen für mangelndes Sesshaftgewordensein in der Bundesrepublik. Man holte sozusagen die alte Heimat zu sich nach Deutschland, nachdem man dort eine neue nicht gefunden hatte.

Ziel der deutschen Regierungen blieb es dennoch, durch verbesserte Eingliederungspolitik letztlich eine völlige Integration vor allem der möglichst klein zu

haltenden türkischen Minderheit zu erreichen. Hessen, Bayern und andere Bundesländer verhängten zwischen 1975 und 1977, bis sie letztlich gerichtlich gestoppt wurden, dafür sogar Zuzugssperren für Familienangehörige für „überlastete Siedlungsgebiete“, wie es amtsdeutsch und historisch verdächtig hieß. Dahinter stand allerdings auch der Tatbestand, dass sich 50% aller ausländischen Zugezogenen auf nur 4% der Fläche der Bundesrepublik drängten. Das war indessen kein Ergebnis eigener Wahl, sondern des Arbeitsplatzangebots, das sich eben auf bestimmte Regionen und Städte konzentrierte.

Ab 1979/80 wurde die amtlichen Integrationsbemühungen in manchen Bundesländern bewusst auf die sogenannte Zweite Generation der Migranten konzentriert. Wenigstens die bereits in Deutschland Geborenen sollten also für dieses Deutschland gewonnen werden. Der Erfolg blieb nicht aus, erwies sich aber als begrenzt und vor allem vielfach wenig dauerhaft. Das Potenzial sozio-kultureller Beruhigung und Bereicherung, die diese Bemühungen mit sich brachten, konnte jedoch nicht mehr voll zur Entfaltung kommen. Hauptgründe dafür waren jetzt erstens die konservative Wende der frühen 1980er Jahre, zweitens der zur Mitte der 1980er Jahre steigende Zuzug von Asylsuchenden, der unter konservativen bis nationalistischen Vorzeichen entsprechend kritisch verarbeitet wurde. Verknüpft mit wachsender Arbeitslosigkeit, auch deshalb wachsender Fortschrittsskepsis und neuen Bedrohungsängsten, sowie im Gefolge der sowjetischen Afghanistan-Invasion Ende 1979 als Zeichen für eine Rückkehr des Kalten Krieges, wuchsen die Einschätzungen der Arbeitsmigranten und die Asylantenaufnahme zu einem Komplex scheinbar realer „Ausländergefahr“ zusammen. Um diese scheinbare Gefahr zu verringern, rang sich die Bundesregierung zwei Lösungen ab. Einerseits kostenträchtige Maßnahmen zur „Förderung der Rückkehr von Ausländern“ (Rückkehrprämie, Auszahlung des Arbeitnehmeranteils der Rentenversicherung), andererseits neue Restriktionen im Familiennachzug, vor allem mittels Senkung des Zuzugalters von Kindern. Die Bundesrepublik sollte danach explizit „kein Einwanderungsland“ sein. Der dennoch entwickelten Vision produktiver Multikulturalität wurden provokant diverse Varianten christlicher, europäischer oder deutscher Identität und Leitkultur, an die sich „die Ausländer“ anzupassen hätten, entgegengestellt.

Das neue Ausländergesetz vom 1. Januar 1991 spiegelte diese Situation. Es setzte einerseits so entschieden auf Integration der bereits im Land wohnenden Ausländer, dass als eigentliches Ziel die Assimilation erscheint. Immerhin verschaffte es den größten Gruppen der „ausländischen Inländer“ eine Art Einwanderungsstatus und damit verbesserte Rechtssicherheit. Andererseits verschärfte es die Ausweisungsmöglichkeiten und den Druck auf die „neuen“ Ausländer, um deren Zuzug möglichst einzudämmen.

Unmittelbar bedeutsam für die türkische Gruppe, die bis vor 1990 auf mindestens 1,7 Mio. angewachsen war, wurde dann die Wiedervereinigung. So stieg nach

dem Fall der Mauer nicht nur die Zahl der Konkurrenten um die Arbeitsplätze und Wohnungen aus der ehemaligen DDR. Vielmehr kamen auch noch die Spätaussiedler in zeitweilig erheblichen Zahlen hinzu. Sie verfügten zumindest über gewisse deutsche Sprachkenntnisse und waren zum Teil noch besser ausgebildet als die türkischen Facharbeiter, boten sich aber auch als neue, unterbezahlte Hilfsarbeiter an. Sowohl die Wiedervereinigung als auch der Spätaussiedlerzuzug und die Asylantenaufnahme befeuerten nationalistische Tendenzen, die unterschiedlich zum Ausdruck kamen. So beteiligten sich – nur gebrochen deutsch sprechende – Spätaussiedler an der Türkenbeschimpfung, um damit die von ihnen erwartete deutsche Identität zu demonstrieren. Auf der anderen Seite wandten sich ältere, mittlerweile etablierte türkische Zuwanderer gegen den neuen, ihren halbwegs gesicherten Status scheinbar oder tatsächlich direkt und indirekt gefährdenden Zuzug mit der Begründung, Deutschland müsse seinen Wohlstand und seine Eigenart bewahren.

5. Zwischen Parallelgesellschaft, Integration und Marginalität: Der Weg zur Gegenwart

Wie war es zu derartigem, halbwegs oder in begrenzten Fällen auch annähernd voll gesichertem Status gekommen? Wir hatten die vorwiegend, aber bereits seit 1964 nicht mehr ausschließlich männliche türkische Einwanderergruppe an der Stelle verlassen, als sie noch eine abgeschottete, auf sich selbst gestellte, kleine Minderheit war, also Mitte der 1960er Jahre und darüber hinaus. Zu den Konsequenzen dieser Ausgangslage gehörten u. a. eine erste Erneuerung der Religiosität, d. h. des islamischen Lebens, ein engeres Zusammenrücken, die Zurückdrängung der zu Hause so maßgeblichen verwandtschaftlichen und regional-landsmannschaftlichen Unterschiede, mit der Folge auch verstärkter Selbstorganisation. Nachdem dieser Zusammenschluss wie kaum anders zu erwarten unter den üblichen patriarchalisch-autoritär-hierarchischen Vorzeichen erfolgte, ergab sich vor allem für die türkischen Frauen, die als Verheiratete oder Ledige aufgrund der deutschen Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften seit 1970 in größerer Zahl ankamen, eine spezifische Situation. Diejenigen, denen die übliche Geschlechter- und Familienordnung Sicherheit und Zufriedenheit in ungewohnter, gefährlich erscheinender Umgebung bot, waren erleichtert. Diejenigen, die bereits von Anfang an oder aufgrund ihrer deutschen Erfahrungen allmählich auf Gleichberechtigung oder Emanzipation setzten, fühlten sich dagegen erneut eingeengt und unterdrückt. Das galt auch für außerhalb der Familie. Denn sowohl die türkische als auch die deutsche Öffentlichkeit beobachtete ihr Verhalten mit Argusaugen. Verhältnisse türkischer Frauen mit deutschen oder amerikanischen Männern wurden regelmäßig als Verletzung der familiären und der nationalen Ehre der Türkei betrachtet und störten die selbst-

verständliche, gerade in der prekären Auslandssituation auszuübende Verantwortung der Väter für Heiraten im Familieninteresse. Schon 1970 trat z. B. in Bayern eine Bande auf, die sich angeblich dem Schutz der Ehre und der Moral der Türken verschrieben hatte, und grausame Angriffe auf Frauen verübte. Aber auch dass türkische Männer deutsche Frauen ehelichten wurde mißbilligt und blieb daher selten. Der welthistorisch üblichste Weg der Integration, der Frauen- und Männer-tausch, war also weitgehend versperrt.

Schon seit Mitte der 1960er Jahre begann die türkische „Notgemeinschaft in der Subkultur“ aber auch, ihre wirtschaftlichen Belange entschlossen in die eigenen Hände zu nehmen. Zunächst bekanntermaßen in Hinsicht auf die Versorgung mit typischen, aber wenig erhältlichen Lebensmitteln, dann z. B. bei der Ermöglichung von Heimatflügen, der Ansatz des späteren Großkonzerns Öger Tours. Die Bedeutung dieser Aktivitäten wuchs rasch an. Schon in der ersten Rezession 1966–1969, dann erst recht in den Abschwüngen seit Mitte der 1970er Jahre, boten die neuen türkischen Unternehmen Arbeitsplätze für Türken mit türkischer Unternehmenskultur. Mit dem Wachstum dieser Betriebe beschleunigte sich deren Verflechtung mit der deutschen und internationalen Wirtschaft. Der wirtschaftliche Erfolg beförderte den Wohlstand und damit die Orientierung am und Anpassung an die moderne Lebenswelt. Medien und die erwähnte staatlich-kommunale Bildungs- und Integrationspolitik steuerten wiewohl noch immer in eher bescheidenem Maße das Ihrige bei. Nach verschiedenen Selbsteinschätzungen und Historikerinterpretationen war die türkische Gemeinschaft in Westdeutschland Ende der 1970er Jahre eigentlich auf dem besten Wege zur Integration dank und im Zeichen der Modernisierung.

Wenn diese Annahmen richtig sind, dann sind die Hemmnisse, Rückschläge und Irritationen, die wie erwähnt bereits in den frühen 1980er Jahren stärker wurden, in erster Linie auf sozio-kulturelle Veränderungen in der Mehrheitsgesellschaft zurückzuführen. Unabhängig davon ist aber natürlich auch die neuerliche, fundamentalistische Wiederbelebung der islamischen Religiosität zuerst im arabisch-nahöstlichen Raum, dort maßgeblich gefördert durch die Auseinandersetzung um Palästina, in die historische Erklärung einzubeziehen. Umso positiver ist die Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts 1999 und zumindest die erste Fassung des Zuwanderungsgesetzes von 2002 zu bewerten. Das Staatsangehörigkeitsgesetz machte die Einbürgerung erstmals in der deutschen Geschichte grundsätzlich vom Geburtsort statt von der Abstammung abhängig. Das Zuwanderungsgesetz auch in der weniger mutigen, geltenden Fassung von 2005 – offizieller Titel bezeichnenderweise noch immer ‚Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern‘ – verbindet die Einsicht in die Faktizität der Zuwanderung und deren Begleitung u. a. durch Integrationskurse mit administra-

tiven Regelungen, die allerdings auch zur Zuwanderungsverhinderung eingesetzt werden können.

Trotz der über die Modernisierung sich nach wie vor abzeichnenden Integrationschancen erweist sich die Lage der türkischen Gemeinschaft in Deutschland seit der Jahrtausendwende mithin als uneinheitlich und letztlich in bestimmten Hinsichten nach wie vor als prekär. So ist es auch zu erklären, dass deren zahlenmäßiger Umfang inzwischen im Schrumpfen begriffen ist, statistisch signifikant seit 2005: von 2,1 Mio. auf 1,6 Mio.

Grundsätzlich gilt zunächst: Sollte sich der derzeitige Boom in der Türkei weiterhin oder in noch wachsendem Maße als Magnet erweisen, wird sich diese Zahl noch vermindern. Umgekehrt wird der wachsende Arbeitskräftebedarf in Deutschland, entstanden aus der demographischen Entwicklung, die Nachfrage nach Arbeitskräften auch aus den Reihen der türkischen Gemeinschaft in Deutschland erhöhen – eine Wiederholung des Zyklus, den wir schon kennengelernt haben.

Bei genauerer Betrachtung erscheint jedoch die Binnendifferenzierung der türkischen Community besonders bedeutsam. Ihre erste, größere Minderheit hat sich offenbar in einer oder mehreren miteinander verknüpften, aber durchaus unterschiedlich geprägten Parallelgesellschaften eingerichtet. Das ist nicht per se problematisch. Denn Parallelgesellschaft muss nicht Gegengesellschaft heißen. In einer Zeit sich auflösender nationaler Grenzen in Europa könnte selbst die bereits im Gang befindliche Variante dieser parallelgesellschaftlichen Entwicklung, die Regionalisierung, also die Entstehung mehr oder weniger türkisch geprägter Gemeinden und Flächen, erträglich, wenn nicht sogar produktiv erscheinen. Auf verdichtete, totalitäre, statische nationale Identität nach dem Muster des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ist jedenfalls in der gegebenen historischen Situation zu verzichten. Umso entschiedener muss natürlich allseitig auf die Geltung des grundlegenden Rechts und der Grundformen zivilen Umgangs miteinander geachtet werden. Inwieweit sich diese Erfordernisse mit den verschiedenen religiösen Ansprüchen vereinbaren lassen, dürfte die entscheidende Frage sein.

Eine zweite Minderheit hat sich mittlerweile nicht nur mit der modernen deutschen Lebenswelt arrangiert, sondern ist in sie integriert. In manchen Fällen hat darüber hinaus bereits Assimilation stattgefunden oder zeichnet sie sich ab. Von dieser modernen Minderheit, die in den deutschen Massenmedien überproportional repräsentiert ist, dürfte die weitere Entwicklung maßgeblich abhängen.

Nicht zu übersehen sind aber auch mehr oder weniger isolierte Randgruppen: als bewusste und konsequente, gelegentlich auch aggressive Gegengesellschaften, verbunden mit je eigenen religiösen und/oder ethnischen Profilen; als politische Sondergruppen, angesiedelt links wie rechts; als sozio-kulturelle, mehr oder weniger deprivierte, von Armut und Bildungsferne geplagte Kleingruppen.

Gleichwohl bestimmt die türkische Gemeinschaft in Deutschland ihr Schicksal auch heute keineswegs ausschließlich selbst. Es ist auch nicht nur abhängig von

der Sympathie oder Antipathie bzw. wichtiger: den Bedürfnissen und Interessen der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Vielmehr muss immer wieder auch an die internationalen Rahmenbedingungen und Interventionspotenziale erinnert werden. Der islamistische Terror, die Kurden- und Zypernfrage, das Verhältnis der Türkei zur EU, die türkischen Hegemonialbestrebungen im Mittelmeerraum allgemein, das Verhalten der Türkei in der Palästinafrage, dahinter das besondere Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Israel und die Interessen und Interventionen der USA, schließlich das Auftreten und das Image der übrigen Minderheiten und von deren Mutterstaaten werden sich auch künftig mehr oder weniger massiv in der Wahrnehmung, Einschätzung und Behandlung der türkischen Community durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft niederschlagen.

Umgekehrt bleibt jedoch auch eine Tatsache: die aus einer spezifischen Situation heraus entstandene und durch spezifische historische Umstände gefestigte türkische Gemeinschaft in Deutschland hat unbeabsichtigt und weitgehend unbewusst erheblich dazu beigetragen, dem westlichen Nachkriegsdeutschland und dem wieder vereinigten Deutschland moderne, plurale Identität und Kultur zu verschaffen. Ohne die türkische Herausforderung, wie man sie etwas salopp nennen könnte, hätte Deutschland vermutlich länger gebraucht, sich in Europa und damit im Westen ebenso selbstkritisch wie selbstbewusst neu einzuleben.

Literaturhinweise

- Abadan-Unat, Nermin: Migration ohne Ende. Vom Gastarbeiter zum Eurotürken, Berlin 2005.
- Goldberg, Andreas, u.a.: Die deutschen Türken, Münster 2004.
- Jamin, Mathilde (Hg.): Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei, Essen 1998.
- Knortz, Heike: Diplomatische Tauschgeschäfte. „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953–1973, Köln. u.a. 2008.
- König, Helmut; Sicking, Manfred (Hg.): Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg, Bielefeld 2005.
- Kramer, Heinz; Reinkowski, Maurus: Die Türkei und Europa. Eine wechselseitige Beziehungsgeschichte, Stuttgart 2008.
- Leggewie, Claus (Hg.): Die Türkei und Europa. Die Positionen, Frankfurt a.M. 2004.

MISZELLEN

Jacob Grimm: Über den Werth der ungenauen Wissenschaften¹. Ein Kommentar

Theo Stammen

I.

Im siebten Band der „*Kleinen Schriften*“ von Jacob Grimm, der den Titel „Rezensionen und vermischte Aufsätze“ (Berlin 1884) trägt, findet sich ganz gegen Ende eine kurze Rede, die Grimm seinerzeit auf der Verbandstagung der Germanisten gehalten hat und die den bemerkenswerten Titel „Über den Werth der ungenauen Wissenschaften“ führt.

Dieser Wortlaut lässt in mehreren Hinsichten aufhorchen; einmal gibt er zu erkennen, dass Grimm offensichtlich diese Rede in einem kontroversen Kontext einer wissenschaftstheoretischen bzw. wissenschaftspolitischen Debatte gehalten hat. Die Überschrift lässt weiter erkennen, dass Grimm hier wohl (zunächst jedenfalls) den Standpunkt der abwehrenden Defensive einnimmt, von dem her er für die sonst eher gescholtenen und abgewiesenen „ungenauen Wissenschaften“ Partei ergreift und für sie einen wie auch immer begründeten „Werth“ reklamiert, insofern das Ungenauere einen „Werth“ verkörpern soll. Auch der Umstand, dass nicht nur von einer Wissenschaft (etwa der Germanistik, als deren Vertreter Jacob Grimm auftritt), sondern von „ungenauen Wissenschaften“ (Plural!) die Rede ist, verdient Beachtung. Der Titel der Rede bezieht sich mithin auf ein allgemeines Problem der Wissenschaft.

So besehen scheint die wissenschaftshistorische Situation des ausgehenden 19. Jahrhunderts, der die Rede Grimms gilt, gespalten gewesen zu sein: in „genaue Wissenschaften“ einerseits und „ungenauwissenschaften“ andererseits und damit der heutigen, d. h. unserer Situation nicht unähnlich: Die höhere, unumstrittenere Reputation genießen sicher damals wie heute die „genauen“ oder „exakten Wissenschaften“, die Naturwissenschaften zumal. Dieser allgemeinen und öffentlichen Schätzung der „genauen“ Wissenschaften gegenüber tun sich die Geistes- und Kulturwissenschaften schwer, eine für sich eigenständige Reputation und Wertschätzung zu erfahren.

Damit nimmt die Grimmsche Rede offensichtlich eine Wissenschaftsdiskussion vorweg, die in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts und hernach unter dem Titel „*Die zwei Kulturen*“ weitverbreitet war. Auslöser dieser bis heute nachwirkenden Kontroverse war das schmale Buch des britischen Naturwissenschaftlers

¹ Jacob Grimm: Über den Werth der ungenauen Wissenschaften. Vortrag auf dem ersten Germanistentag in Frankfurt, übernommen in: Jacob Grimm: *Kleinere Schriften*. Bd. VII., Berlin 1884 (Nachdruck Hildesheim 1966), S. 563–566.

und Wissenschaftshistorikers *Sir Charles Snow* „*Die zwei Kulturen – literarische und naturwissenschaftliche Intelligenz*“², das bald viele Anhänger und Kritiker fand.³

Grimms kurze Rede unterscheidet sich indes vom „Streit der zwei Kulturen“ dadurch, dass er (bereits im Titel seiner Rede) auch den ungenauen Wissenschaften einen eigenartigen „Werth“ zuschreibt. Wie er das macht und wie er diesen Wert begründet, ist der eigentliche, hier besonders interessierende Inhalt dieser Rede und ihrer Argumentationsstruktur, die im Folgenden vorgestellt und expliziert werden soll.

II.

In seinem kurzen Redetext geht Jacob Grimm zunächst von einer Unterscheidung der Wissenschaften aus; die er bei dem berühmten Physiker und Aphoristiker *Georg Christoph Lichtenberg* aus Göttingen gefunden hat. Danach teilt Lichtenberg die Wissenschaften der Zeit in vier Klassen ein: „in die erste [...] die ehre verleihen, in die zweite die brot verleihen, in die dritte die ehre und brot verleihen, endlich in die vierte die weder ehre noch brot verleihen.“

Bei dieser witzigen Unterscheidung der Wissenschaften durch Lichtenberg verbleibt Grimm allerdings nicht; er betont, sich „an die von Franzosen aufgebrachte zwischen exacten und inexacten wissenschaften [zu] halten, warum soll ich nicht lieber deutsch sagen? zwischen den genauen und ungenauen wissenschaften.“ Die Differenz zwischen diesen beiden Klassen von Wissenschaften besteht darin, dass „zu den genauen werden bekanntlich die gerechnet, welche alle sätze haarscharf beweisen: mathematik, chemie, physik, alle deren versuche ohne solche schärfe gar nicht fruchten. zu den ungenauen wissenschaften hingegen gehören gerade die, denen wir uns hingegeben haben und die sich in ihrer praxis so versteigen dürfen, dass ihre fehler und schwächen möglicherweise lange zeit gelitten werden bis sie in stetem fortschritt aus fehlern und mangeln immer reiner hervorgehen: geschichte, sprachforschung, selbst poesie ist eine allerdings ungenaue wissenschaft.“

Grimm spricht im Folgenden noch weitere Aspekte und Kriterien der Unterscheidung zwischen genauen und ungenauen Wissenschaften an.

Doch dann bricht er die differenzierende Argumentation abrupt ab: „doch genug der nachtheile sind hervorgehoben, denen wir [also die ungenauen Wissenschaften] unterworfen sind, [...]“ Vielmehr will er jetzt vorführen, „worin sich unsere wissenschaft erhebt und allem zeitgeist zum trotz einer tieferen wirkung zu

² Engl. 1959, dt. 1967.

³ Vgl. dazu Theo Stamm (Hrsg.): *Eine, zwei oder viele Kulturen des Wissens?*, Würzburg 2000.

erfreuen hat.“ Das heißt, es geht ihm jetzt darum, den besonderen Wert der ungenauen Wissenschaften aufzuzeigen und argumentativ zu begründen.

Und dann holt Grimm aus, um die Überlegenheit und den Wert der „ungenauen Wissenschaften“ aufzuzeigen; er bemüht dafür bemerkenswerterweise kein im engeren Sinne wissenschaftliches, sondern ein politisches Argument: „wir stehen viel fester auf dem boden des vaterlandes und schlieszen uns inniger an alle heimischen gefühle.“ Und er hebt als eigentümliche Leistung der ungenauen Wissenschaft in diesem patriotischen Kontext die „schöpferische(n) kraft darstellender rede“ hervor. Derartiges vermögen die genauen Wissenschaften nicht zu bieten. Wohl aber die Geschichtswissenschaft: „wir meinen, dasz jede entdeckung in der vaterländischen geschichte dem vaterland unmittelbar zu statten kommen werde.“ Grimm rechnet auch Wirkung und Bedeutung der Poesie, der alten wie der neuen, zu den Leistungen der ungenauen Wissenschaften. Seine Ausführungen zum Patriotismus und Nationalismus der Sprach- und Geschichtswissenschaften werden immer enthusiastischer und gefühlsbetonter. So vermag er den Wert der ungenauen Sprach- und Geschichtswissenschaften aus ihrem Patriotismus zu begründen. Es ist verständlich, dass Grimm in diesem Zusammenhang der Sprachforschung besonderen Ruhm zuerkennt. Denn: „gelingt ihr einmal ihre arbeit vollständiger, so wird sich auch da ein hintergrund erheben, auf den das vaterland mit stolz zurückschauen darf, weil alle denkmäler unserer vorzeit nicht bloz die gegenwart nähren, sondern auch in die zukunft reichen sollen.“ Darin begründet sich der große Wert von Sprache und Dichtung, aber auch von Geschichte als ungenaues Wissen, das in seiner emotional-patriotischen und politischen Wirkung den genauen Wissenschaften überlegen ist. Grimm sieht darin auch den einfachen Schlüssel dafür, dass „freilich fast bloz in gegenwart eines deutschen publicums, vorbehalten und verliehen sein dürfte, anhaltendere theilnahme und befriedigung hervorzurufen.“

III.

Man darf nicht vergessen, dass dieser Text eine wissenschaftspolitische Debatte zur Zeit der Reichsgründung Bismarcks (1871) zum Grunde hatte und dass die eben errungene nationale Identität der Deutschen im Deutschen Reich auch die wissenschaftliche Kultur prägte. Nur so kann man verstehen, dass sich im Denken von Jacob Grimm der „Werth“ der Geistes- und Kulturwissenschaft aus ihrer vermeintlichen Leistung für die patriotische oder nationale Sache ergab.

Während der Charakter der „genauen Wissenschaften“, wie damals die vor ihrem Aufstieg stehenden Forschungsdisziplinen der Physik und Chemie internationale Geltung besaßen und so der Menschheit im Ganzen gehörten und nützten, wurde der Charakter der „ungenauen Wissenschaften“ als national und patriotisch eingeschätzt. Das Paradigma des Nationalen und Patriotischen hatte selbst in der

Bewertung der Wissenschaften vorrangige Geltung, eine für heutige Verhältnisse ziemlich problematische Einstellung!

Jacob Grimm: Über den Werth der ungenauen Wissenschaften⁴

Lichtenberg bringt die wissenschaften unter vier klassen. in die erste stellt er die ehre verleihen, in die zweite die brot verleihen, in die dritte die ehre und brot verleihen, endlich in die vierte die weder ehre noch brot verleihen. sein witz spielt aber in den ausführungen. die brotwissenschaft ist auch nicht einmal seine eigene erfingung, sondern ein lange vor ihm gangbarer ausdruck, davon hergenommen, dasz die, welche statt die heerde zu weiden oder zu pflügen ihren gedanken nachhängen wollen, wol einsehen, dasz um ihr brot zu essen, sie ein amt auf sich zu nehmen haben, das ihnen brot verleiht. nach des amtes glücklicher erlangung begegnet es aber vielen, dasz sie ihre wissenschaftlichen gedanken wieder fahren lassen, und die vorzeit war gewisz besser, wo noch niemand nach solchen ämtern trachtete.

Man weisz auch, wie die studenten auf der universität unterscheiden: sie haben zweierlei wissenschaft, solche die sie testiert erhalten müssen, und andere wo das nicht nothwendig ist; darnach richtet sich dann ihre neigung zur annahme und zum besuch der einzelnen vorlesungen. es ist aber viel freier und schöner diesen unterschied zu verkennen, sich gehn zu lassen und blind in den tag hinein zu studieren, dessen licht genug augeneröffnende kraft hat; rechte wissenschaft gleicht dem tag.

Aber auch auf diese falsche unterscheidung wollte ich nicht eingehen, mich vielmehr hier an die von Franzosen aufgebrachte zwischen exacten und inexacten wissenschaften halten, warum soll ich nicht lieber deutsch sagen? zwischen den genauen und ungenauen wissenschaften. zu den genauen werden bekanntlich die gerechnet, welche alle sätze haarscharf beweisen: mathematik, chemie, physik, alle deren versuche ohne solche schärfe gar nicht fruchten. zu den ungenauen wissenschaften hingegen gehören gerade die, denen wir uns hingegeben haben und die sich in ihrer praxis so versteigen dürfen, dasz ihre fehler und schwächen möglicherweise lange zeit gelitten werden bis sie in stetem fortschritt aus fehlern und mängeln immer reiner hervorgehen: geschichte, sprachforschung, selbst poesie ist eine allerdings ungenaue wissenschaft. ebenso wenig anspruch auf volle genauigkeit hat das der geschichte anheim gefallene recht und ein urtheil der jury ist kein rechenexempel, sondern nur schlichter menschenverstand, dem auch

⁴ Abdruck des Textes aus: Jacob Grimm: Über den Werth der ungenauen Wissenschaften. Vortrag auf dem ersten Germanistentag in Frankfurt, übernommen in: Jacob Grimm: *Kleinere Schriften*. Bd. VII., Berlin 1884 (Nachdruck Hildesheim 1966), S. 563–566.

irrtum mit unterläuft. im krieg hat den exacten grundsatz die artillerie zu vertreten, wogegen von der cavallerie nicht verlangt wird, es mit dem einhauen, wenn sie dazu kommt, genau zu nehmen.

Den genauen wissenschaften schlägt noch etwas anderes zum vorthail aus: sie lösen die einfachsten urstoffe auf und setzen sie neu zusammen. alle hebel und erfindungen, die das menschengeschlecht erstaunen und erschrecken, sind von ihnen allein ausgegangen, und weil ihre anwendungen schnell gemeingut werden, so haben sie für den groszen haufen den gröszten reiz.

Viel sanfter und zugleich viel träger ziehen die ungenauen wissenschaften nach sich, es gehört schon eine seltnere vorrichtung einzelner naturen dazu, um sie an deutsche geschichte oder an die untersuchung deutscher sprache innig zu fesseln, während wir die hörsäle der chemiker und physiker wimmeln sehen von einer dem zeitgeist auch unbewust huldigenden jugend. und doch stehn die philologen und historiker an fülle der combination den gewandtesten naturforschern nicht eben nach; ich finde sogar, dasz sie den schwierigsten wagstücken mutvoll entgegengehen, dasz umgekehrt die exacte wissenschaft einer reihe von räthseln ausweicht, deren lösung noch gar nicht herangekommen ist. oder kann sie uns zum beispiel erklären, wie sich aus der pflanze allmählich eine andere mit verschiedner farbe und verschiedenem duft entwickelt? aber die schüler, wenn die spitzen historischer ergebnisse nicht selten unbemerkt an ihnen vorübergehen, bemächtigen sich viel leichter aller physikalischen lehre.

Doch genug der nachtheile sind hervorgehoben, denen wir unterworfen sind, ich will auch laut werden lassen, worin sich unsere wissenschaft erhebt und allem zeitgeist zum trotz einer tieferen wirkung zu erfreuen hat. wir stehn viel fester auf dem boden des vaterlandes und schlieszen uns inniger an alle heimischen gefühle. alle erfindungen, die das menschengeschlecht entzücken und beseligen, sind von der schöpferischen kraft darstellender rede ausgegangen.

Der chemische tiegel siedet unter jedem feuer und die neu entdeckte mit kaltem lateinischen namen getaufte pflanze wird auf gleicher klimatischer höhe überall erwartet; wir aber freuen uns eines verschollenen ausgegrabenen deutschen worts mehr als des fremden, weil wir es unserem land wieder aneignen können, wir meinen, dasz jede entdeckung in der vaterländischen geschichte dem vaterland unmittelbar zu statten kommen werde. die genauen wissenschaften reichen über die ganze erde und kommen auch den auswärtigen gelehrten zu gute, sie ergreifen aber nicht die herzen. die poesie nun gar, die entweder keine wissenschaft genannt werden darf oder aller wissenschaften wissenschaft heissen musz, weil sie gleich der leuchtenden sonne in alle verhältnisse des menschen dringt, die poesie fährt nicht auf brausender eisenbahn, sondern strömt in weichen wellen durch die länder, oder ertönt im liede, wie ein dem wiesenthal entlang klingender bach; immer aber geht sie aus der heimatlichen sprache und will eigentlich nur in ihr verstanden sein. ich darf auch fragen, ob einer unserer naturforscher Deutsch-

land jemals so aufgebaut hat, wie es Göthe und Schiller thaten? einer unter uns, der gestern etwas kleines hervorheben mochte, dasz ich einmal über die poesie im recht geschrieben habe, dessen lieder längst im munde des volks gehen, hat sich eben der altgesungenen volkslieder mit so gewissenhaftem bedacht und fleisz angenommen, dasz nun diese sammlung wie ein vollendeter saal in unserer vorzeit steht und kommenden geschlechtern überliefert werden wird. ist es nicht schön dieses saals bauherr zu sein? zwei berühmte geschichtsforscher, welche in unserm kreise niedersitzen, wie mannichfach haben sie durch ihre schriften das deutsche gemüt erhoben; wie ist von einem anderen freunde mit tieferen blicken als sie bisher gethan waren in das innerste der geschichte unserer literatur eingedrungen worden, so dasz ihre vorher auf wenige leute eingeschränkte kenntnis jetzt um sich zu greifen und tausende zu erfreuen beginnt. auch die sprachforschung darf sich einen geringen theil dieses ruhmes aneignen, weil sie es versuchte aus den deutschen wörtern, denen man wenig grammatisches feuer zutraute, funken zu schlagen, und die einfachsten beobachtungen im eignen hause zu halten an die, welche man längst gewohnt war fast nur fremden stoffen abzugewinnen. gelingt ihr einmal ihre arbeit vollständiger, so wird sich auch da ein hintergrund erheben, auf den das vaterland mit stolz zurückschauen darf, weil alle denkmäler unserer vorzeit nicht blosz die gegenwart nähren, sondern auch in die zukunft reichen sollen. den groszen werth dieses in sprache und dichtung der heimat ruhenden besitzthums müssen lebhaft fühlen die, welche sich seiner zu enttäusern bewogen sind. ich denke an deutsche auswanderer, die schon zehn jahre lang in ununterbrochenen zügen nach Amerika überfahren; wäre nicht ausführbar und heilsam, dasz maasregeln berathen und berathene getroffen würden, um auch unter ihnen an der neuen stätte, die sie sich erwählen, althergebrachte sprache und dadurch warmen zusammenhang mit dem mutterlande zu bewahren? so blühte in den griechischen colonien griechische sprache und literatur und so ist auch dem Nordamerikaner die ganze fülle englischer dichtung und geschichte jederzeit offen geblieben, gleichsam als die des eignen alterthums. fortwährend, auch nach beider politischer trennung, ruht die stärke Amerikas in dem mütterlichen England. colonien heissen uns pflanzungen, ja diese kräftige tief in Europa wurzelnde pflanze hat ihren samen über das weite meer in die neue welt fruchtbar entsandt. unsere naturforscher zählen die blätter und staubfäden zahlloser kräuter, ordnen unendliche reihen aller geschöpfe: was ist aber erhebender und betrachtungswerther als das wunder der schöpfung, das über die ganze erde sich ausbreitende menschengeschlecht, das eine überreiche geschichte seiner entfaltung und seiner thaten aufzuweisen hat? darf die gliederung seiner gleichfalls in unendlichen zungen und mundarten gespaltenen rede nicht noch mit stärkerer gewalt an uns treten und unsere wissenschaft auffordern als die glänzendste entdeckung neuer arten von polythalamien und bacillarien? das menschliche in sprache, dichtung, recht und geschichte steht uns näher zu herzen als thiere, pflanzen und elemente;

mit denselben waffen siegt das nationale über das fremde. hierin liegt zugleich der einfache schlüssel, warum, ohne den erfolgen der tonangebenden versammlungen deutscher naturforscher und classischer philologen im geringsten nahe zu treten, unsern zusammenkünften, freilich fast bloß in gegenwart eines deutschen publicums, vorbehalten und verliehen sein dürfte, anhaltendere theilnahme und befriedigung hervorzurufen.

MELDUNGEN AUS DEM IEK

In memoriam Inge Keil (†)



Inge Keil (1929–2010)

Gänzlich unerwartet ist Frau Dipl.-Math. Inge Keil am 21. Juli 2010 im Alter von 81 Jahren verstorben. Die Mathematiklehrerin erforschte, angeregt durch die Fernrohre der Schulsternwarte des Gymnasiums bei St. Anna und entsprechende Aktivitäten ihres Mannes, maßgeblich auch in Verbindung mit dem IEK, beharrlich und akribisch die Geschichte der Augsburger Astronomie, Optik und Instru-

mentenkunde und wurde dadurch die nicht nur national, sondern auch international anerkannte, zu zahllosen Vorträgen und Publikationen eingeladene, beste Kennerin dieser Materie. Aus ihrer Feder sind im Rahmen der Institutsreihe *Colloquia Augustana* die bahnbrechende Monographie *Augustanus Opticus. Johann Wiesel (1583–1662) und 200 Jahre optisches Handwerk in Augsburg* (2000; Bd. 12) und im Rahmen der Institutsreihe *Documenta Augustana* die Quellenedition *Von Ocularien, Perspicillen und Mikroskopen, von Hungersnöten und Friedensfreuden, Optikern, Kaufleuten und Fürsten. Materialien zur Geschichte der optischen Werkstatt von Johann Wiesel (1583–1662) und seiner Nachfolger in Augsburg* (2003; Bd. 13) erschienen. Ihrer freien Forschungsarbeit ist zu verdanken, dass die europäische Bedeutung der frühneuzeitlichen Augsburger Optik überhaupt erst erkannt wurde und detailliert nachgewiesen werden konnte. Als Ideen- und Ratgeberin, Vermittlerin einschlägiger Kontakte und kritische Gesprächspartnerin stand sie dem IEK stets zur Verfügung und sorgte sie so maßgeblich dafür, dass die naturwissenschaftlich-technikgeschichtlichen Dimensionen der europäischen Kulturgeschichte nicht vergessen wurden. Dabei blieb sie persönlich stets bescheiden und zurückhaltend, allerdings ohne zu verhehlen, dass sie sich ihren kritischen Blick auf die Skurrilitäten und Auswüchse des akademischen Geschäftes stets bewahrte. Das IEK wird ihr Andenken ehrend bewahren und empfindet die von ihrem Tod gerissene Lücke als schmerzhaft.

Wolfgang E. J. Weber

Mitgliederzugänge am IEK

Prof. Dr. Franz Körndle, Professor für Musikwissenschaft an der Universität Augsburg, Mitglied des IEK seit Juli 2010.

Prof. Dr. Uwe Voigt, Ordinarius für Philosophie mit Schwerpunkt analytische Philosophie und Wissenschaftstheorie an der Universität Augsburg, Mitglied des IEK seit Juli 2011.

60. Geburtstag Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber

Im August 2010 beging das IEK den 60. Geburtstag seines Direktors und Geschäftsführenden wissenschaftlichen Sekretärs, Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber. Zu diesem Anlass edierten der langjährige Direktor des IEK und emeritierter Ordinarius für die Geschichte der Frühen Neuzeit, Prof. Dr. Johannes Burkhardt, und der Wissenschaftliche Koordinator des IEK, Dr. Stefan Paulus, die einschlä-

gigsten Veröffentlichungen Webers in Form einer Festschrift (vgl. S. 148 in diesem Heft). Die Übergabe fand im Rahmen des Festaktes in den Räumlichkeiten des IEK statt. Wir drucken den in der Augsburger Allgemeinen Zeitung am 9. August 2010 erschienenen Bericht ab:

„Die Seele des Instituts“

„Ohne ihn liefe der Laden nicht.“ Was der Historiker Prof. Wolfgang Reinhardt aus der Distanz über seinen Schüler, Professor Wolfgang E. J. Weber, rühmend sagte, konnten die Augsburger Kollegen zu dessen 60. Geburtstag bestätigen. Weber ist zum Motor des Instituts für Europäische Kulturgeschichte (IEK) der Universität geworden. Er habe den „unaufhaltsamen Aufstieg“ des IEK angetrieben. Zum Zeichen ihrer Wertschätzung überraschten sie den Jubilar mit einer Buchausgabe ausgewählter Aufsätze von ihm.

Wolfgang E. J. Weber sei eine Neukonzeption der politischen Ideengeschichte zu verdanken, sagte Prof. Johannes Burkhardt, der ehemalige Ordinarius für Geschichte der Frühen Neuzeit, der mit Stefan Paulus den Band herausgab. Nur für seine Habilitation „Prudentia gubernatoria“ über die staatsmännische Klugheit habe er 50 lateinische Werke der frühen Neuzeit analysiert. Webers umfassende Kenntnis der Texte dieser Epoche habe zu einer Vielzahl wegweisender Publikationen geführt, sagte Burkhardt.

„Er steht stets für höchste Qualität“, zitierte der Sprecher der Historiker, Prof. Gregor Weber, des Jubilars südbadischen Landsmann [den Fußball-Bundestrainer] Joachim Löw. Weber bilanziere die Epoche als Theoretiker mit spitzer Feder, er finde zu hoher begrifflicher Präzision und konzeptioneller Durchdringung. Ihn erreichen zahlreiche Anfragen für Vorträge im In- und Ausland. Romanist Prof. Reinhold Werner gratulierte namens der Philologisch-Historischen Fakultät. Dreierlei sei Webers beharrlichem Einsatz für das IEK und seinem „kompetenten, stets unaufgeregten und geduldigen Wirken“ zu verdanken: wissenschaftlicher Prestigegewinn für die Uni, beachtliche organisatorische Leistungen und hervorragende Beiträge zur Lehre.

Weber wirkt seit über 30 Jahren an der Uni Augsburg, er hat das IEK als geschäftsführender wissenschaftlicher Sekretär maßgeblich mitgestaltet und am Aufbau neuer Studiengänge im Fach Europäische Kulturgeschichte mitgearbeitet. (loi)

AKTUELLE FORSCHUNG

Orient in Augsburg. Zur Entwicklung einer Forschungsperspektive

Als Römerstadt, Knotenpunkt des mediterran-nordalpinen Austausches, Bischofs- und Residenzstadt sowie frühneuzeitliche Kommunikationsmetropole von europäischer Bedeutung war Augsburg schon von Anfang an am west-östlichen Transfer von Objekten und Informationen beteiligt, der auf Handel, Reisen und Expansionsvorgängen beruhte. Nach dem Statuswechsel zur Provinzhauptstadt nahm es an den entsprechenden Aktivitäten Bayerns und dann des Deutschen Reiches teil, wobei vor allem die Entwicklung zur Industriemetropole als Bedingung zum Tragen kam. Dieses Merkmal bildete auch den maßgeblichen Hintergrund für die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einsetzende Immigration vor allem aus der Türkei, dann auch anderen Ländern und Regionen derjenigen Weltteile, die bis heute von der europäischen Warte aus als Orient gelten und den Austausch wie die wechselseitigen Wahrnehmungen, Einschätzungen und Verhaltensgestaltungen auf eine völlig neue Grundlage stellte und weiterhin stellt. Hinzu kommt die Verdichtung der Kommunikation in jeder Hinsicht im Zuge der Globalisierung insbesondere seit um 1990.

Dem Beginn, der Entwicklung und den wechselnden Erscheinungsformen des damit in Texten, Objekten, Bildern, Ensembles und anderen Medien greifbaren Orients in Augsburg näher auf die Spur zu kommen und ihn epochenübergreifend zu rekonstruieren, markiert einen neuen, bisher noch nirgends erprobten, innovativen stadtgeschichtlich-stadtkulturellen Forschungsansatz. Aus dem bisher aus Mitteln der Universität Augsburg und unter Unterstützung durch dessen Kompetenzzentrum Bildung und Kultur geförderten Projekt ist bereits eine fortlaufend aktualisierte Dokumentation hervorgegangen. Demnächst werden erste Veröffentlichungen vorgelegt und entsprechende Tagungsaktivitäten unternommen werden.

Projektleiter und Ansprechpartner: Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber

Projektmitarbeiterin: Babette Gräper, B.A.

Aktivitäten der ÜEF-Projektmitarbeiter 2010/11

Frühneuzeitliche Wege der Selbstbefriedung, die weit in die jüngste Geschichte hineinwirken

Am IEK zogen am 1. und 2. Dezember 2010 die an dem Verbundprojekt ‚Übersetzungsleistungen von Diplomatie und Medien im vormodernen Friedensprozess‘ (ÜEF) beteiligten Forscherinnen und Forscher des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz, der Staatsgalerie Stuttgart und des IEK eine Zwischenbilanz

ihrer bisherigen Arbeit und entwickelten neue Untersuchungsperspektiven. Die in Augsburg erarbeitete Dokumentation der Verhandlungs- und Vertragssprachen von mehr als 2000 Friedensschlüssen zwischen 1450 und 1789 wurde weiter vervollständigt und analysiert. Die Untersuchung der wechselnden Anforderungen an Diplomaten, einschlägige Sprachen zu beherrschen, und der komplizierten Entstehung des Dolmetscherwesens erfuhr weitere Vertiefung. Andere Teilprojekte des von den Augsburger Professoren Johannes Burkhardt (em. Ordinarius für Geschichte der Frühen Neuzeit) und Wolfgang E. J. Weber (Geschäftsführender Direktor des IEK) geleiteten Unternehmens legten neue Erkenntnisse zur Verbreitung der Friedensverträge in der europäischen Öffentlichkeit, zu deren politisch-juristischer Verarbeitung und Tradierung, zur Entstehung, Erscheinungsform und Wirkung bestimmter Vertragssammlungen sowie zum Alltag und zur professionellen Tätigkeit der Diplomaten vor.

Schon seit 1500 die Angelegenheit von Expertengruppen

Die wichtigsten frühneuzeitlichen europäischen Friedenssprachen waren nach diesen systematisch und exemplarisch erarbeiteten Befunden Latein und Französisch, aber auch Deutsch. Neben einsprachigen und in den Sprachen der jeweils Beteiligten je spezifisch ausgefertigten Verträgen gab es auch eine hohe Zahl von Friedensvereinbarungen, die in eigenen Textspalten zwei Vertragssprachen einander gegenüberstellten. Die Kenntnis der großen Friedensschlüsse zumindest bei den europäischen Eliten war größer als vielfach vermutet. Sie wurde auch durch entsprechende bildliche Darstellungen unterstützt. Schon früh entstanden effizienzträchtige Verfahren, Regeln und Muster der Friedensstiftung und der Friedensvertragsformulierung. Diplomatie, Übersetzung und Friedenskommunikation wurden schon seit um 1500 routinisiert und professionalisiert und somit zu Angelegenheiten von Expertengruppen. Während anfangs die zeremonielle Bestätigung des Konfliktendes und der damit verknüpften Regelungen im Vordergrund stand, kam es später zunehmend stärker auf die politisch-rechtlichen Vereinbarungen und damit den Vertragstext in seinem genauen Wortlaut selbst an, ohne dass auf feierliche Unterzeichnungen, öffentliche Bekanntmachung und ästhetisch-symbolische Gestaltung der jeweiligen Verträge vollständig verzichtet wurde.

Bis in die Gegenwart hineinwirkende Mittel der Selbstbefriedung

Davon erhalten haben sich bis heute z. B. die feierliche Inszenierung von Vertragsabschlüssen und die Unterzeichnung derartiger Verträge mit besonders kostbarem Schreibgerät. „Europa“, so Weber, „verstand es trotz seiner vielfältigen herrschaftlichen und konfessionellen Zerrissenheit bereits in der Frühen Neuzeit also, sich Wege und Mittel der Selbstbefriedung zu erarbeiten, die weit in die

jüngste Geschichte hinein wirkten, auch wenn sie unserem historischen Gedächtnis schon fast entschwunden sind.“

Prof. Dr. Johannes Burkhardt

Frieden durch Sprache?

Zum Workshop ‚Frieden durch Sprache‘, ausgerichtet vom Institut für Europäische Geschichte Mainz vom 1.–3. September 2010, gab Johannes Burkhardt in einem Öffentlichen Abendvortrag unter dem Titel ‚Sprachen des Friedens und Friedenssprachen: die kommunikativen Dimensionen des vormodernen Friedensprozesses‘ eine Einführung in die Thematik. Auswahl, Verwendung und Wirkung verschiedenen Sprachen in frühneuzeitlichen Friedensschlüssen wurden dabei auf die Frage nach der kommunikativen Dimension eines gemeinen europäischen Sprachsystems untersucht.

Die Sprache des Konflikts?

In einem Radiointerview mit Stefan Gerich in DRadio Wissen (<http://wissen.dr.radio.de/>) vom 2. September 2010 mit dem Titel ‚Die Sprache des Nahostkonflikts‘ antwortete Johannes Burkhardt auf Fragen bezüglich der Sprache in Kriegs- und Friedensverhandlungen der Frühen Neuzeit, indem er die geschichtswissenschaftlichen Erkenntnisse zur Wahl einzelner Sprachen in vormodernen Friedensverhandlungen und -abschlüssen in Vergleich setzte zu den aktuellen Geschehnissen in den palästinensisch-israelischen Friedensbemühungen.

PD Dr. Kay Jankrift

Die Darstellung des Eigenen und des Fremden in den Werken des arabischen Diplomaten Usāma ibn Munqid (1095–1188) und des syrisch-orthodoxen Universalgelehrten Gregorius Bar Hebraeus (1225/26–1286) standen im Mittelpunkt des Vortrages von Kay Jankrift auf der Internationalen Tagung ‚Macht und Spiegel der Macht. Herrschaft in Europa im 12. und 13. Jahrhundert vor dem Hintergrund der Chronistik‘ im DHI Warschau (10.–13. März 2011).

Auf einer weiteren Tagung in Thorn ‚Konfliktbewältigung und Friedensstiftung im Mittelalter. 3. Deutsch-Polnisches Mediävistentreffen‘ (26.–28. Mai 2011) referierte Kay Jankrift über Christlich-muslimische ‚Friedensverträge‘ und ihre Unterhändler. Durch die Vorgaben des Qur‘ān war ein Frieden auf Augenhöhe zwischen Muslimen und Andersgläubigen nicht möglich, so dass die Vertragsabschlüsse, wie Kay Jankrift an vielfältigen Beispielen zeigte, Besonderheiten in der

Formulierung und Darstellung im Gegensatz zu denen zwischen christlichen Vertragsbeteiligten aufwies. Der Vortrag wird nächstes Jahr publiziert werden. Über die Arbeit der Gesandten in Befriedigungsprozessen sprach Kay Jankrift auf der Internationalen Tagung ‚Religion and Peace in Monotheistic Traditions‘ in Jerusalem (29. Mai – 2. Juni 2011). Sowohl die soziale und kulturelle Herkunft der Verhandelnden als auch die Sprachwahl der Verhandlungen und des Vertrages selbst waren in den Friedensverhandlungen des frühneuzeitlichen Europas von entscheidender Bedeutung. Auch dieser Vortrag wird nächstes Jahr gedruckt erscheinen.

Dr. des. German Penzholz

Einen Teilbereich seiner Forschungen stellte German Penzholz auf der am 18./19. November 2010 stattgefundenen Tagung ‚Die gesammelte Welt. Wissensformen und Wissenswandel in Zedlers „Universal-Lexicon“ in Wolfenbüttel vor. Er wies in seinem Vortrag auf den breiten Raum hin, den Friedensverträge und Friedensvermittlung im Lexikon einnehmen, und den ökonomischen Hintergrund, der zur vermehrten Behandlung der Friedensverträge geführt hatte. Die Beiträge der Tagung werden als Sammelband Anfang kommenden Jahres im Harrassowitz Verlag publiziert werden.

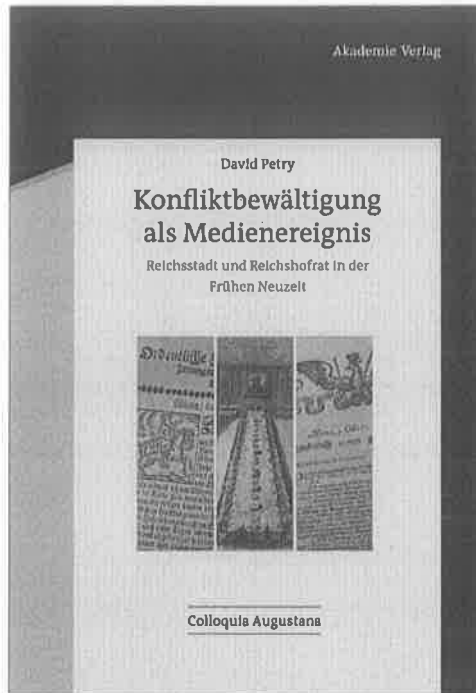
Benjamin Durst M.A.

Auf dem 13. Internationalen Kongress zur Erforschung des 18. Jahrhunderts in Graz, 25.–29. Juli 2011, referierte Benjamin Durst zum Thema ‚Von der Ordnung der Verträge zur Ordnung der Staaten: Interdependenzen zwischen Informationsmanagement, politischer Theorie und Friedensdiskurs im 18. Jahrhundert‘. Der Vortrag untersuchte anhand ausgewählter frühneuzeitlicher Vertragssammlungen und Nachschlagewerke Wechselwirkungen zwischen gängigen Formen des Informationsmanagements auf der einen und der Wahrnehmung von und Auseinandersetzung mit zwischenstaatlicher Politik und dem Friedensproblem im 18. Jahrhundert auf der anderen Seite.

Weiterführende Informationen zum Verbundprojekt ‚Übersetzungsleistungen von Diplomatie und Medien im vormodernen Friedensprozess‘ finden Sie unter <http://www.uebersetzungsleistungen.de/>.

Neuerscheinungen aus dem IEK

David Petry: Konfliktbewältigung als Medienereignis. Reichsstadt und Reichshofrat in der Frühen Neuzeit (= Colloquia Augustana Bd. 29). Berlin: Akademie Verlag 2011. 249 S. 59,80 €. ISBN 978-3-05-004939-7. Erscheint 12/2011.



Im 18. Jahrhundert kam es in zahlreichen Reichsstädten zu einer Welle von teils spektakulären und mitunter gewalttätigen Verfassungskonflikten, die oftmals vor dem Wiener Reichshofrat verhandelt und friedlich geschlichtet wurden. Den zeitlichen Schwerpunkt der Untersuchung bildet die Regierungszeit Karls VI. (1711–1740), den räumlichen die süddeutschen Reichsstädte, vor allem Augsburg und Nürnberg.

Der Autor kann aufzeigen, wie die reichsstädtischen Reichshofratsprozesse zu frühneuzeitlichen Medienereignissen wurden. Er untersucht dazu die Kommunikationskanäle, die eingesetzten Medien und die personellen Verflechtungen

zwischen Reich und Region. Die Medienstrategien der Prozessparteien werden ebenso analysiert wie die mediale Selbstinszenierung der kaiserlichen Gerichtsbarkeit. Seine Untersuchung der zeitgenössischen Publizistik macht deutlich, dass das frühe 18. Jahrhundert eine Phase des Medienwandels hin zu einem verstärkten Gebrauch der Druckmedien war.

Oswald Bauer: Zeitungen vor der Zeitung. Die Fuggerzeitungen (1568–1605) und das frühmoderne Nachrichtensystem (= Colloquia Augustana Bd. 28). Berlin: Akademie Verlag 2011. 436 S., 89,80 €. ISBN 978-3-05-005158-1.



Als wichtigstes europäisches Kommunikationszentrum nimmt Augsburg zu Beginn der Neuzeit eine herausragende Stellung ein. Bedeutende Handelshäuser wie das der Fugger nutzten die Infrastruktur der Post zur zeitnahen Kommunikation mit ihren Filialen. Aktuelle Berichte jedweder Art aus allen Regionen Europas liefen so in Augsburg zusammen.

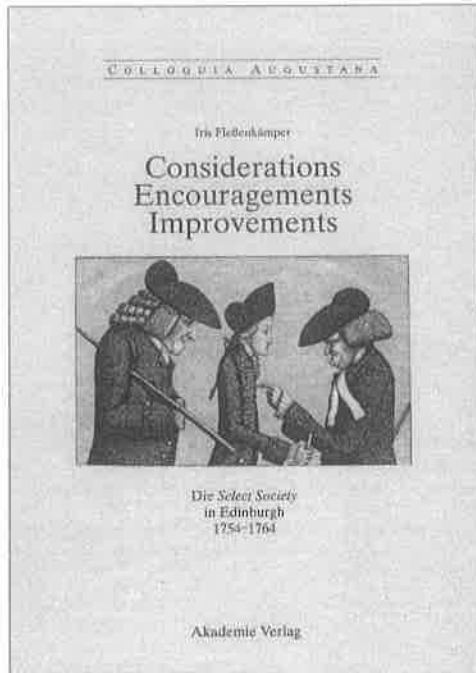
Mit den sogenannten Fuggerzeitungen (1568–1605) ist eine besonders eindrucksvolle Sammlung überliefert. Sie beinhaltet über 16 000 handschriftliche Nachrichten aus ganz Europa und den überseeischen Kolonien in Amerika und Indien.

Die vorliegende Studie analysiert den Inhalt dieser

Nachrichten und geht der Frage nach, zu welchem Zweck sie eingefordert, gesammelt und aufbewahrt wurden. Dabei zeigt sich, dass die Fuggerzeitungen nur zu einem geringen Teil wirtschaftliche Informationen enthielten. Weitaus umfangreicher waren politische und militärische Nachrichten.

Am legendären Beispiel der Fuggerzeitungen entwickelt dieses Buch ein spannendes Bild des frühneuzeitlichen Nachrichtenwesens an der Schwelle zur Etablierung der europäischen Zeitungslandschaft. Die Erschließung der Organisationsstrukturen und die Vorstellung seiner Akteure führt erstmals die Leistung der Fuggerzeitungen für den Aufbau einer neuzeitlichen Informationskultur vor Augen.

Iris Fleßenkämper: Considerations – Encouragements – Improvements. Die *Select Society* in Edinburgh 1754–1764. Soziale Zusammensetzung und kommunikative Praxis einer schottischen Gelehrten-gesellschaft zur Zeit der Aufklärung (= Colloquia Augustana Bd. 27). Berlin: Akademie Verlag 2010. 399 S., 69,80 €. ISBN 978-3-05-004476-7.



Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern im Zeitalter der Aufklärung auch entwickelte sich in Schottland eine eigene Gelehrtenkultur, die vor allem im Sozietätswesen ihren geselligen Mittelpunkt fand. Die *Select Society of Edinburgh* (1754–1764) gehörte zu den bekanntesten Gelehrten-gesellschaften ihrer Zeit. Hier schlossen sich die damals führenden Köpfe der schottischen Aufklärung – unter ihnen David Hume, Adam Smith, William Robertson und Adam Ferguson – auf formal egalitärer Basis zusammen, um sich in Wissensfragen auszutauschen. Im Einklang mit einer neuen Sozial- und Kulturgeschichte des Wissens geht die Au-

torin der Frage nach, welche Auswirkungen die Kommunikationsformen und sozialen Strukturen der Sozietät auf die Genese und Verbreitung neuer Ideen und Wissenskonzepte im 18. Jahrhundert hatten. Über einen engeren sozietätsgeschichtlichen Rahmen hinaus gibt die Arbeit daher auch Aufschluss über die sozialen Entstehungsbedingungen der schottischen Aufklärung.

Wolfgang E. J. Weber: Die Lehre von der Herrschaft. Voraussetzungen, Erscheinungsformen und Wirkungen frühneuzeitlicher Politikdiskurse. Ausgewählte Aufsätze zu seinem 60. Geburtstag herausgegeben von Johannes Burkhardt und Stefan Paulus. Augsburg: Wißner Verlag 2010. 288 S., 19,80 €. ISBN 978-3-89639-784-3.



Über seine in Augsburg bekannten wissenschaftsorganisatorischen Fähigkeiten hinaus hat Wolfgang Weber stets auch seinen eigenen wissenschaftlichen Ansatz eingebracht und verfolgt, mit dem er auf deutschen, europäischen und internationalen Tagungen zum gefragten Impulsgeber und Experten der Wissenschafts- und Politikgeschichte der Frühen Neuzeit und des 19. Jahrhunderts geworden ist, wie zahllose Vorträge, Beiträge und Abhandlungen des eindrucksvollen Schriftenverzeichnisses in diesem Band belegen.

Der wissenschaftliche Ausgangspunkt des Jubilars war eine Neukonzeption der politischen Ideengeschichte, die von den Produzenten und Rezipienten sowie den

verarbeiteten Problemen und ihrer praktischen Verwertung her erschlossen werden soll und sich heute mit vielen Richtungen der Kultur und Kommunikationsgeschichte kreuzt.

Zur feierlichen Übergabe der Festschrift an den Jubilar siehe auch S. 138f. in diesem Heft.

Werner Lengger, Stefan Paulus, Wolfgang E. J. Weber (Hg.): **Stätte des Wissens. Die Universität Augsburg 1970–2010: Traditionen, Entwicklungen, Perspektiven.** Regensburg: Schnell & Steiner 2010. 352 S., 240 z. T. farb. Abb., gb., 19,90 €. ISBN 978-3-7954-2229-5.



Im Jahre 2010 beging die Universität Augsburg ihr 40. Gründungsjubiläum. Ausgewiesene Experten und Zeitzeugen schildern in dem reich bebilderten Band erstmalig den Weg der schwäbischen Alma Mater von frühen Gründungsplänen nach 1945 bis hin zur heute international anerkannten „Stätte des Wissens“.

Vor dem Hintergrund der reichen Wissenschaftstradition Augsburgs und Bayerisch-Schwabens sowie der zeitgenössischen Bildungs- und Infrastrukturpolitik widmen sich die Autoren der komplexen Gründungsgeschichte der fünften bayerischen Landesuniversität.

Obgleich diese auch nach ihrer Gründung noch ein Schauplatz erbitterter hochschulpolitischer Auseinandersetzungen blieb, entwickelte sie sich über die Jahrzehnte hinweg zu einer international angesehenen Universität.

Neben den historischen Hintergründen und Entwicklungen liegt ein weiterer Schwerpunkt des Bandes auf der architektonischen Gestalt der Universität von ihren Anfängen in angemieteten Provisorien bis hin zu den aktuellen Neubauten auf dem Universitätscampus. Abgerundet wird der Band durch die Berichte prominenter Zeitzeugen, wie beispielsweise des langjährigen Bayerischen Kultusministers Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hans Maier.

BUCHREZENSIONEN

Raimund Schulz: Kleine Geschichte des antiken Griechenland, Stuttgart: Philipp Reclam jun. 2008. ISBN 978-3-15-010679-2. 464 S. 19,90 €.

Eine griechische Geschichte zu schreiben, die einen Überblick über alle Teilepochen vermittelt und dabei – auf aktuellem Forschungsstand – relevante Strukturen und Phänomene übergreifender Natur herausarbeitet, stellt eine große Herausforderung dar, zumal auf recht begrenztem Raum. Raimund Schulz (Sch.) hat, um dies vorwegzunehmen, seine Aufgabe mit Engagement und Bravour bewältigt. In zehn nochmals sinnvoll untergliederten Kapiteln – ergänzt durch eine Einleitung (11–15), fünf Karten (419–426), Literaturhinweise (427–445) sowie ein Namen- und Ortsregister (447–458) – wird der Stoff präsentiert. Sch. hat, wie er in der Einleitung (11–15) darlegt, seine Darstellung an vier Leitaspekten ausgerichtet, die zum Verständnis nachhaltig beitragen sollen: 1. die Entwicklung der griechischen Geschichte in einem Randbereich der Weltgeschichte, verbunden mit der Ausbildung einer griechischen Identität, 2. eine bemerkenswerte Mobilität der Griechen innerhalb des ganzen Mittelmeerraums und während der gesamten griechischen Geschichte, 3. eine starke Bestimmung von Organisationsformen, Austauschprozessen und individuellem Selbstverständnis durch militärische Gewalt, verbunden mit einer ungewöhnlich hohen Rate an Siedlungsneugründungen, und 4. eine stete „Neuerung der kulturellen Ausdrucksformen“ (14) in Literatur, Philosophie und bildender Kunst. Gerade der letzte Aspekt ist insofern bemerkenswert, als durch seine kontinuierliche Einbeziehung die Darstellung von Sch. trotz der chronologisch angelegten Kapitel weit über eine Ereignis- oder Strukturgeschichte hinaus geht. Diese vier Leitthemen sind für sich genommen weder neu noch spektakulär, sie geben jedoch der Darstellung einen Rahmen, der Sinn macht. Methodisch wohltuend ist schließlich, dass sich Sch. von einem teleologischen Denken, das mit Begriffen wie ‚Krise‘ oder ‚Höhepunkt‘ operiert, deutlich verabschiedet hat. Dem entspricht in der Umsetzung, dass Sch. seine Darstellung nicht erst mit der Polisentstehung beginnen und mit dem Tod Alexanders enden lässt bzw. die hellenistische Zeit dann als Niedergang betrachtet, sondern die mykenische Zeit wie die Dunklen Jahrhunderte ebenso behandelt wie Magna Graecia und die Auseinandersetzung der hellenistischen Großreiche mit Rom.

Das Buch enthält folgende Grußkapitel: I. Das Erbe der mykenischen Kultur und die Ausbreitung der Griechen über den Mittelmeerraum (17–53); II. Verfassungsbildung, Machtpolitik und kulturelle Entwicklungen in der Poliswelt des 7. und 6. Jahrhunderts (54–110); III. Der Einbruch der Perser und Karthager in die griechische Welt (111–143); IV. Der Aufstieg Athens zur Seemacht und die Entwicklung zur Demokratie (144–191); V. Die griechische Welt im Zeitalter des Peloponnesischen Krieges (192–233); VI. Die Expansion Makedoniens unter Philipp und Alexander (234–260); VII. Die Herrschaft der hellenistischen Könige (261–294); VIII. Die griechische Kultur und ihre Begegnung mit fremden Völkern

in der Zeit nach Alexander (295–342); IX. Die griechischen Mächte und das Eingreifen Roms in den östlichen Mittelmeerraum (343–379); X. Griechische Politik und Kultur unter der Herrschaft Roms (380–418). Dabei markiert Sch. klar sowohl Kontinuitäten als auch abgebrochene Entwicklungen. Offene Forschungsfragen werden entweder direkt benannt oder schwingen in der fragenden Diktion mit, so dass stets deutlich wird, wo unsere Kenntnisse gesichert sind und wo man Sachverhalte auch anders interpretieren kann.

Die Darstellung ist durchweg flüssig und überaus kenntnisreich geschrieben, so dass durchaus auch neue Erkenntnisse zutage treten; auch bemüht sich Sch., Begriffe und Sachverhalte jeweils angemessen zu erklären. Versehen sind selten: pa-si-re-u statt qa-si-re-u (30), Lehmann (2005) statt (2004) (240), Sosikrates statt Sostratos von Knidos (270), Ptolemäos statt Ptolemaios (424), und Menander ist nicht 292, sondern 342/41 v.Chr. geboren (302). Dass manche Schwerpunkte hätten anders gesetzt werden können (z.B. beim Troia-Streit) oder man bei Interpretationen anderer Meinung sein kann (z.B. bei der Datierung von Alexanders Weltherrschaftsplänen oder der Königserklärung der Diadochen) –, versteht sich von selbst, doch mindert dies den Wert der Darstellung in keiner Weise. Hervorzuheben ist auch, dass Sch. – anders als dies in vielen neueren Überblickswerken zur griechischen Geschichte aus dem anglo-amerikanischen Sprachraum der Fall ist – selbstverständlich auch einschlägige fremdsprachige Forschungsliteratur zitiert. Gerade mit Blick auf Studierende als Leser erscheint es gelungen, dass Sch. immer wieder Auszüge aus der antiken Überlieferung zitiert und einschlägige griechische Termini in Umschrift beigibt. Aufgrund der genannten Vorzüge wird man die kleine griechische Geschichte von Sch. mit großem Gewinn zur Hand nehmen.

Gregor Weber

Gisela Drossbach (Hg.): Von der Ordnung zur Norm: Statuten in Mittelalter und Früher Neuzeit. Paderborn: Schöningh Verlag 2010. ISBN 978-3-5067-6707-3. 385 S. 78,- €.

Der aus einer 2006 an der Ludwig-Maximilians-Universität in München durchgeführten Tagung entstandene Sammelband befasst sich mit der Sach- bzw. Rechtstextgattung der Statuten „als selbstgesetzte[n] Normen sich formierender und reformierender Gemeinschaften“, die „entweder der Zustimmung übergeordneter Instanzen bedurften oder einem korporativen Satzungsrecht folgten“ (C. Märtl, S. 10). Seine auf acht Kapitel aufgeteilten, insgesamt 25 Beiträge untersuchen nach einer einführenden Betrachtung des 12. Jahrhunderts als des „juristischen Jahrhundert[s] par excellence“ (P. Landau, S. 15) die Genese, Erscheinungsformen und Regelungsbereiche derartiger Normtexte nach ausdrücklicher Gliederung

in verschiedenen kirchlichen Teilinstitutionen, im Papsttum, im landesherrschaftlichen Raum, in städtischen Einrichtungen, im Adel und bei Bruderschaften im breiten geographisch-territorialen und chronologischen Zugriff, aber mit Schwerpunkt Deutschland und Italien bzw. dem 13. bis 15. Jahrhundert.

Entsprechend vielfältig sind die behandelten Einzelthemen. Zwei Aufsätze nehmen sich Ordensstatuten vor, ein weiterer, der durch plausible konzeptionelle und mediengeschichtliche Überlegungen auffällt, arbeitet die Besonderheiten der Synodalstatuten des 15. Jahrhunderts heraus (H. J. Mierau). Hinsichtlich des Papsttums werden die explizit nicht als Statuten auffassbaren Kanzleiregeln sowie eher als Konstitutionen zu bezeichnende frühe Kirchenstaatsstatuten vorgeführt. Auch im Hinblick auf die Landesherrschaft schwankt der Begriffsgebrauch, die vier Beiträge hier bevorzugen jedenfalls mehrheitlich die Bezeichnung ‚Ordnung‘. Begriffs- und sachgeschichtlich sicherer scheint der Boden im städtischen Bereich. R. Gibbs fügt seiner Vorstellung und soziopolitischen Einordnung Bologneser Statuten des 13. und 14. Jahrhunderts eindrucksvolle Farbproduktionen von Anfangsvignetten hinzu. M. Ascheri bietet einen sehr erhellenden entwicklungsgeschichtlichen Überblick für fünf oberitalienische Städte. F. Schmieder kommt in ihrer kritischen Betrachtung deutscher Städte zum Schluss, dass die Verwendung „eine[s] Ordnungsbegriff[s] des städtischen Statuts nicht sinnvoll erschein[t]“ und „seine Einführung sogar mehr verunklart als klärt“ (S. 223), welcher Einschätzung anschließend H.-G. Hermann nicht ganz überzeugend widerspricht. W. J. Courtenay (Statuten der Universität Paris) und St. Litt (jüdische Gemeinden) befassen sich mit Sonderfällen, die nicht so recht zur Kapitelperspektive des Städtischen zu passen scheinen. Auch die beiden Beiträge zum Adel weisen eher über diesen Bezug hinaus, nämlich zur Kirche (geistliche Ritterorden, J. Sarnowsky) und – wie der Autor selbst kenntlich macht – zum königlichen Zeremoniell (G. Kersch). Im Kapitel zu ‚Bruderschaften‘ schließlich wird der Leser auch über Armenhausstatuten (K. Behrens), neue Normierungsbedürfnisse des Buchmarktes in Lyon (L. Schneider) und – ausgehend von tatsächlichen Statuten französischer Narrengesellschaften – Statutenpersiflagen (K. Gvozdeva) informiert, von den Kernbeiträgen zu (religiösen) Bruderschaften in Italien und Deutschland (A. Esposito, Th. Frank) abgesehen. Beschlossen wird der Band von einer zusammenfassenden Reflexion der Herausgeberin, die die Tagungsergebnisse und die in der Tagung vertieften Probleme in zehn Punkten systematisch auffächert. Sowohl diese Auffächerung als auch die jeweiligen Darlegungen zu Begrifflichkeit, Genese von oben nach unten oder von unten nach oben, zur Entwicklung, zu Geltungsbereich, Regelungsmaterien, Krisen und Reformen, Verhältnis von Norm und Wirklichkeit, Rezeption und Verbreitung, Verhältnis zu anderen Rechten und zu anderen Rechtstextgattungen überzeugen. Sie sind analytisch sogar so hilfreich, dass sich der von außen blickende Leser der Kollektion gewünscht hätte, sie als Leitperspektiven der Sammlung (und damit wohl auch der Tagung) in der Einlei-

tung zu finden. Davon hätte vermutlich nicht nur die Gliederung des Bandes, sondern hätten auch viele der für sich durchaus gelungenen, im Hinblick auf die gewählte Problemperspektive jedoch weniger optimalen Einzelbeiträge profitiert.

Wolfgang E. J. Weber

Richard Faber, Brunhilde Wehinger (Hg.): Aufklärung in Geschichte und Gegenwart. Würzburg: Verlag Königshausen & Neumann 2010. ISBN 978-3-8260-4365-9. 269 S. 38,-€.

Der von einem Religionssoziologen und einer Literaturwissenschaftlerin herausgegebene, aus einer 2008 veranstalteten Ringvorlesung an der FU Berlin hervorgegangene Sammelband vereinigt insgesamt 14 Beiträge. Seinen Leitbegriff fasst er in „sowohl historische[r] als auch politische[r] Ausdifferenzierung“ auf (Einleitung S. 8); d. h., es geht nicht nur um die Aufklärung als spezifische historische Epoche des 18. Jahrhunderts, sondern auch als entscheidende Prozesskategorie der gesamten Moderne. R. Fabers einleitender, ebenso aspektreicher wie phänomenologisch-kritischer Aufsatz verknüpft beide Perspektiven mit Fokus auf die unterschiedlich und wechselnd aufgefasste sowie im Hinblick auf ihre Durchsetzung reflektierte Kategorie der Humanität. H. Brunkhorst führt diese Thematik ebenfalls im weiten Zugriff mit Bezug auf die Rolle der Intellektuellen in Europa fort. J. Trabant hingegen leuchtet deutlich systematischer in die Sprachphilosophie der Aufklärungsepoche hinein. Mit H. Cancik-Lindemaiers Studie zur Religionskritik des Lukrez wird ein erster Beitrag zu den in der Einleitung angesprochenen Aufklärungstendenzen bereits in der Antike geboten; die abschließende Einschätzung als „ambivalent“ überzeugt (S. 77ff.). Diese Ambivalenz war auch der hauptsächliche Grund nur geringer Rezeption im 18. Jahrhundert. Eine wesentlich intensivere und wirkungsvollere Rezeption kann zurecht dagegen A.U. Sommer in seiner Erörterung des Verhältnisses des historischen Pyrrhonismus zur spekulativ-universalistischen Geschichtsphilosophie reklamieren. Ambivalenzen der Aufklärung arbeitet auch Ch. Kersting am Beispiel der Debatte des 18. Jahrhunderts um die weibliche Bildung heraus. Voltaires *Lettres philosophiques* erschließt und ordnet ideengeschichtlich ein B. Wehinger. H. Pfeiffer führt diese Linie der Rekonstruktion wesentlicher Prämissen und Prinzipien des 18. Jahrhunderts anhand von Rousseaus *Contrat social* fort. Eher in Peripherien der Aufklärung führen dagegen die Beiträge von P. Jehle zur Theaterkultur Spaniens im 18. Jahrhundert, von M. Voigts zur aufgeklärten Denkwelt und insbesondere der Einschätzung des Judentums des preußischen Beamten und zeitweiligen Gesandten in Istanbul Heinrich Friedrich Diez (1751–1817) und von G. Bee zur „aufklärerische[n] Prägung und gegenaufklärerische[n] Nutzung“ des Werkes von Johann Peter Hebel (S. 197ff.). Mit der Selbstkritik hervorragender Repräsentanten zumal der

späten Aufklärung beschäftigen sich die abschließenden Aufsätze: von Ch. Schulte zum Aufklärungsverständnis von Moses Mendelssohn; von W. Jaeschke zu Friedrich Heinrich Jacobi; von C. Heinrich zu Kants kategorischem Imperativ in Anwendung insbesondere auf die Problematik des Faschismus und Totalitarismus. Ein Gesamtfazit ist nicht angefügt.

Für das spezifiziertere kulturhistorische Interesse bietet die Kollektion nur teilweise neue Einsichten; hervorzuheben scheinen mir in dieser Hinsicht insbesondere die Aufsätze von A. U. Sommer, Ch. Kersting und M. Voigts. Wer indessen den gegenwärtigen Stand der zu Recht fortwährenden Auseinandersetzung um Humanität, Aufklärung, Vernunft und Kritik (vgl. S. 11) zur Kenntnis nehmen möchte, wird hier in zentralen Hinsichten bestens bedient.

Wolfgang E. J. Weber

Erwin Gatz (Hg.): Wie Priester leben und arbeiten. Quellen zur Lebenskultur und Arbeitswelt des deutschen Seelsorgeklerus seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Regensburg: Verlag Schnell & Steiner 2011. ISBN 978-3-7954-2431-2. 396 S. 39,90 €.

Im Gegensatz zu den evangelischen Pastoren und insbesondere dem evangelischen Pfarrhaus hat der römisch-katholische Klerus sozial- und kulturhistorisch noch kaum Aufmerksamkeit gefunden. Deshalb ist die nunmehrige Verwirklichung des bereits 1995 durch den Herausgeber angekündigten Vorhabens sehr zu begrüßen, einen Quellenband „zur Arbeits- und Lebenswelt der Pfarrseelsorger“ (Vorwort S. 5) vorzulegen. Die als „Annäherungsversuch“ gekennzeichnete „Auswahl“ (Einleitung S. 35) bietet überwiegend 20–30 Zeilen nicht überschreitende, kommentierte Auszüge aus bereits publizierten autobiographischen Zeugnissen und Darstellungen von im Ganzen über 180 Priestern zu 20 folgendermaßen klassifizierten Bereichen: Herkunft, Kindheit und Volksschule; Höhere Schule und Berufswahl; Studienzeit; Priesterweihe und Primiz; Berufsphasen als Hilfsgeistliche; Pfarrer; Haus, Hausgenossen und Lebensstil; Wirtschaftliche Ausstattung; Geistliches Leben, Gottesdienst und Predigt; Freunde und Freizeit; Priester in der ländlichen Lebenswelt; Pfarrer als Landwirte; Seelsorger in Stadt und Industriegesellschaft; Leben mit nichtkatholischen Christen; Armenpflege, Caritas, Sozialarbeit; Kinder und Jugendliche; Kulturelles Schaffen; Priester als Politiker und Journalisten; Berufs- und Lebenskrisen; schließlich Jubiläen, Alter und Tod. Der Anhang informiert in kurzen Darlegungen über die Biographien der aufgenommenen Klerusvertreter.

Was sich vor den Augen des Lesers entfaltet, ist zweifellos ein vielfältiges, eindrucksvolles Panorama höchst anspruchsvoller, dennoch auch

auf ihre Weise meist erfüllender Arbeits- und Lebenswelten deutscher Priester. Obwohl nicht der Sonderfall, etwa in Gestalt der Bewährung im NS- oder SED-Regime, sondern der „meist unauffällige Alltag“ (Einleitung S. 38) vermittelt wird, fehlt es nicht an prominenten Namen, darunter der heutige Papst, der ehemalige Priester Hubertus Mynarek, Ignaz von Döllinger und Heinrich Hans Jakob; auch der Herausgeber selbst hat ein Zeugnis beigesteuert. Als damit auch aktuelle Selbstvergewisserung des deutschen Klerus hat der Band mithin großen Wert. Wissenschaftlich bleibt er allerdings hinter seinen Möglichkeiten zurück. Dazu hätte vor allem genauer nach der Wahrhaftigkeit, Glaubwürdigkeit und je konkreten Entstehung und Funktion des jeweiligen Zeugnisses geforscht, also Quellenkritik geübt werden müssen. Die Frage danach, ob in der jeweiligen Selbstdarstellung literarische Qualität erreicht wurde, ist dagegen höchstens von sekundärer Wichtigkeit (S. 37). Daneben fällt der wenig reflektierte Gebrauch von Fachbegriffen wie „Lebenskultur“ oder „Lebenswelt“, aber auch „Berufs- und Lebenskrisen“ auf. Erst wenn auch diese Aspekte nach geltendem Wissenschaftsstand behandelt werden, wird es möglich sein, eine mit der Sozial- und Kulturgeschichte der evangelischen Pastorenschaft vergleichbare Erforschung des katholischen Klerus auf den Weg zu bringen.

Wolfgang E. J. Weber

Christoph Cornelißen (Hg.): Geschichtswissenschaft im Geist der Demokratie. Wolfgang J. Mommsen und seine Generation. Berlin: Akademie Verlag 2010, 364 S. 49,80 €.

Der mit acht Abbildungen aus Privatbesitz ausgestattete, gewichtige Band darf aus mehreren Gründen gesteigertes Interesse beanspruchen: als Beitrag zur Geschichte der Neueren und Zeitgeschichte und als ein aktuelles Selbstzeugnis dieser geschichtswissenschaftlichen Teilfächer; als Beitrag zur Geschichte einer bestimmten akademischen ‚Schule‘ in diesem Rahmen und als Selbstzeugnis dieser ‚Schule‘.

Generelles Ziel der aus einer Tagung in Marbach 2010 hervorgegangenen Kollektion ist es laut Vorwort des Herausgebers, „einen der bekanntesten deutschen Historiker in den Mittelpunkt [zu rücken], um die Hauptdeutungslinien, die Wirkungsmechanismen und die generationellen Prägungen in der neueren Geschichtswissenschaft seit den 1970er Jahren näher auszuloten“ (S. 9). Die Umsetzung dieses Ziels verengt es allerdings gleich wieder: „In den nachfolgenden Aufsätzen [geht es] im Kern darum, die Studien Mommsens im Kontext der Arbeiten seiner Generationsgenossen und ausgewählter intellektueller Strömungen der Zeit kritisch zu verorten und zu bewerten“ (S. 10). Des weiteren fehlt eine klare kollektivbiographische Benennung der Angehörigen der in den Blick ge-

nommenen Generation nebst deren Positionierung im Gesamtgefüge der Fachvertreter für neuere Geschichte im (ebenfalls nirgends eindeutig definierten) Zeitraum der 1960er und 1970er Jahre ebenso wie die Offenlegung der Kriterien, nach denen die Auswahl der berücksichtigten „intellektuellen Strömungen“ vorgenommen wurde. Das ist auch deshalb nicht unwesentlich, weil der Titel „Geschichtswissenschaft im Geist der Demokratie“ unzweifelhaft nicht nur etwas Inkludierendes, sondern auch Exkludierendes an sich hat.

Der Herausgeber kommt in seiner einführenden Erörterung der Frage, ob W. J. Mommsen (geb. 1930) „der Repräsentant einer Historikergeneration“ gewesen sei, nach kritischer Durchsicht bisheriger allgemeiner und spezieller Generationsdefinitionen, der Einführung des Konstrukts „politische Generation und Erzählgemeinschaft“ (S. 17–20) und dessen Anwendung auf die Geburtsjahrgänge von Neuzeit- bzw. Zeithistorikern um 1929 (S. 20–36) schließlich zu dem Fazit, dass „der Düsseldorfer Historiker [d.h. W.J. Mommsen] in vielfacher Hinsicht als der Repräsentant einer ungemein wirkungsmächtigen linksintellektuellen Historikergruppe in der Bundesrepublik erscheint, ohne jedoch in ihr aufzugehen“ (S. 41). Eine tiefer gehende Reflexion der angesprochenen ‚Wirkungsmächtigkeit‘ – in welcher Hinsicht, aufgrund welcher Voraussetzungen, usw. – fehlt; offenkundig wird von einem rationalistisch-politischen Verständnis argumentativer Überzeugungskraft ausgegangen.

Die Beiträge zur ersten Sektion, die sich dem Komplex „Generation und Forschungsinteresse“ widmet, thematisieren diesen spätestens von R. Koselleck – der hier nur en passant, nicht in dieser Hinsicht, erwähnt wird – auf den Punkt gebrachten Zusammenhang von Erfahrungswandel und Historiographie jedoch sehr speziell von unterschiedlichen Perspektiven aus: J. Dülffer von der Kriegserfahrung bzw. der Auseinandersetzung mit der herkömmlichen Militärgeschichte aus; H. Afferbach in außenpolitik- bzw. diplomatiegeschichtlicher Perspektive unter gebührender Berücksichtigung der Fischer-Kontroverse; R. Aldenhoff-Hübinger liberalismusgeschichtlich; St. Förster unter fehlerhafter Kopfzeile wieder militärgeschichtlich; G. Krumeich im Hinblick auf die Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs, schließlich Fr. Lenger nicht wirklich sektionsspassgerecht mit Blick auf die Gründung und Entwicklung der Historischen Sozialwissenschaft, zu der W. J. Mommsen nicht gezählt werden kann (S. 117).

Sektion II vereinigt „Werk- und Rezeptionsanalysen“ (S. 135) grundsätzlich bekannten Zuschnitts: zur Deutung des Ersten Weltkriegs durch den Gewürdigten (G. Hirschfeld), Max Webers und der deutschen Politik (D. Blasius), des Imperialismus (B. Barth) und des Kaiserreichs (R. Chickering). Dass es in erster Linie um die Würdigung der Leistungen Mommsens geht, ist selbstverständlich, dennoch hätte man sich hier und da doch etwas mehr Systematik und damit Erörterung auch von Rezeptionsschwächen des Gehrten wie von fundamentaler Kritik von dessen Ansatz und Argumenten gewünscht. Dass der Name Winfried Baumgart

völlig fehlt, geht nicht; die zutreffend notierte Einladung des Verfassers der grundlegenden Geschichte der europäischen Expansion an das damals von Mommsen geleitete Deutsche Historische Institut in London darf nicht darüber hinweg täuschen, dass sich Mommsen mit dem frühneuzeitlichen Vorspiel und Modell des modernen Imperialismus nie ernsthaft befasst hat. An der Deutung des Bismarckreiches waren maßgeblich auch andere Historiker beteiligt, nicht nur die erwähnten; ob das Werk von Franz Schnabel als bis heute gültige historiographische Herausforderung von W.J. Mommsen hinlänglich rezipiert wurde, wird nicht diskutiert.

Sektion III befasst sich nach ihrem Titel mit der Max-Weber-Rezeption und –Arbeit Mommsens. Th. Kroll skizziert dazu zunächst den Kontext, die Weber-Rezeption der 1950er und frühen 1960er Jahre, dann die Aneignung und Funktionalisierung Webers durch führende Vertreter der Historischen Sozialwissenschaft einerseits, um den sozioökonomischen Wandlungsprozessen eine „gegenüber der Politik, W. E. J. W.] übergeordnete Geschichtsmächtigkeit“ zuschreiben zu können (S. 197), andererseits sich dazu nicht völlig Marx ausliefern zu müssen, ferner aus geschichtstheoretischen bzw. –methodischen Erwägungen schließlich um die eigene Leitperspektive der Modernisierung untermauern zu können. E. Hanke, G. Hübinger und W. Schwentker rekonstruieren in ihrem gemeinsamen Beitrag die Entstehung der Max-Weber-Ausgabe und den Anteil des Gewürdigten daran. Die Kontroverse mit Wilhelm Hennis ist nur kurz erwähnt; die Bemerkung, dass sich dieser „nach seiner New-Yorker ‚Entdeckung‘ Webers von 1977/78 so vehement unter die Weberinterpreten mischte“ (S. 208f.), berührt doch etwas merkwürdig. Der Name Gregor Schöllgen fehlt völlig. D. Dahlmann ist direkt mit der Durchleuchtung des Werkes M. Webers befasst, führt also die Weber-Rezeption W. J. Mommsens an einer bisher auch von diesem unbeachteten Stelle, nämlich Russland, weiter. A. Anter versucht Zusammenhänge zwischen der westdeutschen Max-Weber-Debatte und der Gründung der parlamentarischen Demokratie herauszuarbeiten. Die Anregung der Debatte durch Mommsens Dissertationsbefund, Max Webers These von der ‚plebiszitären Führerdemokratie‘ habe die Akklamation Hitlers durch ‚das deutsche Volk‘ vorbereitet, und der Einbezug Carl Schmitts an dieser Stelle werden zu Recht hervorgehoben.

Sektion IV schließlich wendet sich verdienstvollerweise dem „Blick von ‚außen“ zu (S. 275). Sie vereinigt drei einschlägige Beiträge; die Aufnahme auch des Schriftenverzeichnisses von W. J. Mommsen in die Sektion erscheint wenig passend. Ch. Dipper versucht in einem ziemlich systematischen Zugriff jetzt den „Jahrgang 1943 im Feld der deutschen Historiker“ zu verorten (S. 277), wobei er sich auf die Studie von B. Stambolis (2010) stützt. Hier kommen nahezu alle zentralen Elemente der Herstellung, des Selbst- und Fremdverständnisses akademischer bzw. geschichtswissenschaftlicher Kollektivakteure („Schulen“) und bestimmter Individualakteure zur Sprache, die man sich im Hinblick auf

W. J. Mommsen und seine Umgebung gewünscht hätte. M. Fulbrook steuert mit ihrer (selektiven) Betrachtung west- und ostdeutscher Historiker eine neue Version ihres Plädoyers dafür bei, schärfer zwischen politischer Parteigängerschaft und methodisch-theoretischer Option zu unterscheiden. I. Kershaw rundet das Spektrum mit einigen knappen persönlichen Reminiszenzen zu den Mommsen-Brüdern Wolfgang J. und Hans, insbesondere im Blickwinkel der deutschen England- und britischen Deutschlandforschung, ab. Dabei bestätigt er u. a. einerseits die mündliche Überlieferung, dass der Tagungsband über die „berühmt-berüchtigte Cumberland Lodge-Konferenz von 1979 [...] keinen echten Eindruck von den Kanonaden“, vermittelt, die das linkintellektuelle und das konservativ-historistische Lager innerhalb der westdeutschen Historikerschaft „bald“ gegeneinander „abfeuerte“ (S. 311). Andererseits bescheinigt er den Brüdern kritisch „unflexible [...] und kompromisslose [...] Hartnäckigkeit“ in ihren historiographischen Positionen (S. 313).

Dass W. J. Mommsens Schriftenverzeichnis ohne Rezensionen mehr als 500 Einträge umfasst, wird gewiss zu Recht als Ausweis „immense[r] wissenschaftliche[r] und publizistische[r] Produktivität“ angesehen (S. 16); eine künftige nüchterne, wissenschaftsgeschichtliche Analyse wird im genaueren Vergleich die Wiederabdrucke, Übersetzungen, Teilübernahmen und Varianten sowie die sehr unterschiedlichen Seitenumfänge genauer ein- und abrechnen müssen.

Was mit dem Sammelband vorliegt, ist somit vor allem die Selbstdarstellung und die Darlegung des Anspruchs einer bestimmten neuzeit- bzw. zeitgeschichtlichen ‚Schule‘, augenfällig umgesetzt in Abb. 7: „Wolfgang J. Mommsen im Kreis seiner Schülerinnen und Schüler im Jahr 1990“ (S. 42). Diese Selbstdarstellung und Anspruchsreklamation ist wie bereits angesprochen zugleich rationalistisch und politisch: der Ansatz W. J. Mommsens habe sich aufgrund seiner überlegenen Argumentation, die wiederum bestimmten Zeitbedürfnissen bestens entsprach, im angedeuteten Rahmen durchgesetzt. Kritische und selbstkritische Passagen fehlen zwar keineswegs, so etwa das – auf einer Metaebene aber wieder positiv gewendete – Eingeständnis, bei W. J. Mommsen habe die „Bereitschaft oder Fähigkeit, seinen eigenen [methodisch-theoretischen] Anspruch gerecht zu werden, gefehlt“ (S. 69). Die soziokulturellen Aspekte der Schulbildung, der strategischen und taktischen Übernahme und Handhabung einflussreicher Fachpositionen, der maßgeblichen Beteiligung an der Fachkommunikation einschließlich des Begutachtungswesens, der erfolgreichen Platzierung der eigenen Schüler, des Aufbaus und der Pflege außerfachlichen und außeruniversitären politischen und sonstigen öffentlichen Sukkurses, davon erfährt man jedoch so gut wie gar nichts. Dabei wäre doch eine genauere Durchleuchtung der Vernetzung gerade des Schulgründers in der protestantischen deutschen Elite besonders ertragreich gewesen. Auch die Rolle des mittlerweile verfeimten Doktorvaters und zeitweiligen ‚Papstes‘ der deutschen Geschichtswissenschaft Theodor Schieder wird lediglich intellektuell

gefasst. Mommsens Desinteresse oder zumindest kaum adäquater Einbezug Südeuropas in sein demzufolge doch eher geläufiges nationalhistorisches und westeuropäisches Geschichtsbild ist jedenfalls nicht zusammenhängend erörtert; dass Mommsens Name „für die [!] Internationalisierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft“ stehe (S. 9), bedarf auch deshalb deutlich der Relativierung. Endlich, aber keineswegs zuletzt hätte auch einmal klar vermittelt werden können, dass Geschichtswissenschaft auch in den 1970er und 1980er Jahren wie davor und danach keineswegs durchweg nur als wie immer geartete – kritisch oder affirmativ –, engagierte historisch-politische Bildung betrieben wurde und betrieben werden muss, worauf u. a. Thomas Nipperdey plausibel beharrt hat. Es ist schade, dass Anhänger einer sich dezidiert kritisch verstehenden Geschichtswissenschaft ihre kritischen Potentiale wissenschaftsgeschichtlich nur so wenig zu entfalten vermögen.

Wolfgang E. J. Weber

Maik Bozza, Ute Oelmann (Hg.): Clotilde Schlayer. Minusio. Chronik aus den letzten Lebensjahren Stefan Georges (= Castrum Peregrini NF Bd. 4). Göttingen: Wallstein Verlag 2010. ISBN 978-3-8353-0759-9. 346 S., 27 Abb. 39,90 €.

Nach Goethe kennen wir kein deutsches Dichterleben so gut wie das von Stefan George. Wie bei Goethe die Selbstäußerungen verglichen mit George überwiegen, so die Fremdzeugnisse bei George gegenüber Goethe. Bei George seien nur die umfangreichen Erinnerungen von R. Boehringer, E. Glöckner, K. Hildebrandt, E. Landmann, E. Salin, L. Thormaehlen oder Fr. Wolters erwähnt. Sowohl zu Goethe als auch George konnte die Forschung deshalb detaillierte ‚Tag für Tag‘-Chroniken erstellen (R. Steiger, A. Reimann: Goethes Leben von Tag zu Tag. Eine dokumentarische Chronik, Bd. I–VIII. Zürich, München 1982–1996 und H.-J. Seekamp, R. C. Ockenden, M. Keilson: Stefan George. Leben und Werk. Eine Zeittafel. Amsterdam 1972). Wir wissen sehr genau, was Goethe z. B. am 12. April 1813 oder George am 8. Januar 1919 unternommen, mit wem sie gesprochen, was sie beschäftigt, ja ahnen, was sie gedacht und gefühlt haben. Die Zahl der George-Fremdzeugnisse wird jetzt durch die Publikation des ‚Minusio-Romanes‘ von Clotilde Schlayer sogar noch einmal erhöht, was umso bedeutsamer ist, als damit gerade die letzte Lebensphase des ‚Meisters‘ in einem neuen Licht erscheint und Thomas Karlauf auf diese Chronik für seine grandiose, 2007 im Karl Blessing Verlag erschienene Biographie Stefan George. Die Entdeckung des Charisma noch nicht zurückgreifen konnte.

C. Schlayer (* 1900 Barcelona, † 2004 Durham, USA) gehörte in Heidelberg dem engsten Schülerkreis um Friedrich Gundolf an und verehrte George seit

1922. Ende der 20er Jahre übersetzte sie den „Siebenten Ring“ ins Spanische und durfte daraus im März (?) 1931 in Thormaehlens Atelier, dem „Achilleion“, vorlesen (vgl. S. 335). In südlicheren Regionen, genauer in Minusio (einem Stadtteil von Locarno) am Lago Maggiore, fand sie am 19. September 1931 ein Häuschen mit rauschendem Bach, See- und Alpenblick, das George zunächst nur für zwei, drei Wochen zur Herbsterholung dienen sollte (vgl. den Eintrag vom 15.11.1931). In Gesellschaft von Frank Mehnert und Clotilde Schlayer verbrachte der ‚Meister‘ dann aber (mit Unterbrechungen) die letzte Zeit vor seinem Tod am 4. Dezember 1933 in genau jenem Haus mit dem Namen Molino dell’ Orso, wo ihm die „Mischung aus Grandhotel und Zigeunerzelt“ so sehr behagte (19. 11. 1931) und das zum ‚Staats-Haus‘ avancierte (16.1.1932). Während Georges Aufenthalt schrieb C. Schlayer fast täglich an ihren Berliner Freund, den Arzt Walter Kempner (der auch George behandelte), und berichtete über die Vorkommnisse und Gespräche. Nach ihrer gemeinsamen Emigration in die USA collagierte Schlayer schließlich aus diesen Briefen das von M. Bozza und U. Oelmann vorgelegte und vorzüglich kommentierte Diarium, aus dem in Durham, ihrem „New Dahlem“, an besonderen Tagen Freunden vorgelesen wurde.

Was erfahren wir über den Dichter, der den glücklichen Augenblick als höchsten Gott verkündete (SW IX S. 79 L: II) und der im absoluten Gedicht die Erlösung durch das Schöne suchte, dessen dichterische Produktivität aber zu Beginn der 20er Jahre erloschen und dessen letzter Gedichtband „Das Neue Reich“ im Oktober 1928 zugleich als IX. Band der Gesamt-Ausgabe erschienen war (vgl. S. 215 Anm. 442)? Wir lernen George, „dessen lebenswürdige Seiten durch die Selbst- und Fremdstilisierung bislang allzu verdeckt waren“ (S. 13), vor allem in seiner Alltäglichkeit, seinem Dasein und Sosein kennen. Dass der ‚Meister‘ Elefanten liebte (24.11.1932) oder von ihm als mit einem Kleinkind Plappernden die Rede ist (25.11.1932), dürfte selbst George-Kenner verblüffen.

Da sich die kleine Gesellschaft so gut wie täglich zum gemeinsamen Mittag- und Abendessen trifft, gehören Unterhaltungen über Wein und Essen zum Alltag. George, der Sohn eines Weingutsbesitzers, trank gerne schon mittags Wein, das hellte seine Stimmung auf (21.11.1931). „[G]egen Traurigkeit“, so seine Überzeugung, helfe „nur ein kräftiger Schluck Edelwein“ (5.1.1932), das sei das Einzige, was ihn an manchen Tagen noch aufrecht hielte, und wenn der aus sei, führe er weg, so droht er, als seine Wintermelancholien ihren Höhepunkt erreichen (8.1.1932). Große Vorräte an Wein sind deshalb unerlässlich (9.10.1931; 13.1.1932; 11.4.1932: *copia vinorum*; 5.2.1933). Der ‚Meister‘ schätzt süße Weine (4.11.1931: Château Yquem; 6.11.1931), und während er deutsche Weine, etwa die „köstliche(n)“ Liebfrauenmilch von 1921 lobt (17.10.1931, vgl. auch 18.2.1932: 21er Rheinwein; 11.11.1932: Rüdeshheimer Berg 1925), ist er, was französische Tropfen anbelangt, manchmal kritisch bis zur Bosheit. Zwar schätzt er Chablis- und Bordeauxweine (17.1.1932; 4.2.1932; 12.2.1932; 16.2.1932),

Jahre (1.11.1931), M. Lechter (11.11.1931; 9.3.1933), die Damen des Kreises (Hyazinthen und Hyänen: 19.11.1931), C. A. Klein (4.12.1931), H. von Hofmannsthal (24.2.1932) und Georges Spanienreise im Sommer 1889 auf (20.3.1933). Die Neuerscheinungen auch ehemaliger ‚Staatsstützen‘ werden eifrig gelesen und kommentiert, so das Winkelmann-Buch von B. Vallentin (22.10.1931), C. A. Kleins Aufsatz über den jungen George (8.11.1931), R. Boehringers Das Leben von Gedichten (3.2.1932), E. Gotheins Boethius-Übersetzung (6.2.1932), M. Kommerells Jean Paul-Studien (25.10.1933) und W. Kempners Aufsatz in der Biochemischen Zeitschrift 257, 1933 (3.3.1933 und S. 263 Anm. 536). Tagsüber geht George (am See) spazieren (9.11.1931; 15.11.1931; 1.2.1932; 3.4.1932). Briefe werden geschrieben, die Post genau und mehrfach gelesen (10.12.1932; 12.12.1932; 7.11.1933). Besucher stellen sich ein: Robert Boehringer (9.10.1931; 5.10.1933), Karl Josef Partsch (5.1.1932), Walter Anton (7.4.1932; 5.10.1933), Michael Stettler (17.11.1931; 20.1.1933) und Bertold von Stauffenberg (1.10.1933). Mehnert liest auch nachts Gedichte laut (19.11.1931), und im letzten Jahr lässt sich George auch von Schlayer gerne aus historischen Werken vorlesen (16.1.1933; 1.10.1933; 4.10.1933).

Ein eigenes Thema ist Georges Verhältnis zum ‚Dritten Reich‘. Tatsache ist, dass er es 1933 ablehnte, der Preußischen Akademie der Künste beizutreten und dort eine größere Rolle zu übernehmen, wie von Kultusminister B. Rust gewünscht. Tatsache ist aber auch, dass einige seiner ‚Jünger‘ das von George beschworene „Neue Reich“ mit dem NS-Staat verwechselten. R. Boehringer, den George im Jahr 1932 zum alleinigen Erben seines Nachlasses eingesetzt hatte (Karlauf [s. o.], S. 619), hat die mit dem Aufstieg der NSDAP verbundenen Gefahren als Erster erkannt und George nachdrücklich gewarnt (vgl. 14.10.1931 mit S. 32 Anm. 35 und Karlauf [s. o.], S. 615). Der ‚Meister‘ verfolgte die politischen Entwicklungen in Deutschland, und ihn als Leser verschiedener Tageszeitungen zu sehen (11.4.1932; 26.11.1932; 17.1.1933; 10.2.1933), ist „eine eher ungewohnte Vorstellung“ (S. 12). Mehrfach äußerte er sich spöttisch oder negativ über die Nazis (17.10.1931; 7.3.1933; 3.10.1933); so verabscheute er beispielsweise die Pöbelhaftigkeit ihrer Schlägertrupps (25.2.1933: „Radau-brothers“), jedoch findet sich bei Schlayer keine explizite Verurteilung Hitlers oder der NS-Größen durch den Dichter notiert. Im Grunde genommen, so der durch die Chronik vermittelte Eindruck, war Politik George ziemlich gleichgültig (14.10.1931; 30.1.1933).



Stefan George starb am 4. Dezember 1933 und wurde zwei Tage später im Kreise seiner ‚Jünger‘ (u. a. der drei Stauffenberg-Brüder) auf dem Friedhof von Minusio begraben. Von R. Boehringer und L. Thormachlen liegen ausführliche Schilderungen jener letzten Stunden vor. Wie auch die hier vorgestellte Chronik von Clotilde Schlayer deutlich macht, ist es vor allem R. Boehringer zu verdanken, dass George in der Schweiz beigesetzt und so eine Vereinnahmung des Dichters durch das NS-Regime verhindert wurde. Wie die hätte aussehen können, hat U. Raulff: Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben. München 2009. S. 34 ausgemalt: „Staatsbegräbnis in einem der Dome des Reiches ... unter der Regie des Propagandaministeriums ... Trauermarsch und Hakenkreuz auf Halbmast“. – In verschiedenen deutschen Städten wie Bonn und München fanden Gedenkfeiern statt. Wohl vor diesem Hintergrund ist das von Hans Schwegerle (* 1882 Lübeck, † 1950 München), der George schon 1911 bzw. 1930 auf einer Medaille porträtiert hatte, geschaffene, wenig bekannte Schaustück mit dem Kopf des toten Dichters über einer Swastika zu sehen (Bronze, Durchmesser 93 mm, Staatliche Münzsammlung München, Photo Nicolai Kästner).

Blickt man als Leser der vorgestellten Chronik auf die beiden letzten Lebensjahre des Dichters zurück, so kommt einem das berühmte, von anderen, z. B. Goethe (Venezianische Epigramme 34 a), immer wieder variierte, ganze Bibliotheken von Lebensphilosophie ersetzende (U. Walter) siebenundvierzigste Epigramm in Martials zehntem Buch in den Sinn. Darin zählt der aus Spanien stammende Dichter (* um 40, † 102/3 n. Chr.) jene Dinge auf, die das Leben glücklicher machen: Ein gewisses Vermögen, das man nicht mit Mühe (*labor*) erarbeitet, sondern geerbt hat, eine Feuerstelle, die immer brennt (*focus perennis*), keine lästigen Streitereien (*lis numquam*), selten Pflichten (*toga rara*), ein ruhiges Ge-

müt (*mens quieta*), eine gewisse Einfachheit (*simplicitas*), gleichgesinnte Freunde (*pares amici*), eine freundliche Tischgemeinschaft, ohne übertriebene Küche (*convictus facilis, sine arte mensa*), Wein, aber nicht sinnlose Trunkenheit (*ebrius*), nicht mehr sein zu wollen als man ist, und den letzten Tag (*summus dies*) weder zu fürchten noch herbeizusehnen. Mir scheint, dass George, wenngleich er früh gealtert und schon 65jährig verstorben ist, seine letzten Jahre in genau jener stoischen Gelassenheit verbracht hat, die Martial sich und anderen wünscht.

Kay Ehling

RÜCKBLICK

Colloquium Augustanum

VORTRAGSREIHE DES INSTITUTS

SOMMERSEMESTER 2010*Praeceptor Germaniae.*

Philipp Melanchthon (1497–1560).

Reformator, Humanist, Bildungsreformer.

Vortragsreihe zu dessen 450. Todesjahr

Prof. Dr. Harald Seubert

Bamberg

(10. Mai 2010)

„Habe Mut Dich Deines Verstandes zu bedienen!“ Melanchthon – Praeceptor Germaniae zwischen Humanismus und Reformation

Als der 21jährige Melanchthon im August 1518 in Wittenberg seine Antrittsrede hielt, war er bereits ein umjubeltes Wunderkind der Studia humaniora. Erasmus von Rotterdam, einer seiner berühmten Mentoren, hatte ihn gerühmt: „Welch gedämpfte Feierlichkeit einer wahrhaft königlichen Begabung“. Der junge Professor schien fast noch ein Kind zu sein, doch durch sein doppeltes Votum „Ad fontes!“ (Zu den Quellen!) und „Sapere aude!“ (Wage zu wissen!), zog er selbst Luther sogleich in seinen Bann.

In der Folgezeit geriet Melanchthon in den Sog der Reformation. Dabei blieb er aber ganz Humanist. Das Spannungsfeld, vor allem aber die Synergien, die sich aus dieser Doppelidentität ergaben, werden im Zentrum von Seuberts Vortrag stehen. Er fragt, wie Melanchthons Konzeption von

Rhetorik und Dialektik theologisch fruchtbar wurde: als methodischer Leitfaden der Exegese und als Mittel zur Schlichtung von Konflikten, aber auch als Leitfaden für die erste evangelische Dogmatik (die „Loci communes“), das einzige Buch, das Luther neben der Bibel zu allgemeiner Lektüre empfahl. „Die Erneuerung aristotelischer Ethik und ciceronischen Naturrechts im Verhältnis zu göttlicher Offenbarung und der Rechtfertigung des Sünders muss dabei ebenso betrachtet werden wie Melanchthons – vielfach verkannte – ins Universelle blickende Weisheit im Kontext der kontroverstheologischen und politischen Auseinandersetzungen seiner Zeit“, so Seubert. Der leidenschaftliche Gräzist Melanchthon habe nicht nur nach Rom geblickt, sondern auch die Verständigung mit der griechisch-orthodoxen Kirche gesucht, wovon die Confessio Augustana Graeca beredtes Zeugnis ablege.

„Über den Zeitabstand hinaus“, so Seubert, „bleibt der Praeceptor Germaniae denkwürdig: Er liefert ein Modell des Verhältnisses von Fides und Ratio, Glaube und Wissen, dessen Grundzüge gerade am Beginn des 21. Jahrhunderts zu erinnern bleiben, davon abgesehen, dass er den Zusammenhang von Bildung, Glaube und Vernunft für die deutsche – protestantische – Geistesgeschichte nachhaltig definiert hat.“

Vgl. hierzu die Pressemitteilung 90/2010 vom 4. Mai 2010 der Uni-Pressestelle.

* * *

Prof. Dr. Martin H. Jung
Osnabrück
 (7. Juni 2010)

„Ich habe von ihm das Evangelium gelernt“ – Melanchthons Verhältnis zu Luther

Martin Luther und Philipp Melanchthon – die beiden großen Männer der Wittenberger Reformation. Der eine gab der Reformation den Anstoß, der andere gab ihr ihre Gestalt. Prof. Dr. Martin Jung, evangelischer Theologe, Professor für Kirchengeschichte in Osnabrück und Autor einer neuen Melanchthon-Biografie, beleuchtete das Miteinander der Wittenberger Doppelspitze der Reformation. Wie war ihr persönliches, wie ihr berufliches Verhältnis? Wo lagen die Gemeinsamkeiten und wo die Unterschiede ihrer Theologie? Während Luther gerne polarisierte, neigte Melanchthon zum Ausgleich. Während Luther als „Ketzer“ an Wittenberg und Kursachsen gebunden war, zog Melanchthon durch die Lande und verhandelte mit Reformations-Anhängern an anderen Orten ebenso wie mit solchen Gegnern der Reformation, die trotz allem einen Kompromiss suchten. Das Miteinander der beiden Großen war nicht immer einfach. Es gab Reibereien, es gab Streit. Melanchthon hatte Luther viel zu verdanken: „Ich habe von ihm das Evangelium gelernt“, bekannte er dankbar. Doch in einem vertraulichen Brief sprach er auch einmal von einer schier unerträglichen „Knechtschaft“ an Luthers Seite. Melanchthon hat Luther überlebt

und war einer der wenigen Reformatoren, der wirklich die ganze Reformationsgeschichte miterlebt und mitgestaltet hat, bis zum Augsburger Religionsfrieden 1555. Im Jahre 1560 ist Melanchthon, 14 Jahre nach Luther, verstorben. Die Kirchen gedachten 2010 seines 450. Todestages und eines Humanisten, Theologen und Reformators, der zu lange und zu oft im Schatten Luthers gestanden hat. Martin Jung, der sich in seinen Forschungen seit 20 Jahren mit Melanchthon befasst, beleuchtete in seinem Vortrag wenig bekannte Facetten des Reformators und dabei vor allem sein Verhältnis zu Luther.

* * *

Prof. Dr. Gunther Wenz
München
 (14. Juni 2010)

Der Leisetreter. Philipp Melanchthon und das Augsburgische Bekenntnis

Am 15. Juni 1530, zehn Tage vor der Verlesung der Confessio Augustana, zog Kaiser Karl V. mit großem Gepränge auf dem Reichstag zu Augsburg ein. Bald kam es zu einer ersten dramatischen Szene, als der fränkische Markgraf Georg von Ansbach-Brandenburg das bereits zuvor aus Eskalationsvermeidungsgründen ergangene kaiserliche Predigtverbot mit den Worten quittierte, eher wolle er sich an Ort und Stelle den Kopf abschlagen lassen, als seinen Gott und das Evangelium Jesu Christi zu verleugnen. „Ey nit Koppa, nit Koppa“ (nicht Kopf ab!) soll daraufhin der des

Deutschen kaum mächtige Monarch geantwortet haben. Zu einer weiteren Konfrontation kam es tags darauf, als sich die protestantischen Stände dem in Befehlston vorgetragenen Wunsch Karls verweigerten, nach der Väter Sitte der Fronleichnamsprozession beizuwohnen. Für genügend Spannung war also gesorgt.

Dennoch waren beide Seiten anfangs durchaus auf Ausgleich bedacht. Die ideologische Basis von Karls transterritorialer Reichsherrschaft war durch zwei eng miteinander verstränkte Ziele bestimmt: Wahrung bzw. Wiederherstellung der religiösen Einheit im Inneren der Christenheit, Beschirmung und Verteidigung des Corpus Christianum gegen die von außen anstürmenden Ungläubigen. Diese beiden Elementarziele haben Inhalte und Vorgehensweise des Augsburger Reichstages entscheidend mitbestimmt. Neben der kurfürstlichen Wahl von Erzherzog Ferdinand, dem Bruder des Kaisers, zum römischen König stand auf der Tagesordnung vor allem der Beitrag der Reichsstände zum bevorstehenden Krieg gegen die Türken, die im Frühherbst 1529 mit großer Heeresmacht Wien belagert hatten. Die Glaubensfrage war davon jedenfalls insofern mitbetroffen, als der Kaiser an einer religiösen Verständigung mit den Protestanten auch aus außenpolitisch-militärischen Gründen interessiert war. Von daher erklärt sich wohl auch der sehr versöhnliche Ton, in dem die Ausschreibung des Augsburger Reichstags an alle Reichsstände vom 21. Januar 1530 gehalten war:

Drei Tage nach Eintreffen des kaiserlichen Reichstagsausschreibens am kursächsischen Hof zu Torgau forderte Kurfürst Johann auf Anraten seines Altkanzlers von Brück am 14. März 1530 Luther, Melanchthon, Justus Jonas und Bugenhagen auf, sich umgehend und ohne Verzug zu den mutmaßlichen Gegenständen der künftigen Religionsverhandlungen von Augsburg zu äußern. Nachdem eine Reaktion der Theologen zunächst ausgeblieben war, mahnte der Fürst in einem nochmaligen Schreiben zur Eile mit dem Erfolg, dass sich am 27. März zumindest Melanchthon persönlich am Hofe eingefunden hatte. In seinem Gepäck befanden sich wahrscheinlich die vom Kurfürsten erwünschten Arbeitsergebnisse der Wittenberger Theologen, die seit dem 19. Jahrhundert in der Regel die „Torgauer Artikel“ genannt werden. Umfang und genauer Inhalt der Urform dieser Artikel sind nach wie vor strittig. Doch bleibt davon die Tatsache unberührt, dass es sich bei den sog. Torgauer Artikeln nicht um ein nach den Regeln der dogmatischen Kunst ausformuliertes Bekenntnis des Glaubens handelt, sondern um ein Konvolut zum Zwecke der Verteidigung der Praxis kursächsischer Kirchenreform. In ihrer Eigenschaft als praktische Kirchenreformapologie sind die Torgauer Artikel zur Grundlage des zweiten Teils der Fassung der Confessio Augustana von 1530 geworden, der seinerseits von Kirchenreformmaßnahmen bzw. ihrer Verteidigung handelt.

* * *

Prof. Dr. Horst F. Rupp
 Würzburg
 (28. Juni 2010)

Auf dem Weg in die Moderne: Philipp Melanchthon und seine Bildungsreform.

Philipp Melanchthon, der „Mann an Luthers Seite“, steht meistens im Schatten des großen Reformators. Zu Unrecht, wie ein objektiver Blick in die Geschichte belegt, denn die Reformation wurde maßgeblich von Melanchthon mitgeprägt. Rupp zeichnete in seinem Vortrag nach, wie gerade Melanchthons Bildungsbemühungen dazu beitrugen, der neuen religiösen Bewegung bis in die Gegenwart hinein eine nachhaltige Wirkung zu verleihen.

Denn Melanchthon hat – und hier war er ganz Schüler des Humanismus – auf die Bildung des Einzelnen gesetzt. Er gründete Schulen und reformierte die Universitäten im Geiste der Reformation, was der neuen religiösen Bewegung eine dauerhafte Dynamik verlieh. Bereits im 16. Jahrhundert galt sinngemäß ein Satz, der in dieser Form allerdings erst im 19. Jahrhundert formuliert wurde: „Wer die Schule hat, der hat die Zukunft!“ Und heute sprechen wir wie selbstverständlich davon, dass unsere Gesellschaft eine „Wissensgesellschaft“ geworden sei. Ein zentrales Fundament für diese Entwicklung ist, wie Rupp in seinem Vortrag zeigte, von Philipp Melanchthon gelegt worden.

* * *

Prof. Dr. Karin Reich
 Hamburg
 (12. Juli 2010)

„Nicht wenn ich hundert Zungen hätte und hundert Münder, könnte ich aufzählen, zu wie vielen Dingen die Zahlen von Nutzen sind.“

Philipp Melanchthon und die exakten Wissenschaften.

Zum Vortrag von Frau Reich lag leider kein Ankündigungstext vor.

WINTERSEMESTER 2010/2011

Prof. Dr. Michael Titzmann
 Passau
 (6. Dezember 2010)

Die Erfindung eines neuen Wertes: „Innovation“ in der Denk- und Mentalitätsgeschichte der Frühen Neuzeit

Zwischen dem 15. und 18. Jahrhundert finden nicht nur folgenreiche Veränderungen der Wissensbestände der (west- und mittel-)europäischen Kultur statt: Vor allem kommt es zu vielfältigen und tiefgreifenden Veränderungen der Art des Denkens selbst, die bis heute relevant sind. Dazu gehört u.a., dass „Neuheit“ bzw. „Innovation“ in unterschiedlichsten Realitätsbereichen – der Kunst, der Technik, der Philosophie und Wissenschaft – zu einem Wert wird; und dieser neue Wert legitimiert und befördert wiederum den historischen Wandel in denjenigen Bereichen, in denen er akzeptiert wird. Anfangs nur von sehr kleinen Eliten

getragen, wird der neue Wert im Wesentlichen durch die „Aufklärung“ im 18. Jahrhundert durchgesetzt. Der Vortrag beschränkte sich auf den Aspekt der „Innovation“ in den Theoriebildungen der Epoche, also vornehmlich der Philosophie und dem, was sich später aus ihr als „Naturwissenschaft“ ausgrenzt und emanzipiert. Es geht dabei in erster Linie um die denk-geschichtlichen Voraussetzungen, die die Entstehung dieses neuen Wertes ermöglichen. Der Prozess umfasst zwei unterscheidbare, sukzessive Komponenten: erstens das gehäufte Auftreten von „Innovation“ überhaupt, und zweitens deren Legitimation als positiver Wert. Beide Teilprozesse vollziehen sich notwendig in der Auseinandersetzung mit bisherigen Garanten von Wahrheitsansprüchen wie „Autorität“ und „Tradition“ und den Institutionen, die sich auf solche Garanten berufen. Durch die Entwicklung neuer Wahrheitskriterien wird danach die intellektuelle Welt eine definitiv andere sein.

* * *

Dr. Bernd Klesmann
Paris
(20. Dezember 2010)

Von Mäusen und Ministern. Der letzte Herzog von Nivernais (1716–1798) als Diplomat und Dichter

Der Herzog von Nivernais, Nachfahre einer Schwester des Kardinals Mazarin, wirkte nach dem frühen Ende einer

Militärkarriere als französischer Gesandter und zeitweiliges Mitglied des königlichen *Conseil*. Als Autor eines literarischen Werks, dessen größter Teil erst kurz vor seinem Tod in acht Bänden publiziert wurde, prägte er außerdem über Jahrzehnte hinweg die Aktivitäten der *Académie française*.

Der Vortrag lud dazu ein, den illustren Reisenden auf den verschiedenen Stationen seiner politischen Tätigkeit in Rom, Berlin und London zu begleiten und dabei immer wieder Seitenblicke auf seine Dichtungen, Abhandlungen und Übersetzungen zu werfen. Besonders in seinen für die Pariser Salons geschriebenen Fabeln finden die Erfahrungen des Höflings und Diplomaten, der u.a. mit Papst Benedikt XIV. und Friedrich dem Großen konferierte, ihren literarischen Niederschlag und lassen ein facettenreiches, häufig auch kritisches Bild des europäischen Lebens zwischen Rokoko und Aufklärung entstehen.

Die Wirren der Revolutionszeit bescherten dem reich begüterten Herzog schließlich eine mehrmonatige Haft in den Kerkern der *Terreur*, die ihn jedoch nicht daran hindern sollte, weiterhin seinen literarischen Neigungen nachzugehen und seiner Feder manch interessante Beobachtung anzuvertrauen. So gestattet der dilettierende Diplomat dem heutigen Beobachter verschiedene Einblicke in die große Krise des *Ancien Régime*.

* * *

Prof. Dr. Kaspar von Greyerz
Basel
 (24. Januar 2011)

Das schreibende Ich – Selbstzeugnisse und ihr kulturhistorischer Stellenwert in der Geschichte der Frühen Neuzeit

Der Vortrag drehte sich aus der Perspektive des Historikers um Selbstzeugnisse, d.h. Autobiographien, Tagebücher und (Familien-)Chroniken des Zeitraums 1500 bis 1800. Er betrachtete und untersuchte exemplarisch einzelne solcher Texte aus drei unterschiedlichen Blickwinkeln. Zunächst ging es um die Kategorie des *Raumes*, wobei hier das Erwandern größerer geographischer Räumen zu Fuß durch Söldner, Scholaren und Handwerksge-sellen im Vordergrund stand. An zweiter Stelle sollte die Dimension der *Zeit* im Zentrum der Betrachtung stehen. Teil dieser Thematik ist das Endzeitdenken – u.a. beim Augsburger Chronisten Georg Kölderer –, aber auch die in der Frühneuzeit häufig anzutreffende Einteilung des menschlichen Lebens in spezifische Stufen und Zeitphasen. Ferner ging es in diesem Abschnitt des Vortrags um die Art und Weise, wie die Autoren und Autorinnen von Selbstzeugnissen den zeitlichen Rahmen ihres Lebens in der Rückschau (um-)gestaltet haben. Der dritte, genauer zu betrachtende Aspekt war die *Erfahrung* und hierbei konkret die Frage, wie weit frühneuzeitliche Selbstzeugnisse trotz aller sprachlichen Zwänge und Konventionen letztlich

der persönlichen Erfahrung gerecht zu werden vermögen.

* * *

Prof. Dr. Andreas Gestrich
London
 (31. Januar 2011)

***Ganz unten.
 Zur Geschichte des Nachtsylys in
 Glasgow im 19. Jahrhundert***

Glasgow galt im 19. Jahrhundert als „Second City oft the Empire“, als zweitgrößte britische Industriestadt. Die Werften am Clyde produzierten am Vorabend des Ersten Weltkrieges mehr Schiffstonnage als alle deutschen Werften zusammen. Der Aufstieg der Stadt war rasant und der Reichtum seines Bürgertums beträchtlich. Es gab aber auch die Schattenseite der Industrialisierung. Am Beispiel der Geschichte des Glasgower Nachtsylys schreibt der Vortrag gewissermaßen eine Geschichte ‚von ganz unten‘. Wer waren die ‚Kunden‘ dieser Institution? Was lässt sich über diese Menschen überhaupt herausfinden? Welche Geschichte des Aufstiegs der Stadt erzählen Ihre Schicksale?

Gleichzeitig ist die Geschichte des Nachtsylys jedoch auch ein Beispiel des sozialen Engagements des Glasgower Bürgertums und seiner Kultur der Philanthropie. Der Vortrag beschäftigte sich daher auch mit den Bürgern, die das Nachtsyl gründeten und es über mehr als hundert Jahre betrieben. Wer beteiligte sich daran?

Welche Rolle spielte soziales Engagement für die soziale Kohäsion nicht nur der städtischen Gesellschaft als ganzer, sondern auch des Wirtschaftsbürgertums als sozialer Gruppe? Im Prisma des Nachtasyls ließ sich somit zeigen, wie die Geschichte der Menschen ‚ganz oben‘ mit den Schicksalen ‚ganz unten‘ verknüpft ist.

SOMMERSEMESTER 2011

Vortragsreihe *Europa und der Orient*

Dem ersten Gastvortrag vorangestellt war eine Einführung in die Thematik der Vortragsreihe Europa und der Orient durch den Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Europäische Kulturgeschichte, Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber:

Erstmals in unserer traditionsreichen Vortragsreihe wollen wir in diesem Semester den Gastvorträgen eine kurze Einführung vorschalten, um die jeweils behandelten Vorgänge im weiteren kulturhistorischen Horizont zu positionieren und damit verständlicher zu machen.

1. Grundsätzlich wird von folgender Erkenntnis ausgegangen: Wie jede Kultur, so ist auch die europäische Kultur weder einfach aus sich selbst heraus entstanden noch entwickelt sie sich ausschließlich aus sich selbst heraus weiter fort. Vielmehr bildete und bildet sie sich maßgeblich durch Verarbeitung von Ideen, Praktiken und Produkten, die von außen kamen und kommen. Zu den wichtigsten Lieferanten derartiger Impulse und Güter zählte

und zählt der sogenannte Orient. Mit diesem auf die antik-römische Bezeichnung der östlichen Weltgegend (*plaga orientalis*) zurückgehenden Begriff war und ist allerdings weniger eine klar abgegrenzte geographische Weltregion angesprochen. Vielmehr bezieht er sich vornehmlich auf einen kulturellen Raum mit breiten Übergangszonen, nämlich zunächst die an das östliche und südliche Mittelmeer angrenzende muslimische Welt, dann das östliche anschließende Asien. Erst mit der bezeichnenderweise aus England stammenden Unterscheidung zwischen dem Nahen und Fernen Osten, ergänzt durch Nordafrika, ergaben sich genauere geographische Zuschreibungen.

2. Im groben historischen Überblick stellt sich unser Rahmenthema deshalb wie folgt dar: Bereits das klassische Griechenland, gelegen an der östlichen mediterran-europäischen Peripherie, üblicherweise als erste Wurzel der europäischen Kultur genannt, vermittelte, auch wenn die Forschung diesen Tatbestand erst jetzt entschieden unterstreicht, wesentlich Kleinasiatisches sowie Nah- und Fernöstliches.

Erst recht war mit dem Christentum eine orientalische Ausrichtung verbunden. Welthistorisch handelt es sich bekanntlich um einen bemerkenswerten Sonderfall, dass das ursprüngliche religiöse Zentrum einer Weltregion am Rande oder sogar außerhalb der Region selbst liegt. Die Rückgewinnung und Sicherung dieses Zentrums per Kreuzzug und Errichtung entsprechender Herrschaft bildeten, der höchstens

zeitweilig unterbrochene Pilgerstrom in das Heilige Land bildet bis heute geradezu eine historische Struktur des europäisch-östlichen Austauschs. Bis ersatzweise Rom zur Heiligen Stadt erhoben war, dauerte es lange. Die im 15. Jahrhundert entstandene wohl tuende Legende, dass das Haus der Heiligen Familie von Nazareth durch Engel schließlich ins italienische Loreto gebracht worden sei, also Gott selbst für die Translation eines entscheidenden christlichen Elements nach Europa gesorgt habe, kann vermutlich nicht jeden überzeugen. Ebenso scheiterten alle Versuche, durch Reliquienimport und Nachbauten des Heiligen Grabes, sonstiger Stätten des Heiligen Jerusalem oder Übernahme entsprechender Landschafts- und Ortsbezeichnungen diesen christlichen Orient glaubhaft ins Herz Europas zu verpflanzen. Bibellektüre, Kirchenfenster, sonstige christliche Kunst, Weihnachtskrippen – sie alle verschaffen dem europäischen Christen von vornherein eine teils stärker, teils weniger stark bewusste bzw. explizite orientalische Orientierung, vom Mitleben der Juden als ebenfalls teils deutlich, teils weniger deutlich orientalische Gemeinschaft noch abgesehen.

Die Aneignung östlicher Religionen wie z. B. des Mythras-Kultes im antiken Rom erreichte mittels römischer Legionen bekanntlich sogar Bayerisch-Schwaben. Der Mittelmeerraum als west-östliche Kontakt- und Mischungszone insbesondere seit der Expansion des Islam ab um 700, die bekanntlich die Iberische Halbinsel

einschloss, bildete aber noch bis weit ins Mittelalter hinein das eigentliche Zentrum Europas. Solange, bis es dank der niederländischen und der Ostsee-Wachstumsregion, dann der europäischen Entdeckung und Erschließung der Neuen Welt vom westlich-nordalpinen Zentrum abgelöst wurde. In der Geschichte Augsburgs schlägt sich dieser Wandel bekanntlich im Bankrott großer Familienunternehmen nieder, die sich nicht rechtzeitig vom Mittelmeer an den Atlantik umorientieren können bzw. ihren Aufstieg in den grundbesitzenden Adel nicht schaffen.

Byzanz, das unter dem wachsenden arabisch-türkischen Druck fortschreitend näher an den Westen heranrückte, bis es 1453 endgültig überwältigt wurde, war griechisch-orientalisch geprägt. Seine Flüchtlinge brachten diese Prägungen nach Italien mit. Die mongolischen Angriffe des 13. bis frühen 15. Jahrhunderts brachten Fernöstliches vor allem nach Osteuropa, allerdings ohne historisch-kulturell in erheblichem Maße wirksam zu werden. Mit dem Osmanischen Reich stieß der sogenannte Orient, den es für einige Jahrhunderte maßgeblich verkörpern sollte, seit Mitte des 14. Jahrhunderts sogar direkt nach Südost-, Süd- und Mitteleuropa vor. Die Wahrnehmung, Einschätzung, Abwehr, allmähliche Zurückdrängung und im 18. Jahrhundert verbreitete Anerkennung dieses Reiches als Machtfaktor im europäischen Staatensystem bis weit in das 19. Jahrhundert hinein waren mit neuen Kontakten und Aus-

tauschvorgängen verbunden. Schließlich verstärkte die europäische Ausbreitung nach Afrika und Asien im Zeichen von Kolonialismus und Imperialismus einerseits die Differenzierung des Komplexes Orient, andererseits den Import des Orients nach Europa und die europäische Beeinflussung des Orients in welthistorisch entscheidender Weise. Mit der heutigen Globalisierung sind ähnliche Wirkungen verbunden. Neu dabei ist allerdings, dass der Menschenaustausch zuvor ungeahnte Ausmaße angenommen hat.

3. Damit sind wir bei einer knappen Vergewisserung über die Inhalte und Formen des okzidental-orientalischen Austauschs. Einigermassen abstrakt war bereits von Ideen, Praktiken und Produkten die Rede gewesen. Nur Weniges davon kann genauer benannt werden, dabei konzentrieren wir uns auf den Orient, wie er seit dem 18. Jahrhundert zunehmend eindeutiger aufgefasst wurde, also den Nahen Osten und Nordafrika.

Als Großideen nebst zugehörigen Welt- und Menschenbildern, Vorstellungen über Geschichte und Zeit, aber auch ideentragenden Medien, voran das Heilige Buch, einschließlich der Ansätze und Methoden von deren bzw. dessen Erschließung und Auswertung, schließlich entsprechenden Ritualen und Kulturen, sind natürlich die vorderasiatischen Heilsassekuranzen des Judentums, Christentums und Islam zu nennen. Der Einfluss des Christentums z. B. auf die europäische Bildkunst und Belletristik ist kaum zu überschät-

zen. Die zehn Gebote haben Gesellschaft, Politik, Recht und Wirtschaft Europas über lange Jahrhunderte hinweg maßgeblich mit gestaltet und wesentlich zu dem beigetragen, was wir die Zivilisierung Europas nennen. Orientalische Gelehrsamkeit, getragen von Ostchristen, Juden und Muslimen, vermittelt über Migration, Handschrift, Gespräch, Bild- und Objekthandel, bewahrte und transferierte antikes und generierte vielfältiges neues Wissen. Praktisch besonders bedeutsam wurden arabisch-islamische Errungenschaften in Medizin, Mathematik und Astronomie, Metallverarbeitung und Papierherstellung. Seit Hans Beltings *Florenz und Bagdad* (2008) wissen wir, dass der Erfindung des perspektivischen Blicks in der europäischen Renaissance eine entsprechende arabische Errungenschaft vorausging. Arabische und andere ‚orientalische‘ Begriffe von Alkohol bis Zenit und Ziffer sind in die europäischen Sprachen eingewandert. Von den entsprechenden Produkten seien nur der ernüchternde, verstandesschärfende Kaffee, der Europa vor dem Erschlaffen in Bier, Wein und Schnaps rettete, der Zucker, Stoffe wie Atlas, Chiffon und Damast, der Diwan und die Tulpe genannt. Der ständige stille Begleiter des Europäisch-Christlichen, das Magisch-Okkulte, ist maßgeblich orientalischer Herkunft, vermittelt über die drei maßgeblichen Kulturbrücken Balkan, Iberische Halbinsel und Sizilien. Bei der erstmaligen Übersetzung und Publikation der *Märchen aus Tausend und einer Nacht*, dem „wirkungsmächtig-

ten literarischen Beitrag des ‚Oriens‘ nach der Bibel“ (Kindler 16, 120), zu Beginn des 18. Jahrhunderts, erhoben christliche wie aufgeklärt-vernunftorientierte Bedenkenträger ihre Stimme gegen deren vermeintliche Unmoral. Der nahe und erst recht der ferne Orient haben also, wie auch die zahllosen Haremsdarstellungen belegen, bis zu einem gewissen Grade den christlich-asketischen Europäer, sofern er nicht bereits an den Höfen und in den Lasterhöhlen der Großstädte verdorben war, erotisch erlöst. Ähnliches ist für manches Wirtschaftsverfahren und dessen Regelung festzustellen.

4. Aber wir wollen nicht wie im Basar feilschen oder uns an letztlich wenig interessanten Leistungskatalogen politischer Korrektheiten – oder auch gerade nicht – beteiligen. Vielmehr sind noch einige Worte zu unserem Programm zu sagen.

Was unsere heutige Diskussion des Verhältnisses von Europa oder dem Westen und dem außer- oder halbeuropäischen Nahen Osten bestimmt, ist eigentlich die gegenseitige Wahrnehmung und Einschätzung, aus der entsprechende jeweilige Verhaltensgestaltung erwächst. Wir haben es mit wechselseitigen Bildern zu tun, deren Voraussetzungen, Erscheinungsformen und Wirkungen wissenschaftlich zu erforschen sind, um die gegenseitigen Verhältnisse genauer erkennen und je nach den legitimen Eigeninteressen und Eigenbedürfnissen besser gestalten zu können. Im Bezug auf den Orient existieren in den europäischen Köpfen zumindest drei Bilder: der alte Orient

als Wiege der Zivilisation, des Wissens und der Weisheit, *ex oriente lux*; Orient als geheimnisvoller, faszinierender, diesseitiges Wohlleben verheißender Sehnsuchtsort; Orient als Hölle des Fanatismus, unsäglicher Brutalität und des Despotismus, also als Bedrohung.

Dieser Komplex der Orientbilder und ihres Kontexts steht im Mittelpunkt unserer Vortragsreihe. Wir beginnen mit der für die Neuzeit entscheidenden europäischen Erfahrung der Türkenkriege bzw. der Türkengefahr. Dann wechseln wir die Perspektive und lassen uns zeigen, wie denn umgekehrt die muslimische Welt bzw. wichtige muslimische Akteure ihrerseits Europa entdeckten, also wahrnahmen und einschätzten. Anschließend werden wir vorgeführt bekommen, warum und wie muslimische Denker seit dem 18. Jahrhundert die Situation ihres Kultur- und Herrschaftskreises im Vergleich zu Europa bzw. dem Westen als Niedergang einschätzten und welche Mittel dagegen sie erörterten. Der nächste Beitrag wird uns im Kontrast dazu einen Einblick in die Verschmelzung von Westen und Osten in einer der einschlägigen Weltmetropolen, Istanbul, verschaffen. Schließlich wagen wir einen noch komplizierteren Schritt, nämlich in den Überlappungs- und damit auch wechselseitigen Relativierungsbereich zweier kultureller Alteritätsbilder, nämlich demjenigen des Oriens und der Antike, exemplifiziert an einem konkreten Kunstbereich. Ganz am Ende soll dann wieder eine kleine zusammenfassende Bilanz stehen.

Dr. Almut Höfert
 Basel
 (23. Mai 2011)

Die „Türkengefahr“ im 15. und 16. Jahrhundert – ein Konflikt zwischen Europa und dem Islam?

Die „Türkengefahr“ in der Frühen Neuzeit wird in öffentlichen Diskussionen häufig als ein Beispiel herangezogen, um Europa und den Islam als Kulturen darzustellen, die historisch immer wieder miteinander in Konflikt gerieten. Der Vortrag ging auf die Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen im Jahr 1453 ein und fragte danach, wie die Vorstellung einer „Türkengefahr“ entstand. Wie reagierten die verschiedenen europäischen Mächte auf die osmanische Expansion? Welche Rolle spielte der 1454 erfundene Buchdruck, der mit der Verbreitung von Druckschriften und der sprunghaft angestiegenen Vervielfältigung von Büchern eine neue gesellschaftliche Dynamik ermöglichte? Welche Erfahrungen machten europäische Reisende, die das Osmanische Reich aus eigener Anschauung kennenlernten? Abschließend wurde eine Antwort auf die Frage unternommen, ob die damalige Konstellation als ein Kulturkonflikt zwischen Europa und dem Islam zu bewerten ist.

Prof. Dr. Michael Ursinus
 Heidelberg
 (6. Juni 2011)

Die muslimische Entdeckung Europas

Für gläubige Muslime ist Europa jahrhundertlang geradezu intentional eine *terra incognita* geblieben. Nach Sicht der islamischen Rechtsgelehrten war Europa das klassische „Haus des Krieges“ bzw. „Land des Unglaubens“ und damit eine Region, in der man buchstäblich „nichts verloren“ hatte und über die sich kundig zu machen mit dem Glauben schwer vereinbar schien. Dementsprechend weitverbreitet waren Klischees vom Abendland, darunter das Zerrbild von der dort angeblich schrankenlosen Freizügigkeit zwischen den Geschlechtern. Umgekehrt hat im Abendland lange das mittelalterlich-christliche Zerrbild vom Islam als einer Religion hemmungsloser Genussucht gegolten. Besonders der Vorwurf, der Koran selbst toleriere – neben anderen als pervers eingestuften Spielarten sexueller „Verdorbenheit“ – homosexuelle Praktiken, ja gestatte sie sogar, eignete sich glänzend zur Diffamierung des Gegners.

Ein Klischee ist nicht nur Zerrbild, sondern auch Hemmschuh vertiefter Erkenntnis. Im Rahmen des Vortrags wird von vielerlei Erkenntnisstrahlen die Rede sein, die das Bild Europas in den muslimischen Gesellschaften eingengt, getrübt oder entstellt haben. Es soll gezeigt werden, dass die muslimische Welt, von der aus Reisende bereits im frühen Mittelalter in die

Gebiete der Christenheit gelangt waren, infolge solch kognitiver Schranken Europa eigentlich erst im Verlauf des 18. und 19. Jahrhunderts „entdeckt“ hat.

* * *

Prof. Dr. Christoph Herzog
Bamberg
(20. Juni 2011)

Der Niedergangsdiskurs in der islamischen Welt

Das auf Europa zentrierte Weltbild ist schon seit längerer Zeit ins Wanken geraten. Die Moderne ist nicht mehr ein europäisches Monopol und zahlreiche scheinbar festgefügte und selbst-evidente Lehrmeinungen über geschichtliche Abläufe und Zusammenhänge mussten revidiert werden.

In diesen Kontext gehört auch die Frage des sogenannten Niedergangs des Islam. Er entspringt der historistischen Geschichtsvision des 19. Jahrhunderts und schrieb die Geschichte der islamischen Welt als eine Sackgasse fest, die sich, so die Annahme, nur durch die bedingungslose Übernahme der europäischen Moderne wieder der Zukunft öffnen würde.

Während zugestanden wurde, dass Europa im Mittelalter durch die arabisch-islamische Wissenschaft in erheblichem Maße profitiert habe, schien aus der Retrospektive des 19. und 20. Jahrhunderts die islamische Welt spätestens nach der Zerstörung Bagdads durch die Mongolen im Jahr 1258 in ein Stadium der kulturel-

len Stagnation eingetreten zu sein, aus dem sie auch das mächtige Osmanische Reich nicht wieder befreien konnte. Im 14. Jahrhundert aus einem unbedeutenden Kleinstaat im Westen Anatoliens zu einer der mächtigsten Großmächte der Zeit aufgestiegen, schien die Expansion des Osmanischen Staates im 16. und noch im 17. Jahrhundert ernsthaft die politische Selbstständigkeit Mitteleuropas zu bedrohen. Im 18. und 19. Jahrhundert jedoch drehte sich diese Expansion in einen Prozess der Schrumpfung um. Die einst gefürchtete und bewunderte Großmacht wurde zum „kranken Mann am Bosphorus“ und die orientalische Frage, wie das politische Erbe des Osmanischen Reiches aufzuteilen sei, zu einer der wichtigsten Tagesordnungspunkte in der Diplomatie der europäischen Mächte. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sah sich der osmanische Staat außerdem zunehmend dem europäischen Imperialismus ausgesetzt und sank in den Status einer Art ‚Halbkolonie‘ herab. Aus der Perspektive des aufsteigenden Nationalismus erschien das multinationale islamische Reich als ein Atavismus, ein Völkergefängnis, das aus historischer Notwendigkeit zum Untergang verurteilt war.

Der Niedergangsdiskurs über die islamische Welt speiste sich aus der Erfahrung der politischen Superiorität des Westens im 19. und 20. Jahrhundert. Auch von Intellektuellen in der islamischen Welt adaptiert erschien er eine einfache, unwiderlegbare welt-historische Tatsache zu repräsentieren.

Seit den späten 1970er Jahren wurde dieses festgefügte Bild jedoch zunehmend Gegenstand von Diskussion und erfuhr zahlreiche Differenzierungen und grundsätzliche Infragestellungen.

Neben der Darstellung dieser Forschungsdiskussion geht der Vortrag auf den Niedergangsdiskurs innerhalb der islamischen Welt und insbesondere des Osmanischen Reiches ein.

* * *

Prof. Dr. Christoph K. Neumann
München
(4. Juli 2011)

Die Modernität Istanbuls im 19. Jahrhundert

Das Istanbul des 19. Jahrhunderts war die Hauptstadt eines Reiches in Schwierigkeiten. So hat das Bild des „Kranken Mannes am Bosphorus“ die Wahrnehmung Istanbuls als Stätte verfallender und definitiv vergangener Größe, als Platz orientalischer Verlockung und Dekadenz nachhaltig geprägt – ein Bild, das im 20. Jahrhundert bewusst weiter verstärkt wurde, als die kemalistische Republik ihre eigene Hauptstadt Ankara als modernes, nationales Gegenstück zum kosmopolitischen, imperialen und vorgeblich traditionellen Istanbul konstruierte.

Wegen dieses tradierten Bildes wird leicht übersehen, dass die alte Hauptstadt des Osmanischen Reichs an der Modernität des 19. Jahrhunderts durchaus partizipierte. Bereits 1857 wurde in dem Bezirk Galata/Pera eine erste moderne Stadtverwaltung eingerichtet.

In den folgenden Jahrzehnten wurde Istanbul zudem einem tiefgreifenden Wandel unterworfen, der die Infrastruktur und die räumliche Gliederung der Stadt weitgehend veränderte. In dem Vortrag ging es allerdings nicht nur um diesen buchstäblich Stein und Gusseisen gewordenen Wandel, sondern auch um die Entstehung einer urbanen Öffentlichkeit sowie um die gesellschaftlichen Hintergründe dieses *neuen* Istanbuls des späten Osmanischen Reiches.

* * *

Prof. Dr. Albert Dietl
Regensburg
(18. Juli 2011)

Der Orient als andere Antike. Exotismus, Antikennachahmung und die Renaissance polychromer Plastik im 19. Jahrhundert

Rome n'est plus dans Rome – „Rom ist nicht mehr in Rom“, so 1832 der französische Maler Eugène Delacroix in Marokko; nicht nur er überblendete die wahrgenommene Alltagsrealität des Maghreb mit der Imagination einer in ihrer Größe und ihrem Dekor in der Gegenwart präsenten Antike. Mehr noch als die Malerei oszillierte die Skulptur des Orientalismus – wie in den Berber- und Afrikanerbüsten eines Charles Cordier (1827–1905) oder eines Pietro Calvi (1833–1884) – zwischen Erneuerung der Antike und Bedienung des Exotismus, zwischen Betonung der Alterität und Anspruch kultureller Hegemonie: In diesen poly-

chromen Büsten aus nordafrikanischen Buntmarmoren fiel nicht nur die Exotik des Themas mit der Exotik des Materials zusammen oder die Rezeption buntfarbig orientalischer „Barbaren“ der antik-römischen Triumphalkunst mit dem kolonialen Gestus der Aneignung unterworfenen Naturressourcen. Sie standen an zentralen, kulturgeschichtlichen Schnittstellen zwischen politischen Diskussionen (Abolitionismus, Kolonialismus) und diversen Wissenschaftsdiskursen (Anfänge der Anthropologie und Ethnologie), zwischen neuen (Photographie) und absterbenden (bemale Wachsplastik) Dokumentationsformen, zwischen kunsttheoretischen Debatten (Polychromie antiker Architektur und Skulptur; Barockrezeption) und der Entstehung popularisierter Unterhaltungs- und Fortschrittsspektakel (Weltausstellungen) für ein städtisches Massenpublikum.

Dem Gastvortrag folgte eine abschließende Bilanz zur Vortragsreihe Europa und der Orient durch den Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Europäische Kulturgeschichte, Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber:

Das *Colloquium Augustanum* des jetzt zu Ende gehenden Semesters hatte uns aus verschiedenen Perspektiven an den derzeit besonders interessant erscheinenden Komplex des Verhältnisses von Europa und derjenigen Weltregion, die in unterschiedlicher Definition als ‚Orient‘ bezeichnet wird, herangeführt.

Wir hatten in Verbindung einer spezifischen historischen Schwerpunktsetzung – nämlich dem ausgehenden Mittelalter und der beginnenden Neuzeit – mit bestimmten gegenwärtigen Debatten bei der Frage nach den Grundlagen, Erscheinungsformen und Wirkungen der sog. ‚Türkengefahr‘ eingesetzt. Von Almut Höfert war zumindest dreierlei zu lernen gewesen: 1. Grundlage der Bedrohungsvorstellung von der Türkengefahr war selbstverständlich die tatsächliche Bedrohung Europas durch die osmanische Expansion vor allem zwischen ca. 1450 und dem ausgehenden 17. Jahrhundert. 2. Diese tatsächliche Bedrohung wurde vor allem von der Papstkirche aus deren eigenem Interesse – Bewahrung und Ausbau der eigenen Machtstellung in Europa – publizistisch hochstilisiert zur apokalyptischen Bedrohung des christlichen Europa. 3. Die osmanische Herrschaftsweise zielte jedoch nicht auf eine Ausrottung des Christentums, sondern lief auf eine wiewohl nicht sonderlich komfortable Duldung des Christentums als Buchreligion und Vorstufe der angenommenen muslimischen Vollreligion hinaus. Für die heutige Debatte – so die Gesamterkenntnis – sind also jeweils die tatsächlichen Verhältnisse der muslimischen Welt zu berücksichtigen und kommt es entscheidend auf die Beachtung von deren internen Unterschieden an, was wiederum voraussetzt, den Nebel der Vorurteile und des Nichtwissens durchstoßen zu können.

Im zweiten Durchgang hatte uns Michael Ursinus den Beginn und die Entwicklung der muslimischen Entdeckung Europas vorgeführt, also die Wahrnehmung und Einschätzung der Gegenseite. Wir hatten gehört, dass auch dort lange Zeit Vorurteile, Missverständnisse und Affekte vorherrschten, bis erst im 19. und 20. Jahrhundert eine realitätsnähere, objektivere Kenntnis möglich wurde. Im Hintergrund dieses veränderten Blicks standen eigene Krisen und Probleme, für deren Diagnose und Therapie so auch vorher ignorierte Räume und verachtete Verhältnisse interessant werden konnten. Als entscheidende Periode dieses Wechsels war die Phase um 1800, dann diejenige um 1900 identifizierbar gewesen. Wie auf der Gegenseite die Europäer gerade in diesen Zeiten zu einem allerdings dann kolonialistisch überlagerten, differenzierten Verständnis des Orients gelangten, verschaffte sich auch die Osmanische Elite vertiefte Kenntnisse, obwohl auf beiden Seiten noch immer massiv Fehlwahrnehmungen, Fehleinschätzungen und Ausnutzungsinteressen vorherrschten.

Noch schärfer hatte das Mikroskop für die Betrachtung innerosmanischer Entwicklungen Christoph Herzog in seiner Rekonstruktion des osmanischen Niedergangsdiskurses eingestellt. Wichtig war zunächst gewesen, dass wir auf die unterschiedlichen Formen von Niedergang hingewiesen wurden: als tatsächliches Nachlassen von Macht im Inneren und nach außen oder Niveauverlust der Kultur, wirt-

schaftlicher Produktivität, Verfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts usw.; als Beibehaltung oder gar Steigerung dieser Qualitäten, bei aber noch schnellerem Wachstum und noch besseren Leistungen von Nachbarn oder Rivalen. Höchst aufschlussreich war dann der Befund gewesen, dass die Wahrnehmung und Erklärung der eigenen Situation noch sehr lange unter der bereits im Mittelalter entwickelten Perspektive des arabischen Historikers Ibn Kaldun erfolgte, der z.B. auf die Kraft der Herrscherdynastie als entscheidendem Element abhob. Eher europäisch-westlichen Perspektiven näherte sich der Diskurs dagegen eigentlich erst im 19. Jahrhundert. Während die Übernahme einzelner europäisch-westlicher technischer Errungenschaften wenig umstritten war, fanden neuere politisch-gesellschaftliche Eigenarten wie die verbesserte Stellung der Frau, Nationalismus, Demokratie und moderne Staatlichkeit keineswegs überall Anklang. Vielmehr bildete sich aus einer religiösen Niedergangseinschätzung die Perspektive islamischer Erneuerung aus, die schon bald fundamentalistische Züge zeigen konnte. Aber auch hier gilt es zu unterscheiden. Während osmanisch-türkische Eliten dem Westen insgesamt näher und offener gegenüberstanden, müssen die Einschätzungen und Erneuerungsvorstellungen arabischer Eliten aus deren lang andauernder historischer Isolation, spezifischen Lebensverhältnissen und bloß punktueller, dafür aber vor allem gewaltsamer

Konfrontation mit Vertretern des Westens erklärt werden.

Christoph K. Neumann hat dann genau an dieser Stelle relativer, gleichwohl beeindruckender Modernisierung im Zentrum des osmanischen Reiches angesetzt. Er führte augenfällig und detailgesättigt die Modernisierung der Architektur Istanbuls/Konstantinopels vor und machte deutlich, dass dieser zunächst an bestimmten Stellen beginnende Prozess zugleich Wirkung und Ursache weiterer Modernisierungsprozesse war, die den zu erwartenden Bedarf von Teileliten, sich nach europäischem Vorbild möglichst eindrucksvoll nach außen präsentieren zu können und entsprechenden Komfort zu genießen, bei weitem überstiegen. Nicht nur die bekannte jungtürkische, an Nationalstaat und machstaatlicher Stärkung orientierte Militär-, Verwaltungs- und Politikelite betrieb westlich-europäische Teilmodernisierung. Auch Wirtschaftseliten entwickelten derartige Tendenzen, freilich zunehmend in Konflikt mit den Jungtürken, und die variantenreiche ethnische Zugehörigkeit und Vernetzung der Gruppen und Individuen verkomplizierte die Lage weiter, bis die Krise um 1900, der Erste Weltkrieg und die anschließende, von den Kolonialmächten geplante Zerlegung des Osmanischen Reiches die Voraussetzungen und Strukturen völlig veränderten.

Der abschließende Vortrag von Albert Dietl hat uns demgegenüber auf einer ganz anderen Ebene mit den Möglichkeiten der Amalgamierung, der Kombination und in gewisser Weise

der Neuschöpfung ganz unterschiedlicher Formen und Inhalte bekannt gemacht. Die Auffassung des Orients als andere Antike setzte eine neuartige Dynamik europäischer Aneignung des Orients frei, die ihre ursprüngliche Stufe, die Relativierung des Orients zur Antike, bald überstieg und höchst zahlreiche, teilweise erst ganz am Anfang stehende, moderne Kulturformen befruchtete. Was daraus zu lernen ist, dürfte auf der Hand liegen. Zu den europäischen Besonderheiten gehörte es von Anfang an, von außen kommende Ideen, Motive und Praktiken nicht von vornherein strikt abzulehnen, sondern zunächst meist diffus, dann aber in zunehmender Klarheit zu erfassen und erforderlichenfalls für sich zu nutzen. Dass diese Erfassung und Nutzung regelmäßig europazentrisch, arrogant und sehr lange dezidiert wie im Hinblick auf die materiellen Ressourcen ausbeuterisch erfolgte, ist nicht zu bestreiten. Immer aber waren auch Elemente weniger zweckgebundener Neugier, von Experimentellem und Spielerischem beteiligt. Sie bildeten und bilden eine wichtige Brücke der Wahrnehmung und angemessenen Einschätzung, und insofern ist es ein sehr ermutigendes Zeichen, dass derartige Aneignungen nunmehr von Seiten bestimmter Gruppen des Orients, voran maßgeblicher Teile der Jugend, vorgenommen werden.

Anschriften der Autoren

Tobias Brenner M.A.
Institut für Europäische
Kulturgeschichte
Universität Augsburg
Eichleitnerstraße 30
86159 Augsburg

Jan Bröker M.A.
Hunyadi tér 1
1067 Budapest
Ungarn

PD Dr. Kay Ehling
Staatliche Münzsammlung
München
Residenzstraße 1
80333 München

Dr. rer. pol. Rainer Feuerstack
Hochkreuzallee 149
53175 Bonn

Dr. Stefan Paulus
Institut für Europäische
Kulturgeschichte
Universität Augsburg
Eichleitnerstraße 30
86159 Augsburg

Projektkollektiv
„Übersetzungsleistungen
von Diplomatie und Medien
im vormodernen Friedensprozess“
Institut für Europäische
Kulturgeschichte
Universität Augsburg
Eichleitnerstraße 30
86159 Augsburg

Prof. em. Dr. Theo Stammen
Hochschule für Politik
Ludwigstraße 8
80539 München

Prof. Dr. Gregor Weber
Lehrstuhl für Alte Geschichte
Universität Augsburg
Universitätsstraße 10
86159 Augsburg

Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber
Institut für Europäische
Kulturgeschichte
Universität Augsburg
Eichleitnerstraße 30
86159 Augsburg